

zivilschutz magazin



CTIF - Internationales Komitee
für Brandschutz
7. Internationale Feuerwehrwettkämpfe
XIII Internationales Symposium
19.-27. Juli 1981, Böblingen

Ein historisches Ereignis:

Bund übereignet den Hilfszug dem DRK

Ein bewährtes Hilfeleistungsinstrument steht für den Erweiterten Katastrophenschutz zur Verfügung – Bund beteiligt sich an den Unterhaltungskosten

Entsprechend einer Vereinbarung zwischen dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und dem Bundesminister des Innern ist der Hilfszug nunmehr dem DRK als Eigentum übergeben worden. Die Übergabe des Hilfszuges an den Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Jürgen Schilling, erfolgte am 30. Juli 1981 durch den Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, in der DRK-Bundesschule in Meckenheim-Merl.

Der neuen rechtlichen Grundlage zufolge ist das DRK verpflichtet, den Hilfszug als überörtliches Hilfeleistungsinstrument für Zwecke des Erweiterten Katastrophenschutzes vorzuhalten, während der Bund sich an den Unterhaltungskosten beteiligt.

Präsident Kolb bezeichnete die Übereignung des Hilfszuges an das DRK – mit einem Zeitwert von mehr als 25 Millionen DM – als ein „historisches Ereignis“. Er meinte, diese neue Partnerschaft sollte als gutes Beispiel für eine Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den privaten Hilfsgesellschaften des Sanitätsbereiches angesehen werden.

Als Repräsentant des DRK begrüßte Generalsekretär Schilling das Zustandekommen der Vereinbarung und die nunmehr vollzogene Übereignung. Darüber hinaus richtete er an den Bund die Aufforderung, klare politische Konzeptionen vorzugeben und Aufträge zu erteilen, die vom DRK und den anderen Organisationen für den Staat übernommen werden können.

Der Hilfszug ist 1953 auf Betreiben des Internationalen Roten Kreuzes geschaffen worden und hat sich in den vergangenen Jahren mit seinen verschiedenen Abteilungen im In- und Ausland vielfach bewährt. Die seit seinem Bestehen vom Bund geleisteten Zuschüsse belaufen sich bis Ende 1980 auf rund 45 Millionen DM. Der jährliche Zuschuß betrug zuletzt jeweils etwa 2,7 Millionen DM.

Hierin waren Kosten für Verwaltungspersonal, für Sachausgaben, für Wartung und Ausbildung sowie für Erst- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Gerät und Material enthalten.

Insgesamt besteht der DRK-Hilfszug aus zehn Abteilungen, stationiert in verschiedenen Bundesländern. Zu dem Hilfszug gehören 4030 Helfer, deren Einsatzschwergewicht künftig mehr auf dem Sek-

tor Betreuung und weniger auf dem des reinen Sanitätsdienstes liegen wird. Der Hilfszug mit seinen über 600 Fahrzeugen wird dem Bund auch weiterhin für einen möglichen Verteidigungsfall zur Verfügung stehen und für Hilfeleistungen im Ausland

und bei Katastrophenfällen im Inland eingesetzt werden können (siehe auch den Beitrag „Der Hilfszug des Deutschen Roten Kreuzes“ von Dr. Jürgen Schilling auf den DRK-Seiten dieser Ausgabe des „Zivilschutz-Magazins“).

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, und der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Jürgen Schilling, unterzeichnen die Vereinbarung.



Ein Handschlag besiegelt die Übergabe des Hilfszuges an das DRK. Generalsekretär Schilling überreicht dem Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz einen Standert.



Im Gespräch: Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des BZS, Dr. Jürgen Schilling, Generalsekretär des DRK, Roderich Lüttgen, stv. Generalsekretär des DRK, und Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, Vizepräsident des BZS (von links).



zivilschutz magazin



9/81 September

ISSN 0173-7872

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;
im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Waltraud Nettersheim
Günter Sers

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die
Redaktion. Für unverlangt eingesandte
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck
einzelner Beiträge, auch im Auszug,
nur mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge
geben die Meinung der Verfasser
wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind
6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.
Die Kündigung eines Abonnements
kann nur zum Schluß eines Kalender-
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis
spätestens an dessen erstem Tag
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen
beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im
Falle höherer Gewalt oder bei
Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

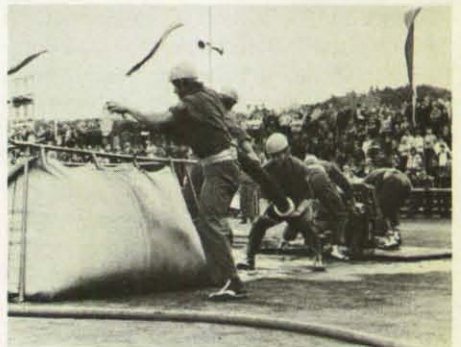
Inhalt

„Bund übereignet den Hilfszug dem DRK“ U2

Ein bewährtes Hilfeleistungsinstrument
steht für den Erweiterten Katastrophenschutz zur Verfügung.

„Internationale Feuerwehrwoche in Böblingen“ 4

7. Internationale Feuerwehrwettkämpfe
und XIII. Symposium des CTIF – 129
Löschgruppen im friedlichen Wettstreit –
Brandschutzfachleute aus über 30 Staa-
ten tauschten Erfahrungen aus.



„Der neue Deutsche Zivilschutzhelm“ 13

Die ersten Serienexemplare wurden jetzt
ausgeliefert – Optimaler Schutz und her-
vorragender Sitz.



„Die Sicherheit hat Priorität“ 18

Krankentragen werden modifiziert –
Sicherheit beim Krankentransport in
KatS-Krankentransportfahrzeugen wird
erhöht.

„Das Minimagazin“ U3

In diesem Monat: Safety first im
Bergungsdienst.



Umschau

Münsteraner marschierten in Nijmegen mit

Zum dritten Male konnte in diesem Jahr eine Mannschaft des Katastrophenschutzes Münster an den 65. Internationalen Vier-Tage-Märschen vom 21. bis 24. Juli 1981 in Nijmegen/Niederlande teilnehmen. Vorausgegangen war ein sechsmonatiges Trainingsprogramm, das die Teilnehmer auf die Belastung dieses Marsches (vier Tage je 50 km) vorbereiten sollte. Neben einem wöchentlichen Konditionstraining wurde besonders Wert auf Tagesmärsche über längere Distanzen (20, 30 und 40 km) gelegt. Am 20. Juli 1981 erfolgte morgens der Start in Richtung Nijmegen. Nach Ankunft und Bezug des Quartiers, vermittelt durch den Königlich-Niederländischen Bund für Leibeserziehung, wurde die Mannschaft (13 Marschierer und ein Versorger) angemeldet. Spätestens hier konnte man die ersten Eindrücke von dem bevorstehenden Ereignis gewinnen: Frauen und Männer, Mädchen und Jungen aus verschiedenen Ländern waren vertreten.

„Jahrhundert-Regen“ in Süd- und Mittelhessen

Schäden in Millionenhöhe haben Anfang August die stärksten Regenfälle seit Menschengedenken in Süd- und Mittelhessen angerichtet: Hunderte von Kellern mußten ausgepumpt, Straßen und Bahnstrecken stundenlang gesperrt wer-

den. Die Autobahn Kassel-Frankfurt war in der Nähe von Friedberg teilweise nicht benutzbar.

Unser Bild zeigt eine überschwemmte Straße in Wallau am Fuße des Taunus.

Berlin: Siebter öffentlicher Schutzraum fertiggestellt

Am 20. Juli 1981 konnte der siebte öffentliche Schutzraum im Land Berlin mit einem Fassungsvermögen von 1809 Personen fertiggestellt und dem Bezirksamt Wilmersdorf zur Verwaltung und Unterhaltung übergeben werden. Es

handelt sich hierbei um eine unter dem Rathaus gelegene ehemalige Luftschutzanlage des 2. Weltkrieges. Nach den Objekten Otto-Wels-Ring 3 in Neukölln und Eiderstedter Weg 34 in Zehlendorf ist dies die dritte Anlage, die nach den Richtlinien für die Nutzbarmachung vorhandener öffentlicher Schutzbunker – Fassung Dezember 1979 – instand gesetzt wurde. Die vom Bund getragenen Instandsetzungskosten belaufen sich auf etwa 2,2 Mio. DM. Berlin verfügt somit über 16828 Schutzplätze.

In der Planung befinden sich derzeit noch zwei weitere ehemalige Luftschutzanlagen: Im U-Bahnhof Gesundbrunnen (ca. 1350 Plätze) wird mit der Nutzbarmachung im September 1981 begonnen, 1983 folgt mit ca. 354 Plätzen der Flachbunker Massiner Weg 100 in Neukölln, der im Bereich der Bundesgartenschau liegt.

Dr. Paul Wilhelm Kolb erhielt DRK-Ehrenzeichen

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, wurde am 20. August 1981 vom Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, mit dem Ehrenzeichen des DRK ausgezeichnet.



Mit dieser Auszeichnung wurden die Verdienste Kolbs auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes gewürdigt.

Ölpest auf der Elbe

Am 25. Juli 1981 lief der mit fast 80000 Tonnen Rohöl beladene liberianische Tanker „Afran Zenith“ unmittelbar vor dem Hamburger Hafen am Nordufer der Elbe auf Grund; aus dem etwa zwölf Meter langen Riß am Bug des Schiffes liefen etwa 400 Tonnen Öl aus. Der Tanker konnte noch bei Ebbe freigeschleppt werden und zum Leerpumpen nach Harburg gebracht werden. Zu dem Unglück soll es gekommen sein, als die Hauptmaschine des Schiffes, nach Übernahme durch den Hafenslotsen, nicht wieder angesprungen war und der Tanker manövrierunfähig wurde. In Hamburg und Bonn löste das Unglück erneut Kritik an den Sicherheitsbestimmungen jener Schiffe unter sogenannter „Billigflagge“ aus.





Der Ölverschmutzung des Elbufers rückten zahlreiche Helfer zu Leibe, die auch versuchten, die Vögel in dem Gebiet vor der Ölpest zu retten. Der bis zu zehn Zentimeter dicke Ölteppich auf der Elbe wurde u.a. mit einem Spezial-Katamaran (unser Bild) bekämpft.

Aktuelle Termine

Die Technische Akademie Eßlingen, Institut des Kontaktstudiums an der Universität Stuttgart und der Fachhochschule für Technik Eßlingen, führt folgende Seminare durch:

„Brandschutz und Feuersicherheit in Arbeitsstätten im Industrie- und Verwaltungsbereich sowie in Einrichtungen der Infrastruktur“ am 1. und 2. Oktober 1981;

„Brandgefahren und Umweltgefährdung durch Lösungsmittel und brennbare Flüssigkeiten“ am 16. und 17. November 1981;

„Bevor's brennt . . . Die Feuerwehr hilft, vorbeugen müssen wir!“ (Seminar zur Brandverhütung) am 20. November 1981;

„Vorbeugender Brandschutz, Brandverhütung und Brandbekämpfung im Bereich der Industrie, Wirtschaft und Verwaltung“ vom 7. bis 9. Dezember 1981.

Informationen über Brand-Ing. Fritz Isterling, Stuttgarter Str. 140, 7432 Urach 1, Tel.: 07125/1831-36.

Das „Haus der Technik“, Essen, Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, meldet folgende Seminare:

„Brandschutz und Feuersicherheit in Arbeitsstätten und am Arbeitsplatz“ am 11. und 12. November 1981;

„Brandschutz und Feuersicherheit“ am 20. und 21. Januar 1982;

„Baulicher Brandschutz Teil I“ am 27. Januar 1982.

Informationen: Haus der Technik, Hollestraße 1, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/18031.

Für 1982 ist die „Emergency '82“ gemeldet, die in Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen „Eurofeu“ und „Euroalarm“ vom 20. bis 24. Oktober 1982 in Genf zum Thema „Einsatzbereitschaft und Hilfe bei Notfällen und Katastrophen“ stattfinden soll. Veranstaltungsort ist das neue Genfer Ausstellungs- und Kongreßzentrum nahe dem Flughafen, das ab 1982 zur Verfügung steht.

Parallel zur Ausstellung wird eine dreitägige Konferenz abgehalten, deren Programm mit Unterstützung von Experten der UN-Katastrophenhilfe-Organisation Undro, der Internationalen Organisation für Zivilverteidigung ICDO und der Liga der Rotkreuzgesellschaften ausgearbeitet wird. Geplant ist, zunächst einen oder zwei Konferenztage der Katastrophenbereitschaft zu widmen und dann während ebenfalls einem oder zwei Tagen das Thema Katastrophenhilfe zu behandeln. Die Ausstellung soll sich gleichermaßen über die beiden genannten Bereiche erstrecken und Exponate sowie Vorführungen von Systemen und Ausrüstungen für Brandbekämpfung, Rettung und Lebenserhaltung umfassen. Die wichtigsten Ausstellungskategorien: Spezialfahrzeuge, Ausrüstung, Kommunikationssysteme, Notschutzräume und Behelfsunterkünfte, Notlazarette, medizinische und paramedizinische Einrichtungen und Ärztebedarf (einschließlich Pharmazeutika), Notverpflegung (einschließlich lagerfähiger Konserven), Notanlagen für Wasseraufbereitung und -verteilung sowie mobile Generatoren und Notbeleuchtungen.

Informationen: Mack-Brooks Exhibitions Ltd., Delsberger Allee 38, CH 4018 Basel, Tel.: 061506446.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Kleine Anfrage zur Einsatzbereitschaft der Kats-Organisationen

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag brachte Anfang August eine Kleine Anfrage zur Einsatzbereitschaft der freiwilligen Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz ein. Der Vorsitzende des Gesprächskreises „Gesamtverteidigung“ der Fraktion, Dr. Hans-Joachim Jentsch, erklärte dazu im Pressedienst seiner Fraktion am 13. August 1981:

„Die jüngsten Naturkatastrophen haben einmal mehr gezeigt, wie sehr wir auf freiwillige Hilfsorganisationen wie z. B. das Deutsche Rote Kreuz, den Malteser-Hilfsdienst, die Johanniter-Unfall-Hilfe, den Arbeiter-Samariter-Bund und nicht zuletzt die freiwilligen Feuerwehren und das Technische Hilfswerk angewiesen sind. Und dies nicht nur in Zeiten

„friedlicher“ Katastrophen. Nun klagen diese Hilfskräfte seit Jahren über unzureichende politische und materielle Unterstützung – allen verbalen Deklamationen zum Trotz. Es fehlt weiterhin an entsprechendem Großgerät. Zu diesem Mangel kommen jetzt noch Einschränkungen der Ausbildungstätigkeit durch überproportionale Kürzungen im Einzelplan 36 – Zivilverteidigung – hinzu. Dadurch wird die Einsatzbereitschaft und -fähigkeit erheblich beeinträchtigt. Eine bedenkliche Nebenerscheinung dieser Beeinträchtigung ist zudem, daß die in diesen Organisationen ihre Dienstpflicht ableistenden jungen Menschen so ihren Pflichten entzogen werden; wodurch wiederum die Wehrgerechtigkeit berührt wird.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Sind die im Einzelplan 36 für das Haushaltsjahr 1981 nunmehr vorgesehenen Mittel ausreichend, um weitere Kostensteigerungen, insbesondere im Erdölsektor (Heizung, Treibstoff) aufzufangen in der Weise, daß die Ausbildung und der Einsatz der Helfer der Katastrophenschutzorganisationen am Standort, oberhalb der Standortebene, an den Schulen in den Bundesländern sowie an der Katastrophenschutzschule des Bundes sichergestellt und dabei der Bedarf des Bundesanteils voll abgedeckt ist?

2. In welcher Weise haben sich die Selbstbewirtschaftungsmittel der Einheiten seit 1978 entwickelt und in welchem Verhältnis stehen dabei z. B. beim Technischen Hilfswerk (THW) Bedarf und Ansatz der Kosten für z. B. Unterkunft, Energie, Fahrtkostenersatz, Verpflegung, Lohnausfall?

3. Wieviel Helfer in den Katastrophenschutzorganisationen leisten dort statt in der Bundeswehr ihre Dienstpflicht ab? Nach welchen Kriterien ist sichergestellt, daß auch vom Umfang der Beanspruchung her Gleichbehandlung sichergestellt ist?

4. Um welchen Anteil vermindert sich die Zahl der jährlich zu erbringenden Dienststunden, wenn die Kostensteigerungen im Rahmen der Selbstbewirtschaftungsmittel nicht aufgefangen werden können und bis zu welcher Grenze einer zu leistenden Dienstzeit sieht die Bundesregierung noch das Prinzip der Wehrgerechtigkeit gewahrt?

5. Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die jetzt vorgenommenen Kürzungen zu einer Beeinträchtigung des Konsolidierungsprogramms führen oder ist bereits jetzt absehbar, daß notwendige Investitionen (Bau von Unterkünften, Kfz.-Einsatz) unterbleiben müssen, um sächliche Verwaltungsaufgaben zu erfüllen?“

Paul Claes / Fotos: Günter Sers

7. Internationale Feuerwehrwettkämpfe und XIII. Symposium des CTIF

„Internationale Feuerwehrwoche“ in Böblingen

129 Löschgruppen im friedlichen Wettstreit

Brandschutzfachleute aus über 30 Staaten der Welt

tauschten Erfahrungen aus – Jugendfeuerwehren diskutierten Jugendarbeit –

Festakt zum Präsidentenwechsel bei DFV und CTIF

Internationale Feuerwehrwoche

Das Internationale Technische Komitee für vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen (CTIF) veranstaltete seine 7. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe in Verbindung mit dem XIII. Internationalen Symposium in der Zeit vom 19. bis 26. Juli 1981 im baden-württembergischen Böblingen. Das Bild der Stadt war eine Woche lang von den Uniformen und Fahrzeugen der verschiedenen Feuerwehren geprägt, das moderne Stadion und die Kongreßhalle boten den idealen Rahmen für die Palette von Veranstaltungen. Insgesamt weilten anlässlich der Veranstaltungen über 2000 auswärtige Gäste in der Stadt.

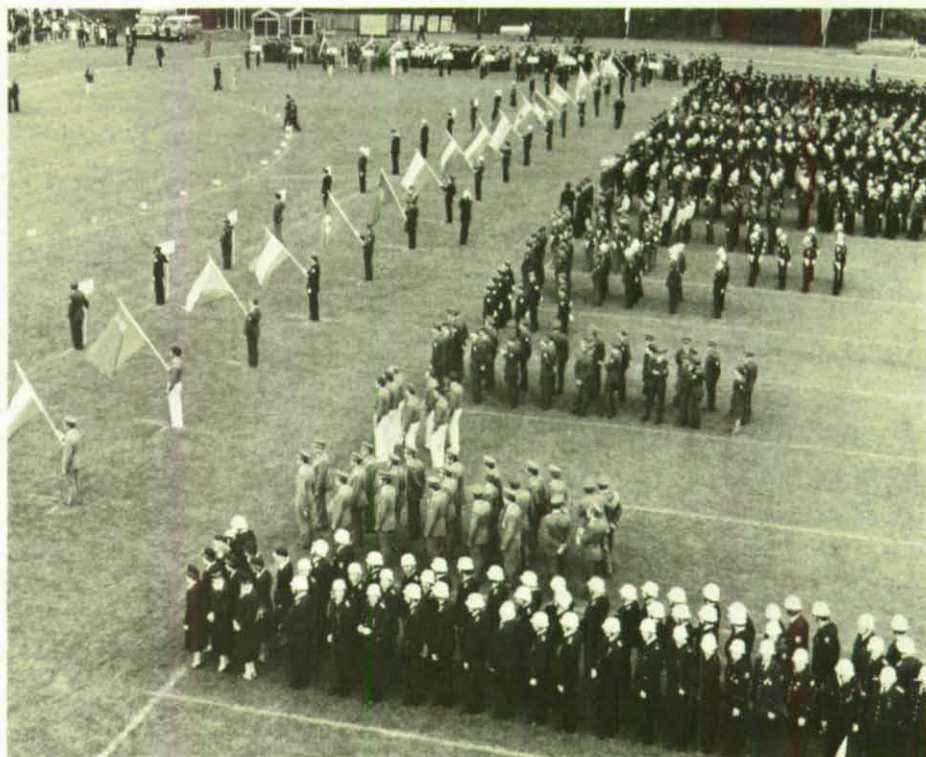
31 Staaten vereint

Das CTIF, 1900 in Paris gegründet, umfaßt heute 31 nationale Brandschutzorganisationen in aller Welt und ist eine internationale technische Organisation für den Erfahrungsaustausch auf dem Gebiete des Brandschutz- und Rettungswesens. Die Förderung, Erleichterung und Entwicklung der internationalen technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit und die Herstellung und Pflege kameradschaftlicher Beziehungen zwischen den Vertretern der Feuerwehren aller Länder der Welt sind die Ziele des CTIF.

Zahlreiche Veranstaltungen

Die 7. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe gliederten sich in verschiedene Wettkampfformen für Freiwillige Feuerwehren, Berufsfeuerwehren und Jugendfeuerwehren. Insgesamt waren an diesen Wettkämpfen in Böblingen 1300 Aktive beteiligt.

Das XIII. Symposium des CTIF brachte den in der Kongreßhalle versammelten Brandschutzfachleuten aus aller Welt die neuesten Erkenntnisse aus Forschung und Technik; Referenten aus 10 europäischen Staaten behandelten einen umfangreichen Themenkatalog. Erstmals veranstaltete die Jugendfeuerwehrkommission des CTIF ein Jugendforum, an dem Jugendliche aus elf Ländern Europas teilnahmen. Ferner führten die einzelnen Organe des CTIF



Bei der Eröffnungsfeier nahmen die Wettkampfgruppen hinter ihren Nationalflaggen Aufstellung. Im Hintergrund die Gruppen der Jugendfeuerwehren.



Blick auf die Ehrentribüne während des Vorbeimarsches der Wettkampfgruppen: DFV-Präsident Bürger, Bundesinnenminister Baum, der baden-württembergische Innenminister Herzog, Oberbürgermeister Brumme, CTIF-Präsident Holaubek und der neue DFV-Präsident Struve (von rechts).

mehrere separate Tagungen und Versammlungen durch. Die Verabschiedung der scheidenden Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und des CTIF sowie die Amtseinführung der neuen Präsidenten standen im Mittelpunkt eines Festaktes in der Kongreßhalle. Eine Ausstellung unter dem Titel „Baden-Württemberg – Wiege der Feuerwehren“, die im Foyer der Sporthalle stattfand, bot einen

umfassenden Überblick über die technische Entwicklung des Feuerwesens. Ein imposanter Festzug durch die Böblinger Innenstadt bildete den Abschluß der „Feuerwehrwoche“ von Böblingen.

Vier Wettkampflager

Die 1300 Wettkampfteilnehmer aus 18 europäischen Staaten, die in 129 Gruppen

starteten, reisten am 19. Juli in Böblingen an und wurden in drei Schulzentren untergebracht. Die 150 Wettkampfrichter unter der Leitung des Präsidenten des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes, Sepp Kast, zugleich internationaler Wettkampfleiter des CTIF, waren ebenfalls in einem Schulgebäude untergebracht.

Die Eröffnung der Wettkampflager fand am 20. Juli statt. Die Teilnehmer wurden von den Präsidenten des DFV und des CTIF, Bürger und Holoabek, begrüßt. Im Namen der Landesregierung hieß Staatssekretär Ruder, Innenministerium Baden-Württemberg, die Gäste willkommen, die Grüße der Stadt Böblingen überbrachte Oberbürgermeister Brumme. Danach erklärte der Präsident des CTIF die Wettkampflager für eröffnet.

Der 21. und 23. Juli waren dem offiziellen Training der Wettkampfgruppen vorbehalten. Nach einem festgelegten Trainingsplan konnten sich die Aktiven an diesen beiden Tagen mit den örtlichen Verhältnissen im Böblinger Stadion vertraut machen und mit den allen Gruppen einheitlich zur Verfügung stehenden deutschen Feuerwehrgeräten üben. Am 22. Juli unternahm die Wettkampfgruppen verschiedene Ausflüge in die Umgebung der Stadt Böblingen, um Land und Leute kennenzulernen. Auf Einladung einiger Großbetriebe konnten sich die Teilnehmer durch Betriebsbesichtigungen auch ein Bild von der baden-württembergischen Industrie verschaffen.



Präzision und Schnelligkeit waren beim Aufbau des Löschangriffs ausschlaggebend, jeder Fehler brachte der Gruppe Punktverluste und minderte die Erfolgsaussichten.



Eines der Hindernisse beim Staffellauf: eine Röhre, die von den Teilnehmern passiert werden mußte, was ein hohes Maß an Geschicklichkeit erforderte.

Steigende Popularität

Am 24. Juli begannen die Wettkämpfe mit einer großen Eröffnungsfeier im Böblinger Stadion. Nach dem Einmarsch aller Wettkampfgruppen begrüßte DFV-Präsident Bürger die Teilnehmer. Er bezeichnete das Ereignis als eine Demonstration des guten Willens für den Frieden und verwies darauf, daß die Zahl der teilnehmenden Gruppen von 52 vor 20 Jahren auf nunmehr 129 angestiegen sei. Das zeige die Popularität der Wettkämpfe, denen er große Erfolge wünschte.

Oberbürgermeister Brumme nannte die Veranstaltung einen wichtigen Beitrag zur Verständigung der Völker im olympischen Geiste. Die Grüße der Bundesregierung überbrachte Bundesinnenminister Baum, der es als eine Ehre für die Bundesrepublik Deutschland bezeichnete, daß dies Ereignis in unserem Lande stattfindet. Der baden-württembergische Innenminister Herzog hieß die Teilnehmer herzlich willkommen und überbrachte die Grüße von Ministerpräsident Späth als dem Schirmherrn der Veranstaltung. Er verwies darauf, daß die Veranstaltung unter dem hohen Ziel mitmenschlicher Hilfeleistung und Solidarität stehe; sie symbolisiere die völkerver-

bindende Idee, im Geiste der Humanität an gemeinsamen Aufgaben zu arbeiten. CTIF-Präsident Holaubek eröffnete die Wettkämpfe mit herzlichen Begrüßungsworten und forderte die Teilnehmer zu einem fairen und kameradschaftlichen Wettstreit auf.

Deutsche Feuerwehren führend

Die Internationalen Feuerwehrwettkämpfe finden alle vier Jahre statt, im Jahre 1977 wurden sie in Trient (Italien) veranstaltet. Die ersten Wettkämpfe dieser Art fanden bereits 1961 anlässlich des 23. Deutschen Feuerwehrtages in Bad Godesberg statt.

Die Feuerwehren der Bundesrepublik waren diesmal durch elf Gruppen der Freiwilligen Feuerwehren, darunter eine Frauengruppe, vertreten. Diese Gruppen waren durch Bundesausscheidungen ermittelt worden. Ihrem Gesamalter entsprechend wurden die Wettkampfgruppen in zwei Wertungsklassen eingeteilt. Auch vier Berufsfeuerwehren, die jedoch separat gewertet wurden, traten bei diesem Wettkampf an. Die Aufgaben der Gruppen bestanden darin, einen Löschangriff in kürzester Zeit und fehlerlos aufzubauen und anschließend einen Staffellauf mit mehreren Hindernissen zu absolvieren.

Die Wettkämpfe endeten mit einem klaren Sieg der Männergruppe der Freiwilligen Feuerwehren der Bundesrepublik: Alle zehn gestarteten Gruppen errangen eine Goldmedaille und lagen damit erstmals in der Geschichte der Wettkämpfe vor den österreichischen Feuerwehren mit sieben Gold- und drei Silbermedaillen. Die deutsche Frauengruppe errang eine Silbermedaille. Den dritten Platz in der Gesamtwertung belegten die Mannschaften aus Südtirol.

Berufsfeuerwehren im Sportwettkampf

Beim Internationalen Sportwettkampf der Berufsfeuerwehren starteten acht Gruppen aus sieben Staaten. Die Gruppen hatten Hakenleiteraufstieg, 100-Meter-Hindernislauf, 4 x 100-Meter-Feuerwehrhindernisstaffel und einen Löschangriff zu bewältigen. Beeindruckend demonstrierten vor allem die Teilnehmer der Berufsfeuerwehren aus den osteuropäischen Ländern ihre Geschicklichkeit beim Hakenleiteraufstieg.

Eine Riesenüberraschung gab es, als die hochfavorisierte Mannschaft der UdSSR hinter der erstmalig an diesem Wettkampf teilnehmenden DDR nur den zweiten Platz belegte. An dritter Stelle plazierte sich die Mannschaft aus der CSSR. Eine Mannschaft der deutschen Berufsfeuerwehren nahm an den diesjährigen Wettkämpfen nicht teil.

Die Frauengruppen kämpften ebenso entschlossen wie ihre männlichen Kollegen um Punkte und Sekunden und konnten durch schnelle und geschickte Arbeit überzeugen.



Beim Hindernis-Staffellauf galt es, kurzfristig eine sportliche Hochleistung zu erbringen, die Anspannung beim Warten auf den Startschuß war dementsprechend groß.





Beim Hakenleitenaufstieg zeigten die Berufsfeuerwehren eine atemberaubende Leistung, vor allem die Gruppen aus den osteuropäischen Ländern konnten hier dominieren.



Große Konzentration war beim Wettkampf der Jugendfeuerwehren erforderlich, um mit dem Strahl der Kübelspritze eine Zielscheibe zu treffen und einen dahinterstehenden Behälter zu füllen.

Hoffnungsvoller Nachwuchs

Die Internationalen Jugendfeuerwehrlleistungsbewerbe des CTIF sahen 19 Gruppen der Jugendfeuerwehren aus elf Staaten am Start. Die Bundesrepublik war mit zwei Gruppen vertreten. Die Jugendfeuerwehrguppen hatten eine Feuerwehrinternisübung und einen Staffellauf durchzuführen. Der Wettbewerb wurde eindeutig von den österreichischen Jugendfeuerwehren beherrscht, die die beiden ersten Plätze vor der Gruppe aus Südtirol belegten. Die beiden deutschen Gruppen errangen den vierten und sechsten Platz und verloren damit ihre Spitzenposition aus den vorausgegangenen internationalen Wettbewerben (Die ausführlichen offiziellen Ergebnislisten aller drei Wettkämpfe finden unsere Leser in diesem Heft auf den Seiten des DFV angedruckt).

Referate und Diskussionen

Das CTIF führte am 23. und 24. Juli sein XIII. Internationales Symposium durch. Dieses alle zwei Jahre stattfindende Symposium ist eine der bedeutendsten Fachtagungen der Brandschutzfachleute der Welt. Die im Europasaal der Kongreßhalle versammelten rund 350 Experten aus über 30 Staaten der Welt wurden von den Präsidenten Holaubek und Bürger, Staatssekretär Ruder und Oberbürgermeister Brumme zur Eröffnung des Symposiums herzlich begrüßt. Die Veranstaltung, die bereits zum fünften Male auf deutschem Boden stattfand, stand unter der Leitung des Vizepräsidenten des CTIF, Oberbranddirektor Gebhardt (Hamburg).

Referenten aus zehn europäischen Ländern befaßten sich mit den Themen „Rauchentwicklung und Rauchausbreitung bei Bränden in Gebäuden“, „Probleme und Möglichkeiten bei der Freihaltung der Rettungswege von Brandrauch“, „Brandbekämpfung in Gebäuden mit übergroßen Brandabschnitten“ und „Methoden und Vorschläge zur Erhaltung und Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit von Feuerwehrmännern“. Die simultan in fünf Sprachen übertragenen Referate brachten wichtige fachliche Aussagen für den Vorbeugenden Brandschutz in großen Wohnblocks und Industrieanlagen.

Das Symposium hat gezeigt, daß sich die Probleme der Feuerwehren in allen Ländern gleichen und daß die Brandschutzexperten und Gesetzgeber der einzelnen Staaten aufgerufen sind, die hier erarbeiteten verbesserten Lösungen zu verwirklichen.

Jugendarbeit im Mittelpunkt

Das am 23. Juli in der Stadthalle im benachbarten Sindelfingen veranstaltete

„1. Jugendforum der Internationalen Jugendfeuerwehrkommission des CTIF“ hatte die „Internationale Verständigung – Aufgaben der Jugendarbeit“ zum Thema. Zu der Veranstaltung hatten sich fast 400 Jugendliche und rund 100 an der Jugendarbeit interessierte Feuerwehrmänner versammelt. In einem Grundsatzreferat wurden die Schwerpunkte Jugendarbeit und Austausch, Ziele und Funktionen sowie Folgerungen und Forderungen der Jugendarbeit behandelt. Eine Diskussion mit den Sprechern der teilnehmenden elf Nationen beendete dieses mehrstündige Jugendforum.

Zusammenfassend wurde betont, daß die Jugendfeuerwehren eine Verbesserung der internationalen Jugendarbeit im Rahmen der bildungs- und gesellschaftspolitischen Aufgaben nur dann als realisierbar ansehen, wenn die einzelnen nationalen und internationalen Förderwerke durch finanzielle Zuwendungen den Jugendlichen die Teilnahme an einem internationalen Austauschprogramm ermöglichen.

Wichtige Beschlüsse

Im Verlauf der Woche führte das CTIF mehrere separate Tagungen und Versammlungen durch, bei denen wichtige Beschlüsse für die künftige Arbeit gefaßt wurden. Besondere Bedeutung kam dabei der Generalversammlung am 22. Juli zu, auf deren Tagesordnung die Neuwahl des Präsidenten stand. Von den zum CTIF gehörenden 31 Staaten warteten 26 durch Delegierte vertreten. Die Delegierten wählten einstimmig den bisherigen Generalsekretär des CTIF, Colonel Robert Dollinger (Straßburg), für die nächsten vier Jahre zum neuen Präsidenten; der seit 1960 amtierende Präsident Josef Holaubek (Wien) wurde einstimmig zum Ehrenpräsidenten gewählt.

In der anschließenden Tagung des Permanenten Rates des CTIF wurde der Präsident des Schweizerischen Feuerwehrverbandes, Willi Pfefferli, einstimmig zum neuen Generalsekretär gewählt. Der Kasernenverwalter des CTIF, P. Schwaller (Schweiz), wurde ebenso einstimmig in seinem Amt bestätigt wie die sechs Vizepräsidenten, darunter Oberbranddirektor Gebhardt (Hamburg). Zum neuen Vizepräsidenten wählte die Versammlung einstimmig den Präsidenten des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes, Sepp Kast.

In weiteren Beschlüssen wurden die nächsten Veranstaltungen des CTIF festgelegt: Das XIV. Symposium findet im Mai 1983 in Amsterdam und das XV. Symposium 1985 in Oberösterreich statt, die 8. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe werden Mitte 1985 in Oberösterreich durchgeführt. Das Generalthema des nächsten Symposiums



Eine Station im Hindernislauf der Berufsfeuerwehren bestand aus einem Schwebebalken, der von den Wehrmännern überwunden werden mußte.



Im Gegensatz zu dem „trockenen“ Löschangriff der Freiwilligen Feuerwehren hatten die Berufsfeuerwehren einen Löschangriff aufzubauen, bei welchem Wasser gefördert wurde.

beschäftigt sich mit dem Brandschutz in Hotels und Gaststätten.

Hohe Auszeichnung

Anläßlich seiner Verabschiedung als Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes wurde Albert Bürger im Rahmen eines Empfanges der baden-württembergischen Landesregierung am 24. Juli das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Große Ver-

dienstkreuz mit Stern und Schulterband des Bundesverdienstordens überreicht. In seiner Laudatio würdigte Ministerpräsident Späth den Feuerwehrpräsidenten Bürger als einen Mann, der nicht nur den deutschen Feuerwehren zu hohem internationalen Ansehen verholfen habe, sondern auch die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Brandschutzes nachhaltig gefördert habe. In den fast dreißig



Nach Bekanntgabe des Endergebnisses verschaffte die siegreiche Wettkampfgruppe aus der DDR ihrem Betreuer ein unfreiwilliges Bad im Löschwasserbehälter.



Die vielfältigen Aufgaben der Wettkampfrichter umfaßten neben der Zeitnahme und der Überwachung der einzelnen Disziplinen auch die Kontrolle der verwendeten Geräte.

Jahren seiner Amtszeit habe er den Aufbau des Deutschen Feuerwehrverbandes entscheidend geprägt und sich damit in besonders hervorzuhebender Art und Weise verdient gemacht.

Amtsübergabe im festlichen Rahmen

Aus Anlaß der Verabschiedung der Präsidenten des DFV und CTIF, Albert Bürger

und Josef Holaubek, und der Amtseinführung der neuen Präsidenten Heinrich Struve und Robert Dollinger hatten sich fast 700 Gäste aus über 30 Staaten am 25. Juli zu einem Festakt in der Kongreßhalle eingefunden. In der festlich geschmückten Halle waren neben führenden Vertretern der Feuerwehren Repräsentanten der Parlamente, der Bundes- und Landesregierung, der Stadt, der Hilfsorganisationen und der

Polizei sowie zahlreiche Ehrengäste versammelt.

Der Vizepräsident des DFV, Landesbranddirektor Kurt Werner Seidel (Berlin), begrüßte die Gäste und richtete seine Dankesworte an die Repräsentanten der Stadt Böblingen für die gewährte Gastfreundschaft und an die Vertreter der Fahrzeug- und Geräteindustrie für die Unterstützung bei der Durchführung der Wettkämpfe. Im Namen der Stadt Böblingen hieß Oberbürgermeister Wolfgang Brumme die Gäste herzlich willkommen. Er betonte, daß die Verantwortlichen mit dem Ablauf aller Veranstaltungen vollauf zufrieden sein könnten.

Die Laudatio für Präsident Bürger hielt Staatssekretär Robert Ruder als Vertreter der Landesregierung Baden-Württemberg und der ständigen Konferenz der Innenminister der Länder. Er ehrte Bürger, der eine Generation lang, nahezu 30 Jahre, als Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes das große „Orchester“ der deutschen Feuerwehren meisterhaft dirigiert habe. Betrachte man heute den hohen Ausbildungs- und Ausrüstungsstand sowie die Einsatzbereitschaft der deutschen Feuerwehren, so habe Albert Bürger als einer der Pioniere des Feuerwehrwesens daran wesentlichen Anteil. In einem kurzen Überblick über den Lebenslauf Albert Bürgers zeichnete Staatssekretär Ruder einige markante Punkte auf, die in seiner Berufung zum Präsidenten des DFV im Jahre 1952 und zum Stellvertretenden Präsidenten des CTIF 1974 gipfelten. Ruder betonte, daß Baden-Württemberg stolz auf Albert Bürger sei, dem die Feuerwehren im ganzen Bundesgebiet viel zu verdanken hätten. Abschließend gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß Albert Bürger auch weiterhin 1. Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg bleibe und überreichte ihm als äußeres Zeichen des Dankes die Stauffermedaille der Stadt Schwäbisch Gmünd. Dem bisherigen Vizepräsidenten des DFV, Heinrich Struve, wünschte er für die verantwortungsvolle Aufgabe als Präsident des DFV viel Glück und Erfolg.

Der neugewählte Präsident des CTIF, Colonel Robert Dollinger, würdigte das Wirken des bisherigen CTIF-Präsidenten Josef Holaubek. Dollinger betonte, das CTIF habe seinen Präsidenten als Menschen und Freund, als begeisterten Feuerwehrmann und als großen Präsidenten schätzen gelernt. Im Lebenslauf des Präsidenten wurde der Einsatz verdeutlicht, den Holaubek stets für den Aufbau und die Weiterentwicklung der Feuerwehren gezeigt habe. Als CTIF-Präsident seit 1960 habe Holaubek für die internationale Arbeit nicht nur über das Wissen verfügt, sondern auch viel Bereitschaft, Geduld, Menschenkenntnis und großes Einfühlungsvermögen gezeigt. Er könne nun mit Stolz auf das Geleistete



Bild links: Die Arbeit der 150 Wettkampfrichter war gewissenhaft und neutral, die einzelnen Teams setzten sich aus Vertretern der verschiedenen Nationen zusammen. – Bild rechts: Der geliebte Schnupftabak durfte diesem österreichischen Teilnehmer auch im Böblinger Stadion nicht fehlen – ob er allerdings geholfen hat, ist fraglich.



Bild links: Auf verschiedene Art und Weise bereiteten sich die Wettkampfgruppen auf ihre große Aufgabe vor, auch die Meditation sollte zu einem guten Ergebnis verhelfen. – Bild rechts: Vom Geschehen und dem schönen Wetter angezogen, fanden sich an den Wettkampftagen zahllose Besucher ein, die die Ereignisse gespannt verfolgten.



Bild links: Im Rahmen einer Feierstunde zeichnete der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth den scheidenden DFV-Präsidenten Albert Bürger mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Bundesverdienstordens aus. – Bild rechts: Zum Festakt anlässlich der Amtsübergabe der beiden Präsidenten überbrachte der Bundesminister für Forschung und Technologie, Volker Hauff, die Grüße und den Dank der Bundesregierung.



Bild links: Als Vertreter der Katastrophenschutzorganisationen würdigte der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Graf von Schwerin, die gute Zusammenarbeit mit den Feuerwehren. – Bild rechts: Bei der Amtsübernahme dankte der neue Präsident des CTIF, Robert Dollinger (links), dem scheidenden Präsidenten Josef Holaubek für seinen Einsatz.



Bild links: Der neue Präsident des DFV, Hinrich Struve, bat in seiner Antrittsrede alle Verantwortlichen um eine vertrauensvolle und konstruktive Mitarbeit. – Bild rechts: Albert Bürger erhielt die Ehrenurkunde zu seiner Ernennung zum Ehrenpräsidenten des DFV, die DFV-Vizepräsidenten Seidel (Berlin), Dr. Lingenbach (Marl) und Wiedemann (Augsburg) gratulierten (von links).



Bild links: Im Rahmen der Ausstellung „Baden-Württemberg – Wiege der Feuerwehren“ wurden Zeichnungen gezeigt, die Kinder unter dem Stichwort „Feuerwehr“ gemalt hatten. – Bild rechts: Der Einmarsch aller Teilnehmer an den Wettkämpfen bildete den eindrucksvollen Rahmen der Schlußkundgebung; im Bild die Wettkampfgruppen aus der Bundesrepublik.



Bild links: Zur Siegerehrung waren die Mannschaftsführer der siegreichen Mannschaften vor der Ehrentribüne angetreten, Frauen in heimischer Tracht überreichten Medaillen und Urkunden. – Bild rechts: Den Auftakt zum großen Festzug durch die dichtgesäumten Straßen der Böblinger Innenstadt bildeten bespannte Fahrzeuge mit historisch uniformierten Mannschaften.

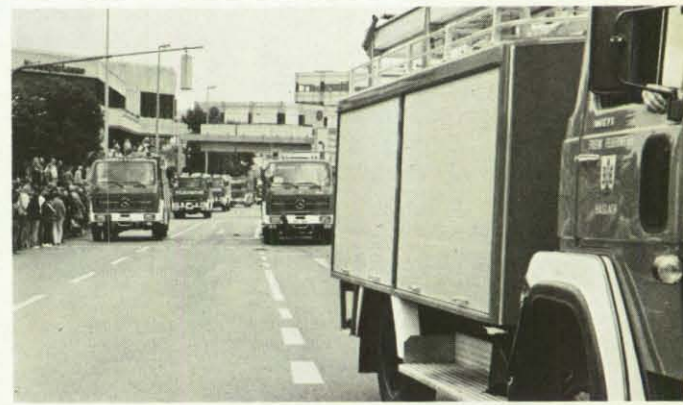


Bild links: Eine besonders farbenprächige Abteilung des Festzuges war die Fahngruppe, in der 320 Feuerwehrfahnen aus Baden-Württemberg mitgeführt wurden. – Bild rechts: Interessanter Schlußpunkt des Festzuges: der Fahrzeugkorso, der mit seinen 140 Fahrzeugen modernster Bauart einen Einblick in die Technik der Feuerwehren bot.

zurückblicken und habe damit dem CTIF den Weg in die Zukunft gebahnt. Zum Abschluß überreichte er dem zum Ehrenpräsidenten des CTIF ernannten Josef Holaubek als Abschiedsgeschenk ein bleiverglastes Fenster in dem das Symbol des CTIF dargestellt ist.

Grußwort und Glückwünsche

Im Namen der Bundesregierung dankte Bundesverkehrsminister Hauff den beiden scheidenden Präsidenten für ihre erfolgreiche Tätigkeit und wünschte ihnen für ihr weiteres Wirken alles Gute. Er begrüßte den neuen Präsidenten des DFV, Hinrich Struve, und wünschte ihm für die verantwortungsvolle Aufgabe viel Erfolg und hoffte auf eine gute Zusammenarbeit mit der Bundesregierung.

Als Vertreter des Bundesministers des Innern überbrachte Staatssekretär Dr. Fröhlich Grüße und Dank an die scheidenden Präsidenten. Ihr Verdienst sei es, daß die deutsche und internationale Forschung auf dem Gebiet des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes erheblich gefördert worden und zu dem heute erreichten hohen Stand gelangt sei. Darüber hinaus sei Albert Bürger für den Bundesminister des Innern im Bereich des Zivilschutzes stets ein Gesprächspartner gewesen, dessen Wort fachlich und politisch großes Gewicht hatte. Er habe maßgeblichen Anteil am Aufbau des Zivilschutzes und habe die entsprechenden Gesetze und Vorschriften wesentlich mitgestaltet. Dafür gebühre ihm besonderer Dank.

Ministerialdirigent Kayser (Hessisches Ministerium des Innern) sprach für den Unterausschuß „Feuerwehrangelegenheiten“ der Innenministerkonferenz und übergab Präsident Bürger im Namen der Abteilungsleiter V der Arbeitsgemeinschaft der Innenminister zum Zeichen des Dankes eine gemeinsame Dokumentation mit Beiträgen aller Bundesländer. Er begrüßte den neuen Präsidenten Struve und sprach die Hoffnung nach einer ebenso guten Zusammenarbeit, wie sie mit Albert Bürger bestanden habe, aus.

Der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Graf von Schwerin, verwies als Vertreter der vier im Katastrophenschutz tätigen Sanitätsorganisationen auf die besondere Verbundenheit mit der Feuerwehr und insbesondere mit Albert Bürger. Alle Hilfsorganisationen seien durch die gemeinsame Aufgabe verbunden, indem sie Tag und Nacht zur Hilfe im Rettungsdienst bereit seien. Er sprach Albert Bürger seinen besonderen Dank für die Mitarbeit und den Einsatz zur Verbesserung des Zivil- und Katastrophenschutzes aus.

Als Vertreter der Brandschutzorganisationen der Bundesrepublik sprach Ober-

branddirektor Gebhardt, Vorsitzender der VFDB. Er betonte, daß Ausdauer, Zuverlässigkeit und Menschlichkeit die Grundvoraussetzungen eines Feuerwehrmannes seien. In dieser Hinsicht könne Albert Bürger mit Recht als „Vaterfigur“ des deutschen Brandschutzes bezeichnet werden.

In seinen Dankesworten betonte CTIF-Ehrenpräsident Holaubek, daß das CTIF ein besonders hohes internationales Ansehen genieße und wünschte ein weiteres gutes Gedeihen in diesem Sinne, für die Ehrungen und Glückwünsche dankte er herzlich.

Bei der Amtsübergabe dankte Präsident Bürger allen Mitarbeitern und Gesprächspartnern für die langjährige Unterstützung. Dadurch sei der lange Weg der ältesten Bürgerinitiative, der Feuerwehr, zu ihrem jetzigen Stand erst möglich geworden. Mit dem Hinweis auf die gute Struktur des Verbandes übergab Albert Bürger das Präsidentenamt an seinen im März von der Delegiertentagung des Verbandes gewählten Nachfolger Hinrich Struve (Schleswig-Holstein).

In seiner Ansprache stattete Struve seinen Dank an Albert Bürger und Josef Holaubek ab und betonte seine Bereitschaft zu weiteren guten Zusammenarbeit mit dem CTIF. Im Namen von über einer Million Feuerwehrangehörigen dankte er Albert Bürger für die geleistete Arbeit und unterstrich, daß die von Albert Bürger vorgegebene Zielsetzung Richtschnur der weiteren Arbeit sei. Er bat alle Verantwortlichen um eine vertrauensvolle und konstruktive Mitarbeit. Als seine erste Amtshandlung nahm er die Ernennung von Albert Bürger zum Ehrenpräsidenten des DFV vor und übergab ihm die Ernennungsurkunde. Seine zukünftige Arbeit stellte der neue Präsident unter den alten friesischen Wahlspruch: „Keine Herren über mir, keine Knechte unter mir, denn: lieber tot als Sklave.“

Interessante Ausstellung

Um den Gästen der Veranstaltungen weitere Informationen geben zu können, wurde im Foyer der Böblinger Sporthalle die Ausstellung „Baden-Württemberg – Wiege der Feuerwehren“ präsentiert. Darin wurde die Entwicklung der Feuerwehren aufgezeigt, die ihren Ursprung in Baden-Württemberg haben. Eine umfangreiche Helmsammlung aus über 50 Staaten, zahlreiche alte Feuerlöschgeräte und -spritzen waren dort neben modernstem Gerät zu sehen. Abgerundet wurde die Ausstellung durch eine Diaschau und zahlreiche Schautafeln sowie eine Briefmarkensammlung mit Feuerwehrmotiven. Ein Sonderpostamt war der Ausstellung angeschlossen. Im Rahmen der Eröffnungsfeier wurden Bundesinnenminister Baum und der baden-württembergische Innenminister Herzog für ihre

Verdienste um das Feuerwehrwesen von Präsident Bürger mit dem Feuerwehrehrenkreuz in Gold ausgezeichnet.

Siegerehrung im Stadion

Zur Schlußkundgebung und Siegerehrung zogen die Wettkampfgruppen ein letztes Mal in das Stadion ein und nahmen hinter ihren Flaggen Aufstellung. Den angetretenen Mannschaften dankte Innenminister Herzog für die Kameradschaft, Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit. Böblingens Oberbürgermeister Brumme verabschiedete die Aktiven mit dem Wunsch, daß den Feuerwehrwettkämpfern in vier Jahren ein ebenso großer Erfolg beschieden sein möge. Seine Abschiedsgrüße und der Dank an alle Mitwirkenden verband DFV-Präsident Struve mit der Feststellung, daß die Veranstaltung erneut den völkerverbindenden Aspekt der Feuerwehr verdeutlicht habe. Der Präsident des CTIF, Dollinger, beglückwünschte die Wettkämpfer zu den hervorragenden Leistungen und nahm gemeinsam mit Präsident Struve und den beiden Ehrenpräsidenten die Siegerehrung und Medaillenverleihung vor. Mit einem herzlichen „Auf Wiedersehen in Österreich“ erklärte Dollinger die 7. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe für beendet.

Imposanter Schlußpunkt

Im Anschluß an die Schlußkundgebung formierten sich die Teilnehmer zu einem anderthalbstündigen Festzug. Vor einer großen Zuschauerkulisse führte der Festzug durch die Böblinger Innenstadt. Das Bild war besonders farbig durch die unterschiedlichen Uniformen der einzelnen Wettkampfgruppen. Ergänzt wurde der Umzug durch zehn Spielmanns- und Fanfarenzüge, 320 Feuerwehr-Fahnenabordnungen aus Baden-Württemberg und 1000 baden-württembergische Feuerwehrmänner. Nach einigen britenren Feuerwehreinheiten und anderen historischen Fahrzeugen bildete ein interessanter Fahrzeugkorso mit rund 140 modernsten Feuerwehrfahrzeugen den Schlußpunkt des Festzuges.

Abschließend kann gesagt werden, daß die „Internationale Feuerwehrwoche“ 1981 in Böblingen als ein Zeichen der Verständigung und Kameradschaft in die Geschichte der Feuerwehren eingehen wird. Sie hat gezeigt, daß die Feuerwehrwettkämpfe des CTIF in zwanzig Jahren zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Zusammenarbeit der Feuerwehren geworden sind. Das Bestreben der nationalen und internationalen Feuerwehrorganisationen wird eine Stärkung und Förderung dieser Zusammenarbeit im Hinblick auf die Wettkämpfe 1985 in Österreich sein.

Der neue Deutsche Zivilschutzhelm

Die Entwicklung des neuen Helmes – Optimaler Schutz und hervorragender Sitz

Vor kurzem wurden die ersten 10000 Serienexemplare des neuen Deutschen Zivilschutzhelmes ausgeliefert. Damit kam für das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) eine zehnjährige Entwicklungszeit zu einem erfolgreichen Abschluß. Den Helfern der Katastrophenschutz-Organisationen steht nunmehr ein nach den Erkenntnissen des Arbeitsschutzes optimaler und typgeprüfter Schutzhelm zur Verfügung.

Historische Entwicklung

Bei Aufbau des Zivilschutzes nach dem Kriege (damals noch Luftschutzhilfsdienst – LSHD – genannt) wurde auf den bekannten Stahlhelm des Reichs-Luftschutz-Bundes (RLB) zurückgegriffen (Bild 1). In gleicher Form wurde der erste Zivilschutzhelm aus glasfaserverstärktem Polyesterharz eingeführt (Bild 2) und bis 1966 beschafft.

Zahlreiche Mängelberichte über Sitz und Paßform des Helmes, vor allem aber über die unzureichende Festigkeit und Alterungsbeständigkeit, waren der Anlaß, die Helmschale – noch immer in derselben LSHD-Form – aus dem höherwertigen Polycarbonat (PC) nach dem Spritzgießverfahren herzustellen. Bei Falkkörperprüfungen wurden die Hoffnungen auf Abstellung der Mängel enttäuscht. Es stellte sich heraus, daß die Helmschale aufgrund ihrer Form ungeeignet war, weil sie bei Aufschlag der Falkkörper – ohne selbst Schaden zu nehmen – soweit durchfederte, daß der Helmträger schwere Schädelverletzungen davongetragen hätte. Damit war die Notwendigkeit der Entwicklung einer besser geeigneten Helmform gegeben. Eine Sichtung aller erreichbaren Arbeitsschutzhelme sowie der Schutzhelme der Zivilschutz-Organisationen des westlichen Auslandes ergab, daß kein befriedigender Helm existierte.

Einsatztaktische Forderungen

Die Überlegungen im BZS verdichteten sich im Jahre 1971 zu einer einsatztaktischen Forderung für den neuen Helm und einer Freigabe der Helmform. Der neue Helm wurde zum universellen Einsatz bei allen Fachdiensten konzipiert. Da sich zahlreiche Dienste mit denen anderer Organisationen und Berufsgruppen decken oder

ähneln, wurden deren Erkenntnisse mit verwertet. Somit ergab sich die logische Zusatzforderung, daß der neue Helm entsprechend den Erfordernissen der DIN 4840 (Arbeitsschutzhelme) geprüft und von den einschlägigen Berufsgenossenschaften anerkannt werden mußte.

Die wichtigsten einsatztaktischen Forderungen seien vorangestellt, um einen Eindruck von den zu bewältigenden Schwierigkeiten bei der Projekt-Realisierung zu erhalten:

1. Leichter, bequem zu tragender Helm mit guter Paßform, Belüftung und niederem Schwerpunkt.
2. Ästhetisch befriedigende, vollkommen glatte Helmform ohne senkrechte und waagerechte Flächen. Grundriß und Höhe nach Art des Feuerwehrhelmes nach DIN 14940.
3. Fester Schläfen- und Nackenschutz (Forderung der Steinbruch-Berufsgenossenschaft).
4. Anbringbarkeit einer Kopfhandleuchte ohne Zusatzeinrichtungen. Elektrische Durchschlagsfestigkeit 1000 V, keine Durchbrüche in der Schale (Forderung der Berufsgenossenschaft Elektro).
5. Einschiebbarer Gesichtsschutz (Planung der Feuerwehren), Nackenleder nach DIN 14940, gegabelter Kinnriemen wie bei DIN 14940 Feuerwehrhelm (Bild 3).
6. Unfallschutz durch bei starkem Zug selbstöffnenden Kinnriemen.
7. Zerlegbarkeit und Montage ohne Werkzeug zum leichten und schnellen Auswechseln unbrauchbar gewordener Teile.
8. Lagerfähigkeit 15 Jahre.
9. Erfüllung der DIN 4840 und Realisierung möglichst vieler Forderungen der DIN 14940.

Prototyp des ZS-Helmes

Auf der Grundlage der einsatztaktischen Forderungen wurde in den Jahren 1972 bis 1974 der Prototyp des neuen ZS-Helmes in zwei Versionen geschaffen. Beiden gemeinsam war eine robuste Kalotte aus Polycarbonat (PC). Die Grundausführung (Bild 4) wies eine einfache, mit metallenen Hohlrieten befestigte Innenausstattung ei-

nes Bauarbeiterhelmes, einen einfachen Kinnriemen mit offenem Verschlussbügel und einen angehängten Lampen- und Kabelhalter aus Metall bzw. Kunststoffband mit Druckknopf auf. Die Brandschutzausführung (Bild 6) zeichnete sich durch eine Innenausstattung, den gegabelten Kinnriemen und ein Nackenleder des Feuerwehrhelmes nach DIN 14940 aus. Der Lampenhalter war aus Plastikmaterial und ebenso angehängt wie der Kabelhalter aus Kunststoffband mit Druckknopf. Bemerkenswert war ein herausziehbares und wieder hereinschiebbares Flammenschutzgitter, das das Gesicht bis einschließlich der Oberlippe abdeckte.

Beide Helmvarianten erfüllten die Bedingungen der DIN 4840. Die Brandschutzausführung wurde 1974/75 einem einjährigen Trageversuch bei der Flugplatzfeuerwehr Manching unterzogen. Von Kleinigkeiten abgesehen, wurde der Prototyp als gut geeignet beurteilt. Obwohl die notwendigen Änderungen technisch ohne größeren Aufwand hätten durchgeführt werden können, kam es zu keiner Einführung dieses Helmes. Der Hauptgrund dafür war eine von verschiedenen Seiten rein emotional geführte Kampagne mit dem Argument, der neue ZS-Helm sehe dem Stahlhelm der Nationalen Volksarmee (Bild 5) zu ähnlich aus. Abgesehen davon, daß der Stahlhelm der NVA beileibe kein „Russenhelm“, sondern eine technisch hervorragende und zukunftsweisende Entwicklung der Metallwerke in Thale (Thüringen) während des Zweiten Weltkrieges ist, die zur Einführung in die Wehrmacht vorgesehen war, ist das vorgebrachte Argument auch deswegen absurd, weil der ZS-Helm immer in der Farbe weiß geliefert werden wird. Außerdem wird er im V-Fall mit den international vereinbarten Zeichen „Rotes Kreuz“ oder „Blaues Dreieck (auf orange)“ versehen, die den Helmträger in auffälliger Weise als Mitglied einer humanitären Hilfsorganisation im Zivilschutz kenntlich machen.

Obwohl rational kaum nachvollziehbar, bewirkte die erzeugte Verwirrung, daß die rein technische Zweckform als psychologisch bedenklich betrachtet und nicht überall akzeptiert wurde. Wegen der ungeklärten Lage der Helmform stiegen die beteiligten Fachfirmen aus dem Projekt aus. Ein neuer Lieferant konnte jahrelang nicht gefunden



Bild 1 a: Stahl-Schutzhelm des Reichs-Luftschutz-Bundes, Vorderansicht.

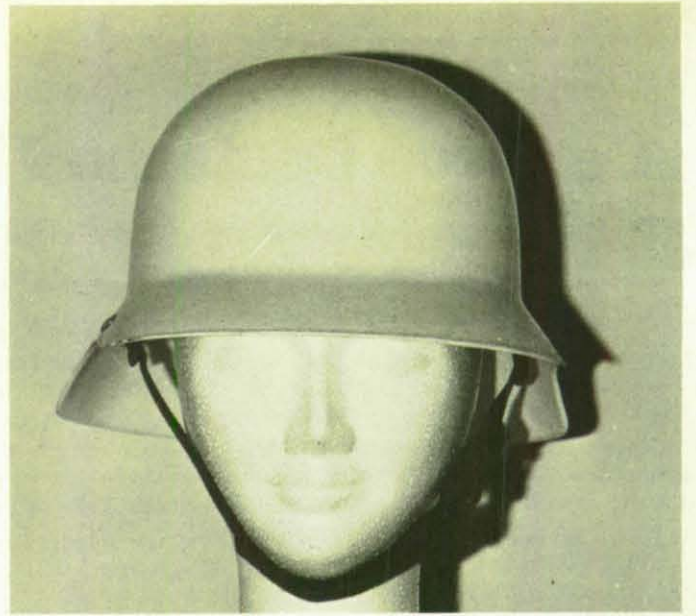


Bild 2 a: Zivilschutzhelm, glasfaserverstärktes Polyester, Vorderansicht.

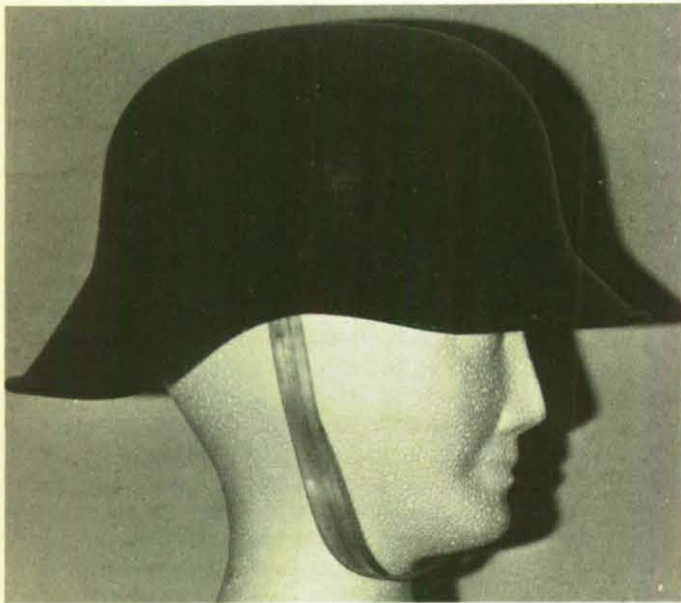


Bild 1 b: Stahl-Schutzhelm des Reichs-Luftschutz-Bundes, Seitenansicht.

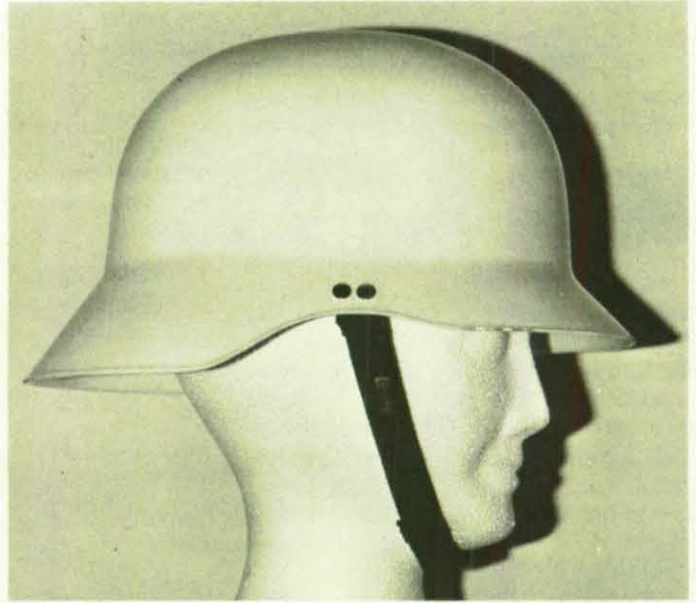


Bild 2 b: Zivilschutzhelm, glasfaserverstärktes Polyester, Seitenansicht.



Bild 3: Feuerwehrhelm nach DIN 14940.



Bild 4: Prototyp der Grundauführung des ZS-Helmes (1974).

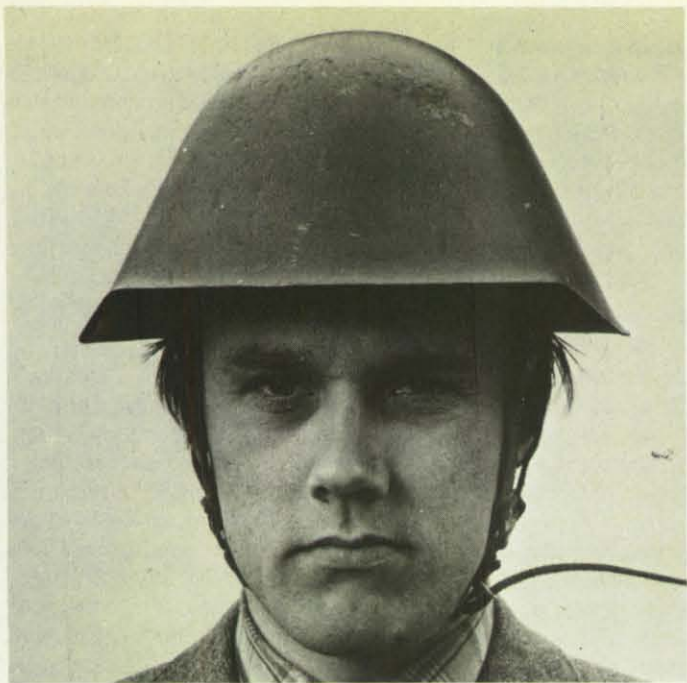


Bild 5: Stahlhelm mit Tarnfarbe der Nationalen Volksarmee der DDR.



Bild 12: Fallkörperprüfung nach DIN 4840. Bei Aufprall der Kugel wird der auf den Prüfkopf übertragene Kraftverlauf gemessen.



Bild 6: Brandschutzausführung des Prototyps des ZS-Helms (1974).



Bild 7: DRK-Helferin mit Grundmodell des ZS-Helms (1981).

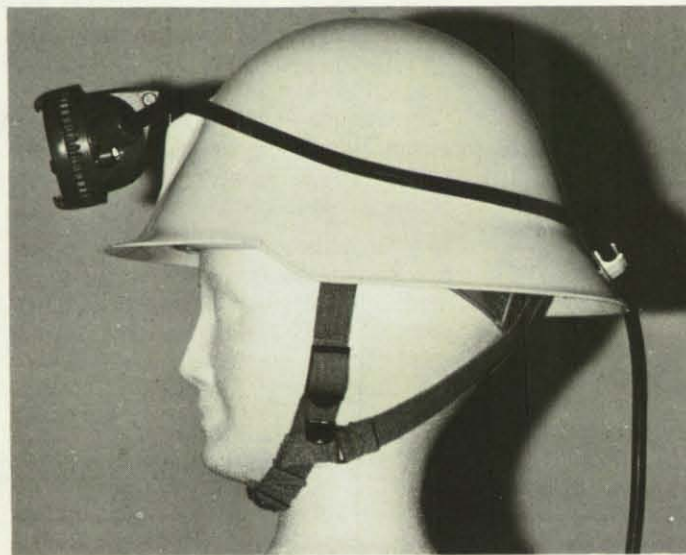


Bild 8: Trageweise der Kopfhandleuchte am ZS-Helm.

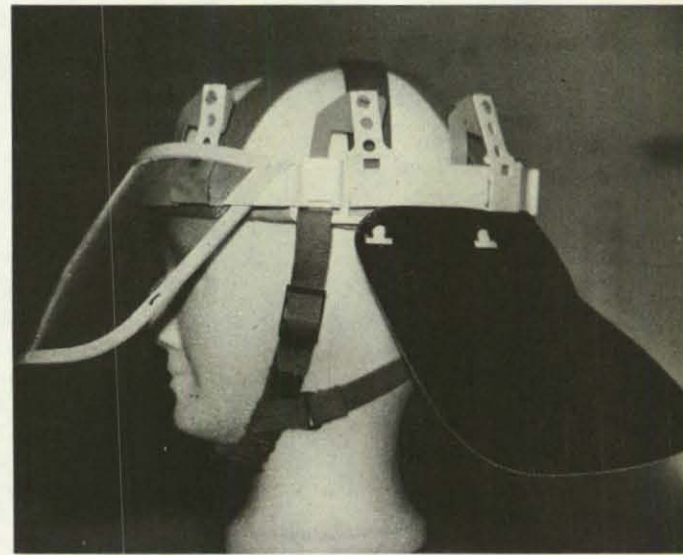


Bild 9: Tragering, Innenausstattung, Flammenschutzgitter und Nackenleder nach Wegschnappen der Helmschale.

werden. Wie üblich bei längeren Projektverzögerungen kamen neue Forderungen an den ZS-Helm auf, von denen die Dekontaminierbarkeit durch mehrstündiges Kochen in Sodalösung von Helmschale und Innenausstattung die weitreichendste war. Immerhin gelang es dem zuständigen technischen Referat im BZS, alle gefällige, technisch hervorragende und allseitig akzeptierte, endgültige Helmform vorzulegen. Im Jahre 1979 wurde eine Fachfirma gefunden, welche auf eigenes Risiko die notwendig gewordene Weiterentwicklung beendete, die sich, wie noch gezeigt wird, zu einer bemerkenswerten Neuentwicklung ausweitete.

Beschreibung des neuen Deutschen ZS-Helmes

Der ZS-Helm ist in zwei Varianten erhältlich. Das Grundmodell (Bild 7) dient als Kopfschutz bei allen Fachdiensten des Zivilschutzes mit Ausnahme des Brandschutzes, kann aber auch in der Schwerindustrie und von Rettungsdiensten eingesetzt werden. Das Grundmodell besteht aus

1. Helmschale
2. Tragering
3. Innenausstattung
4. Kinn- und Nackengurt.

Die Brandschutzausführung ist zusätzlich ausgerüstet mit

5. Gesichtsschutz (Flammschutzgitter)
6. Nackenschutz-Leder nach DIN 14940.

Das Grundmodell kann jederzeit ohne Werkzeug zur Brandschutzausführung nachgerüstet werden. Die Helmschale kann außerdem nach Wunsch mit lang nachleuchtendem Reflexband beklebt werden.

Die Einsatzbedingungen beim Zivilschutz haben sowohl die Auslegung und Konstruktion des Helmes als auch die Materialwahl beeinflusst. Für andere Einsatzbedingungen ist die Verwendung anderer Materialien, besonders für Innenausstattung und Kinnbegurtung, möglich.

Die Helmschale weist eine elegante, glatte Form ohne senkrechte oder waagerechte Flächen auf. Herabfallende Gegenstände können nirgendwo hängenbleiben und gleiten ab. Der leicht herausgestellte Rand schützt Schläfen- und Nackenpartie.

Die Helmschale besteht aus Polycarbonat. Das Grundmodell ist bei allen Einsatztemperaturen außerordentlich schlagzäh, selbstverlöschend, nicht tropfend, brennt nicht weiter ohne nährende Flamme, ist elektrisch nicht leitfähig und dekontaminierbar. Standardfarbe ist weiß, andere sind möglich.

Der Stirnbereich weist eine Auswölbung mit einem Schlitz auf, der zur Aufnahme einer Kopf-Handleuchte mit einem Auf-

steckfuß nach DIN 22437 dient (Bild 8). Ein drehbarer Kabelhalter ist in den Nackenschirm eingeschnappt. Er wurde so konstruiert, daß er zur Vermeidung von Verletzungen herauspringt, falls der Helmträger an einem Hindernis hängenbleiben sollte. Der Kabelhalter ist ausgelegt, um ein explosionsgeschütztes Kabel von 9 mm Durchmesser aufzunehmen. Andere Durchmesser sind herstellbar.

Der ZS-Helm ist der einzige bekannte Einschalen-Helm, der ein einschiebbares Flammschutzgitter aufweist. Einerseits kann der Helm deshalb leicht sein und gestattet das gleichzeitige Tragen von Stirnlampe und Gesichtsschutz im Gegensatz zu Helmen mit äußerem, klappbarem Gesichtsschutz. Andererseits verhindert das eingeschobene Flammschutzgitter die übliche Befestigung der Innenausstattung an der Helmschale. Dieses Problem wurde durch die Konstruktion eines Trageringes gelöst. Der Tragering besteht ebenfalls aus PC und verbindet die Helmschale mit Innenausstattung und Kinnbegurtung. Bei der Brandschutzausführung nimmt der Tragering noch den Gesichtsschutz in Gleitnuten und das Nackenleder mit Hilfe von fünf Halteklammern auf. Der Tragering selbst ist an der Helmschale über drei Schnappverbindungen befestigt. Diese Schnappverbindungen wurden so ausgelegt, daß sie bei bestimmter Belastung lösbar sind. Das erlaubt die leichte Auswechselbarkeit aller Komponenten ohne Werkzeug. Wichtiger aber noch ist, daß dem Helmträger im Falle des Hängenbleibens oder bei einer Explosionsdruckwelle die Helmschale vom Kopf gerissen wird, ohne daß Verletzungen eintreten (Bild 9). In Verbindung mit dem bei bestimmter Belastung selbstöffnenden Kinn- und Nackengurt bedeutet diese Konstruktion ein Maximum an Sicherheit für den Helfer im Katastrophenschutz.

Spezielle Halteklammern aus PC befestigen die drei Kopfragebänder der Innenausstattung am Tragering und halten das Kopfband mit Hilfe angespritzter Druckknöpfe. Wegen je zwei übereinanderliegenden Löchern in den Halteklammern kann die Tragehöhe an verschiedene Kopf- und Nackenformen angepaßt werden.

Die Innenausstattung besteht aus drei Kopfragebändern, dem Kopfband mit Nackenband und dem Kinn- und Nackengurt. Die Kopfragebänder bestehen wegen der Forderung nach Dekontaminierbarkeit aus Baumwollgewebe. Das Baumwollgewebe ist schweiß-, licht- und farbecht und physiologisch unbedenklich. Die Länge der Bänder wurde bewußt unveränderbar ausgelegt, um ein unsachgemäßes Verkleinern des Prellraumes zwischen Kopf und Helmschale zu verhindern.

Das Kopfband besteht aus Weich-Polyäthylen (LDPE). Auf dem gesamten Um-

fang ist ein Schweißleder um das Kopfband geschlungen, um Haut und Haare des Helmträgers vom Kopfband abzuhalten. Eine Polyurethan-Auskleidung sorgt für verbesserten Tragekomfort. Das heruntergezogene Nackenband verleiht, der Kopfgröße richtig angepaßt, in Verbindung mit der günstigen Schwerpunktlage der Helmschale einen ausgezeichneten Sitz des Helmes auf dem Kopf. Das Nackenband erlaubt die Einstellung der Kopfgrößen 53 bis 61 in halben Schritten.

Wegen des ausgezeichneten Sitzes kann in der Mehrzahl der Einsatzfälle der Kinn- und Nackengurt offen getragen werden. Für bestimmte Arbeiten, die einen festen Sitz des Helmes auf dem Kopf erfordern, z. B. in Rückenlage, wird der Kinn- und Nackengurt geschlossen. Um Strangulierungen zu vermeiden, wird zusätzlich zu den Schnappverbindungen zwischen Tragering und Helmschale noch ein offener Verschlussbügel verwendet, dessen Auslösekraft zwischen 45 bis 70 Newton liegt. Der Nackengurt sorgt für einen festen und komfortablen Sitz bei allen Arbeitsbedingungen. Einbau und Verstellung sind wegen der verwendeten Gleitschnallen sehr leicht möglich.

Als Gesichtsschutz standen die Alternativen Klarsichtscheibe oder Flammschutzgitter zur Debatte. Zahlreiche Versuche unter verschiedensten Einsatzbedingungen gaben dem Flammschutzgitter den Vorzug. Es besteht aus einem Chrom-Nickel-Stahldrahtgewebe mit einem Rahmen aus nicht leitendem PC. Während des normalen Helmgebrauchs befindet sich das Gitter versteckt im Helm. Es behindert nicht und kann nicht vergessen werden. Es wird nur im Falle der Notwendigkeit und zweckmäßigerweise mit beiden Händen herausgezogen (Bild 10). In diesem Zustand schützt das Gitter die Augen und das Gesicht hinunter bis zu den Lippen. Bild 11 zeigt den Gebrauch des Gesichtsschutzgitters bei Arbeiten mit dem Schlagbohrhammer. Der Abstand zum Gesicht ist so bemessen, daß das Tragen gängiger Atemschutzgeräte möglich ist. Um zu verhindern, daß z. B. Schmutz und Flugfunken in den Jackenkragen fallen, kann ein Nackenleder nach DIN 14940 am Tragering mit Hilfe von fünf Halteklammern eingehängt werden.

Das Grundmodell wiegt ca. 660 g, die Brandschutzausführung ca. 770 g. Das geringe Gewicht in Verbindung mit dem hervorragenden Sitz und Tragekomfort verursacht auch bei weiblichem Personal kaum Ermüdung (Bild 7).

Prüfung und Leistungen

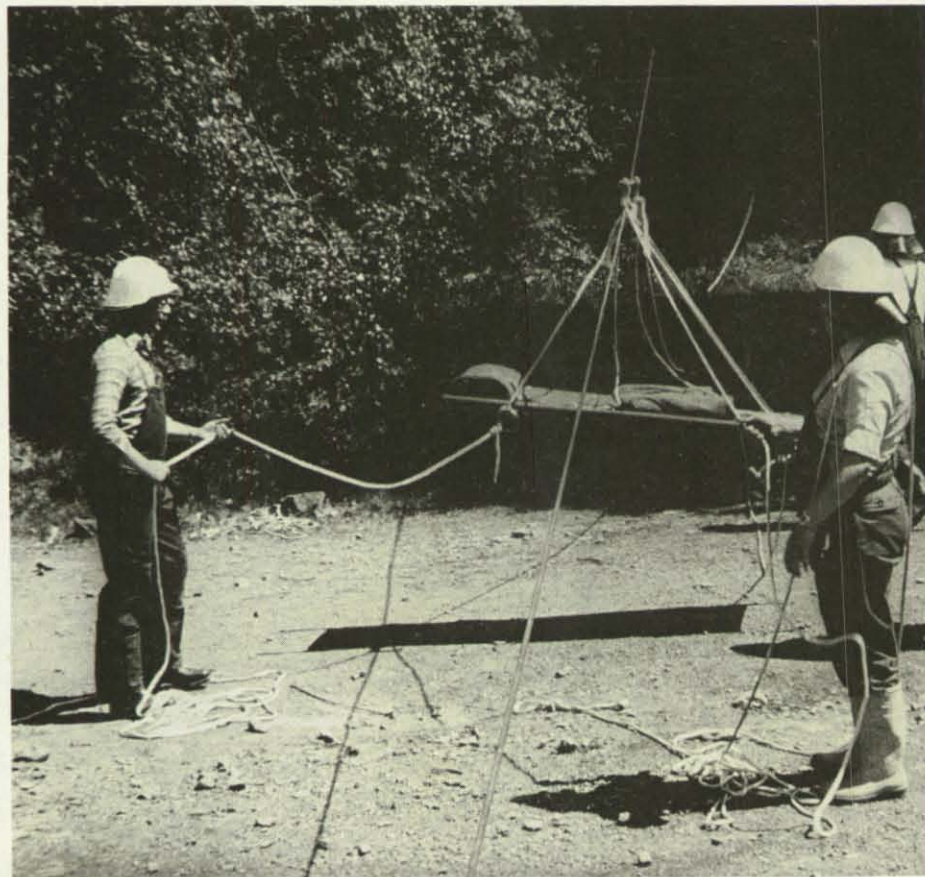
Der ZS-Helm erfüllt alle Anforderungen der DIN 4840 (Arbeitsschutzhelme). Gestaltung und Aufbau folgen, soweit möglich und technisch sinnvoll, der DIN 14940



Bild 10: Herausziehen des Flammschutzgitters.



Bild 11: Bei Arbeiten mit dem Schlagbohrhammer hält das Flammschutzgitter Steinsplitter und Staub ab.



Der erste mit dem neuen ZS-Helm ausgerüstete Katastrophenschutz-Zug beim Postamt Siegen: Bergungsübung mit der Seilbahn.

(Feuerwehrhelm). Deren Schutzforderungen werden ebenfalls erfüllt. Der Helm ist nach DIN 4840 von einem behördlichen Prüfinstitut geprüft und als Arbeitsschutzhelm, als Elektriker-Schutzhelm und als Bergbauhelm unter Tage zugelassen. Bei den Fallkörperprüfungen nach DIN 4840 wird als Maximalwert eine auf den Prüfkopf übertragene Kraftspitze von 5000 N zugelassen (Bild 12). Dieser Wert wird vom ZS-Helm weit unterschritten. Ein Grund dafür liegt darin, daß der ZS-Helm im Gegensatz zu konventionellen Schutzhelmen, bei denen die Innenausstattung direkt an der Helmschale befestigt ist, den Tragering als weiteres, federndes Element aufweist. Der bewußt hoch ausgelegte Prellraum zwischen Schädel und Helmschale ist eine zusätzliche Sicherheitsreserve.

Mit seinen aktiven und passiven Sicherheitsmerkmalen ist der ZS-Helm in der Reihe der Schutzhelme zweifellos sehr hoch anzusiedeln. Damit hat das Bundesamt für Zivilschutz seinen Auftrag erfüllt, allen Helfern im Zivilschutz einen sowohl den einsatztaktischen Forderungen als auch den derzeitigen Erkenntnissen des Arbeitsschutzes gleichermaßen entsprechenden Schutzhelm bereitzustellen und ein markantes, äußeres Zeichen der Erkennung und der Zusammengehörigkeit zu schaffen.

Die Sicherheit hat Priorität

Sicherheit beim Krankentransport in KatS-Krankentransportfahrzeugen wird erhöht

Der Sanitätsdienst des erweiterten Katastrophenschutzes ist überwiegend und die übrigen Fachdienste vereinzelt mit Krankentragen nach DIN 13024 ausgestattet. Fast das gesamte Ausstattungssoll wurde bereits vor 1970 beschafft. Seit langem entsprechen diese Tragen nicht mehr dem neuesten Stand der Technik und den gestiegenen Sicherheitsvorstellungen. Erprobungsergebnisse und Erfahrungswerte haben bestätigt und gezeigt, daß diese veraltete Tragenkonstruktion bezüglich ihrer Stabilität verbessert werden muß.

Die Ursache der Instabilität liegt darin, daß der Bezugsstoff durch den Alterungsprozeß seine Spannkraft verlor und die etwas unglücklich gewählte Konstruktion der klappbaren Quergelenke die Querbelaustungen, die während des Transportes auf die Tragen kommen, nicht mehr aufnehmen kann. Die Tragen klappen in den Lagerungsgestellen zusammen und lösen sich aus den Fixierungen der Lagerungsgestelle.

Aufgrund dieser Tatsache hatte sich das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) im Einvernehmen mit dem Normenausschuß „Rettungsdienst und Krankenhaus“ (NARK) im DIN (Deutsches Institut für Normung e. V.) die Aufgabe gestellt, für die Krankentrage nach DIN 13024 unter Beibehaltung der technischen und taktischen Merkmale ein wirtschaftliches Modifizierungskonzept zu erarbeiten.

Das BZS hat mit der Umrüstung der vor 1970 beschafften Krankentragen bereits 1979 begonnen. Im Jahre 1980 wurde das Modifizierungskonzept mit der Möglichkeit, die Tragen mit einer 4-Punkt-Fixierung in den Lagerungsgestellen zu befestigen, erweitert. Im einzelnen sind folgende Verbesserungen vorgenommen worden:

- neuer Tragenbezug aus beschichtetem Chemiefasergewebe,
- zwei Spanngurte mit Schnellverschlüssen in ausreichender Länge, damit eine Vakuummatratze auf die Trage gelegt werden kann,
- zwei neue klappbare und verriegelbare Quergelenke,
- Erweiterung der Fixierzapfen an den Füßen von zwei auf vier (jeder Fuß ein Fixierzapfen).

Bei der Festlegung über die Anordnung der vier Fixierzapfen an den Tragenfüßen wurde die Forderung zugrunde gelegt, daß sowohl die bisherigen diagonal fixierbaren Tragen (zwei Fixierzapfen) als auch die neuen vierfach fixierbaren Tragen in den bisherigen Lagerungsgestellen mit diagonalen und in den künftigen mit vierfacher Fixierung verwendet werden können.

Aus den Abbildungen 1 bis 4 ist die neue Tragenausführung mit den Verbesserungsmerkmalen und die Fixierzapfen-Anordnung ersichtlich. Das BZS hat diese verbesserte Tragenausführung dem zuständigen Fachnormenausschuß A 1.1 im NARK mit der Bitte vorgelegt, die DIN 13024 entsprechend den Verbesserungsmerkmalen zu überarbeiten und die Krankentrage DIN 13025, die überwiegend im zivilen Krankentransport zum Einsatz kommt, ebenfalls mit 4 Fixierzapfen auszustatten.

Um der Forderung nach der 4-Punkt-Fixierung der Tragen in den Krankenfahrzeugen gerecht zu werden, wird die DIN 75080 für Rettungs- und Krankentransportfahrzeuge entsprechend ergänzt und mit der Zusatzordnung versehen, daß von den 4 Fixierstellen eine verriegelbar und von der Einladeseite des Fahrzeuges mit einer Hand lösbar ausgeführt werden muß.

Im übrigen ist beabsichtigt, künftig sämtliche Tragen, also auch die für den Lufttransport verwendete Trage nach DIN 13231, vierfach zu fixieren.

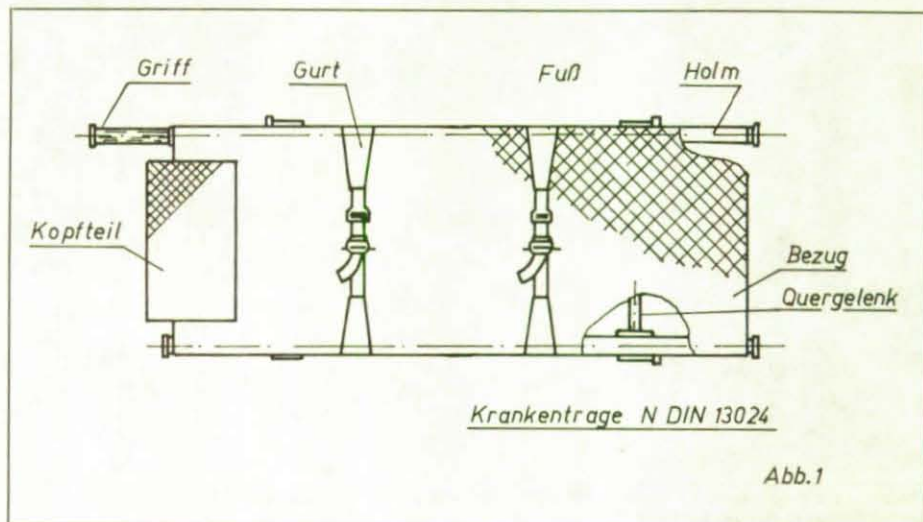
Eine weitere Möglichkeit, die Sicherheit für den auf der Trage liegenden Patienten zu

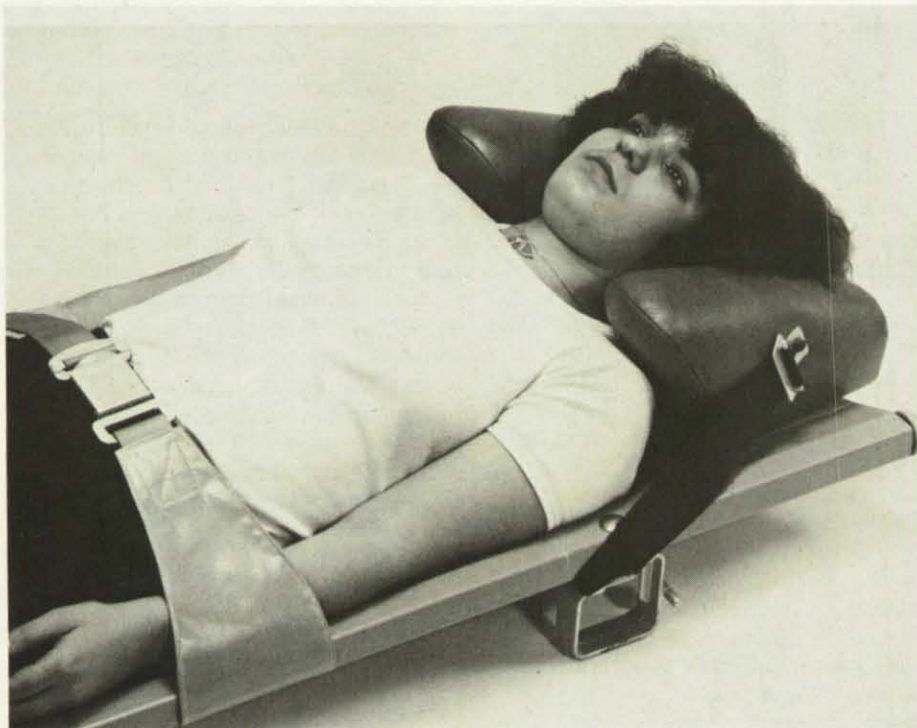
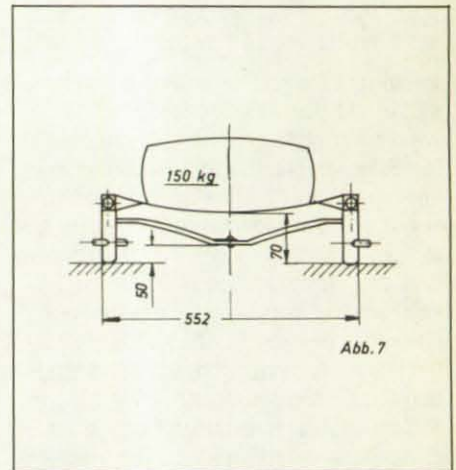
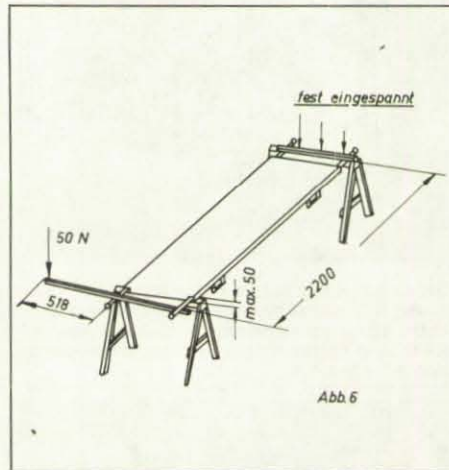
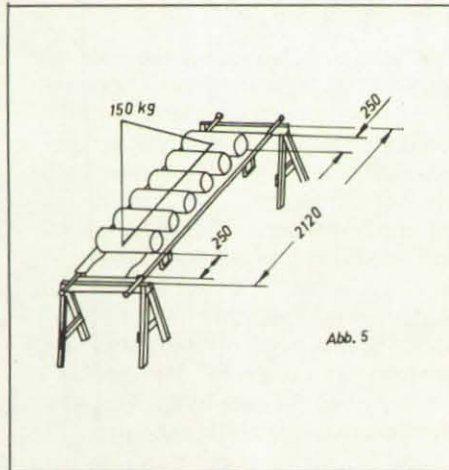
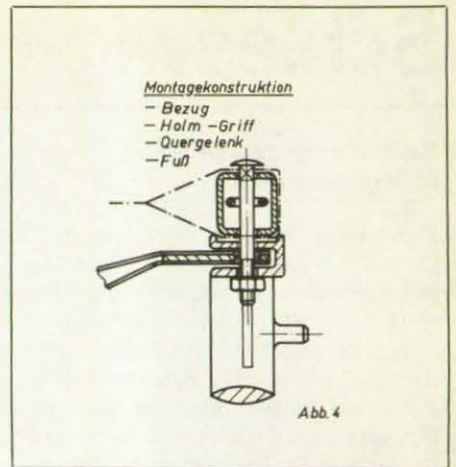
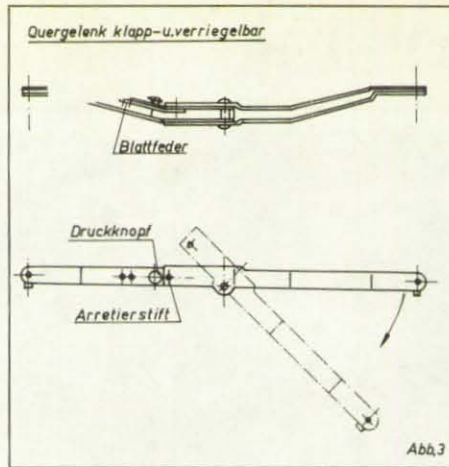
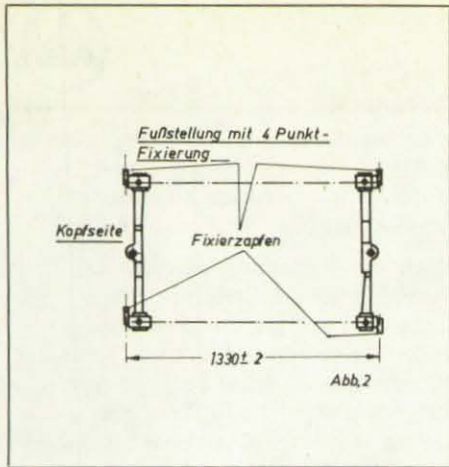
erhöhen, bietet das auf dem Foto gezeigte Rückhalte-Kissen. Das Rückhalte-Kissen kann als Zubehörteil mit einem Spanngurt an der Trage befestigt werden. Mit diesem Kissen könnte das bisher noch ungelöste Problem, auch die liegenden Fahrzeuginsassen mit einem Rückhaltesystem gegen die beim Aufprall freiwerdenden Beschleunigungs- bzw. Verzögerungskräfte abzusichern, gelöst werden. Denn was nützt es, wenn die Trage in den Lagerungsgestellen fest verankert ist, der liegende Patient aber bei einem Auffahrunfall unter den Spanngurten hindurch von der Trage fallen kann? Sobald Rückhaltesysteme für liegende Patienten auf der Krankentrage von der einschlägigen Industrie angeboten werden, wird auch das Bundesamt die Aufnahme in die San-KatS-Ausstattung in Erwägung ziehen müssen.

Nachfolgend werden drei Prüfvarianten vorgestellt, nach denen die Tragen vor der Auslieferung an die Bedarfsträger überprüft werden:

Prüfung auf bleibende Verformung (Abbildung 5):

Für die Prüfung auf bleibende Verformung (Durchbiegung) ist die Krankentrage mit ausgezogenen Griffen mit einer lichten Stützweite von 2120 mm auf Böcke zu legen. Bei der Prüfung müssen die Böcke auf ebenem, unnachgiebigem Boden stehen. Die Krankentrage wird mit 6 Sandsäcken von 150 kg Gesamtgewicht belastet. Die Sandsäcke werden gleichmäßig auf der Länge der Trage, 250 mm vom vorderen





und 250 mm vom hinteren Ende der Trage entfernt, verteilt. Dabei dürfen die Säcke nur auf dem Tragenbezug, nicht auf den Längsholmen aufliegen. Nach dreimaliger Be- und Entlastung darf das Tragengestell keine bleibende Verformung größer als 3 mm aufweisen (Mittel bei beiden Holmen). Nach den vorgeschriebenen Belastungsprüfungen wird der Tragenbezug auf

Veränderungen geprüft, d. h. ob die Nähte beschädigt sind oder ob der Bezug sich verzogen hat.

Prüfung auf Festigkeit gegen Verdrehen (Abbildung 6):

Für die Prüfung auf Festigkeit gegen Verdrehen wird die unbelastete Krankentrage

in der Mitte der ausgezogenen Griffe fest eingespannt, am anderen Ende mit den Holmen auf den Bock gelegt. An den freien Enden wird an den ausgezogenen Griffen im Abstand von 2200 mm ein Hebel angesetzt, der an seinem Arm mit 50 N belastet wird.

Der Holm darf sich von der Oberfläche des Bockes höchstens um 50 mm, gemessen von der Oberkante des Bockes zur Unterkante des Bockes zur Unterkante des Holmes, abheben. Hierbei dürfen keine bleibenden Verformungen entstehen.

Nach den vorgeschriebenen Belastungsprüfungen darf der Bezug keine Beschädigungen aufweisen.

Prüfung auf Auspreizen der Füße (Abbildung 7):

Für die Prüfung auf Auspreizen der Füße wird die Krankentrage auf eine ebene Fläche gestellt. Die Krankentrage wird mit 6 Sandsäcken von 150 kg Gesamtgewicht belastet (Belastungsdauer 30 Minuten). Bei dieser Belastungszeit darf das Maß von Außenkante Fuß zu Außenkante Fuß 552 mm nicht überschreiten.

Nach der Entlastung darf keine bleibende Verformung auftreten. Die Bodenfreiheit unter den Quergelenken darf 50 mm nicht unterschreiten. Die Bodenfreiheit zwischen Bezug und Aufstellflächen muß mindestens 70 mm betragen.

Selbstschutzwoche in Norderstedt

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der BVS-Dienststelle Neumünster im Monat Mai stand eine Selbstschutzwoche, die in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Norderstedt vom 22. bis 27. Mai 1981 durchgeführt wurde. Schleswig-Holsteins Innenminister Dr. Uwe Barschel, Bürgermeister Embacher, BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender und viele Vertreter aus Politik, Behörden und Organisationen nahmen an der Eröffnung teil.

In seinem Referat betonte der Innenminister, die Verteidigungsbereitschaft werde nur dann glaubhaft, wenn man alles Erforderliche tue, die Bevölkerung vor möglichen Kriegseinwirkungen zu schützen. Der Minister forderte eine sofortige Aufstockung der Bundeszuschüsse für Hausschutzräume. In seiner Funktion als Vorsitzender der Innenministerkonferenz der Bundesländer sagte Dr. Barschel seine Unterstützung zu, daß allen Anträgen auf Gewährung von Zuschüssen zum privaten Schutzraum entsprochen werden kann. Die vom Bund derzeit für Schleswig-Holstein bereitgestellten Mittel in Höhe von 117000 DM seien bereits völlig ausgeschöpft.

„Die Bundesregierung hat auf dem Gebiet der Vorsorge für die Bevölkerung im Verteidigungsfall viel versäumt. Ich hoffe, daß solche Veranstaltungen wie diese Selbstschutzwoche die Einsicht in der Notwendigkeit solcher Vorsorge in der Bevölkerung stärken, damit dann auch die Bundesregierung sich endlich auf ihre Pflichten besinnt. Der Zivilschutz muß aufhören, ein Stiefkind des Bundes zu sein“, forderte er wörtlich.

Gerade auch für die Jugend sei die Selbstschutzwoche geeignet „dieses wichtige und schöne Aufgabenfeld nahe zu bringen“, fuhr Barschel fort. Der Selbstschutz sei eine Möglichkeit für junge Leute, sich selbst zu entfalten und zu verwirklichen.

BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender wies in seiner Rede, in der er zugleich die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ eröffnete, auf die zahlreichen Aktivitäten des Verbandes hin: Vorträge, Sicherheitswettbewerbe, Filmvorführungen, Informationen über den Schutzraumbau, ein umfassendes Ausbildungsprogramm seien Beispiele für die vielfältigen Bemühungen des BVS, der Bevölkerung zu mehr Schutz und Sicherheit zu verhelfen. Dies alles sei umso wichtiger, als es bei der zivilen Verteidigung –



Der Selbstschutz sei eine Möglichkeit für junge Leute, sich selbst zu entfalten und zu verwirklichen, führte Innenminister Dr. Uwe Barschel anlässlich der Eröffnung der Selbstschutzwoche in Norderstedt aus.



Viele Gäste besuchten die Ausstellung „Schutz und Wehr“ im Herold-Center der Stadt.

anders als bei der militärischen Komponente – gegenüber dem Bürger der Erläuterungen bedürfe. Denn Begriffe wie Schutzraumbau, Zivilschutz, Bevorratung von Lebensmitteln, Sirensignale stoßen, nach den Worten von Dr. Sahlender, immer noch in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Unverständnis. In diesem Sinne sei die sachliche Information sowie die praxisnahe Selbstschutz-Ausbildung als zentrale Aufgabe des BVS anzusehen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe sei der BVS aber in besonderem Maße auf die Mithilfe anderer Organisationen und der Kommunen angewiesen. Als herausragendes Beispiel für das Bemühen um eine erfolgreiche Zusammenarbeit nannte Dr. Sahlender die Stadt Norderstedt, auf deren Initiative die Selbstschutzwoche veranstaltet und durch die sie überhaupt erst möglich geworden sei. Als Dank und Anerkennung für die Mithilfe und das außerordentliche Engagement aller städtischen Behörden überreichte Dr. Sahlender Bürgermeister

Embacher die BVS-Ehrennadel. Mit einer Dankurkunde wurden auch der Leiter des Ordnungsamtes, Klentke, und sein Stellvertreter, Schmidtke, geehrt.

Neben der Ausstellung „Zivilschutz“ im Herold-Center der Stadt lockte eine Ausstellung von prämierten Bildern, die Kinder in den Vorwochen zum Thema „Katastrophen“ gemalt hatten, besonders viele Bürger ins Rathaus. Hier konnten auch Interessenten anhand von Fragebögen ihre Zivil- und Selbstschutzkenntnisse prüfen.

Praktische Vorführungen – wie etwa das Ablöschen einer brennenden Puppe mit Hilfe einer Decke sowie Demonstrationen der einzelnen Katastrophenschutz-Organisationen – rundeten diesen Teil des Programms ab. Zu den darüber hinaus erwähnenswerten Besonderheiten sind eine bislang in Schleswig-Holstein einmalige Telefonaktion mit Norderstedts Bürgermeister Embacher unter dem Motto „Bürger fragen – Stadtverwaltung antwortet“ zu zählen, bei der – in Zusammenarbeit mit dem BVS – Fragen zum Selbstschutz der Bevölkerung sowie der Sicherheitsplanung für Not- und Katastrophensituationen beantwortet wurden. Nicht zuletzt sind eine Fahrradrallye sowie eine Vortragsveranstaltung „Frau im Selbstschutz“ zu erwähnen.

Daß sich die Mühe lohnte, an der einen oder anderen Veranstaltung im Rahmen der Selbstschutzwoche teilzunehmen, zeigt ein Blick auf die attraktiven Preise. Durch die Teilnahme an der Fragebogenaktion an den BVS-Informationständen war eine Flugreise für zwei Personen nach München zu gewinnen, die von der Deutschen Lufthansa gestiftet worden war. Für die jugendlichen Teilnehmer an der Sicherheitsrallye – sie mußten an sieben Stationen ihr selbstschutzmäßiges Verhalten unter Beweis stellen – war als erster Preis ein Fahrrad ausgesetzt.

Nach der ersten Selbstschutzwoche dieser Art stellten sowohl die Vertreter der Stadt Norderstedt als auch die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Neumünster fest, daß die Bemühungen um den Selbstschutz fortgesetzt und ähnliche Veranstaltungen in der Stadt wiederholt werden sollten.

Zwischen Nord- und Ostsee

Herzhorn. Der Amtsausschuß des Amtes Herzhorn hat den früheren Hauptbootsmann Fritz Otte zum Selbstschutzberater für den Amtsbezirk Herzhorn bestellt.

Oeversee. Mit einer Tonbildschau beteiligte sich der BVS am Amtsfeuerwehrtag des Amtes Oeversee. Sie stieß bei den Teilnehmern auf großes Interesse.

Plön. Am „Tag der Helfer“, den die in der Stadt tätigen Hilfsorganisationen in diesem Jahr zum dritten Mal veranstalteten, beteiligte sich auch der BVS. Er informierte u. a. über die Aufgaben des Verbandes und zeigte verschiedene Filme.

Neumünster. Anlässlich des „Jugendtreffs '81“ in der Holstenhalle von Neumünster informierten auf Einladung der Jungen Union Schleswig-Holsteins BVS-Mitarbeiter an einem Informationsstand die Besucher über Selbstschutzmaßnahmen.

Tarp. Mit einem Informationsstand und einer Tonbildschau war der BVS bei der Tarper Festwoche vertreten.

Breklum. In der Schalterhalle der Raiffeisenbank Breklum zeigte die BVS-Dienststelle Flensburg die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“. Anlässlich der Eröffnungsveranstaltung, zu der viele Vertreter des öffentlichen Lebens erschienen waren, erläuterten BVS-Beauftragter Hans Green sowie BVS-Dienststellenleiter Roland Hiebsch und BVS-Fachbearbeiter Horst Walter die Aufgaben und Ziele des Verbandes.

Green betonte dabei die Notwendigkeit des Bürgers, selbst aktiv zu werden.

Ascheberg. Die im Frühjahr 1981 bei den BVS-Dienststellen in Schleswig-Holstein neu gewählten Helfervertreter und ihre ersten Stellvertreter trafen sich zu einer ersten Jahres-Zusammenkunft in Ascheberg am Plöner See.

Die Tagung stand unter der Leitung des Helferververtreters bei der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, Heinz Müller, Pinneberg. Die zum Teil neu mit dieser Aufgabe betrauten BVS-Helfer wurden zunächst mit dem aktuellen Stand der Arbeit der Helfervertretung im BVS bekannt gemacht. Anschließend wurde eine Vielzahl von Fragen aus dem Bereich der Arbeit und des Einsatzes der Helfer im Landesstellenbereich erörtert. Hierbei zeigte sich u. a. deutlich, daß die Kontakte zum ehrenamtlichen Bereich nach erfolgter Umstrukturierung des BVS in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein schwieriger geworden sind und es großer Anstrengungen bedürfen wird, von den neuen BVS-Dienststellen weit entfernt wohnende Helfer auch zukünftig ausreichend für eine Mitarbeit zu motivieren.

Einen besonderen Raum nahm die Erörterung der geänderten Wahlordnung zur Helfervertretung und ihre Anwendung ein. Hierzu, wie auch zu Einzelfragen aus dem Kreis der anwesenden Helfervertreter, nahm der als Gast anwesende BVS-Bundeshelfervertreter Jürgen



BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender (links), BVS-Bundeshelfervertreter Grabke (3. von links) und BVS-Landeshelfervertreter Müller (rechts) zusammen mit den neuen BVS-Helfervertretern aus Schleswig-Holstein.

Grabke Stellung. Grabke konnte bei dieser Gelegenheit mit Genugtuung auf die erfolgreiche Arbeit der Helfervertretung in den abgelaufenen zwei Jahren verweisen.

Die bis dahin gemeinsam erörterten Fragen und Probleme wurden am Nachmittag von BVS-Landeshelfervertreter Müller dem nunmehr anwesenden BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender vorgelesen und durch verschiedene Diskussionsbeiträge der Helfervertreter aus den Dienststellen verdeutlicht. Eine sachliche Erörterung verschiedener Probleme zeigte anschließend das Engagement der gewählten Vertreter der ehrenamtlichen Helferschaft.

Landesstellenleiter Dr. Sahlender wies abschließend auf die Bedeutung der Institution „Helfervertretung“ hin und betonte anerkennend die bisherige fruchtbare Zusammenarbeit mit der Helfervertretung.

Bremen



Broschüre „Ihr Vorsorgepaket“ der Bremer Öffentlichkeit vorgestellt

Jeder Haushalt in Bremen soll Vorsorgemaßnahmen für den Notfall treffen, denn wie plötzlich der Bürger auf sich allein gestellt sein kann, hat die Schneekatastrophe im vorletzten Winter in Schleswig-Holstein gezeigt. Darauf wies jetzt vor Journalisten in der Hansestadt der Leiter der BVS-Landesstelle Bremen, Diethelm Singer, hin. Der BVS stellte den Pressevertretern die Broschüre „Ihr Vorsorgepaket“ vor, die im Auftrag des Bundesinnenministeriums herausgegeben wurde. Daß dem Thema größte Bedeutung zugemessen wird, bewies die große Beteiligung der Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

BVS-Landesstellenleiter Singer (rechts) demonstrierte vor der Presse, was zu dem „Vorsorgepaket“ gehören soll.



Möglicherweise lebenswichtig ist nach Worten Singers bei einem Katastrophenfall die rechtzeitige Information. Und damit beginne bereits die Vorsorge. Gerade in Schleswig-Holstein habe sich ge-

zeigt, daß trotz der vielen in den Haushalten vorhandenen Radiogeräte wichtige Nachrichten nicht empfangen werden konnten, weil keine Batterien vorhanden waren.

Hans-Peter Kaufner im Ruhestand

In Anwesenheit des Vertreters des Niedersächsischen Innenministeriums, Ministerialdirigent Antonischki, des Befehlshabers im Wehrbereich II, Generalmajor Kallerhoff, des Landrats des Kreises Hameln-Pyrmont, Saacke, sowie Vertretern

wünschte er dem neuen Schulleiter und den Mitarbeitern ein weiteres erfolgreiches Wirken. Antonischki betonte, das Land Niedersachsen habe seine Mitgliedschaft im BVS nicht zuletzt auch im Hinblick auf seine exponierte Lage immer als besonderes Engagement verstanden und sich für die Ziele des Verbandes nachdrücklich eingesetzt: „Der



Viele Gäste waren zur Verabschiedung des Schulleiters der BVS-Schule Voldagsen, Hans-Peter Kaufner, erschienen.

der Katastrophenschutz-Organisationen und des BVS verlieh BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl dem in den Ruhestand tretenden Leiter der BVS-Schule Voldagsen, Hans-Peter Kaufner, die Ehrennadel des Verbandes. Sohl führte in seiner Laudatio aus, Kaufner habe im Laufe seiner langen Dienstzeit den Verband in Niedersachsen ganz entscheidend mitgeprägt. Zuerst als Fachgebietsleiter „Ausbildung“ tätig, später verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle, übernahm er 1979 die Leitung der BVS-Schule Voldagsen. Hier habe er stets dafür gesorgt, daß die Lehrgangsteilnehmer sich an der Schule auch wohlfühlen konnten. Der gute Ruf der Ausbildungsstätte, auch über die Landesgrenzen Niedersachsens hinaus, sei mit sein Verdienst, betonte Sohl.

Kaufner war schon von 1934 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges im damaligen Reichsluftschutzverband tätig. Auf Grund der Erfahrungen aus dieser Zeit war er einer der „Männer der ersten Stunde“ bei der Gründung des „Bundesluftschutzverbandes“ in Hamburg.

Im Namen des Niedersächsischen Innenministeriums dankte Ministerialdirigent Antonischki dem Scheidenden für seine geleistete Arbeit. Gleichzeitig

Selbstschutz ist im Rahmen unserer Bemühungen zum Schutz der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall von so übertragender Bedeutung, daß es wohl nicht zu verantworten wäre, in den Bemühungen nachzulassen.“

Kaufner bedankte sich für die ihm allseits entgegengebrachten guten Wünsche für den Ruhestand und das ihm während seiner gesamten Dienstzeit geschenkte Vertrauen. Auch künftig wolle er dem Verband als ehrenamtlicher Helfer zur Verfügung stehen.

Quer durch Niedersachsen

Jever. Die BVS-Dienststelle Wilhelms-haven führte anlässlich einer Helferversammlung des THW-OV Jever eine Informationsveranstaltung durch. BVS-Mitarbeiter Hans Cordes gab einen Überblick über die Tätigkeit und Aufgaben des BVS. Weitere Veranstaltungen, so THW-Ortsbeauftragter Tjark Backhaus, sollen folgen.

Hannover. In vielen Städten der Bundesrepublik werden in den Ferien für Kinder und Jugendliche Freizeitaktionen durchgeführt. Alljährlich bietet auch die

BVS-Dienststelle Hannover Lehrgänge und Informationsveranstaltungen an.

Nummer Eins in der Reihe der Veranstaltungen ist nach wie vor der Selbstschutz-Grundlehrgang. Nach Schätzungen der BVS-Dienststelle werden in diesem Sommer rund 150 bis 180 Teilnehmer diesen Lehrgang absolvieren. Hinzu kommen Informationsveranstaltungen mit rund 2000 Besuchern.

Hameln. Zur Unterstützung des Hauptverwaltungsbeamten bei der Intensivierung des Selbstschutzes stellte die BVS-Dienststelle Hildesheim der Stadt Hameln die Ausstellung „Kinder malen Katastrophen“ zur Verfügung. In der Zeit vom 27. April bis 7. Mai 1981 konnten die Hamelner Bürger im „Hochzeithaus“ ihrer Stadt die kleinen Kunstwerke bewundern.

Die kritische Darstellung von Unglücksfällen, die Kinderhände auf Papier brachten, soll Anregung geben, über die Gefahren des Alltags nachzudenken. Die Ausstellung besteht aus zusammengetragenen Werken einzelner Wettbewerbe, die im Rahmen „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ vom BVS veranstaltet wurden.

Namhafte Vertreter des Rates der Stadt sowie Mitarbeiter der Stadtverwaltung wiesen anlässlich der Eröffnung darauf hin, wie wichtig der Zivilschutz, insbesondere der Selbstschutz, in der heutigen Zeit sei.

Das Interesse an der Ausstellung wuchs zunehmend. Viele Schulklassen und Bürger waren nicht nur von den Bildern beeindruckt, sondern stellten einige dargestellten Themen zur Diskussion.

Wolfenbüttel. Anlässlich des Auguststädter Straßenfestes in Wolfenbüttel führte der BVS einen Sicherheitswettbewerb durch. Beteiligt waren auch das Deutsche Rote Kreuz, der Automobilclub Wolfenbüttel und eine Rechtsschutzversicherung. Die Einschreibung der Teilnehmer zum Wettbewerb übernahm von Anfang an ein Computer. Dabei erwies sich die Maschine als sehr nützlich, da Annahme und Auswertung der schon eingetroffenen Fragebögen sich überschneiden.

Spannend wurde es durch die Herausgabe von vorläufigen Plazierungen der Teilnehmer, die die Rundstrecke schon absolviert hatten. Da sich niemand die halbstündige Veröffentlichung entgehen lassen wollte, standen die Besucher oft dichtgedrängt im Rundzelt des BVS.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

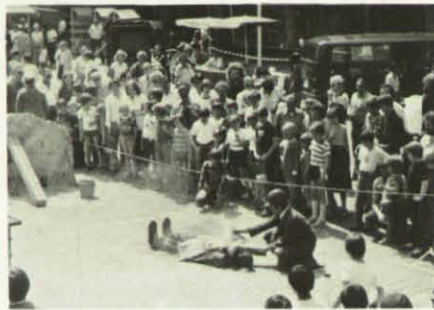
Oer-Erkenschwick. An der Veranstaltung „Oer '81“ im Erholungsgebiet Haard beteiligte sich die BVS-Dienststelle Recklinghausen mit zwei Informationsständen und der Ausstellung „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“.

Aktivitäten, wie z. B. das Ablöschen einer brennenden Puppe mit Hilfe einer Decke und das Bergen eines Verletzten aus einem Fahrzeug, zogen viele Besucher an. In zahlreichen Einzelgesprächen informierten die BVS-Mitarbeiter die Bürger über den Zivilschutz, insbesondere über den Selbstschutz im Verteidigungsfalle.

Unna. Gutes Wetter und viele Besucher waren die Garanten für einen Erfolg, wie ihn sich die BVS-Dienststelle Unna anlässlich einer großen Partnerschaftsveranstaltung in Hamm-Heessen nicht bes-



Die Zuschauer waren von den gekonnten Feuerlöschübungen der BVS-Helfer begeistert.



Das Ablöschen einer brennenden Puppe mit Hilfe einer Decke zog immer wieder viele Bürger an.

ser wünschen konnte. Beteiligt waren neben dem BVS die Heessener Werbegemeinschaft mit Informations- und Verkaufsständen, das 2. Panzer-Grenadier-Bataillon 192 mit einer Waffen- und Geräteschau und die Katastrophenschutz-Organisationen THW, DRK und Feuerwehr mit Vorführungen, Übungen und Fahrzeugschauen.

Ständig umlagert war der große Informationsstand und der Filmwagen des BVS. Auf dem Programm des BVS standen

u. a. praktische Selbstschutzdarstellungen. Die Vorführungen der BVS-Helfer begeisterten bei jeder Vorführung mehr als 500 Zuschauer.

Wuppertal. Hans Chudzinski, Helfervertreter der BVS-Dienststelle Wuppertal, wurde nach 27jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit verabschiedet. In einer kleinen Feier im Kreis der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter der Dienststelle überbrachte Stadtverordneter Thierbach den Dank des Oberbürgermeisters sowie des Stadtdirektors. Er erinnerte daran, daß Chudzinski zu den „Männern der ersten Stunde“ zähle. Seit 1954 hat er beim Aufbau des Selbstschutzes in Wuppertal mitgewirkt und ist der dienstälteste ehrenamtliche BVS-Mitarbeiter in Nordrhein-Westfalen. In den letzten vier Jahren vertrat Chudzinski die Interessen seiner Kollegen als Helfervertreter für die Bereiche Wuppertal und Kreis Mettmann.

Wuppertal. Die BVS-Dienststelle Wuppertal führte für eine Gruppe von 30 Bürgern der Stadt Hilden – Mitglieder des Zivilverteidigungsausschusses sowie leitende Mitarbeiter der Stadtverwaltung – ein eintägiges Informationsseminar an der BVS-Bundesschule in Ahrweiler durch. In Vorträgen sowie Diskussionen wurde das Wissen der Teilnehmer über Waffenwirkung, Schutzmöglichkeiten, Zivil- sowie Selbstschutz vertieft und erweitert.

Mettmann. In den zehn Städten des Kreises Mettmann sind die organisatorischen Voraussetzungen zur Förderung des Selbstschutzes fast abgeschlossen. 13 Selbstschutz-Sachbearbeiter der Gemeinden haben inzwischen an BVS-Lehrgängen teilgenommen. Zehn Angehörige der Verwaltung besuchten Schutzraumbau-Seminare. Im nächsten Jahr soll die weiterführende Fachausbildung durchgeführt werden.

Bei dem Bestreben, auch die Bevölkerung für den Selbstschutz zu interessieren, unterstützte die BVS-Dienststelle die Gemeinden in den Monaten April bis Juni durch 20 ganztägige Straßenaktionen mit Demonstrationen und Filmvorführungen.

Leverkusen. BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann verabschiedete Lotte Pesch, Mitarbeiterin der BVS-Dienststelle Leverkusen, in den Ruhestand. Lotte

Pesch war über 19 Jahre beim BVS beschäftigt, zuerst bei der ehemaligen BVS-Dienststelle Solingen, ab Dezember 1979 bei der Dienststelle Leverkusen.



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (links) verabschiedete Lotte Pesch; rechts BVS-Dienststellenleiter Harms.

Eykmann und BVS-Dienststellenleiter Harms würdigten anlässlich der Verabschiedung das Verantwortungsbewußtsein und den Fleiß der Scheidenden.

Solingen. Oberbürgermeister Georg Schlöber und BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann eröffneten die Selbstschutzwoche in Solingen. Dem Auftakt



Die Ehrengäste verfolgten die Abseilübung von Landtagsabgeordneten Bernd Wilz anlässlich der Eröffnung der Selbstschutzwoche in Solingen.

in der Innenstadt folgte eine Demonstrationsschau vor Ehrengästen auf dem BVS-Übungsgelände: Helferinnen und Helfer der BVS-Dienststelle Leverkusen zeigten praktische Möglichkeiten der Selbsthilfe.

Bad Lippspringe. Auf großes Interesse stieß die Ausstellung „Zivilschutz“, die die Dienststelle Paderborn in der Trinkhalle von Bad Lippspringe aufgestellt hatte. Parallel dazu fand eine Vortragsreihe für Kurgäste statt. Ein Teilnehmer: „Der Besuch der Veranstaltungen war ein echter Gewinn, die Vorträge anschaulich, lehrreich und nachdenkens-



Auf reges Interesse stieß die BVS-Ausstellung „Zivilschutz“ in der Trinkhalle von Bad Lippspringe.

wert. Ich möchte mehr über den Bereich Selbst- und Zivilschutz wissen. Wenn ich in der nächsten Woche nach Hause komme, werde ich an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilnehmen.“

Wesel. Auf Wunsch des „Touring-Funk Club“ Kamp-Lintfort beteiligte sich die BVS-Dienststelle Wesel am „CB-Funkertreffen '81“. Die Dienststelle baute ein Ausstellungszelt mit Informationsstand und Bildtafeln über die Aufgaben des Selbstschutzes auf. Gleichzeitig wurden an den fünf Veranstaltungen Filmvorführungen und praktische Demonstrationen aus dem Bereich des Selbstschutz-Grundlehrgangs angeboten. Rund 4500 Gäste besuchten die Veranstaltung.

Gelsenkirchen-Buer. Irgendwie habe der heutige Mensch das Gespür für die drohende Gefahr verloren, meinte Bankdirektor Bernhard Bottermann anlässlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ in den Kassenträumen der Volksbank. „Die Werke des Künstlers Henry Moore können uns Situationen vor Augen führen, die ständig drohen, denen wir aber nicht erliegen sollten“, fügte Bottermann hinzu.

Düren. Nach Lehrgängen an der BVS-Schule Körtlinghausen haben neun junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Düren die Qualifikation als BVS-Aufklärungs- und Ausbildungshelfer erlangt. Dienststellenleiter Edgar



Ehrung und Berufung von BVS-Helferinnen und -Helfern (von links): BVS-Dienststellenleiter Edgar Jansen, Lutz Nebe, René Delonge, Elvira Groe, Ingo Horning, Ulrike Feige, Kathrin Malingrioux, Klaus Neumann, Alexander Frauenrath, BVS-Helfervertreter Egon-Horst Nückel und Werner Kreiner.

Jansen übereichte ihnen nun die Berufungsurkunde als „Helfer des BVS“. In der gleichen Veranstaltung erhielt BVS-Fachlehrer Ingo Horning (Wesseling) eine Ehrenurkunde für zehnjährige erfolgreiche BVS-Mitarbeit.

Ennepetal. In einer ehemaligen Schule in Ennepetal übergab die Stadt der BVS-Dienststelle Bochum neue Ausbildungsräume, nachdem die Ausbildungsstätte an der Voerder Straße aufgegeben werden mußte. BVS-Fachbearbeiter Gottfried Barth anlässlich der Übergabe:

„Trotz finanzieller Engpässe hat es die Stadt geschafft, diese Räume auf unbürokratische Weise zur Verfügung zu stellen.“

An die Übergabe schlossen sich praktische Selbstschutz-Vorführungen an. Auch Stadtdirektor Erhard Pallasch und stv. Bürgermeister Hans Schulte zeigten ihr Können beim Ablöschen einer brennenden Puppe mit Hilfe einer Decke.

Münster. Gemeinsam geht es doch besser. Dies wurde während einer Informationsveranstaltung deutlich, die für die Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung und die Verantwortlichen der Verwaltung der Stadt Beckum vom Amt für Zivilschutz der Stadt Münster, dem THW Münster und der BVS-Dienststelle Münster gemeinsam gestaltet wurde. Nach der Besichtigung des Bahnhofbunkers – eine instandgesetzte und voll funktionsfähige Schutzanlage für 2000 Personen aus dem Zweiten Weltkrieg – überzeugten sich die Teilnehmer von der vorbildlichen Einrichtung der Katastrophenschutz-Führungsstelle der Stadt Münster.

Welche Leistungen der Bergungs- und Instandsetzungsdienst erbringen kann, zeigte der Geschäftsführer des THW auf. Dabei wurde die Vorsorge in der Stadt Beckum durch einen dort vorhandenen THW-Bergungszug hervorgehoben.

Der Leiter des Amtes für Zivilschutz, Heinz Spooren, ermunterte in einem kurzen Referat alle Beteiligte, die praktischen Erfahrungen der Stadt Münster zu nutzen und den Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten bei allen Schutzüberlegungen mit einzubeziehen. Die Einteilung der Stadt Münster in 35 Selbstschutz-Wohnbereiche und die hierfür entwickelten Führungsmittel unterstützen sehr stark die von den Bürgern in Eigenverantwortung zu treffenden Vorsorge- und Schutzmaßnahmen.

Münster. In einem modernen Farbenwerk in Münster fand ein „Tag der offenen Tür“ statt. Dies veranlaßte den Leiter der Werkfeuerwehr, Wolf Lösel, ge-

meinsam mit der BVS-Dienststelle ein Rahmenprogramm zu gestalten. Ein Programmpunkt war ein Sicherheitswettbewerb für Fußgänger, an dem sich über 100 Personen beteiligten. 1430 Bürger besuchten den BVS-Informationsstand „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“. In einer Vielzahl von Einzelgesprächen wurde deutlich, daß die Selbsthilfe ebenso notwendig ist wie die vorbildlichen Sicherheitseinrichtungen innerhalb der Werksanlagen.

Bottrop. In der Schalterhalle der Volksbank Kirchhellen wurde die BVS-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ eröffnet. Die Zeichnungen des Künstlers Henry Moore, die sogenannten „Shelter-Sketches“, entstanden in London in den Jahren 1940 bis 1942, während der Bombenangriffe auf die englische Hauptstadt. Eine Künstlerin, die zur gleichen Zeit in London Eindrücke sammelte, war ebenfalls in der Volksbank zu Gast: Schwester Paula, vielen bekannt unter dem Namen Tisa von der Schulenburg; sie war mit Henry Moore befreundet.

Für die Ausstellung in Kirchhellen hat Mater Paula einige ihrer Arbeiten aus dieser Zeit zur Verfügung gestellt, die unter dem gleichen Thema wie die Zeichnungen Moore's standen. Ihre Freundschaft zum Künstler, den sie 1975 zum letztenmal in seiner Heimat besuchte, prädestinierte sie, den Gästen anlässlich der Ausstellungseröffnung eine sehr persönliche Einführung in das Werk Henry Moore's zu geben.

Ennepe-Ruhr-Kreis. Gut informiert über den Zivilschutz zeigten sich die Leiter und deren Vertreter der Ordnungsämter aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis. So wurde das Seminar „Zivilschutz“ an der BVS-Schule Körtlinghausen zu einem Erfahrungsaustausch über die vielseitigen Möglichkeiten der Intensivierung des Selbstschutzes in der Gemeinde. Im Vordergrund stand dabei die Gewinnung von Selbstschutz-Beratern. Die Teilnehmer stellten übereinstimmend fest, daß eine gute und enge Kooperation zwischen Gemeinde und BVS-Dienststelle für den Aufbau des Selbstschutzes unerlässlich ist. Diese Zusammenarbeit bietet für weitere Erfolge beste Gewähr.

Viersen. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden bemüht sich die BVS-Dienststelle Viersen seit Mitte des Jahres 1980 um die Gewinnung von Selbstschutz-Beratern. Diese Arbeit beginnt nun langsam Früchte zu tragen. Fazit dieser Bemühungen: Elf Selbstschutz-Berater erhielten inzwischen von den Gemeinden ihre Bestellungsurkunden.

Mit ihrer Ausbildung ist bereits begonnen worden. Die Berufung von zwölf Selbstschutz-Beratern steht kurz bevor.

Paderborn. Selbstschutzmäßiges Verhalten übten über 50 Paderborner Jungschützen unter Leitung ihres Schießmeisters Hermann Hutsch zum Abschluß eines BVS-Lehrgangs. Bezirksschützenmeister Hutsch: „Die Ausbildung hat den jungen Schützen Freude gemacht. Sie erwarben Kenntnisse, um in der Not Hilfe leisten zu können.“

Warstein. An der BVS-Schule Körtlinghausen informierten sich Vorstandsmitglieder des Verbandes deutscher Soldaten (VdS) über den Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland. Verständlich, daß dabei auch die bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zur Sprache kamen. Die Meinung der Teilnehmer: Die Frage nach der Notwendigkeit des Zivilschutzes muß mit einem klaren „Ja“ beantwortet werden. „Schutz und Vorsorge für einen möglichen Verteidigungsfall vorzubereiten“, sagte der Sprecher des VdS, „ist eine überlebensnotwendige Pflicht aller.“

Gütersloh. Gutes muß nicht immer teuer sein. Das zeigte der leihweise eingesetzte Klein-Computer in der BVS-Ausstellung „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ im Rathaus der Stadt Gütersloh. Das eingespielte Programm über die Lebensmittelbevorratung, genau auf Personen und Verbrauch ausgerichtet, fand bei den Besuchern der Ausstellung großes Interesse. Die Fragen und Antworten wurden während der jeweiligen Einzelberatung zusätzlich auf Bildschirmen gezeigt.

Eine bedruckte Papierseite, individuell auf den Fragesteller und seine Familienangehörigen ausgestellt, gab Auskunft über die Menge an Lebensmitteln für einen Notvorrat von 14 Tagen. Diese kleine Aufmerksamkeit des BVS konnte kostenlos mit nach Hause genommen werden.

Köln. Vor kurzem machte im „Kölner Stadtanzeiger“ ein Brand in einem Altenheim Schlagzeilen: 72 ältere Menschen waren vom Feuer bedroht; alle Bewohner wurden gerettet. Was war geschehen? Am Sonntagmorgen gegen 6.00 Uhr war in einem der zahlreichen Häuser der Städtischen Altenheime „Riehler Heimstätten“ ein Feuer ausgebrochen. Die Ursache: Ein Mitarbeiter des Hauses hatte in der Küche auf einer Kochplatte Teewasser aufgesetzt und dieses vergessen.

Daß trotz des schnell dichter werdenden Qualms keine Panik ausbrach, ist mit

dem Umstand zu verdanken, daß alle Mitarbeiter optimal auf den Ernstfall vorbereitet sind: Seit einem Jahr steht die BVS-Dienststelle Köln nämlich in ständiger Verbindung mit dem Sicherheitsingenieur der Städtischen Altenheime. So hat der BVS in den Altenheimen Brandschutzübungen durchgeführt, in denen Mitarbeiter und Heimbeiräte geschult wurden.

Die letzten Übungen dieser Art hatten im April stattgefunden. So konnten bei diesem Ernstfall durch das umsichtige Verhalten des Pflegepersonals die Heimbewohner vor schweren Verletzungen bewahrt und größerer Schaden verhindert werden.

Dortmund. Die Zusammenarbeit der BVS-Dienststelle mit dem Hauptverwaltungsbeamten ist in Dortmund besonders gut: auf Initiative von Oberstadtdirektor Imhoff hin ist im Stadtzentrum nun ein Ladenlokal als Ausbildungsstätte für den BVS angemietet worden. Umbau und Malerarbeiten, die gesamte Einrichtung sowie sämtliche Folgekosten werden von der Stadt übernommen. „Der Vorteil dieser Einrichtung ist, daß BVS-Veranstaltungen jederzeit, also auch am Wochenende, durchgeführt werden können“, sagte BVS-Dienststellenleiter Erhard Stammberger anläßlich der Schlüs-



Die Kosten für den Umbau des Ladenlokals in eine BVS-Ausbildungsstätte übernahm die Stadt Dortmund.

selübergabe durch die Stadt vor der Presse.

Düsseldorf. Das Stadteilfest in Garath, dem jüngsten Düsseldorfer Stadtbezirk,

Mit einer Ausstellung will die BVS-Landesstelle NRW eine Reihe von Repräsentationen fortsetzen, die regelmäßig im Haus der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen in Bonn stattfinden. Ein erstes Gespräch mit dem Minister für Bundesangelegenheiten, Dr. Dieter Haak (rechts), führte BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann, als er die NRW-Residenz am Rhein besuchte. In der Mitte Frau Haak.



hatte ein umfangreiches Programm. Das Zivilschutzamt beteiligte sich daran ebenso wie die BVS-Dienststelle. Drei Schaufenster, zwei Wochen vorher durch die BVS-Dienststelle zur Unterrichtung der Bevölkerung gestaltet, gaben viele Hinweise.

Am Festtag informierten sich 1810 Bürger über den Selbstschutz, 270 Personen beteiligten sich an einem Selbsthilfest; für die eintägige Veranstaltung ein erfreuliches Ergebnis.

Düsseldorf. Den Frauen eine Chance geben wollten offensichtlich die ehrenamtlichen Helfer der BVS-Dienststelle Düsseldorf bei der Wahl des Helfervertreeters. Gewählt wurde Steuerassistentin Irene Hammerschmidt vom Finanzamt Düsseldorf-Süd, die dabei starke männliche Konkurrenz aus dem Felde schlug.

Seit 1977 ist Irene Hammerschmidt bei der BVS-Dienststelle Düsseldorf ehrenamtlich tätig und führt Lehrgänge, vor allem in der Gemeinschaftshauptschule Melanchthonstraße in Düsseldorf-Ben-



BVS-Dienststellenleiter Aghte gratuliert der neugewählten Helfervertreterin Irene Hammerschmidt.

rath, durch. Über 20 Urlaubstage hat sie allein im letzten Jahr für diese Arbeit geopfert. BVS-Dienststellenleiter Aghte: „Wer sich heutzutage noch derart für eine staatsbürgerliche Aufgabe engagiert, verdient Anerkennung.“

Hessenspiegel

Wetzlar. Otto Thielmann aus Mittenaar (Lahn-Dill-Kreis), langjähriger ehrenamtlicher BVS-Mitarbeiter, wurde von BVS-Dienststellenleiter Josef Brand in den Ruhestand verabschiedet. In einer kleinen Feierstunde würdigte Brand den unermüdlichen und selbstlosen Einsatz von Thielmann sowie seine stetige Einsatzbereitschaft.



BVS-Dienststellenleiter Brand, BVS-Helfervertreter Wels, BVS-Landesstellenleiter Straube und Otto Thielmann (von links).

Auch BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube dankte dem Scheidenden für seine Treue, die er dem BVS gehalten hat und überreichte eine Dankurkunde. BVS-Helfervertreter Alfred Wels übergab Thielmann im Auftrag der ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wetzlar als Dank für seine Kollegialität ein Blumenpräsen.

Kronberg. Die Mitglieder des Deutschen Frauenrings – Ortsring Kronberg – besuchten ein zweitägiges BVS-Informationsseminar „Zivilschutz“. Referenten waren Landtagsabgeordneter Rösler sowie BVS-Dienststellenleiter Wagner und BVS-Mitarbeiter Dyroff. Eine Besichtigung des Warnamtes rundete die Veranstaltung ab.



BVS-Dienststellenleiter Wagner mit den Teilnehmerinnen des Informationsseminars.

Die Teilnehmerinnen waren so beeindruckt und von der Notwendigkeit weiterer Informationen überzeugt, daß sie sich geschlossen dazu bereit erklärten,

einen Selbstschutz-Grundlehrgang zu besuchen.

Hattersheim. In der Stadt Hattersheim (Main-Taunus-Kreis) soll der Selbstschutz aktiviert werden. Mit diesem Ergebnis endete eine Besprechung mit Stadtrat Heumann, dem Leiter des Ordnungsamtes, Hoffmann, dem Leiter des Hauptamtes, Scholz, sowie dem BVS-Beauftragten für den Main-Taunus-Kreis, Adolf Wolf. Die Stadtverwaltung beabsichtigt zunächst, für ihre Beschäftigten Selbstschutz-Grundlehrgänge durchzuführen. Von dieser Ausbildungsmaßnahme soll unter Einschaltung der örtlichen Presse eine Signalwirkung auf die Bevölkerung ausgehen. Die Bürger sollen motiviert werden, an BVS-Aufklärungsveranstaltungen und Selbstschutzausbildungen teilzunehmen.

Wiesbaden. Alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wiesbaden fanden sich zu einer kleinen Feierstunde ein, um BVS-Helfer Heinrich Schmidt zu verabschieden, der 26 Jahre ununterbrochen ehrenamtlich für den BVS tätig war.

Im Jahre 1955 begann seine Mitarbeit bei der damaligen BLSV-Ortsstelle Wiesbaden. Die Übertragung der Aufgaben eines Teilabschnittsstellenleiters erfolgte unmittelbar darauf im Jahre 1956. 1962 wurde Schmidt Abschnittsstellenleiter. In Anerkennung der Verdienste um den Aufbau des BVS und des Selbstschutzes wurde Schmidt 1966 die BVS-Ehrendadel und 1968 die Verdienstmedaille des Bundesverdienstordens verliehen.

1968 ließ sich Schmidt zum BVS-Fachlehrer ausbilden. In ungezählten Aufklä-



26 Jahre lang war Heinrich Schmidt (links) ehrenamtlicher BVS-Helfer. BVS-Dienststellenleiter Hans Kremer überreichte ihm eine Dankurkunde.

rungs- und Ausbildungsveranstaltungen hat er sein Können und Wissen unter Beweis gestellt.

BVS-Dienststellenleiter Hans Kremer

dankte Schmidt für sein langjähriges Engagement und bedauerte sehr, einen Helfer verabschieden zu müssen, der sich mit Leib und Seele der Arbeit seiner BVS-Dienststelle verschrieben hatte, immer zur Stelle war, wenn er gebraucht wurde, und durch sein kameradschaftliches Verhalten bei allen Mitarbeitern beliebt und geachtet war. Kremer überreichte Schmidt eine Ehrengabe des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Wiesbaden, Oschatz, sowie eine Urkunde im Namen von BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube.

Wiesbaden. Im Winterhalbjahr 1980/81 führten die ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter König und Kossak 33 Abendlehrgänge bei elf Landfrauenvereinen durch. Dies wurde vor kurzem anlässlich einer Arbeitstagung der Vorsitzenden der Ortsvereine erörtert. Alle Ortsvorsitzenden lobten die vorbildliche Durchführung der Vortragsabende.

In einem Schreiben dankte nun die Bezirksvorsitzende Möller den BVS-Mitarbeitern und brachte zum Ausdruck: „Es ist bestimmt eine sinnvolle Aufgabe, die Bevölkerung auf die uns ständig umgebenden Gefahren hinzuweisen – Hilfe für sich selbst und auch für andere zu lernen.“

Fulda. In Zusammenarbeit mit der Stadt Fulda führte die BVS-Dienststelle Fulda eine Selbstschutzwoche durch. Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Hamberger war Schirmherr der Veranstaltung und der parallel laufenden BVS-Ausstellung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“.

Bundestagsabgeordneter Dr. Hans-Joachim Jentsch, Wiesbaden, Vorsitzender des Gesprächskreises „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hielt anlässlich der Eröffnung ein Einführungsreferat. Er sprach sich u. a. dafür aus, jeder Bürger soll sich zu Selbsthilfe- und Selbstschutzmaßnahmen verpflichtet fühlen und das Seine dazu beitragen. Man könne nicht alles vom Staat erwarten.

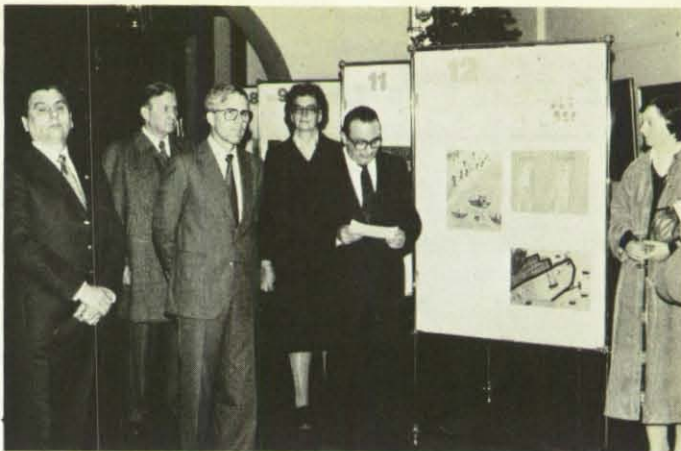
Zuvor hatte der Oberbürgermeister zu einer Pressekonferenz eingeladen. Dr. Hamberger bemängelte hierbei, daß von seiten des Staates zu wenig für den Zivilschutz getan würde, vor allem auf dem Gebiet des Schutzraumbaues. 625 Schutzraumplätze, davon 450 in öffentlichen Schutzräumen, seien zu wenig für Fulda.

Nach der Pressekonferenz wurde die im Stadtschloß (Sitz der Stadtverwaltung) aufgebaute BVS-Ausstellung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ eröffnet. Die Gäste – politische Mandatsträger, u. a. die Landtagsabgeordneten Rudi Hilfenhaus und Josef Weber, Schulleiter sowie Vertreter der Hilfsorganisationen waren von den kleinen Kunstwerken beeindruckt. Der Schirmherr gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Eltern über ihre Kinder die Probleme des Selbst- und Katastrophenschutzes erfahren und zum Nachdenken angeregt und möglicherweise auch zum Handeln gebracht werden. Nahezu 1800 Besucher kamen, um sich die Bilder anzusehen.

Im Verlaufe der Selbstschutzwoche war jeden Tag vor den beiden öffentlichen Schutzräumen am Universitätsplatz ein BVS-Informationsstand aufgebaut. Die voll ausgestatteten Schutzräume waren zu dieser Zeit geöffnet und konnten von der Bevölkerung besichtigt werden.

Über 10000 Bürger wurden durch die Anlagen geführt, während draußen rege Diskussionen über die Notwendigkeit des Schutzraumbaues stattfanden.

Im Stadtschloß wurde die BVS-Ausstellung eröffnet. Im Vordergrund links: BVS-Landesstellenleiter Straube, Oberbürgermeister Dr. Hamburger und BVS-Dienststellenleiter Ludwig.



Am Sonnabend stellten sich die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen der Stadt Fulda vor. Die Feuerwehr zeigte Atemschutzgeräte und eine Drehleiter. Das DRK stellte eine Trinkwasser-Aufbereitungsanlage und einen kompletten Katastrophenschutzzug aus. Der MHD präsentierte einen Hilfszug sowie einen Küchenwagen. Das THW demonstrierte „Retten und Bergen aus Höhen“. Die DLRG stellte ihr Aufgabengebiet „Wasserrettung“ anhand eines Wasserrettungszuges – unterstützt von einer Tauchergruppe – dar. Der BVS hatte einen Filmwagen aufgestellt, dane-

ben waren Kleinlöschgeräte aufgebaut. An zwei Rundhölzern wurden Knoten, Stiche und Bunde vorgeführt und die Zuschauer zum Nachmachen aufgefordert.

Drei große Kaufhäuser stellten Schaukasten zur Verfügung, in denen ein 14tägiger Lebensmittelvorrat, Hausapotheke und Geräte zur Rettung und Selbstbefreiung gezeigt wurden.

Alle beteiligten Organisationen waren mit dem Verlauf der Veranstaltung sehr zufrieden, denn selten hatten sie solche gute Kontakte zur Bevölkerung.

Rheinland-Pfalz



Bad Kreuznach. Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Malteser-Hilfsdienstes veranstaltete die Stadt Bad Kreuznach einen „Tag des Selbst- und Katastrophenschutzes“ unter der Schirmherrschaft von Landrat Schumm. DRK, MHD, THW, DLRG und Feuerwehr hatten an vielen Plätzen der Stadt ihre Fahrzeuge und Geräte aufgebaut und demonstrierten ihre Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft.

Der BVS beteiligte sich mit einem Informationsstand, an dem die friedensmäßige Nutzung von Hausschutzräumen erläutert wurde. Außerdem konnte die Bevölkerung ihre Kenntnisse im Umgang mit Handfeuerlöschern überprüfen.

Eine Einsatzübung aller Hilfsorganisationen am Samstagmittag rundete die gelungene Veranstaltung ab.

Trier. Im ersten Halbjahr 1981 führte die BVS-Dienststelle Trier in mehreren Krankenanstalten Veranstaltungen für Pflegerinnen und Krankenschwestern durch. Neben Informationsveranstaltungen zum Thema „Zivil- und Selbstschutz“ lag der Schwerpunkt in der Un-

Viele Besucher nahmen die Gelegenheit wahr und überprüften ihre Kenntnisse im Umgang mit Handfeuerlöschern.



terweisung im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz.

Mit Eifer waren die Schwestern und Pflegerinnen dabei, Fachkenntnisse besonders bei der praktischen Unterweisung zu erwerben. So wurden allein in fünf Veranstaltungen 126 Personen informiert. Aus diesem Personenkreis wählte die Krankenhausverwaltung 19 Krankenschwestern aus, die an einem Selbstschutz-Fachlehrgang „Brandschutz“ teilnahmen. Die Schwestern betrachteten die Zeit der Ausbildung beim BVS nicht als willkommene Abwechslung von ihrem sonst so schweren

Dienst, sondern waren von der Notwendigkeit überzeugt, daß zu ihren Aufgaben auch gehöre, notfalls Menschen, die in Gefahr sind, zu helfen.

Koblenz. Das Beamtenheimstättenwerk (BHW) präsentierte in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz die Sonderschau „Bauen – Modernisieren – Finanzieren“. Die BVS-Landesstelle beteiligte sich mit einem Schutzraum-Informationsstand. Über 650 Besucher ließen sich von den BVS-Bauberatern über die Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaues informieren.

Südwest aktuell

Freiburg. Die Stadt Waldshut stellte der BVS-Dienststelle Freiburg für einen Fachlehrgang „Bergungstrupp und -stafel“, der für Behördenselbstschutzkräfte des Landkreises Waldshut durchgeführt wurde, ein zum Abriß vorgesehenes Haus für Übungszwecke zur Verfügung.



Wirklichkeitsnah konnten die Behördenselbstschutzkräfte in dem zum Abriß vorgesehenen Haus Bergungsmethoden üben.

Neben Ablassen mit Krankentrage und Leiterhebel wurden in den Innenräumen und Kellern Abstützungen, Aussteifungen und Mauerdurchbrüche unter wirklichkeitsnahen Bedingungen durchgeführt.

Schwenningen. Sehr erfolgreich gestaltete sich die Beteiligung des BVS an der Südwestmesse in Schwenningen. Der Rundfunk erläuterte in einer Berichterstattung unter der fachkundigen Assistenz von BVS-Mitarbeiter Hiersche das

Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke. Viele Besucher verfolgten interessiert diese Vorführung. Die ehrenamtlichen BVS-Bauberater informierten 330 Interessenten über die Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus.

Heidenheim. Bei der 3. Ostwürttembergischen Ausstellung in Heidenheim wurde vom Landratsamt eine Reihe von Sonderveranstaltungen organisiert. Am Samstag wurde dem BVS das Freigelände mit dem darauf befindlichen Pavillon zur Verfügung gestellt. Die BVS-Mitarbeiter richteten im Pavillon einen Informationsstand ein und informierten die Besucher über Selbstschutz und Schutzraumbau. Stündlich führten die BVS-Helfer Selbstschutz-Vorführungen auf dem Freigelände durch. Dabei konnten erstmals die jungen Helfer der Jugendgruppe des BVS des Kreises Heidenheim ihre erworbenen Kenntnisse demonstrieren. Besonderes Interesse fand das Ablöschen einer brennenden Puppe mit Hilfe einer Decke sowie die Brandbekämpfung mit einfachen Löscheräten.

Heidelberg. Nach einer Informationsveranstaltung der BVS-Dienststelle Mannheim beim Heidelberger Arbeitskreis der Reserveoffiziere folgte eine offene Podiumsdiskussion zu dem Thema „Die Bedeutung der zivilen Verteidigung im Blick auf die weltpolitische Lage“. BVS-Redner Dietmar Bruhns stellte nach der Vorführung des Films „The war game“ in seinem Referat „Selbstschutz – eine Forderung unserer Zeit“ eine Verbin-

dung zum Selbstschutz für die anschließende Podiumsdiskussion her. Auf dem Podium waren vertreten: Brigadegeneral a. D. H. P. Ptak, Oberstleutnant Klaus Stobbe, Hubert Kempf, Referent für Zivil- und Katastrophenschutz im Rhein-Neckar-Kreis, und Dietmar Bruhns. Diskussionsleiter war Major Kotny, Stabsoffizier WBK V.

BVS-Redner Bruhns stellte sich in der ohne Emotionen, sachlich und fachlich ausgewogen geführten Diskussion den Fragen des Selbstschutzes und der damit verbundenen Vorsorge- und Vorbeugemaßnahmen.

Nachruf

Die Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg trauern um den langjährigen Mitarbeiter

Karl Winter

der im Alter von 76 Jahren verstarb.

Von 1961 bis 1974 wirkte Winter als Fachgebietsleiter „Schutzraumbau“ und erwarb sich durch sein Engagement und seine Einstellung große Wertschätzung weit über die Landesgrenzen hinaus.

Schon vor seiner Mitarbeit beim BVS hatte er sich dem Bau von Schutzräumen verschrieben und wurde dafür ausgezeichnet.

Winter war Dozent an der Technischen Hochschule Stuttgart und vereidigter Gerichtssachverständiger für Schutzraumbau.

Wir werden diesen immer frohen Menschen nicht vergessen.

Bayern

Bayern heute

München. Am 20. Juni 1981 empfing Münchens Oberbürgermeister Erich Kiesel BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker und BVS-Dienststellenleiter Hans-Joachim Görnemann zu einem Gespräch. Anwesend war auch der für den Katastrophen- und Selbstschutz sowie das Rettungswesen zuständige Referent, Dr. Klaus Hahnzog.

Einleitend hob Oberbürgermeister Kiesel den hohen Stellenwert, den die Landeshauptstadt dem Selbstschutz zumißt, hervor. Er beklagte allerdings, daß immer weniger Bürger bereit wären, sich

für wichtige humanitäre Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Kreisverwaltungsreferent Dr. Hahnzog erläuterte den Aufbaustand des Selbstschutzes in München: Das Münchner Gemeindegebiet ist in 152 Selbstschutz-Bereiche gegliedert. Beratungs- und Leitstellen gemäß VwV-Selbstschutz sind noch nicht eingerichtet.

BVS-Landesstellenleiter Kopsieker und BVS-Dienststellenleiter Görnemann machten in ihren Ausführungen auf das Problem der Bestellung von Selbstschutz-Beratern in München aufmerksam. Das Kreisverwaltungsreferat hob hervor, daß man sich noch intensiver in

Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle München dieses Problems annehmen wolle.

Abschließend führte Oberbürgermeister Kiesel aus, er stehe allen Fragen der zivilen Verteidigung und des Selbstschutzes sehr aufgeschlossen gegenüber und werde die gute Zusammenarbeit zwischen dem BVS und der Landeshauptstadt München fortsetzen.

München. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat in einem Schreiben die ihm nachgeordneten Behörden angewiesen, in Verbin-

dung mit der BVS-Dienststelle München die Aufklärungsarbeit des BVS und den Behördenselbstschutz zu forcieren. Unter anderem führt das Staatsministerium aus: „Die Ausbildungsplanung der BVS-Dienststelle München für das 2. Halbjahr 1981 wird mit der Bitte übersandt, interessierten Bediensteten und den Angehörigen des Behördenselbstschutzes die Teilnahme an den für sie in Betracht kommenden Lehrgängen zu ermöglichen. An einem Selbstschutz-Grundlehrgang sollten alle Beschäftigten einmal teilgenommen haben. Ich bitte dafür zu werben; denn die Ausbildung im Selbstschutz ist ein wichtiger Teil der für den Zivilschutz unerläßlichen Bereitschaft der Bevölkerung, einen aktiven Beitrag zur eigenen Sicherheit zu leisten . . .“

Regensburg. Anlässlich einer Übung der Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes des Fernmeldeamts Regensburg betonte der Präsident der Oberpostdirektion, Otto Kronthaler, daß die Zusammenarbeit mit dem BVS, der die Ausbildung der Führungskräfte übernimmt, als vorbildlich zu bezeichnen ist.

Der Katastrophenschutz der Oberpostdirektion umfaßt derzeit insgesamt 45 Einsatzzüge mit 900 freiwilligen Helfern.

Roding. Die BVS-Dienststelle Weiden war auf der „LGS Roding '81“ vom 26. bis 30. Juni 1981 mit einem Informationsstand und einer Sonderschau „Vor-



Anregung zum Thema Notvorrat gab der BVS-
Informationsstand.

rat ist ein guter Rat – Lebensmittelvorrat für Notzeiten“ vertreten. Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung besuchten Staatssekretär Dr. Max Fischer sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete den BVS-Stand.

Cham. Landrat Ernst Girmindl hatte die Behördenleiter zu einer Informationstagung eingeladen, die von Regierungsrat Bruno Seher geleitet wurde. Dabei hatten die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Weiden die Gelegenheit, die Teilnehmer über die vielfältigen Möglichkeiten der Selbstschutzausbildung zu informieren. BVS-Fachbearbeiter Hans Weinberger

bat die Behördenchefs um mehr Verständnis für die Belange des Selbstschutzes.

Hof. Am 19. Juli 1981 eröffnete der Bayerische Staatsminister Alfred Dick vor den Toren der Stadt Hof den Untreusee, der nach elfjähriger Planungs- und Bauzeit fertiggestellt wurde. Dieser See ist mit seinen 63 Hektar Wasserfläche das größte Erholungsgewässer im nördlichen Bayern. Viel Prominenz war erschienen, und zahlreiche Gruppen und Vereine wirkten bei den Feierlichkeiten mit. So zeigte u. a. eine Taucherguppe aus der französischen Partnerstadt Velleneuve la Garenne ihr Können. Dabei stellte sich heraus, daß die Mitglieder der Taucherguppe im französischen Zivilschutz tätig sind.

Nach den Vorführungen lud BVS-Dienststellenleiter Söllner die Gäste aus Frankreich zu einem Erfahrungsaustausch in die BVS-Dienststelle ein. Große Aufmerksamkeit schenken die Taucher dem BVS-Ausbildungs- und Lehrmaterial. Für die BVS-Mitarbeiter war die Tatsache von großem Interesse, daß sich der gesetzliche Auftrag, Zielsetzung, Probleme und Schwierigkeiten des Zivil- und Selbstschutzes in beiden Ländern sehr ähneln.

Regensburg. Die BVS-Dienststelle Regensburg führte einen „Grundlagen- und Aufbaulehrgang“ für BVS-Aufklärungs- und Ausbildungshelfer durch. 14 Damen und Herren erhielten von den



14 neue BVS-Mitarbeiter ließen sich in Regens-
burg ausbilden.

BVS-Mitarbeitern Franz Rosenhammer und Udo Schönfeld das fachliche Rüstzeug für eine Mitarbeit im BVS vermittelt. Die Verlagerung dieser Ausbildung auf Ortsebene – als Außenlehrgang der BVS-Schule Geretsried – kann als gelungener Versuch gewertet werden, da Teilnehmer und Lehrer in praxisnaher Unterrichtung sich bereits mit Zielrichtung auf partnerschaftliche Zusammenarbeit aufeinander einstellen konnten. Die Entlastung der BVS-Schule war dabei ein willkommener Nebeneffekt.

Aschaffenburg. Zum Auftakt der „Selbstschutzwoche“ Aschaffenburg

fand im Ratskeller der Stadt eine Podiumsdiskussion statt, in der alle Aspekte des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes diskutiert wurden. Auf dem Podium waren vertreten Oberbürgermeister Dr. Willi Reiland, der stv. Leiter des Katastrophenschutzstabes der Stadt, Werner Distler, Katastrophenschutzbeauftragter Kurt Drutzel, BVS-Dienststellenleiter Josef Sommer und BVS-Bauberater Reinhold Grätz. Die Diskussionsleitung hatte Fritz Polster, Fachgebietsleiter „Öffentlichkeitsarbeit“ bei der BVS-Landesstelle Bayern.

Schwabmünchen. „Damit uns niemand einmal einen Vorwurf machen kann, wir hätten nicht alles getan, um unsere Bürger über Schutzmöglichkeiten in einem Verteidigungsfall zu informieren, haben wir uns in Gemeinschaft mit achtzig weiteren Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik am ‚Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes‘ beteiligt!“ Mit dieser Darstellung eröffnete der Erste Bürgermeister von Schwabmünchen, Elmar Pfandzelter, die Veranstaltungen, die im Rahmen einer Selbstschutzwoche durchgeführt wurden. Zum Auftakt lud die Stadt Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Eröffnung der BVS-Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ in die Schalterhalle der Kreis- und Stadtparkasse ein. Am Montagnachmittag waren Architekten und Baufachleute zum Thema „Hausschutzräume“ eingeladen. Besuch und Diskussion bewiesen, daß das erwartete Interesse bei den Fachleuten vorhanden war.

Ebenso zeigte eine Veranstaltung am Dienstag für die Bevölkerung, daß die vorausgegangenen Werbemaßnahmen nicht ohne Wirkung geblieben waren. Nachdem am Mittwoch wieder Selbstschutz-Fachleute aus den Landratsämtern zu Gast waren, wurde der Donnerstag zum „Tag der Frau“. In Veranstaltungen am Nachmittag und am Abend hatten zahlreiche Frauen Gelegenheit, etwas über Selbstschutz- und Vorsorgemaßnahmen aus der Sicht der Frau zu hören.

Den Höhepunkt der Selbstschutzwoche bildete ein Sicherheitswettbewerb, der am Samstag gemeinsam mit dem Allgemeinen Rettungsverband, dem Bayerischen Roten Kreuz, den örtlichen Feuerwehren, der Polizei, dem Technischen Hilfswerk und der Wasserwacht durchgeführt wurde. 34 Bürgerinnen und Bürger aus Schwabmünchen und Umgebung hatten Gelegenheit, an zehn Stationen ihr Können in selbstschutzmäßigem Verhalten und in lebensrettenden Sofortmaßnahmen unter Beweis zu stellen. Am Ende konnte Bürgermeister Pfandzelter mit Recht von einer erfolgreichen Selbstschutzwoche sprechen.

Helmut Nitschke

Brandschutz im Selbstschutz

Information und Ausbildung in Berlin (West)

Allgemeines

Um diese Thematik, bezogen auf Berlin, zu behandeln und richtig zu bewerten, ist es erforderlich, sich die rechtliche Ausgangslage zu vergegenwärtigen. In Berlin waren vor 1965 aufgrund alliierter Vorbehalte Zivilschutzmaßnahmen aller Art, also auch die in der Bundesrepublik vom Bundesverband für den Selbstschutz betriebene Informations- und Ausbildungstätigkeit, untersagt. Nachdem die Vorbehalte der Alliierten 1965 wegfielen, kam es 1970 zur Gründung der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin (GZS) als eingetragenen Verein.

Entsprechend der Satzung hat die Gesellschaft die Aufgabe:

1. das Verständnis für den Zivilschutz, insbesondere den Selbstschutz, durch Schriften, Vorträge, Veranstaltungen, Ausbildungsvorhaben usw. zu fördern und um Bereitschaft zur Mitarbeit in den Einrichtungen der Gesellschaft und des Zivilschutzes zu werben;

2. Bürger zu sammeln, die zur Übernahme von Aufgaben im Zivilschutz bereit sind;

3. alle interessierten Bürger durch eigene Ausbildungsvorhaben und durch Entsendung zu anderen Ausbildungsstellen beim Erwerb der theoretischen und praktischen Kenntnisse im Zivilschutz zu unterstützen.

Neben der Information über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten, Schutzbau, Bergung und Rettung sowie Sanitätsdienst gehört auch der Vorbeugende und Abwehrende Brandschutz dazu.

In früheren Jahren führte die Berliner Feuerwehr in zahlreichen Veranstaltungen, durchgeführt bei Behörden, Betrieben, aber auch anderen Einrichtungen, diese Thematik den Berliner Bürgern vor Augen und machte mit den vorhandenen Löschgeräten und Möglichkeiten vertraut.

Firmen, im allgemeinen Produzenten oder Vertrieber von Feuerlöschgeräten, nahmen und nehmen sich ebenfalls dieses Problemkreises an.

Die Gesellschaft für den Zivilschutz hatte in den ersten Jahren ihres Bestehens

außerordentlich große personelle und auch fachliche Probleme, die Selbstschutzthematik in die Praxis umzusetzen. Zum einen verfügte sie nur über zwei hauptamtliche Kräfte, und den wenigen ehrenamtlichen Mitarbeitern fehlten überwiegend pädagogische und praktische Erfahrungen.

Mit der Bewilligung von hauptamtlichen Lehrkräften im Jahre 1979 und der Neubesetzung der Planstelle des Geschäftsführers im Frühjahr 1980 konnte die schwierige Anlaufphase endgültig überwunden werden.

Heute wird eine Vielzahl von Veranstaltungen den verschiedensten Einrichtungen der Stadt – wie auch den Bürgern selbst – angeboten. Schwerpunkt mit rund 75% aller durchgeführten Veranstaltungen ist das Thema „Brandschutz“.

Entsprechend den unterschiedlichen Teilnehmerkreisen und ihren besonderen Bedürfnissen gilt es, die Veranstaltungen zweckmäßig zu planen und durchzuführen.

Unabhängig davon, daß im zwölfstündigen Selbstschutz-Grundlehrgang auch das Thema „Brandschutz“ in Theorie und Praxis angesprochen wird, führt die GZS zur Zeit sogenannte

Fachliche Unterrichtsungen „Brandschutz“

BKO-Fachlehrgänge „Brandschutzstaffel“

BKO-Fachlehrgänge „Brandschutzgruppen“

Selbstschutzübungen „Brandschutz“ durch.

Fachliche Unterrichtung „Brandschutz“

Hier handelt es sich üblicherweise um eine rund zweistündige Veranstaltung, in der die Grundlagen der Brandbekämpfung, zunächst in der Theorie, erläutert werden.

Es gilt einleitend, den Teilnehmern die Brandgefahren im häuslichen Bereich, im Kraftverkehr, in Betrieben und in dem Extremfall „Bewaffneter Konflikt“ zu verdeutlichen.

Es folgen Ausführungen über die Notfallmeldung an die Berliner Feuerwehr (Einsatzleitzentrale), den Umfang der Brände, insbesondere Entstehungs- und Kleinbrände, Schutz der Atemwege vor Rauch und Verbrennungsgasen, Grundsätze der Rettung brandgefährdeter Menschen in Verbindung mit dem Betreten in Brand geratener Räume, Erklärung der verschiedenen Kleinlöschgeräte, Einteilung der Brandklassen.

Die gesamte Theorie wird visuell unterstützt durch anschauliche Folien und anschließend filmisch zusammengefaßt. Abgerundet wird das Thema durch die anschließende Praxis, in der die Teilnehmer das Ablöschen brennender Personen an einer Brandübungspuppe, das Ablöschen brennender Flüssigkeiten und den praktischen Gebrauch eines Kleinlöschgerätes (Feuerlöcher, Kübelspritze, Einstellspritze) üben. Steht ein geeigneter Platz für die praktische Übung zur Verfügung, kann auch das Ablöschen von Reifenbränden, Holzstoß oder Krafffahrzeugen geübt werden.

Diese fachlichen Unterrichtsungen „Brandschutz“ werden vorwiegend im behördlichen Rahmen durchgeführt. Nach einem entsprechenden Angebot im Sommer des vergangenen Jahres an die Bezirksämter haben zahlreiche nachgeordnete Dienststellen von diesem Ausbildungsangebot Gebrauch gemacht.

Neben vielen anderen Einrichtungen sind hier vor allem Kindertagesstätten, Altenheime, Schulen und die Berliner Polizei zu nennen.

Ausgebildet werden in diesen Veranstaltungen ausschließlich die Mitarbeiter der Einrichtungen. In den Schulen sind die Lehrerkollegien Ansprechpartner und Kreis der im Brandschutz zu Unterweisenden.

Eine besondere Stellung nimmt in diesem Zusammenhang die Berliner Polizei, hier vor allem die Einsatzbereitschaften, ein. Einem Ausbildungsangebot an den Polizeipräsidenten wurde in der Form Rechnung getragen, daß in den zurückliegenden Monaten die Masse der Polizeibereitschaften Veranstaltungstermine verbindlich abgesprochen und zum größten Teil schon wahrgenommen haben. In diesen Veranstaltungen wurde auch das Bergen von Personen aus brennenden Fahrzeugen und das Ablöschen dieser Fahrzeuge erklärt und geübt. Schwerpunkt war und bleibt auch hier die Rettung von Menschenleben.

(Fortsetzung folgt)

Einsatz zur Ölschadenbeseitigung

Helfer aus den Instandsetzungszügen der THW-Ortsverbände Kiel und Neustadt, ausgerüstet mit besonderem Ölschadenbekämpfungsgeschütz, wurden am 19. Mai 1981 angefordert, um einen Ölteppich im Heiligenhafener Kommunalhafen abzusaugen. Das Öl war in den Mittagsstunden aus der Bunkerstation am Hafen ausgetreten und ins Hafenbecken gelaufen.

Hier hatte man sofort versucht, das Öl mit Bindemitteln aufzufangen. Zum Glück trieb an diesem Tag der leichte Ostwind die Öllachen gegen die westliche und südliche Kaimauer, so daß das THW auf eine Ölsperre im Hafenbecken verzichten konnte. Bei der Beseitigung der Ölverschmutzung wurde ein neues Ölwehrgeschütz eingesetzt, das der THW-OV Kiel mit nach Heiligenhafen gebracht hatte.

THW-Geschäftsführer Hübner, Kiel, meinte gegenüber der Presse, daß der Kreis Ostholstein gerade am Vortage beschlossen hätte, den THW-OV Neustadt mit dem Ölwehrgeschütz Typ „Nolte-Mopmatic“ auszurüsten. So konnten die Neustädter THW-Helfer bei diesem Einsatz in Heiligenhafen schon erste Erfahrungen mit diesem Geschütz sammeln.

Die „Mopmatic“ machte ihrem Namen Ehre. Eine mopartige Kordel, welche durchs Hafenbecken lief, wurde immer wieder im Sammler ausgepreßt und gereinigt. Bei diesem Verfahren wird weniger Wasser beim Reinigen angesaugt. Trotz der modernen Gerätschaften arbeitete das THW bis in den Abend, um den Ölteppich im Heiligenhafener Hafen zu beseitigen. P. F.

Katastrophenschutzübung im Hotel

Eine großangelegte Katastrophenschutzübung wurde im größten Hotel von Malente, dem zehnstöckigen „Intermar-Hotel“, abgehalten. Angenommen wurde eine Brandkatastrophe, die durch ein Feuer im Küchentrakt entstanden war.

Kurz nachdem um 17.17 Uhr über Sirenen Feueralarm ausgelöst worden war, rasten die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren Malente und Eutin, des THW und der JUH mit Blaulicht und Martinshorn durch die Straßen des Heilbades. Erst am Einsatzort erfuhren die Einheitsführer, daß es sich um eine Übung handelte. Der THW-OV Eutin, der über Funkmeldeempfänger alarmiert



Ein „Verletzter“ wird mit dem Rollgliss-Geschütz aus der 5. Etage des Hotels abgeseilt.

wurde, war 20 Minuten nach dem Alarm mit 30 Helfern, einem Gerätekraftwagen, zwei Mannschaftskraftwagen mit Bootsanhänger, Fukow und UH-Kombi am Einsatzort.

Unter Leitung von THW-Zugführer Radloff wurden zwei Atemschutzgeräteträgertrupps von der Gerätegruppe des 4. Bergungszuges Ostholstein zur Erkundung in das Gebäude geschickt. Die Orientierung der Helfer wurde durch Stromausfall und ein durch Rauchbomben verqualmtes Treppenhaus erschwert. Die 1. Bergungsgruppe wurde in der 4. und 5. Etage eingesetzt, um mit dem Rollgliss-Geschütz Personen abzuseilen. Die 2. Bergungsgruppe suchte zusammen mit der Feuerwehr mit dem Aubo-Schlauchboot die Diekseebuch ab, da zwei Personen im Wasser treibend gesehen worden waren. Während die Feuerwehr, die mit 140 Mann und allen verfügbaren Fahrzeugen erschienen war, ihre Löschleitungen verlegte und die DL 30 in Stellung brachte, wurden die „Verletzten“ von der JUH abtransportiert. Vom THW wurden insgesamt 15 Personen – Angehörige der Jugendfeuerwehr – mit dem Rollgliss-Geschütz geborgen.

Als Ergebnis der Übung läßt sich feststellen, daß das THW die Feuerwehr auch bei solchen Brandkatastrophen wirkungsvoll unterstützen kann, insbesondere wenn noch Lücken in der Ausstattung – z. B. beim Zubehör für das Rollgliss-Geschütz und bei der Ausrüstung mit Handfunksprechgeräten – geschlossen werden können. J. G.

„Tag des Helfers“ in Plön

Zu einer großen Informations- und Demonstrationsveranstaltung trafen sich alle im Kreis Plön ansässigen Hilfsorganisationen im Juni 1981. Feuerwehr, THW, DRK und andere präsentierten ihre Fahrzeuge sowie die vorhandenen Spezialgeräte und zeigten kleinere Einsatzübungen.

Der THW-OV Eutin, der an diesem Tage in Plön zu Gast war, führte mit zwei Motorrettungsbooten Rundfahrten für Kinder auf dem Großen Plöner See durch. Außerdem war das THW mit seinen Booten bei einer großen Wasserrettungsübung beteiligt. Der THW-OV Plön versorgte indes die vielen Zuschauer mit Erbsensuppe aus zwei Gulaschkanonnen.

Schleswig-Holsteins Finanzminister Rudolf Titzck und sein Kabinettkollege Landwirtschaftsminister Flessner hatten die Veranstaltung am Morgen im Beisein der Vertreter der Hilfsorganisationen feierlich eröffnet. Minister Titzck dankte den freiwilligen Helfern für ihre stetige Einsatzbereitschaft und versprach auch weiterhin jede Unterstützung. C. B.

Wasserdienstübung „Untereider 1981“

Kurz vor der Sommerpause führte der THW-OV Heide noch eine größere Übung an der Eiderabdämmung durch. Im Verlauf dieser Übung, die unter der Leitung von Gottfried Stratmann vom Bundesamt für Zivilschutz und THW-Zugführer Uwe Bockelmann vom OV Heide stand, waren gemäß Übungs- und Ausbildungsplan folgende Aufgaben zu bewältigen:

1. Einfahren von drei neuen Aubomotoren VP 700,
2. Fahrübungen mit Ganzpontons, Halbpontons und dem Mehrzweckboot auf der Untereider und im Seebereich der Eidermündung,
3. Bau und Betrieb einer 16-Tonnen-Fähre.

Nach dem Eintreffen am Übungsort wurde zunächst das Zeltlager auf dem Betriebsgelände des Eidersperrwerkes mit allen erforderlichen Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen aufgebaut und das mitgeführte Fahrenbau-Geschütz abgeladen.

Gegen 18.30 Uhr erfolgte durch Gottfried Stratmann die Einweisung des Fährenpersonals einschließlich Belehrung über die Handhabung der Aubomotoren VP 700.

Am Tage darauf wurde der Bau der 16-Tonnen-Fähre in Angriff genommen. Eine Fertigstellung der Fähre konnte jedoch an diesem Tage nicht mehr erfolgen, da sich herausstellte, daß bei einigen Hauptträgern die Bohrungen nicht paßten.

Bis zum Abend konnte man aber diese Unstimmigkeit durch das Einarbeiten paßgerechter Bohrungen beseitigen, so daß die Fähre am darauffolgenden Sonntagmorgen nach weiterem kräftigen Zupacken des Fährenpersonals in relativ kurzer Zeit betriebsklar war.

Nach Einweisung der Bootsführer an den Aubomotoren VP 700 und richtiger Einstellung der Motoren erfolgte die erste Fahrt mit der Fähre in Richtung See. Aufkommender Wind zwang aber am Nachmittag zur Umkehr.

Auch am Montag wurde nochmals mit der Fähre eine Fahrt seewärts unternommen. Aber wiederum zwang aufkommender Wind, der Sturmstärke annahm, zur vorzeitigen Rückkehr.

Da in der Nacht zum Dienstag der Sturm Windstärken von acht bis neun erreichte und auch nach Anbruch des Tages weiterhin starker Wind mit entsprechend hohem Wellengang herrsch-



Die 16-Tonnen-Fähre kurz vor dem Ablegen.

te, mußte der Fahrbetrieb mit der Fähre völlig eingestellt werden. Bis zum Abbau, der am Dienstagabend mit dem 12-Tonnen-Autokran erfolgte, wurde die Fähre an ihrem Liegeplatz im Vorhafen des Eidersperrwerkes gut vertäut und durch Fender und Autoreifen zusätzlich gesichert.

Die restlichen vier Tage, die für den Ausbildungs- und Übungsbetrieb noch verblieben, wurden zum Einsatz von zwei miteinander verbundenen Ganzpontons, einigen Halbpontons und dem Mehrzweckboot genutzt. Außerdem wurde ein Wassermarsch zur Eider in Richtung Horst mit Durchschleusung des Sperrdamms bei Nordfeld durchgeführt. Des weiteren wurden die Bootsführer während dieser Tage mit der

Fahrweise von Halbpontons und Aubos VP 700 vertraut gemacht.

Am Sonntagmorgen unternahmen die Helfer als Abschluß der Übungs- und Ausbildungsveranstaltung eine Fahrt mit Halbpontons bei ruhiger See in Richtung St. Peter-Ording, um diese nochmals bei Fahrten im Seebereich des Eidersperrwerkes zu testen. Als Ergebnis der Testfahrten mit den verschiedenen Wasserfahrzeugen ist folgendes festzustellen:

1. Beim Fahren mit der 16-Tonnen-Fähre ergaben sich bei günstigen Wetter- bzw. Windverhältnissen keine besonderen Probleme. Bei zu hohem Wellengang sind jedoch durch die starre Bauform dem Manövrieren mit einer solchen Fähre deutliche Grenzen gesetzt. Es empfiehlt sich daher, den Fähr- und Übersetzbetrieb in ruhigen Gewässern zu üben.

2. Das Fahren mit Ganzpontons als Einzelfahrzeug ist bei starkem Wind unmöglich, da ein Ganzpontons in einer solchen Situation kaum noch zu steuern ist. Entsprechende Testfahrten zeigten, daß zwei mit Hauptträgern verbundene Ganzpontons – jeweils mit einem eigenen Bootsantrieb ausgerüstet – gut zu manövrieren sind. U. B.

Hamburg



THW-Bundeswettkampf 1981 aus Hamburger Sicht

Der THW-Landesverband Hamburg hat in den letzten Wochen zahlreiche Schreiben erhalten, in denen insgesamt den Helferinnen und Helfern großes Lob für die Ausrichtung des diesjährigen THW-Bundeswettkampfs und die Betreuung gezollt wird. Sicherlich hätte das eine oder andere anders gemacht werden können, ob besser, sei dahingestellt.

Eine kleine Verärgerung gab es im eigenen Bereich, und die war berechtigt. Bei der Fürsorgepflicht, der guten Absicht, es den Gästen aus allen Teilen der Bundesrepublik so angenehm wie nur möglich zu machen und sie gut zu betreuen, hat das Hamburger THW die eigenen Wettkampfmansschaften ein wenig vernachlässigt. Alle, die für die Betreuung vorgesehen waren, hatten in der „heißen Phase“ so viele Aufträge durchzuführen, daß sie einfach überfordert waren. Sicherlich keine Entschuldigung, aber vielleicht eine Erklärung.

An dieser Stelle sei nochmals allen Helferinnen und Helfern für ihren großen Einsatz gedankt. Ein jeder hat an der Stelle, an die er gestellt war, sein Bestes gegeben; auch die drei Wettkampfgruppen.

Recht beachtlich hat sich die Bergungsgruppe plaziert; die Fehlerpunkte durch Überschreitung der Zeit, bedingt durch den Ausfall eines Gerätes, hätte eine nicht so „junge“ Mannschaft, mit mehr Erfahrung, in kleineren Grenzen gehalten. Die eigentlichen fachlichen Fehler waren relativ gering.

Die I-Dienst-Gruppe hat den undankbaren vierten Platz erreicht. Mit etwas Glück hätte es auch der dritte Platz sein können, der Punkteabstand war sehr gering. Allen Helfern Dank für ihren Einsatz!

Ein „Sieger“ rundete das gute Gesamtbild ab: Die Jugendgruppe des THW-BV Hamburg-Nord erreichte einen hervorragenden Platz im Wettbewerb für Jungshelfer. Es war nicht der erste Sieg, den die Jungshelfer unter der Führung von Jugendgruppenleiter Jäger errungen ha-

ben. Dazu nochmals herzlichen Glückwunsch der Gruppe und ihrem Gruppenführer Wolfgang Albers. G. T.

Informationsvortrag vor ausländischen Generalstabsoffizieren

Die guten Kontakte des Hamburger THW zur Bundeswehr im allgemeinen und besonders zu der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese haben dazu geführt, daß THW-Landesbeauftragter Günter Trautvetter gebeten wurde, das THW sowie die Aufgaben und die Ausstattung der Katastrophenschutz-Organisation in einem Lehrgang für Stabsoffiziere vorzustellen. Teilnehmer waren Stabsoffiziere aus verschiedenen Ländern. In neun Monaten werden die Offiziere, nachdem sie vier Monate lang die deutsche Sprache erlernt haben, u. a. in der Einsatzführung geschult und mit Einrichtungen der militärischen und zivilen Verteidigung vertraut gemacht.



Zwei ausländische Stabsoffiziere informieren sich über die THW-Ausrüstung.

Dem aus über 20 Offizieren bestehenden internationalen Teilnehmerkreis erläuterte Trautvetter zunächst die Gliederung der Organisationen sowie die Aufgaben, Ausstattung und Struktur der Einsatzeinheiten des THW. Das große Interesse an der Darstellung des THW, verbunden mit vielen Fragen, sowie die zusätzliche Erklärung verschiedener Fachausdrücke führten dazu, daß die vorgesehene Zeit von zwei Stunden weit überschritten wurde.

Im Anschluß an den einführenden Vortrag wurden den Teilnehmern Modelle und Geräte vorgestellt und erklärt. Eine kleine Ausstellung in der Wandelhalle der Führungsakademie vermittelte den Offizieren in sehr anschaulicher Weise die Einsatzmöglichkeiten des THW. An den Mienen einiger Pionieroffiziere war abzulesen, daß sie sehr beeindruckt waren von den Möglichkeiten, die z. B. die Geräte des THW-Bergungsdienstes eröffnen.

In einer weiteren Vorführung wurden den Lehrgangsteilnehmern neue Fahrzeuge des Bergungsdienstes gezeigt und verschiedene Geräte, z. B. Gesteinsbohrhammer, Preßluftatmer, Stromerzeuger, Beleuchtung, Motorsäge, Greifzug und Vorbauseilwinde, praktisch demonstriert.

General Schröder äußerte sich anerkennend über die Leistungsfähigkeit des THW und dankte für die Vorführung. Er betonte, es sei doch sehr ermutigend, dieses freiwillige Engagement der Helfer in der heutigen materialistischen Zeit vorzufinden. G. T.

THW-Helfervereinigungen auch in Hamburg gegründet

Nach anfänglichem Zögern wurden nunmehr auch in zunächst drei THW-Bezirksverbänden – Hamburg-Harburg, Hamburg-Altona und Hamburg-Nord – Ortsvereine der Helfervereinigung des THW e. V. gegründet. Die Ortsvereine verfolgen ausschließlich gemeinnützige Zwecke, unter anderem die Förderung der Jugendarbeit.

In einer Bezirksbeauftragten-Dienstbesprechung haben die Führungskräfte

des THW Hamburg über die Einbindung der Jugendarbeit in die Helfervereinigung und die dazu vorliegenden vorläufigen Richtlinien diskutiert. Einstimmig kam man zu der Auffassung, daß die derzeitige Vorlage so nicht akzeptiert werden kann, unter anderem muß die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk stärker und eindeutiger eingebunden werden.

Die THW-Jugendarbeit ist nach längerer Anlaufzeit ein fester Bestandteil der Organisation mit einem Stellenwert, der zumindest in Hamburg, sehr hoch anzusetzen ist. Eine nur so „lose“ Einbindung bzw. Anbindung an das THW wird nach örtlicher Auffassung die bisherige Arbeit und den Erfolg in Frage stellen und sicherlich zu unliebsamen „Streitereien“ sowohl zwischen den Bezirksbeauftragten und den Jugendbeauftragten der Helfervereinigung als auch zwischen diesen und dem THW-Landesbeauftragten führen. Eine entsprechende Stellungnahme an das Bundesamt für Zivilschutz wurde inzwischen vorgelegt.

Nach der Urlaubszeit werden die anderen Ortsvereine umgehend gegründet werden. G. T.

„Alstervergnügen“ – THW war dabei

„Alstervergnügen“ heißt in Hamburg Straßentheater, Spiel und Spaß, aber auch Information und Darstellung der Hilfsorganisationen.

Wie in jedem Jahr war auch das THW wieder mit seinen Fahrzeugen dabei, um die Bevölkerung über die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten zu informieren.

Der THW-BV Hamburg-Wandsbek war mit einer Technischen Einsatzleitung und dem Einsatzleitwagen des THW-Landesverbandes vertreten und unterstützte die Polizei bei der Verkehrsregelung.

Die Bezirksverbände zeigten einer großen Anzahl von interessierten Zuschauern auf der Binnenalster den Einsatz ihrer Mehrzweckboote.

Fast 600000 Besucher kamen an den vier Veranstaltungstagen an die Alster, und eine nicht geringe Anzahl informierte sich über Aufgaben und Ausrüstung des THW in der Hansestadt. A. K.

Fahrzeuge und Ausstattung der 80er Jahre

Als vor rund vier Jahren davon gesprochen wurde, ein Finanzsonderprogramm für die Ersatzbeschaffungen von Einsatzfahrzeugen und Geräten des Katastrophenschutzes aufzulegen, waren die Insider sehr skeptisch. Als jedoch das

Konsolidierungsprogramm gebilligt war und die entsprechenden und noch fehlenden Stärke- und Ausrüstungsnachweise erarbeitet waren – letzteres war eine wesentliche Voraussetzung und die Grundlage für ein Beschaffungsprogramm – waren alle Beteiligten sehr zuversichtlich. Das Programm sieht vor, bis 1990 die noch fehlende Ausstattung für die Einheiten des Katastrophenschutzes zu beschaffen sowie die notwendigen Ersatzbeschaffungen durchzuführen. Zusammen mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln, die bereits 1979 die Beschaffung von Fahrzeugen und Ausstattung aus einem Finanzsonderprogramm ermöglichten, wurden 1979/80 mehr als 2000 neue Kraftfahrzeuge mit einem Gesamtwert von über 330 Millionen DM beschafft. Dieser Trend hält auch in diesem Jahr an; es sollen nach Aussage des Bundesamtes für Zivilschutz mehr als 1200 Fahrzeuge sein.

Einen großen Schluck aus der „Pulle“ hat auch der THW-Landesverband Hamburg abbekommen. In den Jahren 1979 und 1980 wurden bis auf fünf MKW sowie sieben IKW die zum Teil bereits seit längerer Zeit nicht mehr einsatzbereiten Fahrzeuge ersetzt und den Einheiten zugeführt. Im ersten Halbjahr 1981 wurden nunmehr auch die letzten MKW durch neue Fahrzeuge der 80er Jahre ersetzt, die I-Dienst-Einheiten erhielten ihre komplette Ausstattung mit Fahrzeugen der neuen Generation.

Mag man zu den neuen Fahrzeugen in Ausführung und Qualität und damit zu der Lebensdauer stehen wie man will, eines ist Tatsache: Der Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland ist in seiner Gesamtheit ein Stück nach „vorn“ gekommen; die materiellen Voraussetzungen sind wesentlich verbessert worden. Beim THW-Hamburg haben alle Katastrophenschutz-Einheiten seit 1981 kein altes Einsatzfahrzeug mehr!

Die Probleme reißen jedoch nicht ab. Mit den neuen Fahrzeugen können nur Kraftfahrer fahren, die den Führerschein der Klasse 2 besitzen. Dies bedeutet, daß eine Umschulung durchgeführt werden muß; die Kosten hierfür sind recht hoch. Hier beginnen neue Schwierigkeiten: Zusätzliche Haushaltsmittel sind dafür kaum vorhanden, und aus den Mitteln, die den Bezirksverbänden für ihren normalen Dienstbetrieb zugewiesen werden – 1981 aufgrund der Finanzlage des Bundes gekürzt – sind die Kosten für eine solche Umschulung nicht zu tragen. Ende der 60er Jahre standen die Fahrzeuge des erweiterten Katastrophenschutzes herum und warteten auf ihre Benutzer; heute müssen sie zu einem großen Teil wieder herumstehen und auf ihre Fahrer warten, wenn auch dieses Mal aus anderen Gründen.

Es bleibt die Hoffnung, daß auch das neue Problem vielleicht durch ein „Sonderprogramm“ gelöst wird; wir alle sind aufgerufen, Lösungen zu finden. G. T.

THW-Unterkunftsneubau steht unmittelbar bevor

Ein altes Sprichwort sagt: Was lange währt, wird endlich gut!

Sehr lange war dieses Sprichwort der einzige Trost für die 160 Helfer des THW-BV Hamburg-Bergedorf. Ansprechen auf ihre von allen beteiligten Dienststellen als vordringlich angesehenen Raumprobleme durfte man sie nicht; sie explodierten sofort! Verständlich, wenn man mehr als 20 Jahre in beengten Verhältnissen leben muß, wenn seit der Planung fast fünf Jahre bis heute vergangen sind. In den letzten zwei Jahren war man allerdings schon nahe am Beginn, doch Finanzprobleme des Bundes haben den Baubeginn bisher immer wieder verzögert. Nun soll es endlich losgehen: Noch in diesem Jahr wird begonnen, und 1983 soll die neue THW-Unterkunft fertiggestellt sein.

Errichtet wird eine moderne Unterkunft des Typs IV nach „Landauer Modell“ einschließlich Garagen für 18 Einsatzfahrzeuge und sieben Hänger, auf einem Grundstück von rund 16000 qm; ein ideales Gelände am Rande der Stadt in Wentdorf, Einzugsgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg.

Neben den vorgesehenen Neubauten werden auch einige Übungseinrichtungen erstellt, so daß bessere Ausbildungsmöglichkeiten und -voraussetzungen ab 1983 vorhanden sein werden.

Die Helfer sind zur Zeit noch etwas skeptisch, verständlich, wenn man so lange immer wieder vertröstet worden ist. „Packen wir es an, es gibt viel zu tun!“ Dieses geflügelte Wort sollte für die nächsten 18 Monate die Aktivitäten im THW-BV Hamburg-Bergedorf neu beleben. G. T.

Friedrich Holst 80 Jahre

80 Jahre jung, und dieses im wahrsten Sinne des Wortes, so feierte Friedrich Holst seinen Geburtstag und sein 60jähriges Berufsjubiläum als Beratender Ingenieur. Dieser Tag war aber auch zugleich ein Stück THW-Geschichte: Holst blickt auf fast 30 Jahre THW-Dienst zurück. 1952 trat Holst dem THW-OV Düsseldorf bei, ab 1964 versah er seinen aktiven Dienst im THW-BV Hamburg-Altona.

Seine Arbeitskraft widmete er zu einem großen Teil dem THW. Nach elfjähriger



Hauptsachgebietsleiter Eleppke gratuliert Friedrich Holst.

Zugehörigkeit zur Bezirksversammlung Altona ist er jetzt als zugewählter Bürger für seine Partei in verschiedenen Ausschüssen tätig. In dieser Tätigkeit hat er dem THW-BV Hamburg-Altona bisher unschätzbare Dienste geleistet; so hat er mit großem Engagement Anträge in der Bezirksversammlung für eine erweiterte Funkgeräteausstattung für den Bezirksverband eingebracht und durchgeführt, so daß zusätzliche Funkgeräte aus Sondermitteln beschafft werden konnten.

Nicht nur für das THW ist Holst sehr stark engagiert, sondern auch in seinem arbeitsreichen Berufsleben. Der Jubilar zählt zu den Pionieren der Entwicklungshilfe. Seine Erfahrungen, die er in Pakistan, Ghana, Jordanien und Irak sammeln konnte, machten ihn zum Sachverständigen für das Bauwesen in der Dritten Welt.

Zur Zeit beschäftigt sich Holst mit der Möglichkeit einer Eindeichung des Medemsandes in der Elbmündung, um dort einen großen Überlaufolder zu schaffen, zum Schutze der Elbanwohner vor schweren Sturmfluten.

Nach den THW-Organisationsbestimmungen kann Holst nur noch „Althelfer“ sein. Dies wird jedoch seiner Stellung im THW nicht gerecht. Holst ist ein geistig reger, aktiver und aufgeschlossener Mann, der auch im THW vielen jungen Kameraden in nichts nachsteht. Sein Rat und seine Fähigkeiten werden von allen sehr geschätzt und gesucht.

Nach seinen eigenen Worten sah er immer Hilfsbereitschaft als Pflicht und Arbeit als Hobby an. Alle guten Wünsche begleiten ihn für seinen weiteren Lebensweg. Das THW dankt Friedrich Holst für seine stete Einsatzbereitschaft und Unterstützung. G. T.

Zwei Tage im Kampf gegen Ölverschmutzung

Voll beladen mit 76000 Tonnen Rohöl lief der amerikanische Tanker „Afran Zenith“ infolge Maschinenschadens kurz

vor der Hafeneinfahrt auf Grund. Dabei wurde der Schiffsboden aufgerissen, und ca. 400 Tonnen Rohöl liefen aus dem Leck in die Elbe. Erst nach mehreren Stunden gelang es 16 Schleppern, den Havaristen vor der einsetzenden Ebbe wieder flottzumachen und zum Löschen in den Hafen zu schleppen und damit eine große Ölkatastrophe zu vermeiden.

Die Verschmutzung der Elbe war dennoch erheblich, und am Sonntagmittag wurde das THW durch die Feuerwehreinsetzleitung alarmiert. Zunächst wurden 35 Helfer des THW-BV Hamburg-Nord zum Einsatzort Teufelsbrück in Marsch gesetzt, um mit der Freiwilligen Feuerwehr zusammen in Handarbeit verschmutztes Erdreich am Ufer abzutragen. Bei sehr schlechter Witterung und Notbeleuchtung war diese Aufgabe nicht leicht zu bewältigen, zumal der THW-Einsatzanzug für solche Arbeiten wenig geeignet ist und die Helfer in kürzester Zeit mit Öl verklebt waren. Mehr als sechs Stunden arbeiteten die THW-Helfer bis zur Erschöpfung. Dann mußten die Arbeiten durch die auflaufende Flut unterbrochen werden.



In Handarbeit wurde das Öl vom verschmutzten Elbeufer abgetragen.

Der LV-Koordinierungsstab hatte gleichzeitig mit der Alarmierung seine Arbeit aufgenommen und die Ablösung der Einsatzkräfte vorbereitet. Weiterhin wurde umgehend die Verbindung zur Feuerwehreinsetzleitung aufgenommen. Beim nächsten Niedrigwasser um 4.00 Uhr morgens waren erneut 35 Helfer aus den THW-BV Hamburg-Harburg und Altona an der Einsatzstelle und rückten dem Schmutz zu Leibe. Erneut waren sechs Stunden Einsatz notwendig, um die größten Verunreinigungen zu beseitigen.

Am Mittag des zweiten Einsatztages wurden von der Feuerwehreinsetzleitung zwei Schlauchboote angefordert, um an unzugänglichen Stellen der Elbe mit Fachleuten ölverschmutzte Wasservögel zu bergen.

Am Nachmittag des zweiten Einsatztages wurde der Gesamteinsatz des THW Hamburg auf Weisung der Feuerwehr beendet. Presse und regionales Fernsehen würdigten ausführlich den Einsatz der THW-Helfer. A.K.

Tresor aus der Kaserne geholt

In der Bremer Tirpitz-Kaserne in Gröpelingen stand schon seit dem 2. Weltkrieg auf den Flur ein ca. 150 cm hoher und 100 cm breiter Tresor, der abtransportiert werden sollte. Da in dieser Kaserne aber nur Schulbetrieb herrscht, kam man mit eigenen Mitteln nicht zurecht.

Mehrere Schrotthändler zeigten im Laufe der Jahre Interesse, aber wegtransportieren – da gaben sie lieber gleich auf. Immerhin waren eine Treppe und mehrere Steinabsätze zu überwinden, insgesamt ein Höhenunterschied von fast fünf Metern. Da die Fenster zu klein waren, kam ein Kraneinsatz nicht in Frage.

Anfang Juni wurde nun das THW um Hilfe gebeten. Kurz darauf rückte der 1. Zug der 2. Bergungsbereitschaft des THW-OV Bremen-West zur Beseitigung des Tresors an. Mit Öldruckhebern, Greifzug, vielen Balken, Sandsäcken, Seilen und zuletzt der Motorwinde des GWK wurde das Ungetüm innerhalb von 75 Minuten an die „frische Luft“ gesetzt. G. B.

„Roland '81“

Mitte Juni fand eine verlagerte Standortausbildung – „Roland '81“ – des THW-OV Bremen-Neustadt an der Katastrophenschutzschule des Bundes (Außenstelle Hoya) statt. Nach kurzer Vorbereitungszeit konnten die Einheiten, eine technische Einsatzleitung, eine Erkundungs- und Lotsengruppe, zwei Bergungszüge, ein Fernmeldezug, ein Instandsetzungszug, eine Pontongruppe sowie der Versorgungsdienst Freitagabend gegen 20.30 Uhr in Marsch gesetzt werden. Der 72 Kilometer lange Marsch wurde durch einen technischen Halt unterbrochen.

Zielort war der Wasserübungsplatz der KSB in Niederboyen. Als erster traf der 4. Fernmeldezug ein. Nach Einweisung in Gelände und Lager bekam der Zugführer den ersten Einsatzauftrag. Die Erkundung nach fernmeldetaktischen Gesichtspunkten im Lager wurde aufgenommen. Der Auftrag, zehn Sprechstellen innerhalb des Lagers aufzubauen, dazu eine Vermittlung in einem Funkgruppenwagen einzurichten, wurde gegen 23.00 Uhr erteilt. Gegen 4.00 Uhr morgens waren alle Unterkünfte der Einheiten und die Übungsleitung mit Feldfernsprechern ausgestattet. Alle anderen Einheiten mußten in dieser ersten Nacht



Die Pontongruppe konnte zum erstenmal als geschlossene Einheit üben.



Der Fernmeldedienst beim Ortsbau durch Hoya.

nur noch ihre Unterkunftsräume herrichten und konnten dann schlafen.

Nach dem Frühstück wurden die Einheitsführer in die Aufgaben eingewiesen.

Der 1. Bergungszug hatte bis zum Mittag eine Einsatzübung in Dörverden. Angenommen war ein Flugzeugabsturz in einem Waldstück. Die Helfer konnten bis auf 1000 m an die Absturzstelle mit ihren Einsatzfahrzeugen heranfahren. Dann mußte abgesessen werden, das Gerät auf die Helfer verteilt und die Unglücksstelle zu Fuß erreicht werden. Nach der Suche nach „Verletzten“, denen Erste Hilfe geleistet wurde, mußten die Bergungshelfer „Verletzte“ und Gerät 1300 m zurück zu den Einsatzfahrzeugen transportieren. Dieser lange Fußmarsch sollte den Helfern zeigen, daß man nicht immer mit den Fahrzeugen bis zur Unfallstelle fahren kann und daß es auch gewisse Leistungsgrenzen gibt.

Nach dem „Verlasten“ der „Verletzten“ (Helfer des 3. IZ) lotste die 8. ELGr den Bergungszug nach Barme. Hier wurden die „Verletzten“ von einem Mehrzweck-

boot übernommen und an das jenseitige Weserufer gebracht.

Der 2. Bergungszug fuhr nach Hoya zum Landübungsplatz der KSB. Dieser liegt direkt auf dem Gelände der Schule. Hier wurden die Helfer durch Ausbilder König in die vielseitige Benutzung des Rohbaugerätes eingewiesen.

Dieses Stegebaugerät ist beim THW relativ neu. Die Helfer bauten dann mit dem ihnen noch nicht geläufigen Gerät einen Steg mit Treppe und Traverse.

Der Fernmeldezug bekam um 8.30 Uhr den Auftrag, eine Feldkabelleitung von Niederboyen nach Hoya zu bauen. Nach der eingehenden Erkundung des Zugtrupps wurde festgestellt, daß ungefähr elf Feldkabelängen verbaut werden mußten, wobei vier Längen durch die Ortschaft Hoya im Hochbau zu führen sind. Da die Strecke acht Kilometer lang war, wurde beschlossen, den 1. Fernmeldetrupp von der Schule und den 2. Fernmeldetrupp vom Wasserübungsplatz auslegen zu lassen.

Der 2. Fernmeldetrupp konnte überwiegend vom Kraftfahrzeug aus im Tiefbau arbeiten. Dabei wurden sechs Kabellängen ausgelegt und das gesamte Abspannmaterial mit einer kleinen Reserve aus dem Gerätebetriebskraftwagen verbraucht.

Der 1. Fernmeldetrupp hatte es schwerer: Es mußten 3,2 Kilometer Feldkabel im Ortsbau verlegt werden. Nach langer Zeit wurde den Helfern wieder bewußt, was es heißt, im Hochbau eine Ortschaft zu durchqueren.

Während der gesamten Bauzeit standen die Bautrupps über Funk mit der Leitstelle in Niederboyen in Verbindung. Der Einsatzleitung war wohl bekannt, daß die Bewältigung einer solch langen Strecke nicht die Aufgabe eines Fernmeldezugesein kann. Es sollte hier aber die Gelegenheit genutzt werden, den Hoch-, Tief- und Ortsbau zu üben.

Die Pontongruppe bekam zum erstenmal Gelegenheit, als geschlossene Gruppe mit einer Fähre zu üben. Die Ausbildung der Helfer erfolgte bis dahin einzeln in Lehrgängen an der Schule Hoya. Trotzdem klappte das Anlegen und die Wendemanöver über Steuer- und Backbord ausgezeichnet unter der Aufsicht des Ausbilders Hoffmann.

Alles in allem waren die 120 eingesetzten THW-Helfer mit dieser Übung zufrieden. Während der Hinmarsch noch teilweise durchgeführt wurde, erfolgte der Rückmarsch geschlossen. J. K.



Blinder Alarm für den THW- OV Stadthagen

14. Juni 1981, ein Sonntag: Auf einem Sportplatz auf dem Bückeberg wird das Gauturnfest veranstaltet. Etwa 800 Kinder laufen um die Wette. Knapp 100 Meter daneben beginnt das Bruchgelände der stillgelegten Kohlenbergwerke mit eingestürzten und teilweise nicht gesicherten Stolleneingängen. Kein Berg – ein „Schweizer Käse“.

In der Mittagsstunde stromern zwei kleine Mädchen auf dem zerklüfteten Gelände herum; wer wäre früher nicht auch auf Entdeckungsreise gegangen? Plötzlich ist ein Mädchen verschwunden! Die Freundin kommt verstört zu ihren Eltern zurück und alarmiert die Erwachsenen. Die Such- und Rettungsaktion läuft an.

Polizei und Feuerwehr finden den offenen Schachteingang. Rufen bringt keinen Erfolg, keine Antwort aus der Tiefe. Die Polizei hat zwischenzeitlich – es ist 15.30 Uhr – den THW-OV Stadthagen alarmiert, der 35 Minuten später mit einer Bergungsgruppe und einem GKW vor Ort ist. Der neue GKW mit dem alten LSHD-Bergungssatz hat noch kein Rollgliss-Gerät, um einen Helfer sicher ablassen zu können. Der Ortsbeauftragte weiß, daß ein solches Gerät zur Erprobung beim THW-OV Hameln ist. Auf sofortige fernmündliche Anordnung trifft das Gerät binnen 40 Minuten nach Alarm ein.

Mit Handscheinwerfern, schwerem Atemschutz und Funkgerät versehen läßt sich THW-Helfer Rudi Heppe, gesichert mit einer Halteleine, in den Schacht ab. Dieser erweist sich als 35 Meter tief und hat wenige Meter über



Ausgerüstet mit schwerem Atemschutzgerät, wurde THW-Helfer Heppe in den 35 m tiefen Schacht abgelassen.

Grund einen Nebenstollen. Die Suche bleibt erfolglos, kein abgestürztes Kind; es ist zum Glück nur blinder Alarm gewesen!

Man vermutete, daß sich das zweite Kind unbemerkt von seiner Freundin entfernt hat und daß diese, der man wohl von dem im Schacht verunglückten Jungen in Italien erzählt hatte, unter Schockeinwirkung von dem offenen Schacht berichtet hat, in der Annahme, ihre Freundin sei da hineingefallen.

Schneller Einsatz, gezielte Hilfsmaßnahmen und reibungslose Zusammenarbeit von Polizei, THW und Feuerwehr hätten wohl im Ernstfall eine ähnliche Tragödie, wie sie sich in Italien zutrug, verhindert; wenn auch die Umstände nicht vergleichbar sind.

W. S.

THW-Althelfer Eberhard Scheder ausgezeichnet

Eine späte, aber hochverdiente Auszeichnung wurde dem Revisionsingenieur im Ruhestand Eberhard Scheder, Oldenburg, anläßlich seines 80. Geburtstags zuteil: Im Namen von THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens überreichte ihm Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Eckard Leiser das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Scheder ist der einzige noch lebende Mitbegründer des THW-OV Oldenburg und war dort noch bis vor 5 Jahren aktiv tätig. Sein ehrenamtliches Engagement allerdings geht bis auf das Jahr 1919 zurück, als er der Technischen Nothilfe beitrug und es dort bis zum Einheitsführer brachte.

Anfang der fünfziger Jahre widmete er sich mit ganzer Kraft dem Aufbau des Ortsverbandes Oldenburg, indem er Kameraden der Technischen Nothilfe für eine Mitarbeit im jungen THW warb. In den fünfundsiebenzig Jahren seiner Tätigkeit im Ortsverband als Verwaltungshelfer, Ausbildungsleiter und zuletzt als Sicherheitsbeauftragter war er immer der gute Geist und ein überaus engagierter Helfer.



Althelfer Scheder (rechts) erhielt aus der Hand von Landesbeauftragten Leiser das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Er festigte die Kameradschaft der Helfer untereinander, knüpfte Kontakte nach außen und warb unermüdet für Ideen und Ziele des THW in der Öffentlichkeit. Bis zum heutigen Tag ist er seinem Ortsverband Oldenburg eng verbunden und steht den jungen Führungskräften mit seinem Rat jederzeit zur Verfügung.

W. S.

Unwettereinsatz des THW- OV Hameln

Am Sonntag, dem 2. August 1981, ging in den Mittagsstunden ein Wolkenbruch, verbunden mit einem heftigen Gewitter, über dem Landkreis Hameln-Pyrmont nieder. Das Wasser „fiel“ stellenweise vom Himmel. Das Stadtgebiet und die Orte westlich von Hameln meldeten „Land unter“. Straßen und Unterführungen waren überflutet, zahlreiche Keller vollgelaufen.

Als sich die Lage verschärfte, wurde zunächst die Pumpengruppe des Ortsverbandes über Funk alarmiert, sie stand binnen 15 Minuten einsatzbereit. Nach Meldung an die Feuerwehr-Einsatzleitstelle des Landkreises Hameln kam die Gruppe sofort zum Einsatz und unterstützte die Feuerwehr in Hameln bei ihren Bemühungen, der betroffenen Bevölkerung zu helfen.

In Klein-Hilligsfeld bei Hameln wurde ein ca. fünf Meter hoher Bäckereischornstein durch einen kalten Blitzschlag der Länge nach aufgespalten. Die Schornsteinreste, die noch in voller Höhe standen, gefährdeten den umliegenden Verkehrsraum und das Gebäude. Die Feuerwehr bat das THW um Hilfe, um die Schornsteinruine zu beseitigen. Eine THW-Bergungsgruppe war 20 Minuten später vor Ort und beseitigte die Schornsteinreste durch Umziehen in Richtung der bereits zerstörten Dachstuhlseite. Die Räumung der Trümmer war dann noch zur Entlastung des Dachbodens notwendig.

W. S.

Nachruf

Völlig unerwartet verstarb im 21. Lebensjahr unser Kamerad und Truppführer

Horst Pascharat

Er hat selbstlos seine Kraft in den Dienst einer guten Sache gestellt. Den Helfern war er stets ein Vorbild. Wir werden ihn nicht vergessen.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Helmstedt



Brückenpfeiler gesprengt

Die Schwierigkeit, für das THW geeignete Sprengobjekte zu finden, ist bekannt. Ein Glücksfall war das Angebot einer Tiefbaufirma an das THW, den über Wasser gelegenen Teil des nördlichen Strompfeilers der Lessingbrücke (3 x 3 x 21 Meter, gemauert) durch eine Auflockerungssprengung zum Abbruch vorzubereiten.

Die Brücke überspannte die Spree. Schiffsverkehr, der über eine Behelfsbrücke geführte Straßenverkehr und dichte Bebauung – der Abstand zum nächsten Grundstück betrug zwölf Meter – erforderten eine sorgfältige Planung. Die zur Verfügung stehende Vorbereitungszeit von ca. vier Wochen war nur durch Zusammenarbeit von Sprengberechtigten mehrerer THW-Bezirksverbände unter Leitung von K. Rübesame einzubehalten. Günstig war, daß der Auftraggeber die Bohrarbeiten – unter Aufsicht des THW – erledigte.



Nach der Sprengung wurde der Trümmerhang nach Versagerladungen abgesucht.

Die Lademenge verteilte sich auf mehrere senkrechte Bohrlöcher von 2,90 m Tiefe. Die Ladung jedes Bohrlochs war in Ladezonen aufgeteilt; die Einzelladungen und eine Sprengschnur zur Detonationsübertragung wurden auf Holzleisten befestigt. Diese vorbereiteten „Spieße“ sparten viel Zeit beim Laden, mit dem man am Samstag, dem 27. Juni 1981, um 11.30 Uhr, beginnen konnte. Nach einer kurzen Unterbrechung wegen eines aufziehenden Gewitters erfolgte die Anbringung und Verbindung der elektrischen Millisekundenzünder.

Die notwendigerweise sehr umfangreichen Absperrungsmaßnahmen durch THW, Verkehrs- und Wasserschutzpolizei koordinierte ein Sprengberechtigter, unterstützt vom Fernmeldezug des THW mit seinem Funkleitwagen.

Um 15.16 Uhr war es soweit: Eine kräftige Detonation verkündete hörbar den Erfolg der Sprengung. Die Besichtigung ergab, daß die angestrebte Auflockerung gründlich erreicht wurde; eine Videoaufzeichnung durch den THW-Fernmeldezug verdeutlichte später nochmals den Ablauf der Zündung. L. P.

Schwimmpontons erprobt

Vor etwa anderthalb Jahren erhielt der THW-BV Kreuzberg/Neukölln sechs ältere Leichtmetallpontons. Alle Pontons wiesen erhebliche Beschädigungen auf. Mitte Juni 1981 waren die Reparaturen endlich ausgeführt, die Pontons einsatzbereit. Nun warteten die THW-Helfer auf die Gelegenheit, ihr neues Gerät zu erproben.

Am 28. Juni 1981 wurde im Berliner Bezirk Tempelhof der 50. Geburtstag des Volksparks Mariendorf gefeiert. Als Attraktion sollte die „Country Band“ auf einer Plattform mitten im Blütenteich des Parks aufspielen. Deshalb bat das Bezirksamt Tempelhof das THW um seine Mitarbeit.

Aus drei Halbpontons mit vier Fahrspuren bauten die THW-Helfer ein 85 m² großes Podium für die Band. Die Pontons wurden im Teich fest verankert, und mit einem 20 Meter langen freitragenden Steg aus Hauptträgern wurde ein Zugang zum Podium geschaffen.

Nun konnte das Fest beginnen: Es wurde ein richtiges Volksfest; etwa 70000 Besucher strömten in den Park. Das Schwimmpodium war das Zentrum der Feier. Seine Lage mitten im Teich bot einen romantischen Anblick. Ein Feuerwerk beendete die Feierlichkeiten. Für alle, die Beteiligten und die Zuschauer, war das Fest ein voller Erfolg. G. N.



Mit Händels „Wassermusik“ wurde die Verbindung zu dem schwimmenden Podium musikalisch hergestellt.

Nordrhein-Westfalen



Gemeinschaftsübung in Sennelager

Mit 38 Fahrzeugen rückten am Samstag, dem 20. Juli 1981, 133 Helfer des THW-OV Kamen-Bergkamen, der Feuerwehr, des DRK und der DLRG zu einer Übung auf dem Übungsplatz Sennelager aus.

Die ersten Gruppen starteten schon um 5 Uhr, die letzten um 7.30 Uhr, um den starken Ausflugsverkehr nicht zu behindern. Zum Auftakt wurden THW-Jugendgruppen aus Kamen und Unna in Marsch gesetzt. Sie sollten Verletzte darstellen und wurden entsprechend geschminkt. Dann folgten THW und DLRG, schließlich Feuerwehr und DRK.

Ein Vorauskommando hatte am Freitag die Technische Einsatzleitung aufgebaut. Über Funk wurden die Einheiten von hier aus in das Übungsgebiet geleitet.

Es wurde zum Teil auf dem Gelände eines ehemaligen Gutshofs geübt. Die Feuerwehr löschte Brände und barg „Verletzte“ aus den teilweise zerstörten Häusern. Weitere „Verletzte“ wurden vom THW geborgen und dem DRK zum Abtransport zu einem Verbandplatz übergeben. Die DLRG führte Tauchübungen im Amphibiensee durch. Die THW-Helfer übten hauptsächlich Mauerdurchbrüche, Bergen aus Höhen und Tiefen und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Verbänden.

Am Sonntag führten die Einheiten auf dem Übungsgelände einen Mot-Marsch durch. Die geländegängigen Wagen mußten abseits der Straße in unwegsamem Gelände üben. Hier konnten die Kraftfahrer ihr Können beweisen. Wichtigster Teil war das Üben einer Wende. Dazu müssen die großen Fahrzeuge in einen Seitenweg fahren, dann rückwärts auf die Fahrstraße zurück, so daß sie in entgegengesetzter Richtung weiterfahren können.

Nach dem Mittagessen wurde das gesamte Material verladen, und die Marschkolonne fuhr zurück. Der Ausbildungsstand aller Beteiligten war zufriedenstellend, die Kameradschaft sehr gut. J. H.

Standortverlagerte Ausbildung in Ahrweiler

Da dem THW-OV Bonn seit längerer Zeit kein geeignetes Übungsgelände mehr zur Verfügung steht, hatte man sich dazu entschlossen, eine standortverlagerte Ausbildung durchzuführen. Als Ort wurde das Gelände der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler gewählt. Teilnehmen sollten die derzeitigen drei Grundausbildungsgruppen – Leitung Paul Kirschner – sowie die eigens zu dieser Veranstaltung zu einer Gruppe zusammengeführten Unterführer des Bergungsdienstes unter Leitung von Eckhard Gebert.



Auch das fachgerechte Erstellen und Aufrichten eines Dreibecks wurde geübt.

Da das Gelände der Schule den THW-Unterführern und -Helfern völlig unbekannt war, eignete es sich bestens für eine Einsatzübung. Nachdem eine Grundausbildungsgruppe als Verletzten-darsteller im Gelände eingewiesen worden war, konnten die Gruppen um 20.00 Uhr „alarmiert“ werden.

Der Einsatzbefehl an die Gruppenführer sah die Erkundung und aufgrund der einbrechenden Dunkelheit die Ausleuchtung der Schadenstellen vor. Nach ca. 10 Minuten lagen die ersten Erkundungsergebnisse vor, und die Einsatzstellen konnten den Gruppen zugewiesen werden.



Ideale Ausbildungsmöglichkeiten bot das Übungsgelände der KatS-Schule Ahrweiler.

Trotz kleinerer Verzögerungen, die darauf zurückzuführen waren, daß eine große Zahl der Helfer bisher an keiner derartigen Übung teilnehmen konnte, verlief das Bergen von „Verletzten“ zur vollen Zufriedenheit. Das für 22.00 Uhr angesetzte Übungsende konnte eingehalten werden.

Am Samstag standen folgende Themen für die Grundausbildungsgruppen auf dem Dienstplan: Gesteinsbearbeitung und Druckkrafthebezeuge. Auf dem Schulgelände konnten die Helfer in diese Themen theoretisch und auch praktisch eingewiesen werden. So waren Mauer- und Deckendurchbrüche – teilweise auch in beengten Räumen – vorzunehmen. Ferner wurden Kenntnisse und Fertigkeiten im Umgang mit dem Aufbruchhammer vermittelt.

Das zweite Thema sah vor, daß die Helfer die Möglichkeiten der schuleigenen Hebebahn nutzen sowie am Trümmerkegel die Druckkrafthebezeuge praktisch einzusetzen hatten.

Für die Unterführer standen am Vormittag folgende Punkte auf dem Programm: Einsatzformen, Befehls- und Meldeweisen, taktische Zeichen und Systematik der Schadenstellen. Da am Nachmittag auch der Fernmeldedienst des Ortsverbandes zugegen war, bot sich natürlich der Einsatz von Sprechfunkgeräten an.

Der Fernmeldedienst hatte sich nicht nur die Aufgabe gesetzt, dem Bergungsdienst Funkunterstützung zu gewähren, sondern auch in der näheren Umgebung der Schule eine motorisierte Funkübung abzuhalten. Die an diesem Tage installierte Leitstelle hatte somit nicht nur den Funkverkehr des Bergungsdienstes, sondern auch den der eigenen Kräfte zu überwachen.

Alles in allem haben sich die Mühen, die zur Vorbereitung der Wochenendveranstaltung erforderlich waren, gelohnt. Motivation und Leistungswille sowie auch die Kameradschaft konnte gesteigert und gefestigt werden. E. G.

Findling aus der Eiszeit geborgen

Anläßlich einer Wochenendausbildung des THW-OV Bottrop bewiesen die Helfer einer Gruppe des I. Bergungszuges, daß sie ihr Handwerk verstehen. Unter der Leitung von Bereitschaftsführer Fritz Vohs gruben sie einen Eiszeitfindling aus dem lehmigen Gelände vor einer Bottroper Abraumhalde.

Der auf sechs Tonnen geschätzte Stein bereitete den THW-Helfern jedoch mehr Arbeit als erwartet. So war es besonders schwierig, den Stein freizulegen, da er immer weiter in den durch übermäßige



Fast sechs Tonnen schwer war der Findling aus der Eiszeit.

Regenfälle völlig aufgeweichten Lehm-boden einsackte. Zu allem Übel hatte sich der mehrere Millionen Jahre alte Findling so festgesogen, daß er selbst mit der Seilwinde des GKW nicht bewegt werden konnte. Erst ein geländegängiger Schaufellader, den die auf der Abraumhalde tätige Firma kurzerhand zur Verfügung stellte, konnte den Stein mit Hilfe eines Stahlseils aus seiner Lage befreien.

Vergleichsweise ruhig arbeiteten weitere THW-Helfer des 1. Bergungszugs. Sie bohrten einen Notbrunnen und sorgten durch den Aufbau von Zelten für Unterkunft, während andere Züge ihre Grund- bzw. Spezialausbildung vervollständigten. W. S.

30 Jahre THW-OV Gladbeck

Ihren Leistungs- und Ausbildungsstand demonstrierten die Helfer des THW-OV Gladbeck. Unter dem Motto „Helfen – Retten – Bergen“ zeigten sie auf der Spielwiese am bekannten Ausflugsziel Schloß Wittringen, wie technische Hilfe im Zivil- und Katastrophenschutz sowie bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen geleistet wird.

Beeindruckend war für zahlreiche Besucher der umfangreiche Fahrzeugpark und die vielfältigen technischen Geräte, mit denen das THW seine Aufgaben erfüllt. Anlaß der großen Informations- und Demonstrationsschau war das 30jährige Bestehen der Katastrophenschutzorganisation in diesem Jahr.

Den Dank der Bürgerschaft sprach Bürgermeister Ullrich den THW-Helfern für ihren freiwilligen Dienst zum Wohle der Allgemeinheit aus. Das THW sei eine tragende Säule des Katastrophenschutzes und in Gladbeck nicht mehr wegzudenken. Ullrich führte in seiner Eröffnungsansprache weiter aus: „Die Helfer geben durch ihren Einsatz und ihre Bereitschaft ein Beispiel für staatsbürgerliches Engagement, welches zeigt, daß auch in unserer Stadt viele Menschen nicht nur eine materielle Lebenserfüllung anstreben.“ Ortsbeauftragter Schardt



In einer Leistungsschau demonstrierte der THW-OV Gladbeck seinen Ausbildungsstand.

und stv. THW-Landesbeauftragter Kellner forderten Rat, Verwaltung und Bevölkerung auf, das THW bei seiner Arbeit stärker als bisher zu unterstützen.

Das Interesse der Besucher konzentrierte sich dann beim Rundgang über das Ausstellungsgelände auf die Demonstration mit der Sauerstoffpflanze und den Einsatz der Trinkwasser-Aufbereitungsanlage. Überrascht stellten die Gäste fest, daß sich durch diese Anlage das Wasser des Schloßteichs in genießbares Trinkwasser verwandeln ließ.

Beeindruckend stellten die THW-Männer auch die Bewältigung komplizierter Bergungsaufgaben dar, die bei möglichen Katastrophen auf sie zukommen können. Durch den Bau von Spezialstegen und den Einsatz der vielfältigen und modernen Hilfsgeräte zeigte das THW, daß es auch in schwierigen Notsituationen seinen Aufgaben gewachsen ist. Den weit über 100 aktiven Helfern des THW-OV Gladbeck ist mit dieser Leistungsschau eine überzeugende Selbstdarstellung gelungen. D. G.

Ernstfall rund um die Burg Vogelsang geübt

Eine Kolonne von blauen und orangefarbenen Fahrzeugen schlängelte sich durch die engen und schmalen Wege und Straßen um den Rursee. Der Grund: Das THW übte den Ernstfall. Fernmelde- und ABC-Zug waren eingesetzt, um sich mit dem Gelände vertraut zu machen und das in die Praxis umzusetzen, was in der dreimal jährlich stattfindenden Führungskräfte-schulung an theoretischem Wissen vermittelt worden war. Gleichzeitig diente die zweitägige Wochenendübung als Vorbereitung für eine im November vorgesehene Großübung.

Hoch über dem Ort Einruhr hatte die Technische Einsatzleitung Position bezogen. Hier wurden die Aufträge erteilt und liefen die Meldungen zusammen, die von den Einsatzorten kamen und von Einsatzleiter Dieter Müller gleich wieder zu neuen Aufträgen verarbeitet wurden. Ausgehend von der Annahme, daß durch eine Explosion auf

dem Truppenübungsplatz Vogelsang Schadstoffe freigesetzt wurden, bat der Kreis Euskirchen um Nachbarschaftshilfe, konkret: um Unterstützung durch einen ABC- und Fernmeldezug.

Die Einheiten des THW-OV Düren erkundeten im Raum Gemünd-Schleiden den Grad der Verseuchung und das Gelände für einen Entgiftungsplatz (Dekontaminierung). Gleichzeitig bemühten sich die Fernmelder um die Funkverbindung; bei dem hügeligen Gelände und dem heftigen Funkverkehr in den umliegenden Kreisen kein leichtes Unterfangen!

THW-Geschäftsführer Willma und Gilbert Forreiter, KatS-Schule Wesel, zeigten sich trotz einiger kleiner Pannen mit dem Ergebnis der Übung zufrieden.

F. Sch.

THW Bonn unterstützt „Aktion Sorgenkind“

Anlässlich eines Stadtteilfestes zugunsten der „Aktion Sorgenkind“ zeigte die Jugendgruppe des THW-OV Bonn eine Schwierigkeitsstrecke aus Holz. Vielbeachtet wurde auch die THW-Tauchergruppe, die ihr Fahrzeug und Gerät zur Schau stellte. Den Kindern wurde das Unterwassertelefon erklärt, das sie auch selbst ausprobieren durften.

Helfer des THW-OV Siegburg stellten den Verkehrshilfskombi mit der Hydraulikschere und weiterem Zubehör vor. Die größte Attraktion war jedoch die Sauerstoffpflanze. Übungsobjekt war ein Betonblock, der durchbohrt wurde.

A. Sch.

Modellbau mit viel Liebe zum Detail

Einmalig in der Geschichte des THW-OV Gladbeck ist ein von Januar bis Mai dieses Jahres durchgeführter Modellbau-

Wettbewerb. Fünf Monate lang bastelten eine Reihe von fleißigen THW-Helfern in ihrer Freizeit an Modellen, die anschließend bei der Ausbildung schwierige Bergungs- und Instandsetzungsaufgaben veranschaulichen sollen.

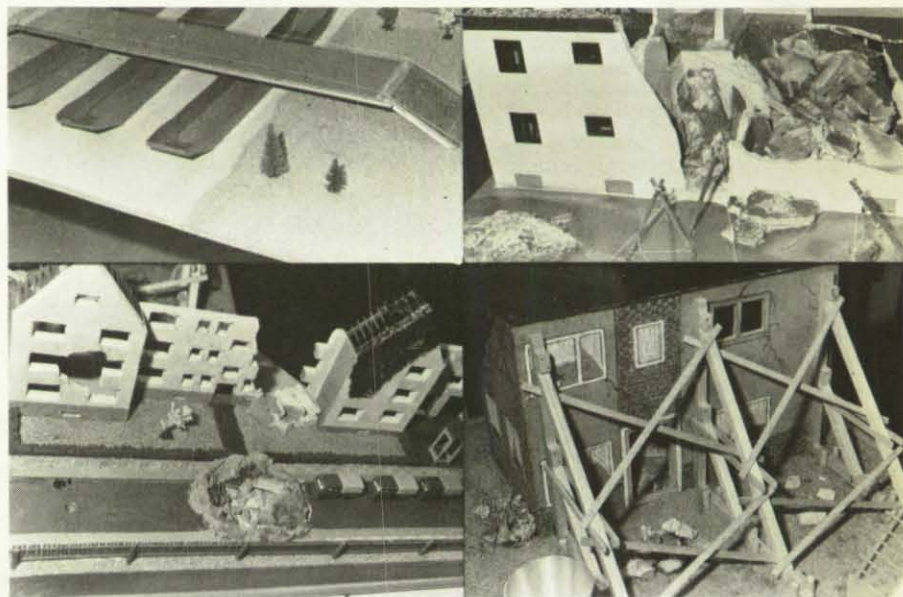
Das selbst für „alte Hasen“ erstaunliche Ergebnis liegt nunmehr vor. Bis zu 500 Stunden investierten die Modellbauer in ihre Arbeit. Mit viel Liebe zum Detail wurden maßstabsgerecht komplizierte Katastrophensituationen dargestellt. Insgesamt neun Modelle entstanden während dieses Wettbewerbs.

Die aus Fachleuten anderer THW-Ortsverbände bestehende Jury beurteilte die Modelle nach den Kriterien „Ausbildungswert“, „Funktion“ und „Sauberkeit“. Größe und Materialwert waren dabei nicht ausschlaggebend.

Sieger wurden schließlich die THW-Helfer Heinz Saslona und Helmar Gründel mit dem Modell eines Hängestegs. Die erfolgreichen Modellbauer empfingen für ihre meisterliche Leistung einen Pokal aus der Hand des Gladbecker Ortsbeauftragten Aloys Schardt. Die weiteren Arbeiten: 2. Abgestützte Hauswand, 3. Mastkran mit Last, 4. Trümmersteg, 5. Rohrbruch, 6. Trümmerhaus mit Seilbahn, 7. Übungshaus, 8. Schiefe Ebene und 9. Pontonbrücke.

Der Gladbecker Ortsverband ist bereit, künftig auch anderen THW-Ortsverbänden seine Modelle zu Ausbildungs- und Schauzwecken zur Verfügung zu stellen.

Die Gladbecker Bevölkerung hatte Gelegenheit, die Arbeiten erstmalig neben einer ganzen Reihe weiterer Attraktionen im Rahmen einer Informations- und Demonstrationsschau zum 30jährigen Jubiläum des THW-OV Gladbeck kennenzulernen. Die Resonanz war unerwartet hoch. D. G.



Bis zu 500 Arbeitsstunden investierten einzelne Modellbauer in ihre Arbeit.

THW-Helfer kehrte von Erkundungsfahrt aus Gambia zurück

Am Sonntag, dem 23. August 1981, kehrte THW-Helfer und Kfz-Mechaniker Hans Peter Sänger von einer einwöchigen Erkundungsfahrt aus Gambia zurück. Sänger hatte vom THW-Geschäftsführer in Frankfurt den Auftrag erhalten, in dem afrikanischen Staat, in dem vor einigen Wochen ein Staatsstreich versucht worden war, 70 zum Teil erheblich beschädigte Ambulanz-Fahrzeuge zu untersuchen und die Möglichkeiten einer Instandsetzung durch das Technische Hilfswerk zu prüfen.

Von Boujul, der Hauptstadt vom Gambia, aus startete THW-Helfer Sänger seine „Erkundungstour“. Die beschädigten Fahrzeuge, die dringend zur Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens gebraucht werden, waren zum Teil weit verstreut im Lande liegengeblieben. Von den insgesamt 70 Krankentransportwagen und Fahrzeugen zum Transport von Arzneimitteln gehören ca. 60 dem Gesundheitsministerium von Gambia, die übrigen Fahrzeuge stehen im Dienste des Royal Victoria Hospitals.



Nach der Rückkehr aus Gambia wurde Hans Peter Sänger (Mitte) vom THW-Landesbeauftragten Hans-Albert Lossen und Geschäftsführer Richard van Hazebrouck (rechts) begrüßt.

Sänger stellte bei der Untersuchung der Ambulanz-Fahrzeuge fest, daß sie durch Kampfhandlungen während des Putschversuches, aber auch durch Demontage von wichtigen Aggregaten zum Teil erheblich beschädigt oder unbrauchbar gemacht worden waren. Eine sofortige Behebung der Schäden bei den in der Mehrzahl noch neuwertigen Fahrzeugen war nicht möglich, da infolge von Plünderungen Werkzeuge und Ersatzteile fehlten. Allenfalls notdürftige und behelfsmäßige Reparaturen konnten bei einem Teil der Fahrzeuge durchgeführt werden.

Nach Feststellung der vorgefundenen Mängel und des benötigten Ersatzteil-

bedarfs flog Hans Peter Sänger nach Frankfurt zurück, wo er vom THW-Landesbeauftragten für Hessen, Dipl.-Ing. Hans-Albert Lossen, und dem Geschäftsführer für Frankfurt, Richard van Hazebrouck, begrüßt wurde. Am nächsten Tag fuhr Sänger weiter nach Bonn und berichtete im Bundesamt für Zivilschutz und im Bundesministerium des Innern über das Ergebnis seiner Erkundungsfahrt.

Ferienstpa für Daheimgebliebene

Erstmals hat sich auch der THW-OV Viernheim an den Ferienspielen der Stadt Viernheim beteiligt. Knapp 50 Jugendliche hatte der Ortsverband anläßlich eines „Tages der offenen Tür“ zu Gast.

Nach einer allgemeinen Einleitung über die Aufgaben und den Aufbau des THW besichtigte das junge Publikum einen GKW. Es folgte die Vorführung eines Notstromaggregats sowie Knoten- und Strickleiterubungen für die angekündigte „Olympiade“. Ein Film zeigt den Jugendlichen den vielseitigen Einsatz des THW.

Vor dem Start in die „Olympiade“ stärkten sich die Teilnehmer mit Gulaschsuppe aus der Feldküche. Zügig gingen anschließend die „olympischen Disziplinen“ über die Runden. Insgesamt waren sechs Gruppen zu je fünf Jugendlichen im „Einsatz“. Zu absolvieren waren das Schneiden von Holzscheiben mit der Handbugelsage, Klettern an Steckstrickleitern, Binden eines Mastwurfs unter Anleitung, Transport wassergefullter Eimer über eine Leiter sowie Anheben eines T-Trägers mit dem Hydroheber. Es folgten mehrere sportliche Disziplinen wie Tauziehen und Handkarrenrennen.

Als Preise winkten Ehrenurkunden, Kartenspiele, Anstecker und Jahreskarten für das Waldschwimmbad.

Nach Mitteilung des Stadtjugendpflegers fügte sich der THW-Ferienstpabeitrag günstig in den Rahmen der diesjährigen Ferienspiele ein. H. H.

Traditionelle Dreitageubung

Der THW-OV Bad Homburg veranstaltete vor kurzem seine traditionelle Dreitageubung auf dem Gelände einer ehemaligen Munitionsfabrik in der Nähe von Kassel. Schwerpunkte waren ubungsteile des Bergungsdienstes unter schwierigen Gelandeverhaltnissen. An mehreren

ubungsstationen wurde die Bergung und die Rettung von Verletzten theoretisch und praktisch erläutert und geübt. Vor allem wurde die Bergung aus Höhen und der Durchbruch von Betondecken trainiert. THW-Zugführer Wolfgang Reuber war mit den Leistungen der Helfer und mit dem Ablauf vollständig zufrieden. Der aktive Ortsverband hat 74 Helferinnen und Helfer in einem Bergungszug, einem Verpflegungstrupp, einer HVB-Zentrale und einem Fernmeldetrupp.

Nicht Rivalität, sondern Kameradschaft

Zehn Tage war der Luftkurort Witzenhausen-Dohrenbach im Werra-Meiner-Kreis Aufenthaltsort für 150 Jugendfeuerwehrleute des Kreisfeuerwehrverbandes Herzogtum Lauenburg (Schleswig-Holstein). In 20 Zelten, die neben dem „Haus des Gastes“ zu einer Zeltstadt aufgebaut wurden, verbrachten sie, begleitet von Betreuern ihrer Ortswehren unter der Leitung von Kreisfeuerwehrjugendwart und Brandmeister Uve Dreessen, ihre Zeit in Hessen.

Schon während der langen Vorbereitungszeit kamen sich die Vertreter der beteiligten Organisationen kameradschaftlich näher. Der Ortsvorsteher von Dohrenbach, Helmut Stöneberg, der gleichzeitig Wehrführer ist, und THW-OB Winter trafen sich wegen der umfangreichen Vorbereitungen in dieser Zeit oft in der Unterkunft des THW-OV Neu-Eichenberg.

Die Teilnehmer wurden während der gesamten Zeit vom Verpflegungstrupp des THW versorgt. Für diesen war es eine einmalige Übung der Versorgung einer größeren Anzahl Helfer über einen längeren Zeitraum. In der Abschlubesprechung wurde die Leistung dieses Trupps dann auch besonders hervorgehoben und gelobt.

Höhepunkt waren die Pokalwettkampfe auf dem Sportplatz in Dohrenbach, an denen elf Mannschaften des Kreises Herzogtum Lauenburg, vier Jugendmannschaften aus dem Werra-Meiner-Kreis und die Jugendgruppe des THW-OV Neu-Eichenberg teilnahmen. Die THW-Jugendgruppe belegte nach Fußballspielen und zwei feuerwehrtechnischen Übungen einen schönen neunten Platz.

Beim Abschiedsabend, an dem auch Kurgäste und Mitglieder des Verkehrsvereins teilnahmen, herrschte eine gute Stimmung. Drei Pokale, gestiftet von La-

gerleiter Uve Dreessen, Wehrführer Helmut Stöneberg und Ortsbeauftragten Winter, wurden an die Sieger vergeben. Die beiden hessischen Organisatoren, Helmut Stöneberg und Adolf Winter, bekamen zur Erinnerung eine Wandplakette mit Widmung. Fazit: eine gelungene Jugendveranstaltung, die bewiesen hat, daß es zwischen den Hilfsorganisationen nicht Zank und Streit, sondern ein gutes Miteinander gibt. M. W.

Mensch und Hund – ein Rettungsteam

Anläßlich eines Landesgruppen-Jugendwettkampfes des Deutschen Schäferhundevereins (SV) bei der Ortsgruppe Pfungstadt des SV wurde 60 Jugendli-

chen zwischen zehn und 18 Jahren die Rettungshunde-Staffel Rhein-Main vorgeführt. Da Verein und THW-Ortsverband seit Jahren zusammenwirken, war es auch diesmal selbstverständlich, daß man gerade bei der Vorführung der Rettungshunde zusammenarbeitete.

Während die Teilnehmer einen Film-Diavortrag über die Ausbildung von Schäferhunden und den Einsatz in Erdbebengebieten Italiens und Algeriens hörten, bauten Helfer des THW-OV Pfungstadt einige Hindernisstrecken zur Demonstration der Leistungsfähigkeit der Hunde auf.

In der anschließenden Vorführung wurde gezeigt, wie Mensch und Tier als eingespieltes Team arbeiten, wenn es darum geht, über Leitern zu steigen, auf Trüm-

merkegeln sich fortzubewegen, Höhenunterschiede zu überwinden und verschüttete Personen zu suchen.

Mit großer Spannung verfolgten die Zuschauer die Suche nach zwei „Verschütteten“, die auf dem Unterkunftsgebäude in einem vier Meter tiefen Brunnen und einem abgedeckten Lichtschacht versteckt waren. Das Auffinden dauerte nicht sehr lange, da es sich um ein einsatzerfahrenes Team der Rettungshunde-Staffel Rhein-Main handelte. Pfungstädter THW-Helfer zeigten danach die Bergung der „verletzten“ Personen.

Die Zuschauer und Teilnehmer der Demonstrationsübung konnten einen kleinen Einblick in die Arbeit der Rettungshunde-Staffeln nehmen und miterleben, wie Mensch und Tier in Katastrophengebieten als „Rettungsteam“ arbeiten.

Rheinland-Pfalz



Bergen aus Frei- und Überlandleitungen

Allen Gefahren vorzubeugen ist nicht nur ein Anliegen des THW, sondern auch der Energieversorgungsunternehmen; so z. B. der Pfalzwerke AG Ludwigshafen, dem größten überregionalen Energieversorgungsunternehmen im pfälzischen und saarländischen Raum.

Im Rahmen gegenseitiger Unterstützung in Ausbildung und Praxis waren die Pfalzwerke AG, Betriebsstelle Homburg/Saar, daran interessiert, eine Möglichkeit kennenzulernen, einen Verunglückten schnell und mit möglichst einfachen Mitteln von einem Freileitungsmast (Holz- oder Gittermast) abzulassen.

Zunächst wurde die Arbeitsweise sowie die technische Ausstattung der Fahrzeuge bei den Pfalzwerken mit dem zuständigen Sicherheitsingenieur, Dipl.-Ing. Gerhard Huf, sowie dem Leiter der Bezirksinspektion West, Ing. Lotschütz, in einem Informationsgespräch erörtert.

Es zeigte sich, daß die Monteure in der Regel in Teams von zwei, maximal drei Mann arbeiten. Oftmals kann die Arbeitsstelle (Überland-Leitungen) mit dem Kraftfahrzeug nicht direkt angefahren werden, das Fahrzeug steht bis zu 900 Meter entfernt.

Damit stand fest, daß sich Rettungsmaßnahmen auf die sichere Beherrschung von Stichen und Bunden, primär des Brustbundes, beschränken müssen. Man kam überein, mit den Monteuren von zwei Bezirksstellen einen Versuch zu starten: Während der Wintermonate wurden 23 Monteure auf freiwilliger Ba-

sis einmal wöchentlich nach Dienstschluß in Aufbau, Behandlung und Verwendung von Binde- und Halteleinen unterrichtet.

Schon nach wenigen Wochen konnten die „Trockenübungen“ in der Unterkunft des THW-OV Pirmasens abgeschlossen werden. Die praktische Ausbildung wurde auf eine bessere Jahreszeit – das Frühjahr – verlegt. In der Zwischenzeit hatten die Pfalzwerke auf ihrem Betriebsgelände am Stadtrand von Pirmasens zu Schulungszwecken je einen Holz- und Gittermast errichtet.

Schwierigkeiten traten nur am Holzmast auf, mußte der „Retter“ doch darauf achten, daß ihm die Steigeisen des „Verletzten“ nicht im Wege waren. Auch das Anlegen des Brustbundes fiel einige Meter über der Erde nicht mehr so leicht. Vor dem Ablassen über die Rolle müssen dem „Verletzten“ die Steigeisen abgelegt werden. Dies setzt jedoch voraus, daß er über die Halteleine zuvor von einem anderen Kollegen gesichert wird. Besteht das Team jedoch nur aus zwei Personen, dürfen die Steigeisen des „Verletzten“ erst dann abgenommen werden, wenn die Leine am Fuß des Mastes gesichert ist. Das hat zwangsläufig ein Absteigen und nochmaliges Hochsteigen des „Retters“ zur Folge.

Bei der zukünftigen innerbetrieblichen Belehrung über Unfallverhütung und Rettungsmaßnahmen werden Mastwurf, Ankerstich, Brustbund usw. im praktischen Teil eine gewichtige Rolle spielen.

Die Ausbildung weiterer Monteure aus anderen Bezirksstellen ist bereits vereinbart. W. L.

Nachrufe

Der THW-OV Trier trauert um seinen langjährigen Kameraden und Ortsbeauftragten

Dipl.-Ing. Mathias Friedrich Haubrich

Er hat bis 1967 in aufopferungsvoller Weise die Belange des THW als ehrenamtlicher Ortsbeauftragter vertreten.

Die THW-Kameraden des Ortsverbandes werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsbeauftragter Franz Gleixner
Geschäftsführer Franz Fass
Für die Helfer Norbert Nickel

Durch einen tragischen Verkehrsunfall ist der langjährige Ortsbeauftragte des THW-OV Bitburg

Hans Breitbach

für immer von uns gegangen.

Der Verstorbene hat in der Zeit von 1959 bis 1979 den Ortsverband Bitburg mit großem persönlichem Einsatz und unermüdlicher Schaffenskraft zum Wohle der Allgemeinheit geleitet.

Für seine großen Verdienste um das Technische Hilfswerk wurde ihm das THW-Ehrenzeichen in Gold verliehen. Durch sein aufgeschlossenes Wesen und seine stete Hilfsbereitschaft hat er sich auch über den Bereich des Ortsverbandes Bitburg hinaus viele Freunde und hohes Ansehen erworben.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsbeauftragter Ernst
Zugführer Goebels

Brückenschlag über die Prims

Anläßlich einer Ganztagsübung, an der zeitweise auch THW-Landesbeauftragter Faß, THW-Geschäftsführer Werth sowie der Bürgermeister von Wallerfangen, Hettinger, teilnahmen, baute der Bergungszug des THW-OV Dillingen unter der Leitung von Zugführer Zech über die Prims nahe der Einmündung in die Saar bei Dillingen eine auf Schwelljochen gelagerte 30 Meter lange und vier Meter breite Brücke, die eine Belastbarkeit von drei Tonnen hatte und im Notfall zum leichten Fahrzeugverkehr und als Fußgängerbrücke genutzt werden kann. Erschwert wurden die Arbeiten durch starken Regen.



Keine leichte Aufgabe, eine 30 m lange Brücke über die Prims zu bauen.

Landesbeauftragter Faß lobte nach Abschluß der Übung den Ausbildungsstand und die gezeigte Leistung des Bergungszuges. G. F.

„Spiel ohne Grenzen“

Auf Einladung des Jugendrotkreuzes (JRK) der Stadt Püttlingen trafen sich 37 Jugendgruppen des DRK-Stadtverbandes Saarbrücken, des THW-OV Völklingen und der Jugendfeuerwehr der Stadt Püttlingen zu einer großen Freizeitveranstaltung. Mittelpunkt war das Lager des JRK, für das vom THW die technische Ausstattung – Wasserversorgung und Waschanlage – eingerichtet worden war.

In drei Altersstufen (6 bis 10, 11 bis 14 und 15 bis 18 Jahre) gingen die Gruppen auf einen Parcours, der insgesamt 37 Stationen umfaßte und als eine „große Acht“ angelegt war. Die Aufgaben an den einzelnen Stationen waren ein bunter Wechsel zwischen sportlichen Aufgaben, spielerischen Einlagen, Geschicklichkeitsübungen, kraftfordernden Einsätzen und Wissensprüfungen. Selbstverständlich mußten auch grundlegende Fertigkeiten in Erster Hilfe nachgewiesen werden. So konnten die unterschiedlichen Begabungen der jun-

gen Helfer voll zur Entfaltung gebracht werden.

Der Jugendgruppe des THW-OV Völklingen unter der Leitung ihres Jugendgruppenleiters Hartmut Barth war es gelungen, in der Altersstufe III den 3. Platz zu erringen. Sie konnte dafür neben einer Urkunde einen sehr schönen Pokal des DRK in Empfang nehmen. N. S.

Hilfe für Hauptschulfest

Die Geschicke des THW-OV Freisen sind seit seiner Gründung im Jahre 1965 eng mit der Hauptschule Freisen verbunden: Seine erste Notunterkunft fand der Ortsverband in den Kellerräumen der damaligen Volksschule. Beim Neubau des Hauptschulgebäudes wurden im Untergeschoß eigene Räume für das THW mit eingeplant. Da aber auch diese Unterkunft den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt, weicht der Ortsverband für bestimmte Ausbildungsvorhaben in den Werkraum der Hauptschule aus.

Es war deshalb Ehrensache für die THW-Helfer, die Hauptschule Freisen bei ihrem ersten Schulfest anläßlich ihres zehnjährigen Bestehens tatkräftig zu unterstützen. Für die zum Fest geplanten Theater- und Tanzdarbietungen stand der Schule zwar ein großer Mehrzweckraum zur Verfügung, es fehlte aber eine Bühne und vor allem eine Vorrichtung, die Bühne mit einem Vorhang gegen das Publikum abzuschließen. Hier zeigten die THW-Helfer, wie geschickt sie mit einem Rohrgerüst umgehen können. Während der Darbietungen wurde außerdem die Bühne mit Halogenstrahlern des Ortsverbandes ausgeleuchtet.

Als die Theatervorführungen zu Ende waren, bauten THW-Helfer sofort die Rohrkonstruktion ab, da der Raum für die weiteren Veranstaltungen zur Verfügung stehen mußte.

Von all diesen Arbeiten im Hintergrund merkten die Besucher des Festes natürlich nichts. Deshalb war mit der Schulleitung vereinbart worden, daß das THW sich auch dem Publikum direkt mit einem Einsatz der Sauerstofflanze vorstellen sollte. Bei herrlichem Sommerwetter fand die erste Vorführung am frühen Nachmittag so großes Interesse, daß die Sauerstofflanze einige Stunden später noch einmal eingesetzt wurde. Während dieses zweiten Einsatzes begann es plötzlich zu regnen, und schon kam ein Hilferuf von der Schulleitung: „Wir brau-

chen ein Dach über dem Schwenkbratenstand!“

Auch hier zeigten die THW-Helfer wieder, wie gut sie mit dem Rohrgerüst für alle Fälle gerüstet sind, in kurzer Zeit stand ein an drei Seiten offenes Zeit auf dem Schulhof. A. H.

THW-OV St. Ingbert in neuer Unterkunft

Nach rund dreijähriger Bauzeit wurde in einer Feierstunde die neue Unterkunft des THW-OV St. Ingbert eingeweiht und ihrer Bestimmung übergeben.

Zu Beginn der Veranstaltung, die in der ebenfalls neuerbauten Kfz-Halle stattfand, begrüßte Ortsbeauftragter Wunn Landrat Schwarz, Oberbürgermeister Dr. Hellenthal, die Mitglieder des Rates der Stadt St. Ingbert, THW-Landesbeauftragten Günter Faß und Hauptsachgebietsleiter Ballnuns vom THW-Landesverband Saarland sowie Vertreter der Stadt, der Feuerwehr und anderer Katastrophenschutz-Organisationen. Sein besonderer Gruß galt den Helfern und Junghelfern des Ortsverbandes, den Gründungsmitgliedern sowie dem ehemaligen THW-Landesbeauftragten Reimann. Landesbeauftragter Faß hob anschließend die Notwendigkeit der Neubaumaßnahme hervor und bedankte sich bei der Bundesregierung und beim Bundesamt für Zivilschutz, bei Oberbürgermeister Dr. Hellenthal und bei den Helfern des THW-OV St. Ingbert für die tatkräftige Unterstützung bei Verwirklichung des Bauvorhabens.

Ortsbeauftragter Wunn ging in seinen Ausführungen auf die 23jährige Geschichte des THW-OV St. Ingbert – den ältesten Ortsverband im Saarland – ein und bedankte sich besonders herzlich bei seinen Helfern für die Treue zum THW.

Oberbürgermeister Dr. Hellenthal gratulierte im Namen des Rates der Stadt zur Übernahme der neuen Unterkunft und übergab Wunn ein Erinnerungsgeschenk der Stadt.

Anschließend gab Landrat Schwarz seiner Freude Ausdruck, daß mit der Übernahme der Unterkunft nun ein langjähriges Provisorium zu Ende geht. Nun seien alle Voraussetzungen für die Erhöhung der Einsatzbereitschaft dieses aktiven Ortsverbandes geschaffen.

Mit einem gemeinsamen Rundgang durch die neugeschaffenen Anlagen und Besichtigung der Einrichtungen endete der offizielle Teil der Veranstaltung. G. F.

Funkverkehr für Deutsche Meisterschaften der Gespannfahrer übernommen

Vom 6. bis 9. August 1981 fanden in Meißenheim bei Lahr die Deutschen Meisterschaften der Gespannfahrer (Vierspanner) statt.

Der THW-OV Lahr übernahm den Funkverkehr auf der über 28 Kilometer langen Strecke.

Die Strecke war in fünf verschiedene Phasen unterteilt. Je nach vorgeschriebener Gangart der Pferde und den zu überwindenden Hindernissen waren die einzelnen Phasen in genau vorgeschriebenen Zeitabständen zu durchfahren.

Die fünf Streckenabschnitte führten zum Teil durch unwegsames Gelände in den Rheinauen und Wäldern um Meißenheim. Zwischen den einzelnen Streckenphasen lagen ca. 100 Meter Beruhigungsstrecke für die Pferde.

Somit waren acht Doppelposten mit je einem THW-Funker und einem Zeitnehmer des Veranstalters an den verstreuten Start- und Zielpunkten zu besetzen. Die Funkzentrale mit zwei THW-Funkern wurde am THW-VW-Kombi eingerichtet. Zur Überwachung der zahlreichen Ladegeräte und zur Versorgung der einzelnen Funkstellen mit frischen Akkus waren zwei weitere THW-Helfer eingesetzt, die vom Veranstalter mit geländegängigen Fahrzeugen ausgestattet wurden.

Trotz der langen Strecken waren die Start- und Zielpunkte der einzelnen Phasen in einem Umkreis von ca. zwei Kilometer von der Zentrale angeordnet. Es konnte also im Zwei-Meter-Band mit FuG 10 gefunkt werden.

Zweifacher Sternverkehr war notwendig, um die Start- und Einlaufmeldungen der insgesamt 60 Gespanne überschneidungsfrei absetzen zu können.

Hinzu kamen laufend Meldungen und Anfragen des Veranstalters organisatorischer Art. Die Funkverbindung war jederzeit während der ca. elfstündigen Veranstaltung intakt, wodurch größtmögliche Sicherheit und ein reibungsloser Ablauf der Gelände- und Streckenfahrt gewährleistet war.

Es waren zwölf FuG 10 im Einsatz mit einem Vielfachen an Akkus und weiteren sieben FuG 10 als Ersatz. Mit drei FuG 8 b-Geräten wurde im Vier-Meter-Band Verbindung mit Einheiten anderer Fachdienste gehalten.

Die große Massierung von Funkgeräten war möglich durch die freundliche Un-



In einem VW-Kombi war die mit zwei THW-Funkern besetzte Funkzentrale eingerichtet.

terstützung der THW-Nachbarortsverbände Biberach, Achern und Offenburg, dem Staatlichen Vermessungsamt Offenburg sowie einer namhaften Herstellerfirma. R. M.

53 Meter hohen Fabrikschlot gesprengt

Vor kurzem hatten die Helfer des THW-OV Rastatt und die Regieeinheit des Landratsamtes Rastatt die seltene Gelegenheit, eine Katastrophenschutzübung mit echtem Hintergrund zu planen und durchzuführen. Im Mittelpunkt stand die Sprengung eines alten Fabrikschornsteins in Gaggenau/Murgtal. Vorbereitet und durchgeführt wurde diese Sprengung vom THW-OV Rastatt, verantwortlich zeichnete dessen Ortsbeauftragter und zugleich Sprengberechtigter Norbert Hettstedt.

Die Sprengung war aus zwei Gründen nicht sehr einfach: Es handelte sich um einen doppelwandigen Schornstein von 53 Metern Höhe. Der Schornstein, der am Fuß einen Umfang von 9,16 Metern hatte, war zum einen aus Formziegelmauerwerk erstellt, welches später eine Stahlarmierung erhalten hatte und mit einem Stahlbetonmantel verstärkt worden war, außerdem befand sich die Sprengstelle nur 45 Meter von der Ortsdurchfahrt und ebenfalls nur 45 Meter von der ersten Häuserreihe entfernt.

Dies führte dazu, daß für Vorbereitung und Durchführung der Sprengung große und umfangreiche Vorarbeiten und Berechnungen nötig waren, damit eine günstige Fallrichtung für den Schornstein erreicht werden konnte. Doch auch die nahe Bebauung und der starke Verkehrsfluß sowohl auf der Ortsstraße als auch auf der nahen Bundesstraße machten umfangreiche Sicherungsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung notwendig.

Die Information und Aufklärung der Bürger, die in direkter Nähe zum Schorn-

stein wohnten, übernahmen die Helfer der Katastrophenschutzeinheit des Landkreises (Regieeinheit). Den Anwohnern wurde ein Merkblatt ausgehändigt, das sie über alles Wichtige informierte und für dessen Erhalt sie quittieren mußten.

Ein weiteres Problem war die Sicherung des Fahrzeugverkehrs. Nach eingehenden Vorgesprächen und Besichtigungen an Ort und Stelle wurde mit der Polizei genau festgelegt, welche Punkte und Zufahrtswege des Geländes abzusperren waren. Die Absperrung selbst wurde an den Schwerpunkten von Polizeibeamten und im übrigen Bereich von den Helfern der Regieeinheit vorgenommen.

Rund 130 Helfer waren aufgeboden, um einen reibungslosen Ablauf dieser ungewöhnlichen Sprengung zu gewährleisten.

Morgens gegen 8 Uhr bereiteten Sprengmeister Norbert Hettstedt und seine Mitarbeiter die je 44 Ladungen für den Innen- und Außenmantel vor. Die Ladungen im Innern wurden über Sprengschnur durch U-Moment-Zünder gezündet, die Ladungen außen über U-Milli-Sekunden-Zünder.

Die gewünschte Fallrichtung wurde durch Fallschlitze, deren hintere Begrenzung die Kippachse bildete, erreicht. Genaues Arbeiten war erforderlich, damit der Koloß auch wirklich auf dem schmalen Geländestreifen zwischen den Häusern niedergehen konnte.

Nun, man hatte Glück! Mit nur kurzen Verzögerungen konnte gezündet werden. Die Fallrichtung stimmte, obwohl der Schornstein auch noch kurz vor dem Aufprall im oberen Bereich abknickte. Jetzt kann der Abbruch der Fabrik weitergeführt werden, danach soll auf dem Gelände eine Mehrzweckhalle für die Bürger gebaut werden. Zufrieden waren auch die Verantwortlichen und Beteiligten des THW und der Regieeinheit, daß dieser „Fall“ so planmäßig und ohne Schäden über die Bühne ging. Für viele Helfer war es ja der erste „echte“ Einsatz gewesen. F. K.

THW-OV Schramberg im Unwetter-Einsatz

Am Mittwoch, dem 3. Juni 1981, ging über dem Kreis Rottweil ein schweres Gewitter nieder. Eine kritische Situation entstand dabei in der Talstadt von Schramberg. Vor Tagen hatte eine Bau- firma begonnen, eine Stützmauer zum

Bachbett der Schiltach zu erneuern. Hierzu wurde ein Damm gezogen. Dieser wurde von den Wassermassen weggespült. Das Wasser spülte die Baugrube aus, so daß ein fünf Meter von der Mauer entferntes Haus unmittelbar gefährdet war.



Mit 250 Sandsäcken verhinderten die THW-Helfer das weitere Aushöhlen der Baugrube.

Der THW-OV Schramberg wurde gerufen, um eine weitere Aushöhlung der Baugrube mit Hilfe von Sandsäcken zu verhindern. Zwischenzeitlich wurde die Evakuierung des Hauses erwogen. Nach dem Einbau von 250 Sandsäcken konnte jedoch darauf verzichtet werden. Nach etwa fünfständigem Einsatz von 27 Helfern und vier Fahrzeugen war um 3 Uhr früh die Gefahr gebannt. F. M.

Blockhaus 500 Meter versetzt

Als Übungsobjekt für die diesjährige Zweitageübung des THW-OV Ellwangen stand der Transport einer soliden Waldhütte auf dem Programm. Das erst zehn Jahre alte Blockhaus hat beträchtliche Ausmaße: zehn Meter lang, mit Dachtraufe sieben Meter breit und 5,50 Meter Firsthöhe. Als Gewicht ergab die Berechnung acht Tonnen. Das Haus sollte komplett mit Dach und Innenausbau 500 Meter weiter zu einem neuen Standort transportiert werden.

Das war eine willkommene Aufgabe für den THW-Bergungszug, bei der die meist jungen Helfer zeigen konnten, was sie gelernt hatten. Das Problem wurde nur mit den im Bergungszug vorhandenen Geräten angegangen. Gebraucht wurde noch ein Tieflader, den eine Baufirma zur Verfügung stellte.

Der Arbeitsplan sah folgendermaßen aus:

Freitagabend: Aufbau des Zeltlagers beim Übungsobjekt, Aussteifen der Hütte, Anheben der Hütte mit Zahnstangenwinden, Drehen der Hütte auf dem Betonsockel, da nur von schräg herangefahren werden konnte.

Samstag: Verladen auf den Tieflader durch Anheben mit zwei Mastkränen, Transport mit dem Tieflader zum neuen Standort, Absetzen der Hütte auf dem neuen Betonsockel durch Ziehen über eine schiefe Ebene aus Steidleträgern.

Jede der vier Gruppen des Bergungszuges bekam bestimmte Aufgaben: Die vierte Gruppe, die Ausbildungsgruppe, übernahm gemeinsam mit dem Verpflegungstrupp den Aufbau des Zeltlagers und die Verköstigung der insgesamt 60 eingesetzten Helfer. Die erste Bergungsgruppe brachte Aussteifungen an der Blockhütte an, um das Verwinden und Verziehen der Wände zu verhindern. Außerdem bereitete sie einen Mastkran vor und wirkte beim Drehen der Hütte mit. Die zweite Gruppe baute aus Rund- und Kanthölzern einen stabilen Unterbau, auf dem die Hütte gedreht, angehoben und gezogen werden konnte, ohne daß die schwachen Wände durch auftretende Seilkräfte verschoben oder eingedrückt werden konnten, wirkte beim Drehen mit und bereitete einen weiteren Mastkran vor. Die Gerätegruppe legte eine Woche vor der Übung die einbetonierten Gewindestangen frei, an denen die Hütte befestigt war. Mit dem Schneidbrenner trennten die Helfer die Halterungen durch. Bei der Übung hoben sie die Hütte mit Zahnstangenwinden an und setzten sie auf dem Unterbau ab.

Jede Gruppe beleuchtete ihren Arbeitsbereich mit Halogenscheinwerfern. Gegen 19.30 Uhr am Freitagabend begannen die Arbeiten am Einsatzort. Nach drei Stunden stand die Hütte auf dem Unterbau. Anschließend wurde sie auf der alten Betonplatte gedreht. An zwei diagonal gegenüberliegenden Ecken befestigte man Drahtseile, die um die nächste Ecke gelegt wurden, so daß sich das Blockhaus durch die Zugkraft der beiden Greifzüge auf der Stelle drehte. Gegen ein Uhr waren die Arbeiten abgeschlossen; die Helfer legten sich in den Zelten zur Nachtruhe.

Am nächsten Morgen stellten die drei Bergungsgruppen gemeinsam die beiden Mastkräne auf und verankerten sie. Hierbei mußten die Gruppen eng zusammenarbeiten. Dies stellte das Hauptziel und den Höhepunkt der Ausbildungsübung dar: Das Zusammenwirken der Gruppen innerhalb des Bergungszuges wurde gelernt. Jeder Helfer bekam seine spezielle Aufgabe. Wegen der großen Last wurde der einzelne Mastkran mit drei Greifzügen abgespannt, ein vierter wurde zum Anheben der Last als vierfacher Flaschenzug eingeschnürt. Ein Mastkran hob bei diesem Aufbau sechs Tonnen, beide zusammen also zwölf Tonnen. Von den zwei an den Mastkränen eingeteilten Gruppen mußten acht Greifzüge bedient werden. Als Voranker verbanden die Helfer die beiden Mastkräne so mit einem Drahtseil, daß sie bei einem Anstellwinkel von 77 Grad den richtigen Abstand hatten. Mit dieser Anordnung konnte die Last begrenzt in alle Richtungen geschwenkt werden.

Nach eineinhalb Stunden standen die Mastkräne, die Last wurde angehängt und hochgehoben. Der Tieflader mußte mit der Seilwinde unter die schwebende Hütte gezogen werden, da die wenigen Meter vom Fahrweg bis zur Betonplatte bei anhaltender Nässe keinen festen Grund boten.

Durch Manövrieren mit den verschiedenen Ankerseilen konnte die Hütte präzise auf den Tieflader abgesetzt werden. Insbesondere bei dieser Tätigkeit arbeiteten die Helfer im Zugrahmen eng zusammen.

Ein Verrutschen des Blockhauses während der Fahrt verhinderten querspannte Zahnstangenwinden. Bis jetzt lief die Übung nach Plan, ohne nennenswerte Störungen. Für die Fahrt zum neuen Standort war eine Stunde eingeplant. In der Praxis benötigte man wegen des feuchten Untergrundes die dreifache Zeit. Zudem machte es die Überbreite des Lastzugs von sieben Metern erforderlich, Holzstöße, kleine Bäume und einen Hochsitz zu entfernen.



Ein Mastkran steht, der zweite wird aufgestellt.



500 Meter wurde das Blockhaus zum neuen Standort gefahren.

Nach dem Mittagessen baute die Ausbildungsgruppe das Zeltlager ab. Die zweite Bergungsgruppe verlastete das nicht mehr gebrauchte Material und brachte es zur Unterkunft zurück. Die übrigen Gruppen setzten die Hütte am neuen Standort ab. Hierfür mußte der Tieflader an den etwa 80 cm über dem Waldboden liegenden Betonsockel herangeschoben werden. Dabei war eine beträchtliche Steigung auf einem verschlammten Waldweg zu überwinden. Der Lkw schob an der Deichsel, der GKW zog mit der Seilwinde hinten am Tieflader. Das Blockhaus wurde dann

angehoben, auf Holzträgern abgesetzt und auf diesen auf den neuen Betonsockel gezogen. Die Verankerung der Greifzüge war hier schwierig, da die neue Umgebung der Hütte aus Niederwald besteht. Stabile Erdanker waren erforderlich.

Viel Zeit nahm das Ausrichten der Hütte auf dem Betonsockel und das Entfernen der Aussteifungen in Anspruch. Erst in den Abendstunden konnte der Schlüssel zum Blockhaus dem Förster übergeben werden. Die schonende Art des Transports ließ sogar die Fensterscheiben der Hütte ohne Sprung überstehen.

Bei dieser interessanten Ausbildungsübung fanden alle Arbeitsgebiete des Bergungsdienstes, von Holzbearbeitung über Steinbearbeitung, Metallbearbeitung bis hin zum Bewegen von Lasten Anwendung. Es war ein Erfolgserlebnis für die THW-Helfer, mit den einfachen Mitteln des Bergungszuges diese schwierige Aufgabe gemeistert zu haben.

K. E.

Zweiter THW-Leistungswettbewerb in Südbaden

Der THW-OV Wehr schrieb zum zweiten Male einen Leistungswettbewerb für die Ortsverbände Freiburg, Neustadt, Mühlheim, Lörrach, Schopfheim, Rheinfeld, Bad Säckingen, Laufenburg, Waldshut und Wehr aus.

Sieben Stationen hatten die 19 Mannschaften aus neun Ortsverbänden zu durchlaufen:

1. Station: Umfahren einer Insel auf dem Bergsee von Bad Säckingen.
 2. Station: Ausleuchten einer Einsatzstelle mit zwei Scheinwerfern 1000 Watt.
 3. Station: Füllen eines 200-Liter-Fasses mit der Pumpe TS 2/5.
 4. Station: Anheben einer Betonplatte, ca. 2,5 Tonnen schwer, mit Hilfe der Hydropresse.
 5. Station: Herstellen einer Verblattung, Anspitzen eines Holzpfahles und Zusammenbau der Motorsäge mit anschließendem Fällen eines Baumstammes.
 6. Station: Erste Hilfe, Bergung eines „Verletzten“ durch eine Betonröhre.
 7. Station: Anfahren eines Hindernisses, vorwärts und rückwärts, Montage von Schneeketten an einem bereitgestellten Fahrzeug.
- Regierungsrat Rebholz und Ortsbeauftragter Multner nahmen die Siegerehrung vor. Sieger mit 2882 Punkten wurde zum zweiten Male die 1. Mannschaft des THW-OV Wehr, Zweiter mit 3263 Punkten die 2. Mannschaft des THW-OV Laufenburg, Dritter mit 3530 Punkten die 1. Mannschaft des THW-OV Schopfheim.

T. M.

Alarmübung stellte Einsatzbereitschaft unter Beweis

Zur Überprüfung der Erreichbarkeit der Helfer und ihrer Anmarschzeiten zur THW-Unterkunft sowie der Fahrzeuge und des Gerätes auf Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit führte THW-Zugführer Singler, THW-OV Lahr, eine Alarmübung in Sulz durch.



Mit der Rettungsschere trennten die THW-Helfer den Boden des umgestürzten Pkw auf.

Um 19 Uhr wurde durch die Feuerwehrezentrale Funkalarm gegeben. Um 19.20 Uhr war bereits der Gerätekraftwagen mit acht Helfern und der VW-Kombi mit drei Helfern einsatzbereit. Mit dieser Mannschafts- und Fahrzeugkombination läßt sich ein Großteil eventuell anfallender Aufgaben technischer Hilfe bewältigen.

Die Übung sah die Bergung „Verletzter“ aus einem total zertrümmerten Pkw vor, schwere Lasten mußten mit der 20-Tonnen-Hydropresse angehoben werden und an einem Betonklotz zeigten die Helfer mit dem Bohrhämmer ihr Können.

R. M.

Hohe Auszeichnung für THW-Landesbeauftragten Schneider

Anlässlich der Sitzung des Bundesausschusses des THW am 1. Juli 1981 in Bonn-Bad Godesberg verlieh THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens dem langjährigen THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Rolf Schneider das THW-Ehrenzeichen in Silber. Mit dieser Ehrung wurde die 28jährige intensive und vielfältige Mitarbeit Schneiders, vor allem sein Engagement als Landesbeauftragter für Niedersachsen und zuletzt als Landesbeauftragter für Baden-Württemberg, gewürdigt.

Das THW wurde in den zurückliegenden Jahren während Schneiders Amtsfüh-

rung in Baden-Württemberg in den Katastrophenschutz der Kreise und Gemeinden eingebunden. Es wurde beträchtlich verstärkt, seine Ausstattung zügig verbessert. Das THW in Baden-Württemberg hat seine ausgezeichnete Einsatzbereitschaft bei der Abwehr von Katastrophen und Notfällen in der Vergangenheit mehrfach bewiesen. Auch bei vielen humanitären Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland wurden THW-Kräfte aus dem Südwesten eingesetzt – zuletzt im November/Dezember 1980 im süditalienischen Erdbebengebiet. Schneider konnte dabei seine Erfahrungen einbringen, die er bei der Leitung des Auslandseinsatzes des THW in Tunesien als Landesbeauftragter für Niedersachsen bereits gesammelt hatte.

Unter der Leitung Schneiders entwickelte sich das THW im Land Baden-Württemberg zu einer qualifizierten Katastrophenschutz-Organisation, die jederzeit zur Bekämpfung von Gefahren und Unglücksfällen zur Verfügung steht.

Störungsfreie Sprengung

Gemeinsam haben die THW-OV Tuttlingen und Trossingen in Spaichingen einen 35 Meter hohen Kamin einer Baustoffgroßhandlung gesprengt. Die Sprengung war besonders heikel, da der Kamin nur in einer kurz bemessenen und festgelegten Frist, bedingt durch den Zugverkehr auf der Bundesbahnstrecke, fallen durfte und die Fahrleitung der Bahnstrecke nicht unterbrochen werden konnte.

THW-Sprengmeister Josef Buschle und seine Helfer schafften jedoch diese Sprengung mit 0,5 kg Ammongelit 3 und neun 30 cm tiefen Sprenglöchern, ohne daß im Bereich des Bundesbahnhofes und des dichtbesiedelten Industriegebietes die geringste Störung eintrat.

Nach der Sprengung zerbrach der Kamin in drei Abschnitte, die in den Bereich der vorgesehenen Aufschlagstelle in kleinste Teile zerbarsten.

Sch.

Nachruf

Am 3. August 1981 verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser treuer Kamerad

Karl Heinz Wüst

im Alter von 51 Jahren.

Wüst gehörte dem THW seit der Gründungszeit an und übernahm im Laufe seiner Mitarbeit verschiedene Führungsaufgaben. Von 1976 bis 1979 führte er den Ortsverband Mannheim als Ortsbeauftragter.

Wir werden unseren guten Kameraden nicht vergessen.

Großübung im Steinbruch

Mit allen Einsatzfahrzeugen führen die Helfer des THW-OV Coburg am 27. Juni 1981 in einen Steinbruch in der Nähe von Ebermannstadt (Oberfranken) zu einer Großübung, die ganz im Zeichen der Ausbildung stand. An der Übung beteiligten sich auch einige Mitglieder des Deutschen Alpenvereins, Sektion Coburg.



Die THW-Helfer seilen sich an einer Steilwand ab.

Im Steinbruch übten die THW-Helfer zusammen mit den Mitgliedern des Alpenvereins das Abseilen an einer steilen Felswand.

Weiterhin bauten die Helfer einen etwa 20 Meter langen Trümmersteg über Geröllhalden und übten den Umgang mit dem Gesteinsbohrhammer. W. B.

THW-Übung anlässlich der Selbstschutzwoche

Anlässlich der Selbstschutzwoche in Erlangen nahm der THW-OV Erlangen an einer Katastrophenschutzübung teil. Dabei mußten „Verletzte“ aus zehn Metern Höhe über eine schiefe Ebene, gebildet aus Leitern, mit Hilfe des Schleiffkorbs geborgen werden. Die zahlreichen Zuschauer waren beeindruckt von den Leistungen der THW-Helfer.

Am Ende der Selbstschutzwoche zeigte der Ortsverband auf dem Rathausplatz noch Einsatzfahrzeuge, Rettungsgeräte und die Lichtgiraffe. K. D. Sch.

Coburger THW-Helfer gestalten Rosengartenfest mit

Zum fünften Male hatten das Garten- und Friedhofsamt zusammen mit dem Verkehrsverein das Rosengartenfest in Coburg organisiert. Der THW-OV Coburg wirkte an der Ausgestaltung dieses Festes mit. Der Reinerlös der Veranstaltung dient der Neuerrichtung eines Palmgartens im Rosengarten, einer bekannten Coburger Parkanlage.

Bereits einen Tag vor Beginn der Feierlichkeiten waren die THW-Helfer im Einsatz: Sie mußten den Küchenwagen mit Muskelkraft auf seinen Standplatz im Rosengarten schieben, da ein Einrangieren mit einem Lkw nicht möglich war.

Am Samstag und Sonntag bot die THW-Küche den zahlreichen Besuchern ein Mittagessen an.

Am Sonntagmorgen bauten THW-Helfer im Rosengarten zunächst drei Zelte auf, da Regen angesagt war. In jedem Zelt wurde ein Feldtelefon installiert.

Als das Wetter immer besser wurde, bauten die Helfer eine 40 Meter lange



Nicht nur den Kindern machte die Fahrt mit der Seilbahn Spaß.

Seilbahn auf. Nachdem die Helfer die Bahn selbst ausprobiert hatten, kamen die Kinder auf ihre Kosten: Sie konnten auf einem mit Stahlseilen gehaltenen alten Autoreifen durch die Luft „schweben“.

Mit dem Einsatz während des Rosengartenfestes blieb der THW-Ortsverband bei der Coburger Bevölkerung in guter Erinnerung. W. B.

Jonny Goebel erhielt Bundesverdienstkreuz



THW-Geschäftsführer Zitzelsberger, Regierungspräsident Schmid, THW-OB Goebel, Staatsminister Dick, Hauptsachgebietsleiter Schelzig und THW-Zugführer Weindler (von links).

In Anwesenheit von Regierungspräsident Dr. Gottfried Schmid und Vertretern des THW erhielt Jonny Goebel – seit 23 Jahren Mitglied des THW und seit 1969 Orts- und Kreisbeauftragter des THW-OV Passau – in Landshut durch den Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Alfred Dick, das Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgehändigt.

Staatsminister Dick ging ausführlich auf

die Verdienste Goebels ein. Er hob dessen umfangreiche Kenntnisse, insbesondere in der Ölschadensbekämpfung, im Bereich der Sprengarbeiten und im Sanitätsdienst hervor. Goebel habe sich als Jugendgruppenleiter, Einsatzleiter auf Kreisebene und als Mitglied des Stabes des Hauptverwaltungsbeamten für die Fachdienste „Bergung“ und „Instandsetzung“ außerordentlich bewährt.

Dick erwähnte auch die vielen Einsätze, an denen Goebel maßgeblich beteiligt

war und verwies vor allem auf die beiden Einsätze bei den Erdbebenkatastrophen in Jugoslawien in den Jahren 1963 und 1969. Der Staatsminister sah die Ehrung als Anerkennung für Goebels stets selbstlos und verantwortungsbewußt verrichteten Dienst im THW und seinen „beispielhaften Einsatz im Dienst des Nächsten“.

THW-Vorführungen im Warnamt IX

Der THW-OV Gunzenhausen gab den Helfern des Warnamtes IX in Ansbach einen Einblick in die Aufgaben und Ausstattung des THW. Geschäftsführer Werner Fickel erläuterte kurz die Gliederung der Organisation und die Ausrüstung der Instandsetzungs-Gruppen. Anschließend demonstrierten die THW-Helfer die Handhabung und Anwendungsmöglichkeit der Sauerstofflanze. Danach konnte die Ausstattung der verschiedenen Fachgruppen besichtigt werden. Bei dieser Gelegenheit wurden die Einsatzmöglichkeiten der Geräte gezeigt.

Ergänzt wurde das Programm durch eine Vorführung der THW-Bergungsgruppe „Aufbau und Anwendung eines Leiterhebels“.

Warnamtsleiter Robert Carré sowie seine Mitarbeiter waren beeindruckt von der Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten der THW-Instandsetzungs-Gruppen. G. K.

Landkreis Starnberg probte die Katastrophe

Eine Übung im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes im oberbayerischen Landkreis Starnberg fand Ende Juni 1981 reges Interesse. Angenommen wurde der Spannungsfall. Ausgehend von dieser Lage wurde die Katastrophen-Einsatzleitung im Landratsamt Starnberg einberufen.

Für den Bergungszug des THW-OV Starnberg stellte sich nach der Alarmierung die Aufgabe, zusammen mit der Feuerwehr „Verletzte“ aus einem durch eine Explosion vom Einsturz bedrohten Fabrikgebäude zu bergen und dem Bayerischen Roten Kreuz zur weiteren Versorgung zu übergeben.

Die Regie hatte das Übungsobjekt – eine aufgelassene Ziegelei – sorgfältig vorbereitet; 130 Verletzte mußten geborgen werden. Unvorbereitete „Sabotageakte“, durch Knallkörper und Rauch dargestellt, überraschten die Helfer.

Nach Beendigung der Übung fanden sich etwa 300 Teilnehmer in der Unterkunft des THW-OV Starnberg ein, wo Landrat Dr. Rudolf Widmann zu den Helfern sprach und Manöverkritik durch die Schiedsrichter geübt wurde. C. D. M.

Zweitägige Übung des THW-OV Gunzenhausen

Der THW-OV Gunzenhausen führte auch dieses Jahr wieder eine zweitägige Übung für alle Einheiten durch. Der Übungsbereich befand sich diesmal im südlichen Landkreis.

Die Helfer sammelten sich in der THW-Unterkunft. Nach der Begrüßung durch Ausbildungsleiter Fritz Rettlinger, der die Gesamtleitung der Übung innehatte, erhielten sie den Auftrag, ein Zeltlager am Nordhang des Gelben Berges zu errichten. Im Anschluß daran übten die Helfer praktisch, was sie am Vorabend theoretisch vermittelt bekommen hatten.

Unter Anleitung von Leo Völker und Günther Salzner bauten sie einen Tonnen- und einen Hängesteg an Land. Der Bergungszug, unter Leitung von Adolf Megerlein, übte auf der Altmühl bei Ehlheim das Fahren auf dem Wasser. Insbesondere wurde richtiges Paddeln und das Ansteuern eines Zieles auf dem Wasser geübt. Der Fernmeldezug war mit dem Zeltabbau beschäftigt. Außerdem sorgte er für eine ständige Verbindung zwischen den Einheiten.

Bei der Übung waren insgesamt 22 Fahrzeuge und 120 THW-Helfer im Einsatz.

G. K.



Nur durch Üben ist das richtige Paddeln zu erlernen.



Über den Dachaufbau des MKW mußten die THW-Helfer den „Verletzten“ transportieren.

Welf König

Warnamt VIII seit 20 Jahren einsatzbereit

Zwölf Jahre in Rottenburg –
Überblick über die generelle
Entwicklung des Warndienstes

(Fortsetzung aus Heft 6/81)

Waren bisher die Warnzentralen den Luftgaukommandos unmittelbar unterstellt, brachten die inzwischen gemachten Erfahrungen die Erkenntnis, daß der Warndienst seine eigene Organisation innerhalb der Luftgawe haben muß.

Mit Erlaß RdL und ObdL (Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe) vom 7. Januar 1942 erfolgte daher die Um- bzw. Neuorganisation des LS-Warndienstes in nachstehender Form und Unterstellung:

- Luftgaukommando (1 a op 3 [LS]), an der Spitze der Befehlshaber im Luftgau
- LS-Warnabteilung (mehrere im Luftgau), an der Spitze der Abteilungskommandeure
- LS-Warnkommando (3 bis 5 bildeten die LS-Warnabteilung); hierbei handelte es sich um die bisherigen LS-Warnzentralen, an der Spitze der Leiter als Chef.
- Warnwachen resp. Stadtflugwachen (6 bis 9).

Während die Angehörigen des LSWD bisher Zivilisten waren und in ziviler Kleidung ihren Dienst versahen, gehörten sie nach der Umorganisation zum Wehrmachtgefolge und waren uniformiert (Luftwaffenuniform mit einigen Besonderheiten).

Zur weiteren Sicherstellung der Einheitlichkeit in Organisation, Aufgabenerfüllung und warntaktischem Verhalten erließ der ObdL am 8. August 1942 die zusammenfassenden Bestimmungen „Arbeitsweise und Meldetechnik der LS-Warnzentralen“. Diese traten an die Stelle der nunmehr überholten LDv 401 (Luftwaffendienstvorschrift). Erhalten blieb die 1940 für Großwerke der Rüstungs- und Produktionsindustrie geschaffene Sonderregelung, nach der für diese Betriebe die Anordnungen der allgemeinen Alarmierung nicht galten. Die Verantwortung für die Alarmierung hier war dem zuständigen Werkschutz resp. Werkluftschutzleiter übertragen.

1943 wurde zusätzlich ein besonderes Alarmsystem für Talsperren angeordnet.

Es zeigte sich, daß der seit August 1940 eröffnete und bisher auf militärische und industrielle Ziele beschränkte gegnerische Bombeneinsatz mehr und mehr größeres Ausmaß annahm und sich auch gegen die zivile Bevölkerung und Versorgungseinrichtungen richtete. Es war dies die Auswirkung des britischen Kabinettsbeschlusses in der Nacht vom 11. auf den 12. Mai 1940, in dem unter Churchill der unterschiedslose Luftkrieg beschlossen wurde.

Am 9. Oktober 1943 durchflogen erstmals englische und amerikanische Bombenverbände das Reichsgebiet bis an die Ostgrenze, so daß beinahe das gesamte Gebiet unter Fliegeralarm stand. Auch weitete sich die Dauer der Angriffe und damit der Alarme sowohl zeitlich als auch nach Zahl aus, so daß in manchen Gebieten ausgedehnte oder häufige Alarme bestanden.

Wie zuvor erwähnt, wurden 1937 die bislang miteinander verbunden gewesenen LSWD und Flugmeldedienste getrennt. Der zur Luftwaffe übernommene und den Luftgaukommandos unterstellte Auge-Ohr-Flugmeldedienst wurde seit Sommer 1941 teilweise auf Funkmeßgeräte (FuMG) umgerüstet.

1943 brachte erneut eine Umorganisation des Flugmeldedienstes in Form einer militär-organisatorischen Zusammenfassung der Auge-Ohr-Beobachtungs- und mit FuMG ausgerüsteten Einheiten. Die Organisation fußte nunmehr auf der Einrichtung von

- Hauptflugkommandos (Hauptflukos mit Freya-FuMG und Würzburg-Geräten)
 - Kleinflugkommandos (Kleinflukos).
 - Flugwachen (Auge-Ohr-Beobachtungseinheiten)
- und gehörte zur Luftnachrichtentruppe. In der Folgezeit wurden die Einheiten endgültig militärisch gegliedert in
- Flugmeldeabteilungen
 - Kompanien und
 - Züge (= 1 Freya-Stellung).

Die Aufklärungsergebnisse gingen an die Bedarfsträger als Fernlage für die Jagdabwehr, Flak und den LSWD.

Außerdem verfügten die zahlreich eingesetzten Flak-Einheiten je schwerer Batterie über ein FuMG zur Zielanmessung und damit gleichzeitig zur Erkundung der Nahluftlage. Diese wurden über sogenannte Flaksender (Flakdivisionssender „Adler“) an die Bedarfsträger und die Bevölkerung bekanntgegeben.

Gegen die Radar-Aufklärung schützte

sich der Gegner durch „Düppeln“, d. h. Abwerfen von Staniolstreifen entsprechend der jeweiligen Länge der Sendempfangs-Dipole der eingesetzten FuMG. An diese gelangte er durch gelegentliche Kommandounternehmen über See gegen einzelne Gerätestellungen, die seit Sommer 1942 zur Erkundung des Luftraumes von der skandinavischen bis zur französischen Küste eingerichtet waren.

Für die Flak und die Jägerabwehr war diese Entwicklung vorübergehend unangenehm, obwohl es hier Möglichkeiten gab, gleichwohl den eindringenden Gegner weiter zu bekämpfen. Schwerer getroffen war der LSWD. Die deutsche Hochfrequenzforschung und -technik entwickelte jedoch mit Nachdruck zufriedenstellende Verfahren zur Milderung oder Ausschaltung der Störungen.

(Fortsetzung folgt)

Informationsbesuch aus Japan im Warnamt VII

Zur Besichtigung und zur Information über die Aufgaben, Organisation und Funktion eines Warnamtes sowie Erörterung von Fragen des Warndienstes kamen am 28. Juli 1981 in Begleitung von ORR Bachmeier (BMI) und VA Schulz (BZS) im Warnamt VII Gäste aus Japan, Staatssekretär Hogen mit Frau und Militärattaché Oberst Toyama von der japanischen Botschaft in Bonn.



Staatssekretär Hogen mit Frau und der Militärattaché der japanischen Botschaft in Bonn, Oberst Toyama, informieren sich im Warnamt VII über die Einrichtungen des Warndienstes.

Nach der Begrüßung durch die Warnamtsleitung und einem einführenden Vortrag von ORR Bachmeier sowie der Besichtigung des Warnamtsbunkers war bei einem Mittagessen Gelegenheit zu einem umfassenden Meinungsaustausch gegeben. Dies war ohne Dolmetscher möglich, weil die japanischen Gäste die deutsche Sprache perfekt beherrschen. Staatssekretär Hogen studierte in Bonn und Berlin in den Jahren 1936 bis 1940.



Dr. Jürgen Schilling

Der Hilfszug des Deutschen Roten Kreuzes

In vielen Einsätzen bewährt – DRK übernahm volle Verantwortung für den Hilfszug

„Hilfszug an DRK übergeben“ – Mit dieser Schlagzeile meldete dpa am 30. Juli 1981, daß der Hilfszug des Bundes, der sich in den vergangenen Jahren bei zahlreichen Katastropheneinsätzen im In- und Ausland bewährt habe, vom Bundesinnenministerium dem DRK als Eigentum übergeben worden sei. Mancher Leser mag gestutzt haben. War denn dieser Hilfszug nicht immer schon ein Teil des DRK gewesen, und wenn ja, wieso mußte dann der Bund den Hilfszug an das DRK übergeben? Und überhaupt, was genau verbirgt sich hinter dem Begriff ‚Hilfszug‘? Rotkreuz-Helfer, gewiß, auch Fahrzeuge, aber in welcher Organisationsform, mit welchen Aufgaben und welcher Leistungsfähigkeit? Genügend Fragen, um eine Gesamtdarstellung des Hilfszuges einem größeren Publikum vorzustellen.

Die Anfänge dieses Instruments reichen bis in das Jahr 1953 zurück, als das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die Bildung von Hilfszügen im Rahmen der nationalen Rotkreuz-Gesellschaften forderte, um auf diese Weise einen besseren Schutz der Bevölkerung bei Großkatastrophen, insbesondere kriegerischen Auseinandersetzungen, zu bewirken. Diesem Appell folgend stellte die Bundesregierung dem Deutschen Roten Kreuz Finanzmittel für die Beschaffung, Pflege und Erhaltung zweckgerechter Ausstattung und Materials zur Verfügung, blieb aber Eigentümer dieser Gegenstände, die das DRK als Treuhandvermögen des Bundes verwaltete.

Mit dem Ziel, dieses Potential möglichst wirkungsvoll und schwerpunktmäßig einsetzen zu können, schuf das DRK überörtliche mobile Einsatzeinheiten, sog. Hilfszugstaffeln, die es unter der Bezeichnung ‚Hilfszug‘ zu einem System zusammenfaßte. Von Anfang an war es die Aufgabe des Hilfszuges, als überörtliches mobiles Einsatzinstrument im Sanitäts- und Betreuungsbereich Hilfe bei Katastrophen und Notständen im In- und Ausland zu leisten.

Aufstellung, Ausbildung und Ausrüstung regelte das DRK in harmonischem Einvernehmen mit der Bundesregierung, die in den Jahren 1954 bis 1980 insgesamt 45 Millionen DM für den DRK-Hilfszug aufgewandt hat.



Von jedem Flughafen der Bundesrepublik aus können innerhalb weniger Stunden Hilfsgüter in ausländische Katastrophengebiete geflogen werden.



Schnell und unbürokratisch versendet das DRK-Präsidium von Bonn aus Einsatzfahrzeuge in Notgebiete.

Es würde zu weit führen, die Strukturveränderungen, die der Hilfszug seit 1954 erfahren hat, historisch getreu nachzuzeichnen. Die jetzige Gliederung datiert aus dem Jahr 1978. Seitdem setzt sich der Hilfszug aus zehn Abteilungen zusammen, die in Ebenhausen/Bayern, Kirchheim-Teck/Baden-Württemberg, Spremlingen/Rheinland-Pfalz, Nottuln/Nordrhein-Westfalen, Fritzlar/Hessen, Villich/Nordrhein-Westfalen, Bellin/Schleswig-Holstein, Miesburg/Niedersachsen und Hamburg-Lokstedt stationiert und den jeweiligen DRK-Landesverbänden zugeordnet sind. In Wolfhagen/Hessen befindet sich die Zentralabteilung, die der Aufsicht des DRK-Präsidiums unmittelbar untersteht.

Aufgrund einer Vereinbarung, die das DRK 1980 mit dem Bundesinnenminister schloß, werden die Abteilungen, oh-

ne ihre Dislozierung zu verändern, neu gegliedert. Während die bisherige Konzeption den Schwerpunktaufgaben des Sanitäts- und Betreuungsdienstes gleichen Rang zumaß, wird der Akzent künftig auf den Betreuungsaufgaben liegen. Mit diesem neuen Profil trägt die Katastrophen- und Zivilschutzplanung der Tatsache Rechnung, daß bei Großkatastrophen allgemein erhebliche Lenkungs- und Betreuungsaktivitäten erforderlich werden, die die örtlichen Kräfte überfordern dürften, während die lokalen Strukturen eher in der Lage sein müßten, die sanitätsdienstlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Künftig soll der DRK-Hilfszug aus vier Abteilungen mit je 379 Helfern, fünf Abteilungen mit je 397 Helfern und der Zentralabteilung mit 527 Helfern bestehen. Das ergibt einen Soll-Bestand von 4028 Helfern, die über 600 Fahrzeuge aller Art verfügen.

Im Vergleich zu der 180 bzw. 162 helferstarken Betreuungsbereitschaft innerhalb der einzelnen Abteilung dienen in den Sanitätsbereitschaften jeweils 112 Helfer. In diesem Zahlenverhältnis drückt sich die Ergänzungsfunktion aus, die der Sanitätsdienst im Rahmen der umfassenden Betreuungsaufgabe wahrzunehmen hat.

Zu jeder Abteilung gehören ein Werkstattzug und technischer Zug mit zusammen 56 Helfern. Sie bilden die sog. Logistikbereitschaft, der die Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit der Abteilung obliegt.

Die Abteilungsführung, in der 49 Helfer dienen, verfügt über eine Kradmeldegruppe und einen Fernmeldezug, wodurch die Abteilungen von den allgemeinen Fernmeldeverbindungen unabhängig sind.

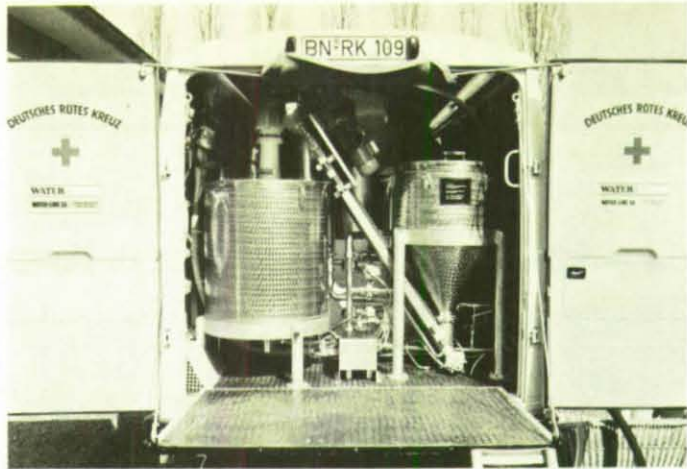
Die Hilfszugzentralabteilung verfügt zusätzlich über ein komplettes 210-Betten-Lazarett. Im übrigen sind die Hilfszugabteilungen in ihrer Struktur deckungsgleich.

Die Angehörigen des Hilfszuges sind freiwillige Helfer, deren Wohnorte bis zu 50 km vom Standort der jeweiligen Abteilung entfernt liegen. Dieser Einzugsbereich wurde gewählt, um die Herstellung der Einsatzbereitschaft einer Abteilung innerhalb von sechs bis acht Stunden zu ermöglichen.

Mit seinen derzeit 623 Fahrzeugen, die im Durchschnitt fünf bis sieben Jahre alt sind, stellt der Hilfszug eine Geräteeinheit dar, die erst durch die Einsatzbereitschaft der freiwilligen und ehrenamtlichen Rotkreuz-Helfer ihr Leistungsvermögen erhält.

Der Ausbildung kommt bei einer überörtlichen Einheit, die sich aus Helfern aus einem größeren Einzugsbereich zusammensetzt, eine doppelte Aufgabe zu. Sie hat notwendige Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln und überdies die Hilfsmannschaft zu einem harmonischen und schlagkräftigen Einsatzinstrument zu formen. Die Ausbildungsvorhaben werden in Jahresprogrammen festgelegt, wobei mindestens eine Vollübung an jedem Standort jährlich angestrebt wird. Besondere Bedeutung mißt das DRK der Weiterbildung der Abteilungs- und Bereitschaftsführer bei.

Über den Einsatz des Hilfszuges in Friedenszeiten entscheidet bei Hilfssuchen zuständiger öffentlicher Stellen der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Der Einsatz des Hilfszuges im Auftrag des Bundes in Friedenszeiten wird durch besondere Vereinbarungen geregelt oder jeweils im Einzelfall festgelegt. Im Spannungs- und Verteidigungsfall werden die Einsätze von der zuständigen obersten Landesbehörde (Innenminister) angeordnet.



Die „Milchkuh“ – Milch-Produktions- und Verpackungsanlage – hat sich schon an vielen Einsatzorten bewährt.

Bild unten: Helfer des DRK-Hilfszuges legten im wahrsten Sinne des Wortes den Grundstein für den Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Orte in Süditalien.



Teile des DRK-Hilfszuges waren 1980/81 in Süditalien im Einsatz, um Wohnraum für die Obdachlosen zu schaffen.



In den Libanon wurden von Mitarbeitern des Hilfszuges Krankentransportwagen für das dortige Rote Kreuz und den Roten Halbmond überführt.

Aufgrund der Vereinbarung aus dem Jahr 1980 hat der Bund dem DRK das Eigentum an dem Hilfszug übertragen. Das DRK hat sich verpflichtet, den Hilfszug vorzuhalten, auszustatten und auszubilden und im Spannungs- bzw. Verteidigungsfall zur Verfügung zu stellen. Hierfür erhält es vom Bund jährliche Zuwendungen, die zur Zeit rund 2,7 Millionen DM betragen. Das DRK hat das Recht, die Einheiten des Hilfszuges im Rahmen seiner Aufgaben friedensmäßig einzusetzen.

Mit dieser Regelung hat das DRK erhebliche eigene finanzielle Belastungen in Kauf genommen, um das einzige überörtliche Instrument des erweiterten Katastrophen- und Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland als leistungsfähigen Verband zu erhalten. Wie nützlich und wertvoll dieses Potential ist, hat das DRK in vielfältigen Einsätzen im In- und Ausland immer wieder neu beweisen können.

Besonders spektakulär und wirkungsvoll war der Einsatz des Hilfszuges während der Ungarnkrise im Jahr 1956, wo der Verband erstmals seine Mobilität und Vielseitigkeit beweisen konnte, und

diese Aktion zugleich deutlich machte, welch hohen Respekt und damit aktive Hilfsmöglichkeiten der Schutz des Roten Kreuzes selbst in nicht klassischen Formen der bewaffneten Auseinandersetzung gewährt.

Inzwischen hat sich die deutsche Öffentlichkeit daran gewöhnt, daß Teile der verschiedenen Hilfszugabteilungen immer wieder bei größeren Auslandskatastrophen eingreifen und häufig zu den Helfern der ersten Stunde gehören. Herausragende Beispiele sind die Hilfen für die Erdbebenopfer in Skopje/Jugoslawien, in Friaul und jüngst in Süditalien. Fahrzeuge des Hilfszuges sind bis Indien gefahren, und selbst während des Bürgerkrieges in Biafra waren Gerät und Helfer des Hilfszuges zur Stelle.

Aber auch im Inland hatte der Hilfszug Gelegenheit, sich zu bewähren, so bei der Hochwasserkatastrophe 1962, oder vor zwei Jahren in der norddeutschen Schneekatastrophe.

Über diesen zahlreichen Beispielen guter Taten in Friedenszeiten sollte nicht die wichtige Rolle vergessen werden, die der Hilfszug im Verteidigungsfall zu

spielen hätte. Jeder, der sich mit dem Zivilschutz befaßt, weiß, wie sehr die zivilen Vorsorgemaßnahmen für den Verteidigungsfall das Stiefkind der Gesamtverteidigung in der Bundesrepublik geblieben sind. Es fehlt nicht nur an Schutzräumen, auch fehlt es für die Helfer an der erforderlichen Ausrüstung und z. T. an der speziellen Ausbildung. Die Statistiken weisen nur Schutzplätze für drei Prozent der Bevölkerung aus. Darüber hinaus gibt es ernste Zweifel, ob die Aufenthaltregelungen und der Grundsatz des Stay-put im Ernstfall greifen werden.

Um so wichtiger ist es, daß die Bundesrepublik über ein Instrument verfügt, das für die Durchführung von Betreuungsmaßnahmen mit großen Kapazitäten zur überregionalen Schwerpunktbildung fähig ist.

Durch seine Entscheidung, die volle Verantwortung für den Hilfszug zu übernehmen, hat das DRK bewußt ein Zeichen für die deutsche Öffentlichkeit gesetzt, daß auch in einer Zeit, in der sich die finanziellen Probleme mehren, Zivilschutz notwendig und möglich bleibt.

Veronika Krull

Hilfszugabteilung Hessen:

Vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Land und DRK

Innenminister Gries: Verdienstvolle Arbeit des DRK

Von allen Seiten waren die Gäste herbeigeeilt – der Minister kam von oben. Per Hubschrauber ließ sich Ekkehard Gries, Innenminister des Landes Hessen, nach Fritzlar fliegen. Dortselbst wurde am 14. August auf dem Gelände der Hilfszugabteilung V des Deutschen Roten Kreuzes eine neue Kraftfahrzeughalle ihrer Bestimmung übergeben.

Und der Minister erschien nicht von ungefähr: Das Land Hessen hatte sich an den Baukosten von rund einer Million Mark mit einem staatlichen wie staatlichen Zuschuß von 500 000 Mark beteiligt.

Diese fünfzigprozentige Kostenübernahme zeige, so Gries in seiner Rede anläßlich der Einweihung, „welchen Stellenwert wir dem DRK und dieser Hilfszugabteilung einräumen“. Einig wisse man sich in dem Ziel, im Lande Hessen einen leistungsfähigen Katastrophenschutz aufzubauen. „Jedermann muß klar sein, daß wir hier nicht theoretisieren“, bekräftigte der Innenminister seine Aussage und verwies auf die „Regenka-

tastrophe“, die erst vor wenigen Tagen das Land heimgesucht hatte.

Die materiellen Voraussetzungen zu sichern für die verdienstvolle Arbeit, die das Deutsche Rote Kreuz hier leiste – dafür wolle er sich auch in Zukunft einsetzen, betonte Gries. Und der Minister versäumte es nicht, die Ernsthaftigkeit dieser Absicht zu unterstreichen: Aus seinen ihm zur persönlichen Verfügung stehenden Mitteln habe er dem DRK-Landesverband für das Jahr 1981 einen Zuschuß in Höhe von 25 000 Mark bewilligt. Der Beifall der anwesenden Gäste war Gries gewiß für diese noble Geste.

Dr. Eckhard Momberger, der Präsident des DRK-Landesverbandes, hatte in seiner Begrüßung zuvor Ähnliches wohl geahnt, als er von einem „bedeutsamen und erfreulichen Tag“ sprach. Doch galt seine Freude auch dem „Gebäude-Zuwachs“, der an diesem Vormittag in recht feierlichem Rahmen offiziell „begrüßt“ wurde. Die Halle, so Momberger, schließe eine empfindliche Lücke in der Unterbringung des Hilfszuges.



Fachsimelei am Rande der Feier: der Innenminister des Landes Hessen, Ekkehard Gries, „umrahmt“ vom stv. DRK-Generalsekretär, Roderich Lüttgen (links), und vom Präsidenten des DRK-Landesverbandes Hessen, Dr. Eckhard Momberger.

Wie man diese Lücke zu schließen versucht hatte, davon konnten sich die Geladenen – darunter Vertreter der DLRG, des THW und des MHD sowie der Bundeswehr – nach Beendigung des „theoretischen“ Teils dann überzeugen.

In dem millionenschweren Neubau sind nicht nur Abstellplätze für einen ganzen „Park“ von Einsatzfahrzeugen untergebracht, sondern auch eine Kraftfahrzeug-Werkstatt, eine Waschhalle sowie ein Funk- und Fernsprehraum.

Die 25 Jahre, in denen die Hilfszugabteilung in Fritzlar stationiert ist, sind gekennzeichnet durch mehrere Umzüge. Ein jeder Wechsel der Unterkunft war aber auch gleichzusetzen mit einem



Links: Groß war die Zahl der Gäste, die sich zur Übergabe der neuen Halle auf dem Gelände der DRK-Hilfszugabteilung V in Fritzlar eingefunden hatten. Rechts: Beim gemeinsamen Mahl nach dem offiziellen Teil: Innenminister Ekkehard Gries, ihm gegenüber der Präsident des DRK-Landesverbandes Hessen, Dr. Eckhard Momberger, und der stv. DRK-Generalsekretär, Roderich Lüttgen (3. v. links). (Fotos: Krull)

Fortschritt. In den fünfziger Jahren hatte die Abteilung noch auf dem Dachboden einer Volksschule „gewerkelt“; im Jahre 1964 ließ sich der „Abstieg“ nicht mehr vermeiden, allerdings nur in räumlicher Hinsicht: Der Dachboden wurde vertauscht mit dem ehemaligen Pferdestall einer Kaserne. Dreizehn Jahre später konnte dann eine moderne und großzügige Lagerhalle im Fritzlarer Gewerbegebiet in Beschlag genommen werden, und nach weiteren vier Jahren wurde – eben am 14. August 1981 – die neue Kraftfahrzeughalle eingeweiht. Ein Wachstum auf Umwegen sozusagen,

doch mit einem durchaus erfreulichen (vorläufigen) Endergebnis.

Ein Resultat zudem, das zweifelsohne nachahmenswert sei – so vermerkte es der stellvertretende Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Roderich Lüttgen, in seiner Ansprache. Er hoffe darauf, daß dieses Beispiel Schule mache, „weil es eine echte Partnerschaft zwischen dem Staat und den Hilfsorganisationen signalisieren könnte“. In diesem Falle habe die Beteiligung der Landesregierung an den Baukosten die Er-

richtung der Halle überhaupt erst ermöglicht.

Das Deutsche Rote Kreuz, versicherte Lüttgen, wolle das damit gezeigte Vertrauen ganz sicher nicht enttäuschen. Gleichzeitig aber hoffe er, daß andere Landesregierungen dem hessischen Beispiel folgen werden und die in ihren Bereichen liegenden Hilfszugabteilungen zweckmäßig für den Einsatz im friedensmäßigen Katastrophenschutz unterstützen.

Die anwesenden Gäste konnten diesem Wunsch des Redners aus Bonn nur per Handschlag beipflichten.

Die aktuelle Situation des DRK-Blutspendedienstes

„Das DRK leistet seinen Versorgungsauftrag ausschließlich auf der Basis der Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit“

Alfred-Joachim Hermanni interviewte Rolf Herzbach, Referent für das Blutspende- und Krankenhauswesen im DRK-Generalsekretariat

Frage: Das Deutsche Rote Kreuz wurde in der Vergangenheit immer wieder von der Presse angegriffen, weil es angeblich erhebliche Gewinne mit dem Verkauf von Blut und Blutbestandteilen erzielt. Bestehen derartige Vorwürfe zu Recht?

Antwort: Der Vorwurf von angeblichen Gewinnen bei dem Verkauf von Blut und Blutbestandteilen ist völlig unberechtigt. Die Blutspendedienste des DRK leisten ihre Arbeit ausschließlich auf der Basis ihrer gemeinnützigen Satzung. Ihre Tätigkeit ist ausschließlich bedarfswirtschaftlich orientiert, d. h. das oberste satzungsgemäße Ziel ist die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Blut und Blutbestandteilen. Selbstverständlich müssen die Blutspendedienste be-

müht sein, ihre Leistung auf der Basis selbstkostendeckender Preise zu erbringen, d. h. nichts anderes, daß die beteiligten Kostenträger im Gesundheitswesen, die letztlich auch die Kosten von Blutkonserven für den Patienten tragen müssen, den DRK-Blutspendediensten alle Aufwendungen für die Sammlung, die Untersuchung, die Weiterverarbeitung und Lagerung sowie die Auslieferung von Blutkonserven an den Patienten ersetzen müssen. Daß die DRK-Blutspendedienste keine Gewinne erzielen, wird außerdem durch die jährliche Prüfung und Kontrolle von Rechnungshöfen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften festgestellt.

Frage: Die Finanzminister des Bundes und der Länder haben in ihrer Sitzung vom 25. Juni 1981 entschieden, daß die

2. Stufe der Plasmafraktionierung auch für das DRK steuerpflichtig wird. Um welchen Teil der Blutverarbeitung handelt es sich hier, und welche Auswirkungen hat dieser Bescheid?

Antwort: Die Steuerpflicht betrifft lediglich die sogenannten Plasmaderivate, d. h. Blutbestandteile, die bei der Weiterverarbeitung des Blutplasmas gewonnen werden. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Albumine (ein bekanntes Mittel zur Schockbekämpfung), um Gammaglobuline (zur Bekämpfung von Hepatitis) und um Gerinnungspräparate (zur Bekämpfung der Bluterkrankheit). Diese lebenswichtigen Blutbestandteile wurden bereits bisher mit einer Mehrwertsteuer von 6,5% belegt. Nach der Entscheidung der Finanzminister erhöht sich die Steuerbelastung für diese Blutbestandteile auf 13%. Diese steuerliche Belastung müssen die Blutspendedienste selbstverständlich an die Kostenträger im Gesundheitswesen weitergeben, so daß auch dort eine spürbare Verteuerung von Blut und Blutbestandteilen erfolgen wird. Letztlich wirkt diese Steuerpflicht einer Kostendämpfung im Gesundheitswesen entgegen.

Frage: Wird denn von dieser Entscheidung auch das Prinzip der Gemeinnützigkeit berührt?

Antwort: Die gemeinnützige Tätigkeit der DRK-Blutspendedienste ist von dieser rein steuerrechtlichen Entscheidung nicht berührt, d. h. die Blutspendedienste des Deutschen Roten Kreuzes sind weiterhin uneingeschränkt gemeinnützig und damit nicht kommerziell. Die Finanzminister haben ausdrücklich bei ihren Beratungen hervorgehoben, daß die Sammlung, Untersuchung und Weiterverarbeitung von menschlichen Blut zu Blutkonserven, Erythrozytenkonzentraten, Leukozytenkonzentraten, Thrombozytenkonzentraten und Plasma uneingeschränkt gemeinnützig bleibt. Lediglich Herstellung und Verkauf einiger weniger Plasmaderivate werden der Steuerpflicht unterworfen.

Frage: Es müssen doch Unterschiede zwischen der Arbeit der pharmazeutischen Industrie und des DRK auf dem Gebiet des Blutspendedienstes bestehen. Hat das DRK nicht auch zum Beispiel die Aufgabe, eine ausreichende Sicherheitsreserve für mögliche Krisenzeiten zu bevorraten?

Antwort: Es gibt ganz wesentliche Unterschiede zwischen der Arbeit der pharmazeutischen Industrie und der gemeinnützigen Tätigkeit der DRK-Blutspendedienste im Bereich des Blutspendewesens. Das DRK hat einen öffentlichen Antrag auf rein gemeinnütziger Basis und auf der Grundlage der freiwilligen und unentgeltlichen Spende gemeinsam mit den staatlichen, kommunalen Blutspendediensten, die Blutversorgung in der Bundesrepublik Deutschland sowohl in Friedenszeiten wie auch im Katastrophenfall sicherzustellen. Das DRK stellt insbesondere eine Sicherheitsreserve von bis zu 30% aller Blutkonserven in Form von Erythrozytenkonzentraten und anderen Blutbestandteilen bereit. So konnte z. B. im April 1980 die Blutversorgung in West-Berlin durch einen Zugriff des DRK auf diese Sicherheitsreserve für viele Tage aufrechterhalten werden, obwohl dort die Versorgung durch den staatlichen und kommunalen Blutspendedienst vollständig zusammengebrochen war. Und noch ein wesentlicher Unterschied zu gewerblichen Unternehmen: Das DRK leistet seine Versorgungsauftrag ausschließlich auf der Basis der Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit. Das gilt für die vielen Spender, aber auch für die vielen Helfer des DRK, die bei der Gestaltung und Durchführung von Blutspendeterminen mitwirken. Allein im Jahr 1980 waren es über 200000 ehrenamtliche und freiwillige Helfer, die die Durchführung des Auftrags ermöglichten.

Frage: Wie investiert das DRK die Gewinne, die durch die Veräußerung von Blut und Blutbestandteilen erwirtschaftet werden?



Mehr als zwei Millionen freiwillige Spender geben jährlich dem DRK ihre unentgeltliche Blutspende.



Zur sorgfältigen Kontrolle und Kennzeichnung der Spende setzt das DRK die neueste Technik ein.



Mit modernen und zuverlässigen Untersuchungsmethoden wird jede einzelne Blutspende gründlich analysiert: Gesundheit von Spender und Empfänger werden so geschützt.

Antwort: Wie bereits eingangs erläutert, erwirtschaftet das DRK im Rahmen seiner Blutspendedienste keinerlei Gewinne. Selbstverständlich müssen die Blutspendedienste zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit im Rahmen der satzungsgemäß vorgegebenen Selbstkostendeckung Mittel erwirtschaften. Soweit möglich werden notwendige Rücklagen und Rückstellungen für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen sowie den Katastrophenfall gebildet. Schließlich kommt es darauf an, als Deutsches Rotes Kreuz und Mittler der Blutspende zwischen dem Spender und dem hilfsbedürftigen Patienten eine optimale Verarbeitung der Blutspenden sicherzustellen.

Zu den notwendigen Maßnahmen gehören auch die notwendige wissenschaftliche Forschungstätigkeit. Investitionen sind natürlich auch bei den DRK-Blutspendediensten notwendig, um im Interesse der Spender und der Patienten einen möglichst hohen medizinisch-technischen Standard zu gewährleisten.

Frage: Wenn ein Spender zu einem Ihrer Blutspendetermine geht, läuft doch die Blutentnahme nach gewissen Kriterien ab. Wie sehen die aus und welche Leistungen erhält der Spender vom DRK?

Antwort: Die DRK-Kreis- und -Ortsvereine organisieren am Ort des Blutspen-

determins eine auf die freiwillige und unentgeltliche Spende ausgerichtete Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Mit dankenswerter Unterstützung der öffentlichen Stellen, aber auch der Medien, sowie von Firmen und Organisationen werden dann die einzelnen Termine bekanntgemacht und durchgeführt. Zu diesen Terminen fährt in der Regel ein mobiles Entnahmeteam des DRK-Blutspendedienstes, bestehend aus einem Arzt, Krankenschwestern und Helfern. Entsprechende Spezialfahrzeuge bewältigen auch den Transport der Blutspenden zur Blutspendezentrale, zur weiteren Laboruntersuchung und Verarbeitung. Die Spender des DRK erhalten entsprechend den Grundsätzen der Weltgesundheitsorganisation und der Liga der Rotkreuzgesellschaften keinerlei Entgelt. Tatsächlich gibt es jedoch einige durchaus nennenswerte Leistungen an den Spender. So erhält der Erstspender kostenlos eine Bestimmung seiner Blutgruppe und des Rhesusfaktors, darüber hinaus geben die verschiedenen Blutuntersuchungen Aufschluß über den Gesundheitszustand des Bürgers, und bei gegebenen Verdachtsmomenten werden Hausarzt und Spender informiert. Natürlich gibt es auch einen kleinen Imbiß zur Stärkung nach der Blutspende und schließlich (und dies ist nicht zu vernachlässigen) tut der Spender etwas für seine eigene Sicherheit bei Krankheit oder Unfall, nämlich die Bereitstellung einer oft lebensrettenden Blut- oder Blutbestandteilkonserve.

Frage: Das DRK feierte in Mainz am 4. Juli 1981 in Anwesenheit des Bundespräsidenten den 25millionsten Blutspender. Gibt es internationale Vergleichszahlen, wie die Höhe der Spenden anzusiedeln und wie der Einsatz der Bundesbürger zu bewerten ist?

Antwort: Es gibt leider keine vollständigen internationalen Vergleichszahlen über die Spendenfreudigkeit der Bevölkerung. Aus dem vorliegenden Material kann man jedoch ohne weiteres ableiten, daß die deutsche Bevölkerung außerordentlich spendenfreudig ist, insbesondere die Bevölkerung auf dem Land.

So konnten allein 1980 fast 2 Millionen Blutspenden entgegengenommen werden. Das entspricht etwa 70 % aller Blutentnahmen in der Bundesrepublik in diesem Jahr. Übrigens – die verbleibenden 30 % werden von den staatlichen und kommunalen Blutspendediensten (Universitätskliniken) entnommen. Das DRK stützt sich auf eine erfreulich große Zahl von Stammspendern, die bis zu dreimal jährlich freiwillig und unentgeltlich Blut spenden. An dieser Stelle sei allen unseren Spendern und den vielen Helfern für ihren unermüdlichen humanitären Einsatz gedankt.



Blutbestandteile – wie hier das Albumin – stehen jederzeit für die Versorgung der Krankenhäuser zur Verfügung. Nach der modernen Hamotherapie erhält der Kranke oder Verletzte nur die Blutbestandteile, die für seine Behandlung unverzichtbar sind.



Die DRK-Blutspendedienste sind ständig lieferbereit, ein ausreichender Vorrat an Blutkonserven wird für den Notfall bereitgehalten.



Ein Notruf erreicht die DRK-Blutspendezentrale – die lebenswichtigen Blutkonserven für eine schwere Operation werden per Eiltransport ins Krankenhaus gebracht.

Zivilschutz und Zivildienst – zwei ähnliche Begriffe mit unterschiedlicher Bedeutung

Eine Definition der beiden Aufgabenbereiche

Der Arbeiter-Samariter-Bund wirkt neben anderen Organisationen und Verbänden in den beiden Bereichen Zivilschutz und Zivildienst mit. Da beide Aufgabenbereiche sehr ähnlich klingen, aber vom Grundsatz her völlig verschieden sind, wird nachfolgend eine Definition dieser Aufgabengebiete gegeben:

Zivilschutz

Der Zivilschutz ist ein Teil der zivilen Verteidigung. Die Aufgaben des Zivilschutzes sind

- Katastrophenschutz
- Warndienst
- Schutzbau
- Selbstschutz
- Gesundheitswesen
- Aufenthaltsregelung
- Schutz von Kulturgut.

Im Rahmen dieser Aufgaben wirken der Bund und die Länder zusammen. Von den Hilfsorganisationen wird der Aufgabenbereich Katastrophenschutz wahrgenommen. Dieser Aufgabenbereich gliedert sich in den friedensmäßigen Katastrophenschutz, welcher in die Aufgabenkompetenz der Bundesländer (mit Gemeinden und Gemeindeverbänden) fällt, und den erweiterten Katastrophenschutz. Dieser ist Aufgabe des Bundes und wird durch die Länder in Auftragsverwaltung durchgeführt. Der gesamte Katastrophenschutz hat die humanitäre Aufgabe, in einem Katastrophenfall – z. B. bei Überschwemmungen, Erdbeben oder aber auch bei Kriegskatastrophen –, rasche und ausreichende Hilfe zu leisten.

Zivildienst

Im Rahmen des Zivildienstes werden Personen tätig, die den Kriegsdienst verweigern. Die Aufgabe der Kriegsdienstverweigerer/Zivildienstleistenden ist es, in den sozialen Einrichtungen zivilen Ersatzdienst zu leisten. Ihre Dienste verrichten sie in

- Krankenhäusern
- Altenheimen
- Kindergärten
- Sozialstationen usw. und bei
- Verbänden der Wohlfahrtspflege.

Verantwortlich für diese Aufgabe ist der Bund in Zusammenarbeit mit den Trägern dieser Dienste.

Die Hilfsorganisationen nehmen traditionell die Aufgaben in den Bereichen der mobilen sozialen Dienste, Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge, Ausbildungen in Erster Hilfe, des Rettungswesens, des Katastrophenschutzes, des Sanitätswesens und der Jugendarbeit usw. wahr. Für diese Aufgaben sind sie auf ihre vielen ehrenamtlichen Helfer, das hauptamtliche Personal, die Katastrophenschutz Helfer und auf die Zivildienstleistenden angewiesen. Eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist dabei eine Voraussetzung.

Wie kommt nun eine Organisation an ihre Aufgaben und an die Personen, welche diese wahrnehmen?

Wesentliche Aufgaben der Hilfsorganisationen sind

- das Sanitätswesen
- der Aufbau und die Mitwirkung im Krankentransport
- das Rettungswesen
- die Ausbildung in Erster Hilfe u. a.

Der Arbeiter-Samariter-Bund entstand 1888 aus dem Gedanken der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Ziel war es, für die Arbeiter in den Betrieben, sich selbst in Erster Hilfe fachgerecht auszubilden, damit sie sich bei Unglücksfällen gegenseitig schnell helfen konnten. Weitere Aufgaben kamen im Laufe der Zeit hinzu. Diese sind z. B. die Sozialen Dienste, welchen eine immer größere Bedeutung zugestanden wird, und das wohl mit Recht. Beim Arbeiter-Samariter-Bund, wie auch bei den anderen Organisationen, werden diese Dienste ständig weiter ausgebaut. Das Spektrum der Sozialen Dienste reicht vom Mobilien Wäschdienst, Essen auf Rädern, dem Transport von Behinderten, dem Ausbau von Sozialstationen, bis hin zur Alten-Freizeitgestaltung, z. B. das Anbieten von Schwimmkursen für Senioren. Im Vordergrund steht die Betreuung von älteren und behinderten Bürgern, damit diese so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung bleiben können und damit ihre Selbständigkeit bewahren. Aber auch

der Katastrophenschutz gehört, wie schon erwähnt, zu den Hauptaufgaben einer Hilfsorganisation. Bei einer Katastrophe ist z. B. die Betreuung der Betroffenen wichtig. So müssen größere Personengruppen gepflegt und eine große Zahl von Verletzten sanitätsmäßig versorgt werden. Einsatzgebiete waren in den letzten Jahren z. B. die Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen oder die Schneekatastrophe in Norddeutschland. Nicht zu vergessen ist die Überschwemmungskatastrophe in Hamburg 1962. Der internationale Katastrophendienst zählt mit den Einsätzen bei Erdbeben in der Türkei, Peru, Rumänien und Italien auch zum vielfältigen Aufgabenspektrum der Organisationen.

Für alle Tätigkeiten besteht in unserer Gesellschaft großer Bedarf. Denn wer will im Notfall schon ganz auf sich allein gestellt sein? Für alle diese Aufgaben werden Personen gebraucht, die ein soziales und auch ehrenamtliches Engagement aufweisen. Dieser Personenkreis findet sich in den Hilfsorganisationen wieder. Er setzt sich aus

- ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern
- hauptamtlichem Personal
- Zivildienstleistenden und
- Katastrophenschutz Helfern zusammen.

Hier zeigt sich wieder das enge Zusammenspiel zwischen Zivilschutz und Zivildienst. Denn in allen Bereichen sind die Helfer aus dem Katastrophenschutz und Zivildienst nicht mehr wegzudenken. So hat der Bundesbürger die Wahl, seinen Wehrdienst zu verweigern und durch eine – sehr umstrittene – Gewissensprüfung als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden. Er kann seinen Zivildienst bei einer der anerkannten Zivildienststellen ableisten oder sich für zehn Jahre im Katastrophenschutz verpflichten. Bei der großen Anzahl nicht besetzter Zivildienststellen wird jedoch jeder Zivildienstleistende in diesen Stellen benötigt, damit die sozialen Aufgaben weiter wahrgenommen werden können. Die Wohlfahrtsverbände und auch die Menschen, denen durch die sozialen Dienste geholfen wird, können auf diese Helfer nicht verzichten.

Durch den Katastrophenschutz – einen Teil des Zivilschutzes – hat der junge Bundesbürger die Möglichkeit, sich vor der Ableistung des Wehrdienstes für zehn Jahre im Katastrophenschutz zu verpflichten. Die Mitwirkung tritt dann anstelle des Wehrdienstes. Diese freigestellten Helfer wirken neben ihren Tätig-

keiten im Katastrophenschutz selbstverständlich auch an allen anderen Aufgaben der Organisation mit.

Abschließend läßt sich folgendes zusammenfassen: Die Hilfsorganisationen legen größten Wert auf alle mitwirkenden Helferinnen und Helfer. Auf diese Mitwirkung können sie nicht verzichten. Denn mit den Zivildienstleistenden und den Katastrophenschutz Helfern, aber auch dem ehrenamtlichen und hauptamtlichen Personal, wird ein Beitrag geleistet, welcher nicht mehr wegzudenken ist. Ein Beitrag zum besseren Wohl eines jeden, sei er behindert, alt, krank oder durch ein Unglück auf irgendeine Art und Weise hilfsbedürftig. Dies trifft auch für die zu, die diese Hilfe jetzt noch nicht brauchen aber vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt benötigen.

Bernd Prösdorf

Erste Hilfe bei Verkehrsunfällen auf den Transitstrecken von und nach Berlin (West)

Darf man in der DDR bei einem Verkehrsunfall Erste Hilfe leisten, wenn man sich als Bundesdeutscher auf den Transitstrecken von und nach Berlin (West) befindet? Diese Frage beschäftigte eine Frau aus Bielefeld sehr. Und so forschte sie beim Bundesminister für Verkehr in Bonn nach, „ob Transitreisende auf den Transitstrecken von und nach Berlin (West) bei einem Verkehrsunfall aus einem Reisebus oder Pkw aussteigen dürften, um Erste Hilfe zu leisten.“

Eine wichtige Angelegenheit, denn mehrere Bestimmungen des Transitabkommens untersagen das Verlassen von Reisebussen sowie von Pkw auf der Transitstrecke. Also Grund genug für das Bundesministerium, diese Fragestellung an die Vertreter der DDR weiterzugeben. Die Antwort, die der Bundesminister für Verkehr aus der DDR bekam, ist deshalb nicht nur für die Frau aus Bielefeld von Interesse, sie ist für jeden von Bedeutung, der die Transitstrecken benutzt. In dem Antwortbrief heißt es, die Hilfeleistung sei ein erstrangiges humanistisches Anliegen der DDR, das in mehreren gesetzlichen Bestimmungen seinen Niederschlag gefunden habe. Ist ein Kfz an einem Unfall beteiligt, so ist der Fahrer verpflichtet, anzuhalten und Hilfe zu leisten. Ist ein Kfz nicht an einem Unfall beteiligt, erscheint es aber zuerst an der Unfallstelle und wird dort Hilfe benötigt, wird der Halt des Kfz und die Hilfe durch sachkundige Reisende keineswegs als unberechtigt im Sinne des Transitabkommens angesehen, sondern dient dem eingangs erwähnten Ziel, so schnell wie möglich Hilfe zu gewährleisten.

Für den speziellen Fall der Frau aus Bielefeld heißt das: „Insassen eines Reisebusses oder eines Pkw sind danach, soweit sie nicht als Unfallbeteiligte überhaupt zur Hilfeleistung verpflichtet sind, jedenfalls dazu berechtigt. Dies berührt

freilich nicht die Verpflichtung des Fahrzeugführers, Gefährdungen anderer Reisenden durch verkehrswidriges Halten auf der Autobahn zu vermeiden und verkehrsregelnden Anordnungen der Deutschen Volkspolizei Folge zu leisten.“

„Parität International – DPWV“

Arbeitsgemeinschaft zur Soforthilfe bei Katastrophen gegründet

Auf einer Pressekonferenz wurde am 23. Juni 1981 in Bonn den Journalisten die Arbeitsgemeinschaft „Parität International – DPWV“ vorgestellt. Aus diesem Anlaß sprach Esther Blank-Fischer von der „Deutschen Welle“ mit dem Vorsitzenden von Parität International, zugleich Bundesvorsitzender des ASB, Martin Ehmer:

DW: Seit über 50 Jahren gibt es schon den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband. Nun hat sich heute ein Arbeitskreis „Parität International“ zusammengeschlossen. Warum gibt es diesen neuen Zusammenschluß?

Ehmer: In „Parität International (DPWV)“ sind unter anderem die Organisationen – ich darf sie kurz nennen – Advent-Wohlfahrtswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Rettungsflugwacht, Hermann-Gmeiner-Fond (SOS-Kinderdörfer), Internationale Jugendgemeinschaftsdienste, Nothelfergemeinschaft der Freunde und das Soziale Werk der Heilsarmee aktiv. Das sind Organisationen, die eigentlich schon seit vielen Jahrzehnten Auslandshilfe leisten. Bisher leistete jeder seine Hilfe einzeln, obwohl alle dem gleichen Dachverband, nämlich dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband angehören. Wir glauben, daß es sinnvoller und auch vernünftiger ist, daß diese Arbeit koordiniert wird. Diese Organisationen sind jetzt in einem Arbeitskreis aktiv geworden.

Ein Initiativstab entscheidet, welche Hilfsmittel im Katastrophenfall eingesetzt werden. Unsere Organisationsstrukturen sprechen dafür, nur humanitäre Hilfe zu leisten, d. h. Soforthilfe. Die Soforthilfe kann daraus bestehen, daß wir Sanitätspersonal per Flugzeug heranschaffen, daß wir Lazarette aufstellen und daß wir Ärzte bringen, die dann die Nachversorgung gewährleisten. In vielen Bereichen, wo die medizinischen Erstversorgung durch regionale Hilfskräfte sichergestellt ist, aber die Nachversorgung noch nicht funktioniert, wie z. B. die Betreuung – dazu gehören Unterkünfte, Zelte, Verpflegung und die Wiederherstellung der notwendigsten Lebensbedingungen – sehen wir ebenfalls einen Schwerpunkt unserer Hilfe.

DW: Ist für die Zukunft auch eine enge-

re Koordination mit anderen großen Hilfsorganisationen, z. B. mit dem Internationalen Roten Kreuz, geplant?

Ehmer: Das streben wir natürlich an. Die Zukunft wird zeigen, ob dies möglich ist. Vernünftigerweise sollte dies geschehen, aber Sie müssen auch bedenken, daß in Zeiten von akuten Notlagen natürlich sehr wenig Raum ist für lange Gespräche. Die müssen vorher geführt werden. Ich will das an einem Beispiel erläutern: Wenn wir Frachtraum – wie bei der Erdbebenkatastrophe Süditalien – frei haben und bieten diesen einer anderen Hilfsorganisation an, dann sollte man dies auch annehmen und uns benachrichtigen. Hier muß eine Kooperation stattfinden, vielleicht auch mit Hilfe des Auswärtigen Amtes.

DW: Sie leben genau wie das Deutsche Rote Kreuz von Spenden der Bevölkerung. Machen Sie sich nicht Konkurrenz?

Ehmer: Konkurrenz insofern, daß natürlich die Spender über mehrere Organisationen angesprochen werden. Aber sehen Sie, es war in den vergangenen Jahren immer so, daß im Fernsehen jeweils drei Organisationen genannt wurden. Es ist so, daß der eine Mitbürger konfessionell engagiert ist und der andere ist im Roten Kreuz und gibt dort lieber seine Spende hin, ein anderer ist im Arbeiter-Samariter-Bund oder in einer anderen Organisation und wird sie natürlich lieber dorthin geben.

DW: Ist es denn nicht sinnvoller, in Zukunft einen Dachverband aller Hilfsorganisationen in der Bundesrepublik anzustreben?

Ehmer: Es gibt natürlich verschiedene Gremien, in denen alle Organisationen zusammenarbeiten, insbesondere in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. In speziellen Fällen der humanitären Auslandshilfe ist natürlich besonders wichtig, zu koordinieren, allerdings auch von Seiten der Regierung, denn „Parität International (DPWV)“ wird ja nur im Ausland tätig, nicht im Inland. Hier wäre es schon sinnvoll, vielleicht über Krisenstäbe, viele Dinge gemeinsam versuchen, in den Griff zu bekommen, damit nicht nebeneinander hergearbeitet wird.

Eine Schwesternhelferin fragt:

„Haben Sie je die Hand des Vertrauens gehalten?“

Der diakonische Auftrag – Mehr Humanität im Krankenhaus

Erfahrungsbericht einer Schwesternhelferin

Die Unruhe in den höheren Klassen vor dem Abitur wuchs; weniger wegen der bevorstehenden Abschlußprüfung, die noch in weiter Ferne lag, als vielmehr wegen der nun anstehenden Frage: Was mache ich nach dem Abitur? Wo liegen meine Neigungen? Was fange ich mit dem Leben an, das vor mir steht, dessen Planung jetzt allein in meiner Hand liegt?

Waren bis etwa Klasse 11 die nahen Ziele – gute Zeugnisse, Abschluß der Schule – vorgegeben von Eltern und Lehrern, wurden Entscheidungen über den Ausbildungsweg weitgehend von Mutter und Vater für Sohn und Tochter getroffen, so ließ man uns jetzt plötzlich



Anke Löhmer, Schwesternhelferin der JUH.

allein. Sätze wie „Das mußt du selber wissen, hier mußt du deine eigene Bestimmung finden“, hörte man allenthalben von der „Erwachsenenwelt“, die uns bis jetzt geführt hatte.

Verantwortungsbewußte, individuelle Entscheidungen bezüglich der eigenen Zukunft waren zu treffen, deren Konsequenzen zu tragen. Die eigene Planung des Lebens stand bevor. Man sollte plötzlich erwachsen werden, eigene Entscheidungen treffen. Heiße Diskussionen in den Pausen, Anregungen, Erwägungen von Möglichkeiten – unendlich viele Seiten hatte das „Kursbuch“ für den Zukunftsfahrplan zu bieten. Vorstellungen, Erwartungen wurden ausgetauscht, eine Auswahl mußte getroffen werden.

Man erzählte, hörte zu: Ein Schwesternhelferin-Kurs – 14 Tage Theorie, 14 Tage Praxis – in den Ferien wurde von der Johanniter-Unfall-Hilfe des örtlichen Krankenhauses angeboten. Arbeit im Krankenhaus, „der Dienst am Nächsten“, das konnte man mal ausprobieren, versuchen. In den Schulferien



Wer helfen will, muß lernen – JUH-Schwesterhelferinnen in der Ausbildung.

soziales Engagement zur Berufsfindung – genau das war es eigentlich.

Freunde und Bekannte wurden begeistert, die Anmeldung erwartete nicht schnell genug sein. Erwartungen, Ideale, Erfahrungen . . . das Gesprächsthema für die nächsten Wochen war vorgegeben.

Ich habe die Schwesternhelferinnen-Ausbildung im Johanniter-Krankenhaus in Radevormwald gemacht und dort wie viele meiner Mitschüler nach dem Abitur gearbeitet – eine schöne, interessante und vor allem abwechslungsreiche Arbeit. Abwechslungsreich, weil ich die Möglichkeit hatte, das Krankenhausleben auf vielen Stationen verfolgen zu dürfen, mithelfen zu dürfen, kranke Menschen zu pflegen. Chirurgie, Gynäkologie, Kinderstation und Altenheim, überall begegnete man anderen Menschen, anderen Problemen und neuen Ansprüchen, die erfüllt werden mußten. Großes Entgegenkommen seitens des geschulten Pflegepersonals war bei Interesse immer vorhanden; sogar fünf Geburten durfte ich miterleben.

Jeden Tag konnte man etwas Neues dazulernen:

● Theorie ist nicht gleich Praxis

● „Arbeitsklima“, diesem bisher abstrakten Begriff konnte ich plötzlich Inhalt zuordnen: Wie wichtig ein gutes Auskommen mit Stationspersonal und Patienten, jeder Zeit und immer – und wie schwierig und anspruchsvoll?

● Wie anstrengend der Tagesablauf: betten, waschen, Frühstück bereiten, Verbände erneuern, Kissen aufschütteln,

Franzbranntwein für den geplagten Rücken – und immer mit individueller Zuwendung ein wenig Zuspruch von mir für diesen einen Menschen, jetzt im Moment, wo ich sein Zimmer betrete. Er weiß nicht, darf nicht bemerken, daß ich viele, sehr viele Zimmer am Tag betrete . . .

So die Theorie! Kaum vorstellbar, kaum zu ermessen, welche Kraft, welche Konzentration dazu notwendig ist. Kann eine Stationschwester, ein Arzt neben den vielen Aufgaben im Krankenhausbetrieb dies leisten? Muß nicht Routine an die Stelle von Individualität treten, „Arbeitsroutine“, wie sie in jedem Betrieb notwendig ist, der voll funktionsfähig bleiben soll?

Diese Routine ist wohl kaum zu vermeiden, wie mir Ärzte und Schwestern zugestanden, dennoch sehr berechtigt die Klage über die häufig stereotype Behandlungsweise des Patienten von dem Personal, berechtigt, ja notwendig der Ruf nach mehr Humanität im Krankenhaus!

Diesem Ruf kann die Schwesternhelferinnen folgen. Hier liegt für mich ihr Einsatz, ihr diakonischer Auftrag:

Der Schwester zu helfen, selbst einen Krankenhausaufenthalt für den Patienten als positives Erlebnis zu gestalten. Hier liegt ihr Wirkungsbereich: in der so wichtigen sozialen, pflegerischen Hilfe vor Ort, am Krankenbett, die der Arzt nicht mehr leisten kann.

Die Schwesternhelferinnen hat die Möglichkeit der persönlichen Zuwendung, der direkten Hilfe in den „kleinen Dingen“, die so viel Erleichterung für den kranken

Menschen bringt. Eine festgehaltene Hand, ein fröhliches Wort, ein wenig Alkohol und Salbe zur Venenpflege, eine Tasse Tee für den großen Durst, auch noch nach „Feierabend“!

Diese Ausbildung und dieser Dienst binden mich auch ein in die große Schar von Schwesternhelferinnen, die im Katastrophenfall zum Einsatz gerufen werden. Mein Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft wurde in dieser Zeit geschärft. Keiner, auch ich nicht, wünscht sich einen Einsatz als Folge einer Brand-, Flut- oder Schneekatastrophe, aber von mir selbst weiß ich nun, daß ich dafür „gerüstet“ bin, daß ich helfen kann.

„Warum tust du diesen freiwilligen Dienst?“, bin ich oft gefragt worden, woher kann die Schwesternhelferinnen die Kraft, die Motivation für solche Arbeit nehmen?

Ich frage Sie: Haben Sie je die glücklichen, freudigen, plötzlich strahlenden Augen eines kranken Menschen gesehen, dem Sie ihre Aufmerksamkeit widmeten, dem Sie eine kleine Bitte erfüllten, zu dessen Wohlbefinden Sie beitragen konnten?

Haben Sie je die Hand des plötzlichen Vertrauens – auch der Angst – gehalten? Nein? Dann tun Sie es ganz schnell, noch heute, und Sie werden spüren, woher eine Schwesternhelferinnen die Kraft für ihren Auftrag nehmen kann, woher ich sie genommen habe und wieviel Leben mir diese Arbeit schenken konnte.

Anke Löhmer

Erste Einsätze des „Unfallfolgedienstes“

Dolmetscher, heimisches Essen und Heimfahrt für Türken nach Verkehrsunfall

Köln (KNA-Korr.) Am 11. August platzte auf der Autobahn Köln-Bonn ein Reifen an einem überladenen Kleintransporter. Der Wagen, in dem sich zehn Türken befinden, gerät ins Schleudern und stürzt auf die Seite. Mit Krankenwagen werden die Verunglückten in die Krankenhäuser von Siegburg und St. Augustin gebracht, eine Abschleppfirma birgt den Wagen und das Gepäck. Die Polizei informiert die Kreisgeschäftsstelle der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) in Köln. Wenige Minuten später, um 15.10 Uhr, fahren von dort ein Personenwagen und ein Kleinbus nach Siegburg.

Ein türkischer Mitarbeiter der Unfallhilfe ermittelt die Personalien und die Wohnorte der völlig verstörten Türken, die auf der Fahrt von Zuidern in den Niederlanden und Gent in Belgien zu ihrem Heimatort bei Istanbul waren und die kein Deutsch sprechen. Nach der ambulanten

Behandlung in den Krankenhäusern werden sechs Türken nach Köln gebracht, wo sie sich auf Notbetten ausruhen können. Helfer bringen aus einem türkischen Lokal Essen. Mit zwei Wagen werden die Türken mitsamt ihrem Gepäck, das von der JUH abgeholt worden war, in ihre Wohnorte zurückgefahren. Nach zwölf Stunden, gegen 3 Uhr morgens, ist die Aktion beendet.

Solche „Unfallfolgedienste“ sind für den katholischen Malteser-Hilfsdienst (MHD) und die evangelische Johanniter-Unfall-Hilfe keine Seltenheit, doch seit Juli d. J. werden solche Hilfeleistungen rund um die Uhr von 72 Meldestellen im ganzen Bundesgebiet koordiniert . . .

Beide Organisationen verfügen mittlerweile über Karteien, in denen die Anschriften und Telefonnummern von ehrenamtlichen Helfern, Reparaturwerkstät-

ten, Botschaften und Pensionen zu finden sind. Denn die Aufgaben sind vielfältig: Angehörige müssen untergebracht, das Gepäck sichergestellt, Behördengänge gemacht und Dinge des persönlichen Bedarfs besorgt werden. In den Pfarrgemeinden beider Konfessionen bitten die Hilfsdienste um Mitarbeit. In der Kartei ist aufgeführt, ob Fremdsprachenkenntnisse vorhanden sind, um ausländische Unfallopfer aufzunehmen oder ob Kinder in der Familie betreut werden können, deren Eltern bei dem Unfall getötet oder schwer verletzt wurden.

Im Fall der verletzten Türken vermittelte der Hilfsdienst noch einige Wochen lang zwischen den Angehörigen und dem Krankenhaus, in dem ein verletztes Kind stationär behandelt werden mußte.

Christel Bender (KNA)

Subsidiaritätsprinzip – ein Fundament der MHD-Arbeit

Bekennnis zum Primat der Ehrenamtlichkeit

Ansprache von MHD-Vizepräsident Dr. Graf Rechberg zur Frage der Verstaatlichung des Rettungswesens

Mit der Kritik an der bestehenden Struktur des Rettungswesens beschäftigt sich der Vizepräsident des Malteser-Hilfsdienstes, Dr. Albrecht Graf von Rechberg, in einer Ansprache vor Medizinern und Vertretern der Hilfsorganisation. Seine Darlegungen zur Entwicklung dieses Hilfszweigs und zum grundsätzlichen Rettungsdienstverständnis des MHD geben wir im folgenden wieder:

Selbst namhafte Fachleute auf dem Gebiet des Rettungswesens treten immer wieder mit der Forderung an die Öffentlichkeit heran, im Interesse des Patienten, wie sie sagen, die Grundlagen unseres Rettungswesens zu verändern.

Da ist von Verbandsmeierei die Rede, vom Kampf der Rettungssanitäter um den Patienten an der Unfallstelle, von der Profitgier der Rettungsorganisationen, von Kompetenzstreit, mangelhafter Ausbildung und anderem mehr.

Es wird die Forderung nach ausschließlich hauptberuflichen Rettungssanitätern, nach dem staatlichen Rettungsdienst und nach der Beseitigung der Pluralität der Organisationen erhoben.

Warum wehren wir uns so konsequent und energisch gegen solche Tendenzen? Warum stimmen wir nicht einfach zu, daß der Rettungsdienst der öffentlichen Hand übergeben wird, und widmen uns statt dessen verstärkt unseren vielen anderen Aufgaben? Warum erheben wir den Anspruch, als Malteser-Hilfsdienst im Rettungsdienst mitzuwirken bis hin zum Notarzt- und Luftrettungsdienst? Warum beanspruchen wir das Recht, unsere Rettungssanitäter selbst auszubilden, warum schließlich betonen wir die Unverzichtbarkeit der ehrenamtlichen Hilfe auch im Rettungsdienst?

Um all diese Fragen zu beantworten, die letztlich den gleichen Kern haben, scheint es mir notwendig, vor allem die geistigen Grundlagen unserer ganzen Arbeit zu beleuchten. Nur aus diesem Ansatz kann unser Engagement verständlich werden.

Der Gründungsauftrag des MHD ist allgemein bekannt: Nach den Verwüstungen des 2. Weltkriegs trat die Bundesregierung, etwa ab 1951, an die großen

gesellschaftlichen Gruppen mit der Bitte heran, dabei mitzuwirken, daß große Teile der Bevölkerung im Rahmen des vorbeugenden Schutzes gegen Katastrophen in Erster Hilfe ausgebildet würden. Im katholischen Bereich war es aus traditionellen Gründen selbstverständlich, daß der Malteser Orden diesen Auftrag annahm. Gemeinsam mit dem Deutschen Caritasverband gründete er 1953 den Malteser-Hilfsdienst, um diese Aufgabe zu bewältigen.

Wirksame Hilfe setzt aber meist ein Zusammenwirken und damit eine entsprechende Organisation voraus. Es zeigte sich auch, daß viele Absolventen solcher Erste-Hilfe-Ausbildungen sich dafür engagieren wollten, kollektiv, in organisierter Form praktische Nächstenliebe in der uralten Tradition der Malteser zu üben. Aus diesem Engagement erwachsen aktive Gruppen, wurde Einsatzgerät angeschafft, wurde die Ausbildung intensiviert und wurden immer mehr Einsätze geleistet. Unsere Gliederungen beteiligten sich an der Entwicklung unseres Sanitäts- und Rettungswesens. In vielen Fällen wurden sie dazu aufgefordert, in vielen Fällen aber – und das sollte unbedingt positiv bewertet werden – haben sich die Helfer von sich aus angeboten, ja danach gedrängt. Ihre Einsätze waren zum Teil bitter notwendig.

In den letzten 25 Jahren hat der Rettungsdienst eine ungeheure Entwicklung erfahren. Aus dem Helfer von früher ist der Rettungssanitäter geworden, der mit hochkomplizierten technischen Geräten arbeiten muß. Das einfache Transportmittel von einst ist heute vielfach der lebensentscheidende vorgeschobene Arm des Krankenhauses. Die Komplexität der Organisation, die Anforderungen an die Ausbildung und nicht zuletzt die Kosten sind enorm gestiegen, entsprechen aber den gewandelten Erfordernissen.

In dieser Situation wäre eine historische Entwicklung und sogar eine Begeisterung für freiwillige Mitarbeit allein nicht ausreichend, den Anspruch des MHD auf Mitwirkung im Rettungsdienst und die Forderung, dabei auch die freiwilligen Helfer einzubeziehen, zu begründen. Es wäre vielmehr legitim, unsere Helfer mit dem gebührenden Dank für

die geleistete Arbeit zu verabschieden.

Es gibt jedoch andere, tiefer liegende Gründe für unsere Haltung. Nach den Bestimmungen unseres Grundgesetzes zählt der Rettungsdienst eindeutig nicht zu den Aufgaben des Bundes. Ob es eine Aufgabe des Landes oder der Kommunen ist, sich des Rettungsdienstes anzunehmen, ist theoretisch nicht mit letzter Konsequenz festgestellt worden. In der Praxis haben die Länder durch Gesetze oder Vereinbarungen die Initiative ergriffen und dabei recht oft vorherige Ansätze der Gemeinden oder Landkreise in ihre Planungen einbezogen, ja, wie im Fall des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes, ist den Landkreisen in der Form entsprechender Zweckverbände wesentliche gestalterische Kompetenz zugewiesen.

Hinter dieser Zuweisung steht der Gedanke, daß Rettungsdienst wesentlich eine Angelegenheit ist, die besonders bürgernah und bürgerschaftlich zu organisieren ist. Spektakuläre Unfälle von Urlaubern auf der Autobahn sollten uns nicht den Blick dafür verstellen, daß sich die Mehrheit aller Einsätze im unmittelbaren Umfeld des jeweiligen Patienten, in seiner Wohnung, an seiner Arbeitsstätte, bei seiner Freizeitgestaltung, ereignen. So ist es auch die Aufgabe seiner unmittelbaren Umgebung, seines Nächsten, in einer solchen Not zu helfen. Rettungsdienst bleibt also eine konkrete bürgerschaftliche Hilfsaufgabe und reiht sich so – unabhängig von einer aus anderen Aspekten vielleicht zweckmäßigen Zuordnung der Aufgabe – zum Bereich Sicherheit und Ordnung, in die Vielzahl ähnlicher Hilfsaufgaben ein, die von unseren vielen freien Wohlfahrtsorganisationen wahrgenommen werden.

Der Rettungsdienst ist zugleich dem Grundprinzip eines Wohlfahrtswesens unterworfen, dem Subsidiaritätsprinzip. Dieses Prinzip, welches immer wieder diskutiert wird und mit dessen Interpretation sich unsere Gesellschaftswissenschaft immer wieder zu mühen hat, ist für uns als katholische Hilfsorganisation ein Fundament unserer Arbeit. Das Grundgesetz bekennt sich zu ihm (in den Artikeln 2, 4, 6 und vor allem auch 8 und 9) und zu seinen Konsequenzen.

Es stellt aber auch andererseits einen der wesentlichen Teile der katholischen Soziallehre dar. In der großen päpstlichen Sozialzyklika „Quadragesimo Anno“ heißt es dazu: „Jede Gesellschaftstätigkeit ist ihrem Wesen nach subsidiär: Sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber nicht erschlagen oder aufsaugen. Denn wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaft zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleinen und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für weitere und übergeordnete Gemeinschaften in Anspruch zu nehmen“.

Subsidiarität heißt also: Was der einzelne leisten kann, das soll ihn die Gemeinschaft leisten lassen; was die kleine Gruppe leisten kann, das darf nicht von großen, anonymen Strukturen übernommen werden.

Auf uns übertragen bedeutet das: Was der Nachbar helfen kann, der als Laienhelfer ausgebildet sein kann, das braucht nicht organisiert zu werden; was die kleine Maltesergruppe am Ort helfen kann, braucht nicht höheren Orts und schon gar nicht durch eine staatliche Organisation ersetzt werden.

Freilich gilt es streng darauf zu achten, ob und inwieweit der Malteserhelfer tatsächlich helfen kann. Eine bloße Programmatik genügt hier nicht. Wir müssen immer das Wohl des Leidenden im Auge haben und uns prüfen, ob wir das Bestmögliche leisten. Ständige Selbstkritik ist daher für uns ebenso am Platze, wie eine enge und im eigentlichen Sinne partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und öffentlichen Stellen. Das Bayerische Rettungsdienstgesetz kann meines Erachtens durchaus als Ergebnis einer solchen Zusammenarbeit verstanden werden.

Es steht außer Zweifel, daß die Zunahme der Notfälle, die immer deutlicher zutage tretende Unterversorgung mancher, vor allem ländlicher Bereiche – bei gleichzeitigem Überangebot an anderer Stelle – und vor allem die über alle Maßen steigende Tendenz in den Kosten für die aus medizinisch-wissenschaftlicher Sicht geforderte Ausstattung aller Organisationen an die Grenzen ihrer eigenen Möglichkeiten geführt hatten. Die Entlastung vom finanziellen Risiko war daher an sich schon eine fast ausreichende Begründung für die Notwendigkeit einer umfassenden Regelung. Allerdings sollte die Dämpfung des für den Erfolg schon sehr wichtigen unternehmerischen Antriebs als Negativfolge nicht unerwähnt bleiben. Er ist im Interesse des Gemeinwohls wichtig, obwohl

die Hilfsorganisationen nicht auf Gewinn ausgerichtet sind.

Wenn wir aus unserer Sicht das Rettungsdienstgesetz zusammenfassend als Erfolg bezeichnen, schließt das nicht aus, drohende Mängel stets kritisch zu sehen und Regelungen zu überdenken.

Die Überprüfung sollte an zwei Grundfragen ausgerichtet werden:

1. Wird das Gebot des Subsidiaritätsprinzips in genügendem Maße gewahrt?

2. Genügen wir dem Anspruch, für die Verunfallten die erforderliche Leistung zu erbringen? Technik und Wissenschaft werden stets neue Möglichkeiten und Forderungen aufweisen, denen wir uns beweglich anpassen müssen.

Zur ersten Frage können wir feststellen – und ich weiß, daß die Tendenz in anderen Ländern nicht anders läuft –, daß zwar das Organisationsmodell als solches alle Chancen für eine echte Subsidiarität bietet, daß aber sein Vollzug einige schwerwiegende Gefahren für die Subsidiarität aufgezeigt hat. Ich denke daran, daß einige kommunale Rettungszweckverbände ihre Aufgabe bis heute nicht erkannt haben und sich zum Beispiel weigern, gestalterisch tätig zu werden. Ich denke auch daran, daß im Rettungsdienst ein Verwaltungsapparat aufgebaut wurde, der seine Eigengesetzlichkeit und Schwerkraft hat, die drückend werden kann. Hier sehen wir die Gefahr, daß die normale Hilfe des Bürgers für seinen in Not geratenen Nächsten und der Gemeinde für ihre Bürger im Rettungsdienst zu einer pseudostaatlichen Serviceleistung degradiert wird, die wie von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft – immer stärker mit bezahlten Kräften – dem Land geboten wird. Eine solche Serviceleistung kann bestens nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen organisiert sein und trotzdem fern von dem sein, was wir uns als echte Hilfe vorstellen. Das Beispiel der Feuerwehr, die sich aus Hauptberuflichen und vielen freiwilligen Helfern zusammensetzt, zeigt, daß der richtige Weg woanders liegt. Wenn die Mithilfe ehrenamtlicher Kräfte noch gelegentlich ausschließlich als Kostendämpfungsfaktor gesehen wird, dann ist dies für die Verantwortlichen der Hilfsorganisationen ein Alarmzeichen. Mit ehrenamtlichen Helfern zu arbeiten ist schwieriger, fordert höheren Einsatz der Führer, aber es ist auch kreativer und besser dazu angetan, die Rettung nach unserem Verständnis von einem freiheitlichen Staat und einem Zusammenleben von Christen zu fördern. Man denke nur an das Beispiel der Bergwacht. Der Rettungsdienst sollte auch nicht jeden Wettbewerb unterbinden. Die Belebung des edlen Wettstreits kann die Fortschreibung des hohen qualitativen Standards, dessen wir uns erfreuen dürfen, besser

sichern und trotzdem rationalisierend wirken.

Aber, und das ist die 2. Frage, können wir ein solch hohes Niveau unter Mitwirkung von ehrenamtlichen Helfern halten? Wird das nicht tatsächlich eine Aufgabe, die nur noch durch den berufsmäßigen Rettungssanitäter erfüllt werden kann?

Bis jetzt haben wir allemal das Gegenteil beweisen können. Nach Inkrafttreten der neuen Ausbildungsvorschriften, die einvernehmlich erarbeitet wurden, haben wir in Bayern sowohl haupt- als auch ehrenamtlichen Mitarbeitern Rettungssanitäter-Zeugnisse überreichen können. In Passau zum Beispiel ist im vergangenen Monat ein Rettungssanitäter-Lehrgang ausschließlich für ehrenamtliche Helfer abgeschlossen worden.

Für uns bedeutet aber ehrenamtlicher Rettungsdienst mehr. Für uns ist der ehrenamtliche, freiwillige Helfer im Rettungsdienst kein Lückenbüßer und schon gar kein Kostenfaktor. Er ist es, der primär geeignet ist, diesen Dienst zu leisten. Denn er bringt, abgesehen von einer soliden Fachausbildung, etwas mit, was für den Erfolg seines Dienstes unabdingbar ist: Echte Freude am Dienst, Freude am Helfen, die Motivation aus dem Engagement. Nicht nur ist für ihn Rettungsdienst wie jeder unserer Dienste Bürgerdienst, er ist auch die Chance, ein echtes Christenleben zu verwirklichen. Denn, auch wenn vielen unserer Helfer die Artikulation dieses Satzes schwerfallen würde, er schaut in seinem kranken Bruder auch Gott – schon die Malteserregel von 1123 spricht von dem „Herrn Kranken“.

Diese Haltung, die dem Menschen auch angeboren ist, seiner Natur entspricht, vermittelt ihm den rechten Zugang zum Kranken, den keine noch so perfekte Organisation vermitteln könnte. So wird das Wesen jeder Hilfe im engagierten Christen, der freiwillig hilft, offenbar. Dieser ist so der Lehrmeister aller Helfer und nicht deren Ersatz. Dies schließt nicht aus, daß ein so engagierter Helfer sich auch berufsmäßig ganz in den Dienst seiner Organisation stellt, fordert von ihm freilich ein tiefes Verständnis für diese Grundlagen.

Die Frage, ob der Malteserhelfer helfen kann, findet daher eine doppelte Antwort: Ja, er kann, und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen und – darüber hinaus – er muß, und wir müssen ihm die Chance dazu geben.

Dies heißt für uns, daß wir uns jederzeit und sehr klar zum unbedingten Primat ehrenamtlicher Hilfe bekennen müssen. Diesen kostbaren Grundsatz müssen wir beherzigen und ständig daran arbeiten, in Theorie und Praxis. Nur so werden wir auch in Zukunft unseren Herren Kranken wirklich dienen können.



Ergebnislisten der 7. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe des CTIF 1981 in Böblingen

Wertungsgruppe Freiwillige Feuerwehren Klasse A (Gesamalter bis 269 Jahre)

Goldmedaillen

Platz	Gruppe	Land	Punkte
1.	Winnebach	Südtirol	412
2.	Nidderau-Eichen 2	Bundesrepublik Deutschland	410
3.	St. Georgen	Österreich	410
4.	Untertweg	Österreich	410
5.	Nidderau-Eichen 1	Bundesrepublik Deutschland	409
6.	Kotlje	Jugoslawien	408
7.	Teis-Villnös	Italien/Südtirol	407
8.	Neukirchen/Großvenediger	Österreich	406
9.	Gerstetten	Bundesrepublik Deutschland	406
10.	St. Johann im Walde	Österreich	404
11.	Büd.-Wolferborn	Bundesrepublik Deutschland	404
12.	Böblingen	Bundesrepublik Deutschland	403
13.	Großraming	Österreich	403
14.	Honezovice	ČSSR	401
15.	Grünberg-Lardenbach	Bundesrepublik Deutschland	400

Silbermedaillen

16.	Lustenau	Österreich	399
17.	Kadlub	Polen	398
18.	Mezzolombardo	Italien	398
19.	Regeneracija Zabok	Jugoslawien	397
20.	Donja Kastela	Jugoslawien	396
21.	Lintgen	Luxemburg	393
22.	Ettelbruck	Luxemburg	392
23.	Begunje	Jugoslawien	389
24.	Nummela	Finnland	387
25.	Eichhorn	Österreich	387
26.	Portalegre	Portugal	386
27.	Lenzing	Österreich	385
28.	Taivassalo 2	Finnland	383
29.	Novo Mesto	Jugoslawien	382
30.	Ragoli	Italien	382

Bronzemedailen

31.	Weiler-Putscheid 1	Luxemburg	381
32.	Borgo Valsugana	Italien	381
33.	Mamer	Luxemburg	379
34.	Digoin	Frankreich	379
35.	Pyhäsalmi	Finnland	377
36.	Mertzig	Luxemburg	377
37.	Altkirch	Frankreich	376
38.	Barr	Frankreich	374
39.	Ardooie	Belgien	370
40.	Harand	Ungarn	369
41.	Farum	Dänemark	367
42.	Montreux	Schweiz	365
43.	Saint Louis	Frankreich	364
44.	Turckheim	Frankreich	358
45.	Osweiler	Luxemburg	keine Wertung

Wertungsgruppe Freiwillige Feuerwehren Klasse B (Gesamalter über 270 Jahre)

Goldmedaillen

Platz	Gruppe	Land	Pkt.
1.	St. Pölten	Österreich	429
2.	Friedrichsthal	Bundesrepublik Deutschland	425
3.	St. Martin/Gsies	Italien/Südtirol	417
4.	Obermais	Italien/Südtirol	416
5.	Schiffdorf-Bramel	Bundesrepublik Deutschland	415
6.	Weiler-Putscheid 2	Luxemburg	411
7.	Waldbach	Österreich	411
8.	Kematen	Italien/Südtirol	409
9.	Olpe	Bundesrepublik Deutschland	409
10.	Roeselare	Belgien	406
11.	Maasmechelen	Belgien	404
12.	Tione di Trento	Italien	402
13.	Asendorf	Bundesrepublik Deutschland	401
14.	Aalst	Belgien	394
15.	Oudenaarde	Belgien	394
16.	Doetinchem	Niederlande	391

Silbermedaillen

17.	Arco	Italien	391
18.	Graft de Rijp 1	Niederlande	390
19.	Hamm	Luxemburg	389
20.	Hulst	Niederlande	388
21.	Internationale Gruppe	-	388
22.	Willebroeck	Belgien	388
23.	Noordoostpolder 1	Niederlande	386
24.	Odder	Dänemark	386
25.	Cessange	Luxemburg	385
26.	Heusen-Zolder	Belgien	384
27.	Birkerød	Dänemark	383
28.	Graft de Rijp 2	Niederlande	378
29.	Enisheim	Frankreich	376
30.	Schiltigheim	Frankreich	375
31.	Pedersöre	Finnland	373

Bronzemedailen

32.	Maasland	Niederlande	369
33.	Nurmo	Finnland	369
34.	Skive	Dänemark	369
35.	Herning	Dänemark	369
36.	Lappeenranta	Finnland	367
37.	Basilisk-Basel	Schweiz	367
38.	Bilzen	Belgien	365
39.	Oudewater	Niederlande	365
40.	Noestved	Dänemark	361
41.	Slagelse	Dänemark	357
42.	Horsens	Dänemark	355
43.	Peruwelz	Belgien	355
44.	Düdelingen	Luxemburg	354
45.	Noordoostpolder 2	Niederlande	341
46.	Oostvoorne	Niederlande	339
47.	Illkirch-Graffenstaden	Frankreich	323

Wertungsgruppe Berufsfeuerwehren Klasse A (Gesamalter bis 269 Jahre)

Goldmedaille

Platz	Gruppe	Land	Pkt.
1.	Enskadi	Spanien	327

**Wertungsgruppe Berufsfeuerwehren
Klasse B (Gesamalter über 270 Jahre)**

Goldmedaille

Platz	Gruppe	Land	Pkt.
1.	Batalhao	Polen	416

Silbermedaille

2.	Hasselt	Belgien	383
----	---------	---------	-----

Bronzemedaille

3.	Gendofte	Dänemark	351
----	----------	----------	-----

Wertungsgruppe Frauengruppen

Goldmedaillen

Platz	Gruppe	Land	Pkt.
1.	Mladost Kastel Swcwrac	Jugoslawien	382
2.	Frydek-Mistek	ČSSR	373
3.	Sirela Bjelovar	Jugoslawien	369

Silbermedaillen

4.	Taivassalo 1	Finnland	366
5.	Bienenbüttel	Bundesrepublik Deutschland	362

Bronzemedaillen

6.	Lipowa	Polen	353
7.	Posio	Finnland	348

Internationaler Sportwettkampf der Berufsfeuerwehren

Goldmedaillen

Platz	Land	Pkt.
1.	Deutsche Demokratische Republik	8
2.	UdSSR	8
3.	ČSSR	13

Silbermedaillen

4.	Polen	14
5.	Ungarn	18
6.	Italien I	23

Bronzemedaillen

7.	Italien II	29
8.	Jugoslawien	31

**Internationaler
Jugendfeuerwehr-Leistungsbewerb**

Platz	Gruppe	Land	Pkt.
1.	Neckenmarkt	Österreich	1057
2.	St. Peter	Österreich	1038
3.	Sarnthein	Südtirol/Italien	997
4.	Hajdose	Jugoslawien	995
5.	Oberneukirchen	Bundesrepublik Deutschland	995
6.	Elbiag	Polen	994
7.	Jesberg-Densberg	Bundesrepublik Deutschland	994
8.	Roma	Italien	993
9.	Spisská Nová Ves	ČSSR	988
10.	Luxemburg II	Luxemburg	986
11.	Luxemburg I	Luxemburg	978
12.	Ste Foy-L-Lyon	Frankreich	977
13.	Valko	Finnland	960
14.	Hamari	Finnland	951
15.	Veldhoven	Niederlande	947
16.	Kiens	Südtirol/Italien	946
17.	Waalre	Niederlande	929
18.	Altkirch	Frankreich	915
-	Roeselare	Belgien	keine Wertung

**Teilnehmer an den 7. Internationalen Feuerwehrwettkämpfen
des CTIF 1981 in Böblingen**

Land	Freiwillige Feuerwehren		Berufs- feuerwehren Gruppen	Jugend- feuerwehren Gruppen	Gesamt- Gruppen
	Gruppen Männer	Gruppen Frauen			
1 Belgien	10	-	-	1	11
2 Bundesrepublik Deutschland	10	1	-	2	13
3 ČSSR	1	1	1	1	4
4 Dänemark	9	-	-	-	9
5 Deutsche Demokratische Republik	-	-	1	-	1
6 Finnland	6	2	-	2	10
7 Frankreich	8	-	-	2	10
8 Italien	10	-	2	3	15
9 Jugoslawien	5	2	1	1	9
10 Luxemburg	10	-	-	2	12
11 Niederlande	9	-	-	2	11
12 Österreich	10	-	-	2	12
13 Polen	1	1	1	1	4
14 Portugal	2	-	-	-	2
15 UdSSR	-	-	1	-	1
16 Ungarn	1	-	1	-	2
17 Schweiz	2	-	-	-	2
18 Spanien	1	-	-	-	1
insgesamt	95	7	8	19	129

102

**Teilnehmer aus der
Bundesrepublik**

**Wertungsgruppe Freiwillige Feuerwehren
Klasse A**

- 2. Nidderau-Eichen 2 (Hessen)
- 5. Nidderau-Eichen 1 (Hessen)
- 9. Gerstetten (Baden-Württemberg)
- 11. Büdingen-Wolferborn (Hessen)
- 12. Böblingen (Baden-Württemberg)
- 15. Grünberg-Lardenbach (Hessen)

**Wertungsgruppe Freiwillige Feuerwehren
Klasse B**

- 2. Friedrichsthal (Saarland)
- 5. Schiffdorf-Bramel (Niedersachsen)
- 9. Olpe (Nordrhein-Westfalen)
- 13. Asendorf (Niedersachsen)

Wertungsgruppe Frauengruppen

- 5. Bienenbüttel (Niedersachsen)

Wertungsgruppe Jugendfeuerwehr

- 4. Oberneukirchen (Bayern)
- 6. Jesberg-Densberg (Hessen)



Dr. med. Ulrich Jost, Oberarzt des Zentrums für Anästhesiologie Bad Mergentheim, akademischer Lehrkrankenhausverband der Universität Heidelberg, Landesverbandsarzt der DLRG Baden

Der Ertrinkungsunfall – Sofort- und Folgemaßnahmen für „Beinahe-Ertrunkene“

Was tut der Laienhelfer – Was sollte er wissen?

Die zugänglichen Zahlen sprechen dafür, daß jährlich auf der Welt immer noch gleichbleibend 150000 Menschen ertrinken. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Zahl der tödlichen Unfälle durch Ertrinken erfreulicherweise in den letzten zehn Jahren auf nahezu die Hälfte zurückgegangen.

Dennoch bleibt der Ertrinkungsunfall die zweithäufigste Unfalltodesursache im Kindesalter. Kinder und Jugendliche sind besonders gefährdet. Von diesem Unfallmechanismus wird somit ein Personenkreis betroffen, der von Natur aus über große Reserven verfügt, so daß alle Einsatzmöglichkeiten für Rettung und Wiederbelebung eingesetzt werden müssen.

Ertrinken und Tod im Wasser sind nicht von vorneherein gleichzusetzen. Dem Tod im Wasser können unterschiedliche Vorgänge zugrunde liegen. Unter Süßwasseraspiration verstehen wir das Eindringen von Süßwasser in die Lunge, entsprechendes gilt für die Salzwasseraspiration. Es kann jedoch auch zum „trockenen“ Ertrinken kommen, bei dem durch den Wasserreiz die Stimmritze geschlossen wird. Eine Art Krampf der Stimmritze verhindert das Eindringen von Wasser in die Lunge. Gleichzeitig kann aber auch keine Luft mehr in die Atemwege gelangen.

Beim Reflextod handelt es sich um einen Vorgang, der ausgelöst wird über den 10. Hirnnerven. Dieser meldet einerseits Berührungs- und Kälteempfindungen aus dem Gesichts-, Hals- und Rachenbereich zum Hirn, sorgt auf der anderen Seite auch für eine Verlangsamung der Herzstätigkeit bis hin zur Unterdrückung. Wird dieser Nerv durch entsprechende Reize aktiviert, besteht die Möglichkeit, daß die Herzstätigkeit bis zum Herzstillstand verlangsamt wird. Auslösend können z. B. wirken ein durch Sonnenbaden überhitzter Kopf oder das Eindringen von Fremdkörpern in den Nasen-Rachen-Raum.

Erleidet eine Person einen Herzinfarkt, Lungenembolie oder einen epileptischen Anfall, so stellt dies eine bedrohliche Situation dar, wenn dies an Land ge-

schieht. Tritt dieses Ereignis im Wasser ein, so ist es häufig tödlich. Durch einen Unfallmechanismus ist natürlich jederzeit auch ein Tod im Wasser möglich, ohne daß man eigentlich von Ertrinken sprechen darf; und schließlich kann jemand auch im Wasser zu Tode gebracht werden oder als Leiche in Gewässer gelangen. Ferner muß man jederzeit, auch nach erfolgreicher Bergung und zunächst erfolgreicher Wiederbelebung, damit rechnen, daß in der weiteren Folge der Tod eintritt. Schuld daran sind die Auswirkungen des Sauerstoffmangels auf das Gehirn, das Herz und Lunge, letzteres wird als sekundäres Ertrinken bezeichnet. Schließlich kann das Eindringen von Wasser und Speiseresten zu einer üblichen Lungenentzündung führen, die in einer Blutvergiftung enden mag.

Von seiten der Gerichtsmediziner wird gerne unterschieden zwischen Ertrinkungstod und Badetod, wir halten diese Unterscheidung gegenüber der zuvor dargestellten Aufgliederung der Ertrinkungsunfälle aus der Sicht des Notarztes für unergiebig. Man muß aber wissen, daß diese Unterscheidungen versicherungsrechtlich noch von erheblichem Belang sind. Für den Laienhelfer spielen diese theoretischen Überlegungen eine untergeordnete Rolle, weil sie ohne Einfluß auf die Erstmaßnahmen und Erfordernisse der Nachsorge sind.

Alkohol ist eine häufige Ertrinkungsursache

Beim Ertrinkungsunfall handelt es sich immer um ein Ersticken (Asphyxie). Ein Auskommen aus dieser Situation durch eigene Kraft ist entweder nicht möglich, weil äußere Bedingungen vorliegen, die diese verzweifelte Situation erst herbeigeführt haben oder inzwischen eingetretene Erschöpfung, Auskühlung und Unterzuckerung des Blutes, meist kombiniert mit Alkoholeinfluß, die Leistungsfähigkeit des Opfers reduzieren. 30% der Ertrunkenen sollen unter Einfluß von Alkohol gestanden haben, die Angaben schwanken von 5% in Südosteuropa bis zu 80% in Skandinavien.

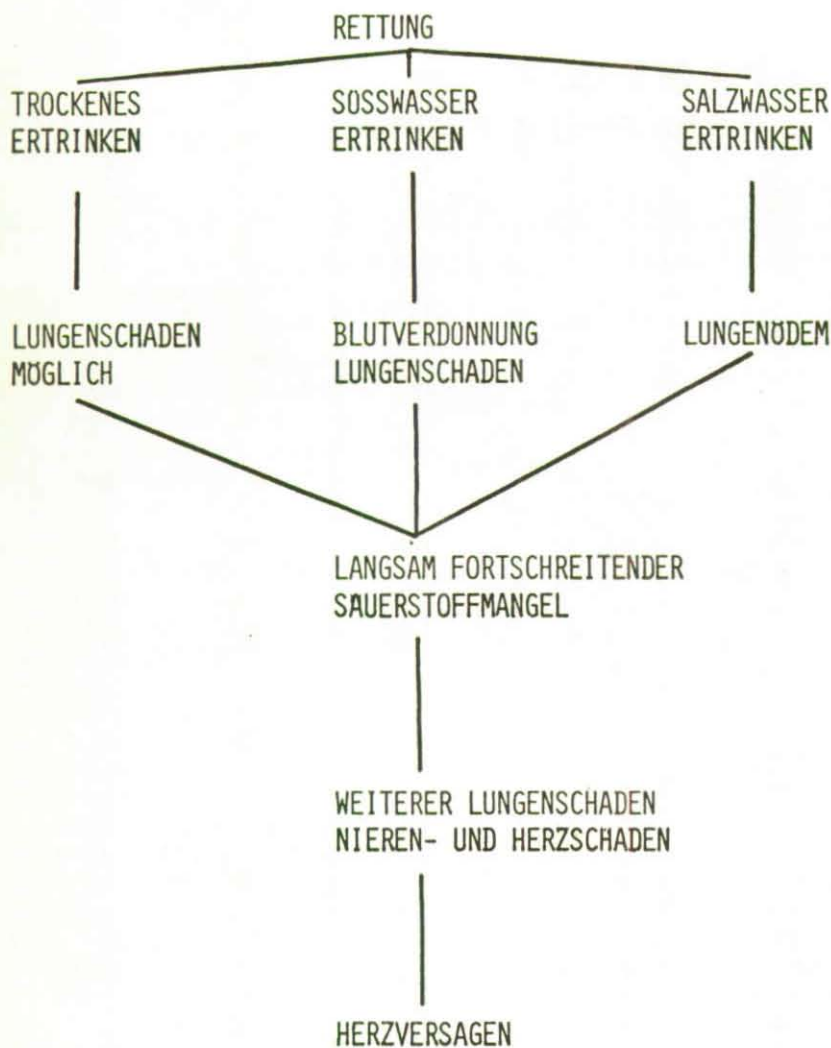
In 10–20% der Ertrinkungsunfälle kommt es zum sogenannten „trockenen“ Ertrinken.

In der Mehrzahl wird nach einer Zeit des Luftanhaltens mit einem oder mehreren Atemzügen Wasser in die Lunge eingeatmet. Gleichzeitig wird auch Wasser verschluckt, das – mit Mageninhalt vermischt – erbrochen werden und in die Lunge gelangen kann.

Die sich dann ereignenden Veränderungen im Körper hängen ab von der Art und Menge der in die Lunge gelangten Flüssigkeit. Beim Ertrinkungsunfall im Süßwasser besteht ein Salzgefälle zwischen Wasser und Blut, das mehr Salz als das Süßwasser enthält. Aus den Lungenbläschen wird das Wasser rasch in den Kreislauf aufgenommen, ein Vorgang, der in kürzester Zeit abläuft. Damit kommt es zu einer Verdünnung des Blutes, wodurch nun wiederum ein Salzgefälle von den roten Blutkörperchen zum umgebenden Blutplasma hervorgerufen wird. Die roten Blutkörperchen nehmen nun ihrerseits Wasser auf und können dadurch zum Platzen kommen. Dabei wird Kaliumsalz aus den roten Blutkörperchen freigesetzt, gleichzeitig entsteht freier roter Blutfarbstoff. Freiwerdendes Kaliumsalz und Sauerstoffmangel des Herzens führen zum Kammerflimmern, d. h. das Herz schlägt 300–600 Mal in der Minute, ohne daß ein Kreislauf zustande kommt. Der freiwerdende rote Blutfarbstoff ist in der Lage, die Nieren zu verstopfen.

Dies sind Ergebnisse, die man aus vielen Hunderten von Tierversuchen gewonnen hatte. Es hat sich aber in den letzten zehn Jahren deutlich gezeigt, daß diese Vorgänge beim Ertrinken eines Menschen weit weniger wichtig sind. Der Wert dieser Erkenntnisse ist zunehmend ein theoretischer geworden. Für die Praxis wesentlich wichtiger sind die Veränderungen, die sich beim Ertrinken im Süßwasser in der Lunge ereignen. Das Süßwasser wäscht aus den Lungenbläschen einen Oberflächenfaktor heraus. Dieser Oberflächenfaktor sorgt dafür, daß die Lungenbläschen, wenn sie luftleer sind; nicht zusammenfallen und so verkleben, daß keine Luft

UNTERTAUCHEN IM WASSER:



mehr in sie hinein kann. Dieser Oberflächenfaktor (Antiatelektasefaktor) wird ständig verbraucht und neu gebildet. Im Sauerstoffmangel der Lunge kann diese Neubildung aber nicht mehr erfolgen. Im weiteren Verlaufe bedeutet dies, daß immer mehr Lungenbläschen verkleben und beim Atmen oder Beatmen nicht mehr geöffnet werden können, somit können sie auch nicht am Gasaustausch teilnehmen. Zu solchen Lungenbläschen hinfließendes Blut wird nicht mit Sauerstoff angereichert, sondern fließt sauerstoffarm wieder zum Herzen zurück. So gelangt immer mehr sauerstoffarmes Blut in den Körper.

Wie alle Organe reagiert die Lunge selber auf den Sauerstoffmangel. Als Zeichen dieses Sauerstoffmangels der Lunge tritt eine Flüssigkeitsansammlung im Lungenzweischengewebe auf (Lungenödem). Dieses ist die einzige Art, in der die Lunge auf Schädigung reagieren kann. Durch die Flüssigkeitsansammlung

im Lungenzweischengewebe gelangt der Sauerstoff noch schlechter von den Lungenbläschen bis in die Blutgefäße, da er eine wesentlich weitere Strecke zurückzulegen hat. Auch durch diesen Mechanismus kommt es zu einer Unterversorgung des Körpers mit Sauerstoff.

Beim Ertrinkungsunfall im Salzwasser enthalten die Lungenbläschen eine Flüssigkeit, die reicher an Salzen ist als das Blut. So kommt es zum Abwandern von Wasser aus dem Blut in die Lungenbläschen. Dort sammelt sich eine schaumige Flüssigkeit an. Sie sitzt tief in den Atemwegen, in den allerkleinsten Verästelungen der Bronchien und in den Lungenbläschen. In diese Lungenbläschen gelangt wenig Sauerstoff, der dann eine weite Strecke bis zum Blut zurückzulegen hat. So kommt es auch hier zur Unterversorgung des Körpers mit Sauerstoff. Auch beim Salzwassertrinken fließt sauerstoffarmes Blut zu den Lungenbläschen hin, die nicht in der Lage sind,

Sauerstoff an das Blut abzugeben. Auch hier fließt das Blut sauerstoffarm in den Körper zurück.

Beim „trocknen“ Ertrinken kommt keine Luft in die Atemwege und damit auch kein Sauerstoff in den Körper. Somit stellt bei allen Ertrinkungsunfällen die Lungenschädigung und die daraus sich ergebende Untersättigung mit Sauerstoff das Hauptproblem dar, und die theoretisch denkbaren unterschiedlichen Vorgänge bei den verschiedenen Ertrinkungsunfällen erweisen sich als unbedeutend für die Erstversorgung des Ertrinkungsopfers.

Nach 60 Minuten erfolgreich wiederbelebt

Neben der Sauerstoffmangelschädigung aller Organsysteme ist bei Ertrinkungsopfern immer mit einer mehr oder weniger starken Auskühlung und dadurch bedingten Beeinträchtigung der Herzkreislauffähigkeit zu rechnen. Der Wärmeverlust eines sich im Wasser bewegenden, wenig bekleideten Menschen liegt um das 40fache höher als in Luft gleicher Temperatur.

Ein Vorteil des Körpertemperaturabfalls liegt in der dadurch verbesserten Wiederbelebungschance. Beträgt die Zeit, in der eine erfolgreiche Wiederbelebung möglich ist, normalerweise 3–5 Minuten nach Eintritt des Sauerstoffmangels, so kann bei einer Körpertemperatur von 30 Grad Celsius ein Sauerstoffmangel von 10 Minuten und bei 20 Grad Celsius Körpertemperatur von 20 Minuten ohne unwiderruflichen Schaden überstanden werden. Je jünger und gesünder das Ertrinkungsopfer vor dem Ereignis war, desto besser sind die Wiederbelebungsmöglichkeiten. Wir wissen von Kindern, die nach mehr als 60 Minuten Untertauchen erfolgreich wiederbelebt wurden. Solche spektakulären Wunderrettungen bleiben jedoch die Ausnahme. Generell muß festgehalten werden, daß die Erfolgsaussichten umso besser sind, je schneller die Bergung erfolgt und die Wiederbelebung beginnt.

Bei Atemstillstand, Blauverfärbung und schwerster Atemnot muß am Unfallort mit der künstlichen Beatmung begonnen werden. Nach mechanischer Reinigung des Nasen-Rachen-Raumes soll unverzüglich mit der Mund-zu-Mund oder Mund-zu-Nase-Beatmung begonnen werden. Versuche, Süßwasser aus den Lungen zu entfernen, müssen nach Kenntnis der zuvor geschilderten Vorgänge zwecklos bleiben. Das Wasser ist schon in den Kreislauf verschwunden. Ähnliches gilt für das Salzwasserertrinken, wo durch die Maßnahmen des Ersthelfers die Flüssigkeit aus den Lungenbläschen nicht entfernt werden kann.

Besteht außerdem ein Kreislaufstillstand, so wird sofort mit der äußeren Herzmassage begonnen. Das Vorliegen eines Kreislaufstillstandes stellen wir am Unfallort einzig durch Fühlen des Pulses an der Halsschlagader fest. Dabei ist es uninteressant, ob ein völliges Ausbleiben der Herztätigkeit, ein Kammerflimmern oder ein Schlagen des Herzens, welches zu keiner Kreislauffähigkeit führt, vorliegt. Können wir keinen Puls an der Halsschlagader fühlen, so müssen wir davon ausgehen, daß auch kein Blut zum Gehirn fließt und damit das empfindlichste Organ von der Sauerstoffversorgung abgeschnitten ist.

Der Zustand bzw. die Reaktion der Pupille sagt uns entgegen weitverbreiteter Ansicht nichts über die Kreislauffähigkeit. Form und Reaktion der Pupille geben eine Aussage über den Zustand des Gehirns. Eine weite Pupille bedeutet, wenn andere Einflüsse ausgeschlossen sind, vor allem dann, wenn diese weite Pupille nicht mehr auf Licht reagiert, eine Schädigung des Gehirns.

Bei „Beinahe-Ertrunkenen“ kann diese Hirnschädigung durchaus rückbildungsfähig sein. Ist dies der Fall, so verengt sich im Laufe von guten Wiederbelebungsmaßnahmen die Pupille bei Lichteinfall. Dem Erfahrenen gibt der Pupillenreflex eine Aussage über Art und Ausmaß der Hirnschädigung. Deshalb spielt der Pupillenreflex im Rahmen der Wiederbelebung eine gewisse Rolle. Für den medizinischen Laien muß eine weite, lichtstarke Pupille aussagen, daß der Kreislauf schon längere Zeit zum Stillstand gekommen ist. Es vergeht nämlich im Normalfall fast eine Minute, nachdem der Puls an der Halsschlagader ausbleibt, bis die Pupille weit wird. Dies ist die günstigste Zeit zur Wiederbelebung und muß unbedingt genützt werden.

Laienhelfer und Notarzt

Unter Fortführung von Herzmassage und Beatmung ist dann der Weitertransport im Rettungsboot oder Notarztwagen möglich. Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß die Überlebenschance eines solchen Patienten deutlich verbessert werden kann, wenn nach der Erstbehandlung des Laienhelfers, die unverzüglich einsetzen muß, der Notarzt mit all seinen technischen Möglichkeiten zum Einsatz kommt. So stellt dann auch der Ertrinkungsunfall einen Grund dar, den Rettungshubschrauber anzufordern.

Durch den Einsatz des Notarztes ist es möglich, frühzeitig dem Verunfallten das Verfahren der künstlichen Beatmung zukommen zu lassen, welches sich als das beste herausgestellt hat. Die Erfahrung hat gelehrt, daß eine Beatmung mit positiv endexpiratorischem Druck das be-

FORMEN DES TODES IM WASSER

1. SÜSSWASSERERTRINKEN
2. SALZWASSERERTRINKEN
3. TROCKENES ERTRINKEN ("STIMMRITZENKRAMPF")
4. REFLEXTOD - "EINTAUCHSCHOCK"
5. TOD IM WASSER ZUNÄCHST OHNE ERSTICKUNGSMECHANISMUS
 - A. KRANKHEITEN, DIE AUCH AN LAND ZU ERNSTHAFTEN GESUNDHEITSTÖRUNGEN, ABER NICHT ZUM TOD GEFÜHRT HATTEN.
 - B. UNFÄLLE IM ODER AM WASSER
 - C. VERBRECHEN ODER VERSCHLEIERUNG EINER STRAFTAT
6. TOD NACH ZUNÄCHST ERFOLGREICHER WIEDERBELEBUNG AN DEN FOLGEN DER SCHÄDIGUNG VON HIRN, LUNGE UND NIERE (SEKUNDÄRES ERTRINKEN)

ste Verfahren zur Beatmung „Beinahe-Ertrunkener“ darstellt.

Normalerweise atmen wir durch Dehnen des Brustkorbes ein, dabei entsteht in den Atemwegen ein Unterdruck, der die Luft ansaugt. Zu Beginn der aktiven Ausatemphase herrscht dann im Brustraum ein positiver Druck.

Bei der künstlichen Beatmung erfolgt die Einatmung mit etwas höherem Druck. In der Ausatemphase läßt der Druck nach, es entsteht aber kein Sog, und der Druck in den Atemwegen geht nur bis auf Null zurück. Durch Vorschalten eines Ventils ist es möglich, eine Beatmung über einen in die Luftröhre eingeführten Schlauch so zu gestalten, daß der Druck in der Ausatemphase höher als Null bleibt, d. h. am Ende der Ausatemphase liegt der Druck über Null, z. B. bei 5 cm Wassersäule. In der Sprache der Mediziner heißt das, wir haben einen positiven endexpiratorischen Druck. Weil aber viele Ausdrücke heute aus dem Englischen kommen, heißt es nicht Druck, sondern pressure. Nimmt man von jedem Wort den Anfangsbuchstaben, so kommt dabei heraus PEEP. Dies ist also das Geheimnis der PEEP-Beatmung. Durch den ständig erhöhten Druck in den Atemwegen werden die Lungenbläschen, die aufgrund ihrer Schädigung beim Ertrinkungsunfall zum Zusammenkleben neigen, offengehalten, sauerstoff-

reiches Luftgemisch kann in sie hineinströmen, und von dort kann der Sauerstoff in das Blut übergehen. Durch den ständig erhöhten Druck in den Atemwegen kann auch beim Salzwasserertrinken der Sauerstoff aus der Luft besser durch die Flüssigkeit hindurch in das Blut und dort in die roten Blutkörperchen wandern.

Ventile, die diese Beatmungsform ermöglichen, sind seit einiger Zeit auch für den Beutelbeatmer im Handel. Ihre Anwendung setzt aber spezielle Ausbildung in notärztlichen Maßnahmen voraus.

Das, was der Ersthelfer tun kann, ist, ein Beatmungsverfahren zu wählen, welches dem oben dargestellten am nächsten kommt. Dies ist das Verfahren der positiven Druckbeatmung, wie wir es mit der Mund-zu-Mund- oder Mund-zu-Nase-Beatmung erreichen. Beatmungsverfahren, bei denen im Laufe des Atemzyklus ein negativer Druck (Sog) entsteht, fördern nur die Neigung der Lungenbläschen zusammenzufallen mit all den nachteiligen Folgen. Sie sind zur Behandlung „Beinahe-Ertrunkener“ daher nicht geeignet.

Darüber hinaus ist es Aufgabe des Ersthelfers, den Verunfallten vor weiterer Auskühlung zu bewahren. Dabei kommt es ganz besonders darauf an, daß nasse

Kleidung entfernt wird und der Verunfallte in wärmende Decken eingefüllt wird. Nasse Kleidung entzieht dem Körper zusätzlich Wärme.

Schwere Fälle des „Beinahe-Ertrinkens“ sollten also immer zum Notarzteeinsatz führen. Die Verbringung des Verunfallten in ein entsprechend ausgerüstetes Krankenhaus zur Behandlung auf der Intensivstation ergibt sich dann nahezu zwangsläufig. Auf keinen Fall sollte ein überstürzter, provisorischer Transport – etwa mit privatem Pkw oder ungeeigneten Rettungsfahrzeugen – erfolgen. Erst muß der Verunfallte versorgt werden, dann erfolgt der gut überwachte Transport.

Der „Nachsorge“ kommt große Bedeutung zu

Ebenso wichtig wie die optimale Versorgung des Ertrinkungsopfers, das wiederbelebt wurde, ist jedoch auch die Nachsorge bei leichteren Fällen von „Beinahe-Ertrinken“ – auch wenn unter Umständen keinerlei Wiederbelebungsmaßnahmen erforderlich waren. Aufgrund der im Körper ablaufenden Vorgänge wie sie eingangs geschildert wurden, ist jederzeit mit einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes des Opfers zu rechnen. Aus anfänglicher minimaler Schädigung der Lunge heraus kann sich, wie dargestellt, ein fortschreitender Sauerstoffmangel des ganzen Körpers ergeben. Deshalb ist bei diesen Personen auf dem Transport mit dem Krankenwagen in ein Krankenhaus gebührend von der Sauerstoffinhalations-Gebrauch zu machen. Durch ein erhöhtes Sauerstoffangebot kann die Fehlverwertung des Sauerstoffs in der geschädigten Lunge überspielt werden. In der akuten Notsituation spielt eine evtl. Giftigkeit des Sauerstoffs keinerlei Rolle. Auch bei diesen Unfallopfern ist eine weitere Auskühlung durch nasse Kleidung unbedingt zu verhindern.

Die Zufuhr warmer Getränke ist ausgesprochen kritisch: Es versteht sich von selbst, daß einem Bewußtlosen nichts eingeflößt wird, aber auch ein noch bewußtseinsklares Ertrinkungsopfer kann in Folge jederzeit das Bewußtsein verlieren und dann eben zugeführte Flüssigkeit erbrechen. Es haben ja auch die meisten Ertrinkungsopfer reichlich Wasser verschluckt und schon von daher einen gefüllten Magen. Der Aufwärmeeffekt durch warme Getränke ist darüber hinaus in seiner Wirksamkeit sehr fragwürdig.

Weil sich der Gesundheitszustand eines „Beinahe-Ertrunkenen“ in den folgenden Stunden aus fast Wohlfinden bis zur lebensbedrohlichen Situation nachträglich verschlimmern kann, gehört jeder dieser Verunfallten für die nächste

Zeit in Überwachung. Dazu muß er in ein Krankenhaus verbracht werden, das über eine entsprechende intensivmedizinische Überwachungseinheit verfügt.

Diese Krankenhausaufnahme sollte auch notfalls gegen Widerstände des Patienten, seiner Angehörigen oder sogar niedergelassener Ärzte durchgesetzt werden. Weigert sich der Verunfallte hartnäckig, so sollte man sich diese Weigerung, ein Krankenhaus aufzusuchen, schriftlich geben lassen.

In der medizinischen Literatur wird seit nahezu zwei Jahrzehnten immer wieder berichtet, daß sich der Gesundheitszustand von „Beinahe-Ertrunkenen“ im Laufe der nächsten Stunden dramatisch verschlechtert hat. So ist von Jugendlichen bekannt, daß – nachdem sie aus dem Wasser geholt worden waren – keine Wiederbelebung notwendig war und auch keine Krankenhausaufnahme erfolgte. Mehrere dieser Jugendlichen sind dann am nächsten Morgen tot in

ihrem häuslichen Bett aufgefunden worden. Schlimmer noch ist die Tatsache, daß zum Teil die Krankenhausaufnahme auf eine allgemeine Station erfolgte, wo die nächtliche Überwachung unzureichend war, so daß der „Beinahe-Ertrunkene“ beim morgendlichen Waschen tot im Bett aufgefunden wurde. Wenn auch diese Abläufe nicht die Regel darstellen, so ist doch jeder „Beinahe-Ertrunkene“, der nachträglich zu Schaden kommt, ein Opfer zuviel.

Es gehört deshalb zur Hilfeleistungspflicht, bei Ertrinkungsunfällen auch dafür zu sorgen, daß der Verunfallte für wenigstens 24 Stunden in eine Intensivüberwachungseinheit verbracht wird. Auch bei leichten Fällen von „Beinahe-Ertrinken“ ist eine Aussage über das Überleben ohne bleibende Schäden erst nach drei bis vier Tagen möglich. Die Intensivbehandlung schwerer Ertrinkungsunfälle kann sich über Wochen hinziehen.

„Damit Hilfe kein Zufall bleibt“

Selbstschutzwoche in Leer – Auch die DLRG informierte

Am 9. und 10. Juli veranstaltete der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) innerhalb der Selbstschutzwoche in Leer einen Sicherheitswettbewerb. Unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters der Stadt Leer, Günther Boekhoff, beteiligten sich die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), das Technische Hilfswerk (THW), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) sowie das Kreisjugendamt und die Initiatoren der „Aktion Ferienspaß“ an der Veranstaltung. „Aktion Ferienspaß“ an der Veranstaltung. „Aktion Ferienspaß“ an der Veranstaltung. „Aktion Ferienspaß“ an der Veranstaltung.

Jeder Teilnehmer am Wettbewerb erhielt zwei Wertungsbögen, die er ausgefüllt abgeben mußte. Bewertet wurden einmal Antworten auf Quizfragen, zum anderen die Ausführung der auf den einzelnen Stationen gestellten Aufgaben. Eine Urkunde wurde als Nachweis ausgestellt. Und diejenigen, die gewisse Punktzahlen erreicht hatten, bekamen



Demonstration der Wiederbelebung an einer Übungspuppe.

außerdem Ehrenpreise aus der Hand von Bürgermeister Boekhoff. Die DLRG-Ortsgruppe Bundeswehr Leer, Sanitätsbataillon 11, hatte eine große Station aufgebaut. Dort wurde gezeigt, wie jemand, der vor dem Tod des Ertrinkens gerettet worden ist, durch richtige Wiederbelebungsmaßnahmen ins Leben zurückgeholt werden kann. An drei Ständen mit großen Wiederbelebungsgruppen wurde zudem demonstriert, wie die Mund-zu-Mund-Beatmung bzw. die Mund-zu-Nase-Beatmung genau zu geschehen hat. Bei den zur Zeit herrschenden Badetemperaturen war das ein aktuelles Thema. Das Interesse der zahlreichen Besucher war entsprechend groß.

Auf einer weiteren Station zeigten die Männer des THW, wie man nach einem Verkehrsunfall einen Verletzten aus einem Auto bergen muß, zumal wenn – wie angenommen – der Wagen in Brand geraten sein sollte.

Heißer als es ohnehin schon war, wurde es den Helfern, die an einer Puppe in



Ein „Kleiderbrand“ wurde mit Hilfe einer Decke erstickt.



Der Jugendspielmanns- und Fanfarenzug Hollen trug zur Unterhaltung bei.

Menschengröße zeigten, wie man, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen, einem Menschen helfen kann, dessen Kleidung etwa nach einem Verkehrsunfall in Brand geraten ist. Mit einer Decke oder einem Mantel, der um den wie eine Fackel brennenden Menschen gehüllt wurde, erstickte der entschlossene Helfer die Flammen. Bei dieser Vorführung begriff mancher Zuschauer das Motto der Veranstaltung „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“. Helfen kann jeder, man muß nur wissen wie.

Im Rahmen einer kleinen Feier auf dem Vorplatz der Hanenburg in Leer wurden dann am Freitagabend die Ehrenpreise an die Gruppenbesten und Tagessieger durch den Bürgermeister übergeben. Für einen musikalischen Auftakt sorgte dabei der Jugend-Spielmanns- und Fanfarenzug aus Hollen.

Der Leiter der BVS-Dienststelle Oldenburg, Heinz Günter Freese, bedankte sich für das rege Interesse der Leeraner Bürger und für den großartigen Einsatz der beteiligten Organisationen. Er unterstrich die Notwendigkeit, die Bevölkerung auch in Zukunft mit den Aufgaben und der Arbeit der Hilfsorganisationen vertraut zu machen.

DLRG Unna beteiligte sich an Katastrophenschutz-Übung

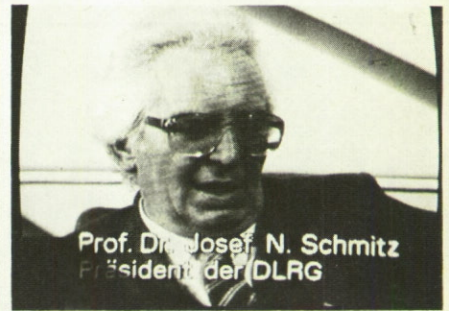
Eine Gruppe der DLRG-Ortsgruppe Unna nahm in diesem Jahr erstmalig an einer gemeinsamen Übung mit dem THW, dem DRK und der Feuerwehr teil. Die Aufgabe für die Rettungsschwimmer bestand darin, Personen aus dem Wasser zu retten. Der Einsatz der Taucher wurde durch stark verschmutztes Wasser erschwert. Dank des Einsatzes aller wurde das Ziel der Übung schließlich erreicht.



Große DLRG-Dokumentation im ZDF-Sportspiegel

45 Minuten lang – die gesamte Sendezeit des ZDF-Sportspiegels – gehörte der Bildschirm den Rettungsschwimmern der DLRG: In einer ausführlichen Dokumentation berichtete Sportspiegel-Redakteur Braun über Aktivitäten, Aufgaben und Ziele der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft. Breit war der Einblick, der den Fernsehzuschauern zur Hauptsendezeit in das Gebiet der Wasserrettung im Bundesgebiet geboten wurde.

Neben umfangreichem statistischem Material, das eindrucksvoll die Erfolgsbilanz der DLRG seit ihrem Bestehen im Jahre 1913 aufzeigte, wurde mehrfach „hautnah“ über den Einsatz vor Ort und die Ausbildungsarbeit in den Bädern berichtet. Anhand zahlreicher Beispiele, so der Bundes-Lehr- und Forschungsstätte der DLRG in Berlin oder des Tauch-Rettungszuges der DLRG Frankfurt, wurde der hohe technische Stand des bei der DLRG im Gebrauch befindlichen Rettungsgerätes sowie die Einsatz- und Leistungsbereitschaft der Rettungsschwimmer gerade auch im Katastrophenschutz-Bereich dargestellt. Die Dreharbeiten für die Dokumentation dauerten über ein Jahr.



**Prof. Dr. Josef N. Schmitz
Präsident der DLRG**



DLRG-Bezirk Stuttgart erhielt neuen Katastrophenschutz-Zug

Fahrzeug fand großes Interesse bei der Bevölkerung

Der Bezirk Stuttgart der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft konnte anlässlich des „Tages der offenen Tür“ der Stadt Stuttgart erstmalig seinen neuen Katastrophenschutz-Zug einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. Der DLRG-Bezirk ist seit vier Jahren im Katastrophenschutz der Stadt Stuttgart tätig und seit diesem Jahr auch im Katastrophenschutz des Landes Baden-Württemberg anerkannt.

Die Gesamtstärke des Zuges beträgt dreißig Personen, davon sind sechzehn Helfer für zehn Jahre verpflichtet, der Rest auf unbestimmte Zeit.

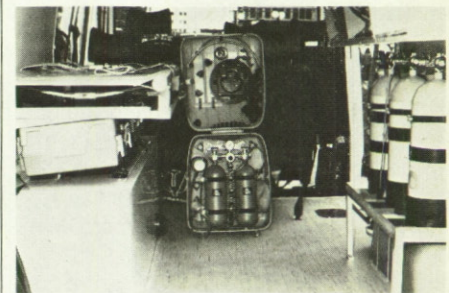
Der neue Zug des DLRG-Bezirk Stuttgart, ein Daimler-Benz 207 D, ist



Stolz präsentierte sich der neue Katastrophenschutz-Zug des DLRG-Bezirk Stuttgart.



Anlässlich des „Tages der offenen Tür“ der Stadt Stuttgart zeigte die DLRG moderne Rettungstechnik.



Für den Ernstfall stehen Tauchausrüstungen sowie Wiederbelebungsgeräte zur Verfügung.

mit drei kompletten Tauchgeräten für den Einsatz von DLRG-Rettungstauchern ausgerüstet und verfügt über ein modernes Wiederbelebungsgerät. Das neue Fahrzeug ist eine wertvolle Ergän-

zung des vorhandenen Rettungsgerätes, zu dem ferner eine Druckkammer, ein Notstromaggregat sowie ein Kompressor gehören.

der Arbeit vor Ort neue Impulse gebe. Bürgermeister Schlesinger begrüßte es, daß die Kommune nunmehr wieder „ein Stück sicherer“ geworden sei. Der Vertreter des Sozialministeriums schließlich betonte, daß sich diese Wachstation landesweit sehen lassen könne und das Land bereit sei, bei der weiteren Ausstattung zu helfen, denn der Rotstift solle nicht unbedingt bei der Lebensrettung angesetzt werden.

Neue DLRG-Rettungsstation am Neckar in Betrieb genommen



Der Himmel und die Mienen bei der DLRG strahlten, als kürzlich am Eberbacher Neckarstrand die neuerbaute DLRG-Wachstation eingeweiht wurde. Ein ansehnlicher Kreis von Vertretern der DLRG, des öffentlichen Lebens sowie der Eberbacher Vereine hatte sich eingefunden, um an diesem denkwürdigen Anlaß teilzunehmen.

Theo Neuer, Vorsitzender der DLRG-Ortsgruppe Eberbach, führte die Zuhörerschaft noch einmal auf den beschwerlichen Weg, der von den ersten Überlegungen vor zehn Jahren bis zur Bauvollendung zurückzulegen war. Die ständigen Schwierigkeiten, ein mit eigenen Mitteln gebautes Rettungsboot fachgerecht über den Winter abzustellen, waren das ursprüngliche Motiv, an das beträchtliche Wagnis des Stationsbaues heranzugehen. Als aber die Stadt Eberbach 1977 die erste Zuschußzusage gegeben hatte, ging es fast „Schlag auf Schlag“ voran. Von der Einreichung des Bauantrages bis zum ersten Spatenstich verging dann kein Jahr mehr.

Der Idealismus der freiwilligen DLRG-Helfer wurde aber nicht so sehr durch die körperliche Arbeit als vielmehr durch die unkontrollierbar in die Höhe steigenden Baukosten auf die Probe gestellt. Der erste Kostenanschlag von DM 160000 landete schließlich bei fast DM 400000. Davon hat die DLRG mit Zuschuß und Eigenmitteln die 33 Prozent zu tragen, die gleiche Größenordnung steuert das Land bei, der Rhein-Neckar-Kreis stellte ca. 10 Prozent und die

Stadt Eberbach durch die kostenlose Abgabe des Grundstücks ca. 25 Prozent. Und nicht unerwähnt bleiben kann, daß der DLRG-Landesverband, die Stadt Eberbach und der Rhein-Neckar-Kreis in die sich drohend auftuende Bresche mit einem Zwischenkredit einsprangen, als die Gelder des Landes Baden-Württemberg irgendwo in der bürokratischen Mühle zu stocken schienen.

Nun aber hatten die Eberbacher DLRG-Aktiven allen Grund, die – allerdings noch ohne Innenausstattung versehene – Wachstation zu präsentieren. Das Untergeschoß ist hochwassersicher gebaut; der Standplatz selbst ist „DLRG-gemäß“ ausgewählt, da sich in der Nähe das Hallenbad befindet und der nahe Neckar zum Tummelplatz für Wassersportler geworden ist.

Die Einweihung der Station, so der Vorsitzende Theo Neuer, sei eine Krönung der Eberbacher DLRG-Geschichte. Gleichzeitig bedeute jedoch der Abschluß der Bauarbeiten einen Ausbau des DLRG-Dienstes, nachdem die kräfteaubende Doppelbelastung durch DLRG-Dienst und Bauleistungen entfallen. Zu hoffen sei aber auch, daß man sich an verantwortlicher Stelle mit dem Gedanken vertraut mache, nicht nur die Baukosten, sondern auch die Folgekosten dieser Wachstation mitzutragen.

In Grußworten würdigten zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens die Leistungen der DLRG-Gliederung. Landesverbandsleiter Karl Vollmer sprach die Hoffnung aus, daß die neue Wachstation

Fatale Koordinationsmängel bei tragischem Ertrinkungsfall

Der Fall: Ein 14jähriges türkisches Mädchen stürzte am 9. März spätnachmittags bei Lauchringen, Kreis Waldshut, in die durch Schneeschmelze im Südschwarzwald hochschwellende Wutach. zwei Schüler erkannten die Situation, fuhren mit ihren Fahrrädern auf dem Wutachdamm neben dem hilferufenden Mädchen her, sahen aber selbst keine Chance, bei einer Fließgeschwindigkeit von 6 m/sec. dem Mädchen zu helfen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Von den Jungen angesprochene Passanten schenkten den Worten keinen Glauben. Erst ihre Eltern verständigten von zu Hause das Rathaus, von wo der Alarm ausgelöst wurde.

Einsatz der Rettungskräfte: Mittlerweile waren fast 45 Minuten vergangen, bis die Lauchringer Feuerwehr ausrückte. Es wurde aber versäumt, weitere Rettungskräfte flußabwärts sofort zu alarmieren. Nach einer Stunde (!) entschloß man sich, die Tiengener Wehr hinzuzuziehen, obwohl es bereits dunkel war. Daß aber die Rettungstaucher der DLRG erst nach zweistündiger ergebnisloser Suchaktion eingeschaltet wurden, war ein Skandal! Es handelte sich um einen echten Wasserunfall, wofür die DLRG im Rettungsdienstgesetz Baden-Württembergs namentlich verankert ist. – Die Alarmierung der DLRG-Taucher durch die Rettungsleitstelle Waldshut wäre Sache der ersten Minuten gewesen!

Rechtfertigung eines Verantwortlichen der Rettungsleitstelle Waldshut: „Die DLRG ist zwar als Organisation zur Wasserrettung im RD-Gesetz Baden-Württembergs anerkannt, jedoch ist uns nicht bekannt, wie und in welcher Form die entsprechenden Kosten abgedeckt werden. Somit muß davon ausgegangen werden, daß die Kostenfrage nach dem Verursacherprinzip zu regeln ist, das heißt, daß im Zweifelsfall der Auftraggeber auch Kostenträger ist. Somit ist für die Leitstelle ein Handeln ohne Auftrag nicht möglich, da die Leitstelle über keine eigenen Mittel verfügt und somit durch Handeln ohne Auftrag entstehende Kosten nicht abdecken kann . . .“

Presseschau des Inlands

Bundesbauminister Haack: Kein Gesetzeszwang zum Schutzraumbau

Das Schutzraumproblem bildete den Schwerpunkt einer Podiumsdiskussion, die der Bundesverband für den Selbstschutz veranstaltete. Allerdings folgten nur 35 Zuhörer der Einladung in die kleine Stadthalle. Unter den Diskussionsteilnehmern war doch einige politische Prominenz vertreten – an der Spitze Dr. Dieter Haack, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Die Gespräche zeigten jedoch, daß die Gründe für die geringe Beteiligung in der Sache selbst liegen. Der Minister hatte nach seinen Aussagen auch von vornherein wenig Beteiligung erwartet, aber er wollte durch sein Erscheinen den Bundesverband für Selbstschutz unterstützen. Das geringe Interesse für den Selbstschutz sei Folge eines Informationsdefizits, und es sei Aufgabe der Regierung, diesen Mangel zu beheben.

In einem kurzen, einleitenden Referat verwies der Leiter der Podiumsrunde, Fritz Polster, darauf, daß die Geschichte der Menschheit eine Geschichte des Überlebens sei, und daß auch die Ruhe und der Wohlstand in unserem Teil der Welt nicht über Unruhen, Kriege und Katastrophen in anderen Teilen hinwegtäuschen solle. Essentielle Frage des einleitenden Vortrags: Ist das Netz der Überlebenssicherung genau so dicht wie das der sozialen Sicherheit?

Offenbar nicht, zumindest nicht im Verteidigungsfall. Klaus Hartmann, Mitglied des Bundestages und der CSU, bezeichnete die Gesamtsituation in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet für völlig unzureichend. Es gebe nur für drei Prozent der Bevölkerung Schutzraumplätze (insgesamt 1,8 Millionen), davon stammten mehr als eine Million noch aus dem letzten Weltkrieg. Bei den derzeitigen Planungen würde man erst in 400 Jahren an dem schwedischen oder Schweizer Stand an deren heutigen Schutzraumbestand Anschluß finden. Hartmann forderte eine intellektuelle Offensive gegen die Ängste vor Schutzräumen, die wegen der eigenen Erfahrungen bei dem älteren Teil der Bevölkerung noch sehr lebendig wären. Wozu

sollten aber Soldaten das Land verteidigen, wenn sie nicht Frauen und Kinder in Sicherheit wüßten. Diesem psychologischen Gesichtspunkt müsse mehr Gewicht beigemessen werden.

Der F.D.P.-Bundestagsabgeordnete Norbert Eimer vertrat demgegenüber die Meinung, der beste Schutz sei in der Verhinderung von Kriegen und dem Abbau von Spannungen zu finden. Man solle den Ostblock nicht durch einen verstärkten Ausbau von Schutzräumen reizen, der dies als Kriegsvorbereitung ansehen könnte. Ein behutsames Vorgehen sei hier angebrachter. Grundsätzlich befürwortete er aber einen Schutzraumbau. Zusammen mit Polster betonte Eimer besonders, daß ein entsprechend eingerichteter Raum nicht nur vor atomaren, sondern auch biologischen und chemischen Kampfmitteln eine hohe wahrscheinliche Überlebenschance böte . . .

Hartmann deckte in dieser Diskussion einen Widerspruch auf: „Wie kann man die Sowjets mit Schutzraumbau, der sowieso nichts nützen soll, reizen?“ Die Bürger trügen jedoch keine Schuld, wenn zu wenig Schutzräume zur Verfügung ständen, obwohl viele Mittel dafür in den vergangenen Jahren gar nicht genutzt worden seien. Es hätte an den entsprechenden politischen und geistigen Vorgaben gefehlt, denn Schutzraumbau habe nicht in die Entspannungspolitik der 70er Jahre gepaßt.

Minister Haack hatte dazu allerdings schon vorher bemerkt, daß zum Beispiel eine Schutzraumbaupflicht schon in den 60er Jahren diskutiert und abgelehnt worden sei, einmal aus finanziellen, zum anderen aber auch aus psychologischen Gründen. Karl-Heinz Hiersemann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag, ergänzte, daß die Menschen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg etwas anderes zu tun gehabt hätten als Schutzräume zu bauen. Auch in Schweden sei in der Praxis manches anders und nicht so perfekt wie erwähnt. Allerdings sollte der Bau von Schutzräumen fest in die Stadtplanung eingeschlossen werden . . .

(Erlanger Nachrichten – Erlanger Tagblatt)

DDR: Gewerkschaften leisten Beitrag zur Zivilverteidigung

. . . In vielen Gewerkschaftsgruppen gehört es zur moralischen Norm, hohe Leistungen in der Arbeit zu vollbringen und gleichermaßen einen konkreten Beitrag zur Stärkung der Landesverteidigung zu leisten. Dabei nimmt die Mitarbeit in der Zivilverteidigung einen wichtigen Platz ein.

Natürlich sind für die Lösung der Aufgaben in der Zivilverteidigung in erster Linie die staatlichen Leiter verantwortlich. So fordert es das Gesetz über die Landesverteidigung der DDR vom 13. Oktober 1978.

Aber, und das ist uns allen bewußt, lassen sich solche für das Leben und die Sicherheit unserer Menschen so wichtige Erfordernisse nur durch das bewußte und aktive Mitwirken unserer gesamten Gesellschaft verwirklichen.

Ohne die gesellschaftliche Kraft, wie sie die Gewerkschaften als umfassendste politische Organisation der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der DDR darstellt – in ihr sind fast 9 Millionen Mitglieder organisiert – können heute keine Aufgaben von hohem gesellschaftlichen Range verwirklicht werden.

Das gilt auch für die Zivilverteidigung. Die Mitwirkung der Gewerkschaften – das kann man mit Fug und Recht sagen – wird in immer stärkerem Maße im gesellschaftlichen Interesse erforderlich und notwendig.

Der zuverlässige militärische Schutz des Sozialismus, die Organisation einer starken Landesverteidigung erfordert es, unter den heutigen Bedingungen das ganze Land und alle seine Bürger auf eine mögliche bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Imperialismus vorzubereiten. Deshalb wird im Verteidigungsgesetz der DDR hervorgehoben: „Die Bürger der DDR und ihre gesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen haben das Recht und die Pflicht, an der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen der Zivilverteidigung, einschließlich zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen und zur Beseitigung ihrer Folgen mitzuwirken.“

Es ist nicht zuletzt das Verdienst der Gewerkschaften, daß heute viele Bürger unseres Staates dieses Recht verwirklichen, indem sie ihrer Ehrenpflicht nachkommen und mit ihrer Arbeit in der Zivilverteidigung aktiv zum Schutz des Friedens und des Sozialismus beitragen.

In diesem Sinne werden die Gewerkschaften als die Klassenorganisation und der Sachwalter der Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen auch in Zukunft ihren Beitrag leisten, daß die Zivilverteidigung immer besser ihren verantwortungsvollen Auftrag beim Schutz des Sozialismus erfüllen kann.

(Kurt Zahn, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, in dem Artikel „Gewerkschaften und Zivilverteidigung“, veröffentlicht in: Schützen und Helfen (Zeitschrift der Zivilverteidigung der DDR, Ost-Berlin, Nr. 2/1981).

Presseschau des Auslands

Schweiz: Vollausbau des Zivilschutzes bis zum Jahr 2000?

Noch in seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte zur Zivilschutzkonzeption 71 setzt der Bundesrat als Ziel den Zeitraum 1985 bis 1990, um den Vollausbau dieses wichtigen Teils unserer Landesverteidigung zu erreichen. Mit dem Vollausbau meinte er zweifellos nicht bloß die Schutzräume für die Bevölkerung und die Schutzanlagen für die Zivilschutzorganisationen, sondern den Zivilschutz insgesamt, der dazumal einsatzbereit und funktionstüchtig sein sollte. Im Gefolge der Finanzmisere des Bundes ist diese Zielvorgabe geändert worden. Im Bericht des Bundesrates über die Richtlinien zur Regierungspolitik der laufenden Legislaturperiode wird ausgeführt, der Vollausbau sei gegen Ende der neunziger Jahre zu erreichen. Das hat interessanterweise keine besonderen Reaktionen ausgelöst. Niemand hat ernstlich opponiert, als das Parlament im Zug der Sparmaßnahmen auch für den Zivilschutz die lineare Kürzung der Bundesbeiträge um 10 Prozent für die nächsten drei Jahre und eine Änderung des Baumaßnahmengesetzes beschloß, welche die Bundesbeiträge an den privaten Schutzraumbau ersatzlos aufhebt...

Mit der Zivilschutzkonzeption 71 hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß vorbeugende Maßnahmen wirkungsvoller, humaner und wirtschaftlicher sind als spektakuläre Rettungsoperationen „hinterdrein“. Vorbeugen umfaßt die Bereitstellung eines Schutzplatzes für jedermann und die Vorbereitung geeigneter Maßnahmen, damit sich die Bevölkerung je nach Bedrohungslage und herrschenden Gefährdungen richtig verhält. Vom richtigen Verhalten hängt in sehr vielen Situationen buchstäblich das Leben ab. Allzu simplifizierend hat man zu Beginn der siebziger Jahre die Zivilschutzkonzeption 71 mit den Schlagworten „Jedem Einwohner einen Schutzplatz“ und „Vorsorglicher Schutzraumbezug“ so interpretiert, als würde zu gegebener Zeit das gesamte Schweizervolk in die Schutzräume tauchen, und

damit habe es dann sein Bewenden. Mittlerweile hat man eingesehen, daß sich stets ein mehr oder minder großer Teil der Bevölkerung außerhalb der Schutzräume aufhalten müssen. Kriegs- und lebenswichtige Produktion, der Betrieb von technischen Infrastrukturen und gewisse öffentliche Dienstleistungen müssen so lange als möglich weitergehen, teilweise selbst dann, wenn die Armee kämpft. Zum Teil hängt davon sogar die Fähigkeit der Armee ab, den Kampf überhaupt zu führen...

Im internationalen Vergleich stehen wir, was Schutzplatzangebot, gebaute Schutzanlagen, beschafftes Material und insbesondere die umfassenden Rechtsgrundlagen (Schutzraumbaupflicht, Organisationspflicht, Schutzdienstpflicht!) betrifft, mit wenigen skandinavischen Ländern an einsamer Spitze. Keiner unserer Nachbarn verfügt auch nur entfernt über etwas Vergleichbares. Man streicht das auch gern immer wieder heraus, und im Ausland lobt und beneidet man uns deswegen. Aber es ist die Frage zu stellen: Funktioniert das Ding? Ist unser Zivilschutz tatsächlich einsatzbereit?

Daß die Qualität der Ausbildung im Zivilschutz noch auf weiten Strecken zu wünschen übrigläßt, ist seit geraumer Zeit ein öffentliches Bekenntnis. Die besondere Schwachstelle liegt bei den Kadern. Seriösere Auswahl und strengere Zulassungsbedingungen zu Kursen für obere Kader und die Verbesserung der Ausbildungsbefähigung des Instruktionpersonals und der Kader der Zivilschutzorganisation sind Maßnahmen, die man in wenigen Jahren zum Tragen bringen kann.

Anders steht es mit Lücken in den Grundinvestitionen für den Zivilschutz. Zwar erscheinen jetzt in den Telefonbüchern Alarmmerblätter; die Alarmzeichen sind in der neuen Zivilschutzverordnung auch geregelt. Aber die meisten Gemeinden verfügen gar nicht über Sirenen (im Kanton Zürich sind es deren 37 von 171, und nur in 6 von diesen 36 sind die Sirenen unter dem Gesichtspunkt der modernen Anforderungen funktionstüchtig!). Der Ortsfunk, der in der Zivilschutzkonzeption 71 als wesentliches Mittel der Ortsleitung postuliert und seither technisch entwickelt worden ist, um der Bevölkerung in den Schutzräumen Informationen und Verhaltensanweisungen zu übermitteln, ein Führungsmittel ersten Ranges also, ist nicht beschafft, und die Beschaffung ist überhaupt ungewiß.

Die Ausrüstung der Bevölkerung mit Schutzmasken ist bei 1,4 Mio. Stück stehengeblieben (dazu kommen über 600 000 Wehrmänner und rund 400 000 Schutzdienstpflichtige, die eine Schutz-

maske besitzen); dieser ersten Beschaffungstranche der Volksschutzmaske ist keine weitere gefolgt, und es steht auch keine in Aussicht. Niemand aber kann zum Voraus bestimmen, wer sich je nach Lage außerhalb der Schutzräume begeben und dem Risiko chemischer Waffenwirkungen aussetzen muß...

Insgesamt muß man ehrlicherweise einsehen und zugestehen, daß der schweizerische Zivilschutz, im Gegensatz zur schweizerischen Armee, nicht einsatzbereit und nicht funktionstüchtig ist. Wenn es morgen ernst gälte, müßte in einer Art und Weise improvisiert und dilettiert werden, die jedem Verantwortlichen das Grauen einflößt und Bevölkerung und Behörden zutiefst beunruhigen sollte. Das, was wir in Beton bereitgestellt haben, ist in keiner Weise mit Funktionstüchtigkeit gepaart.

Die internationalen Lobhudeleien über den schweizerischen Zivilschutz erweisen sich als kontraproduktiv, geben sie doch allzu vielen den willkommenen Anlaß, festzustellen, bei uns sei alles zum besten bestellt...

Um ein umfassendes Alarmsystem und um den Ortsfunk zu beschaffen, um die C-Schutzausrüstung zu vervollständigen oder gar noch um die Schutzraum-möblierung zu beschaffen, reicht dieses Geld bei weitem nicht aus. Wenn der so gesetzte Rahmen bleibt, werden wir auch 1999 keinen Vollausbau des Zivilschutzes haben...

Einer einsatzbereiten Armee – die zwar ihre Ausrüstung ergänzen und erneuern muß, aber an sich funktionstüchtig ist – steht ein ziviler Bevölkerungsschutz gegenüber, der weder einsatzbereit noch funktionstüchtig ist. Wer anderes behauptet, tut es wider besseren Wissens oder mangels wirklicher Einsicht in die Verhältnisse; auf jeden Fall streut er dem Volk Sand in die Augen...

Solange die meisten Schutzdienstpflichtigen nur auf dem Papier schutzdienstpflichtig waren und nicht in die Ausbildung kamen, konnte man ungestraft dergleichen tun als ob. Aber jährlich wächst die Zahl derer, welche zu Dienstleistungen einrücken müssen. Und dann schlägt die Stunde der Wahrheit. Sie bringt Tatsachen ans Licht, die nicht bloß nachdenklich stimmen. Es erhebt sich die Frage, ob wir mit dem Zivilschutz, soweit er Beton ist, als Alibiübung renomieren, ihn im übrigen de facto aber als etwas Inferiores betrachten und letztlich meinen, da komme es nicht so sehr drauf an wie beispielsweise bei der Armee...

(Heinrich Stelzer, Chef des Amtes für Zivilschutz des Kantons Zürich, in der Neuen Zürcher Zeitung)

Wissenschaft & Technik

Neuartiges Ölbindemittel vorgestellt

Als Dr. Chrometzka, promovierter Biologe an der Universität des Saarlandes, vor anderthalb Jahren im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für Führungskräfte des THW-Landesverbandes Saarland über die Ölschadenbekämpfung referierte, konnte niemand ahnen, daß dieser Kontakt zwischen Wissenschaft und technischer Praxis den Anstoß zur Entwicklung eines neuartigen Ölbindemittels geben würde.

Dr. Chrometzka berichtete damals über Versuche in den USA, Ölschäden durch den Einsatz von Kompost zu bekämpfen. Die Fachleute des THW, insbesondere Hauptsachgebietsleiter Ballnus, begeisterten sich für diese interessante Alternative und baten den Saarbrücker Wissenschaftler; auf diesem Gebiet weiterführende Experimente durchzuführen. Ziel dieser Untersuchungen war es, geeignete Aufbereitungsmethoden für den Rohkompost zu entwickeln, um sein Aufsaugverhalten zu optimieren.

Nach anderthalbjähriger Entwicklungszeit ist es nun gelungen, den chemischen, physikalischen und biologischen Zustand des Rohkompostes so zu modifizieren, daß er den im Einsatz befindlichen Ölbindemitteln hinsichtlich der Unbedenklichkeit des Einsatzes, der Wirtschaftlichkeit und des Aufsaugverhaltens überlegen ist.

Bei der Vorstellung des neuen Ölbindemittels, an der neben den Führungskräften des THW auch Vertreter der Feuerwehr teilnahmen, beschrieb Dr. Chrometzka das entwickelte Aufbereitungsverfahren. Der Kompost wird heute bereits großtechnisch in Kompostierungsanlagen aus Klärschlamm und Müll gewonnen. Für den Einsatz als Ölbindemittel eignen sich jedoch nur Komposte aus Klärschlamm, da sie den notwendigen Anteil an organischen Substanzen von über 50 Prozent aufweisen. Wie die Versuche zeigten, darf der Wassergehalt des Kompostes nicht über zehn Prozent liegen. Aus diesem Grund muß der Kompost einem Trocknungsprozeß unterzogen und zur Erreichung der optimalen Korngröße noch gesiebt werden.

Im Vergleich der Aufsaugfähigkeit des so aufbereiteten Kompostes mit üblichen Ölbindemitteln zeigt sich seine Überlegenheit. So nimmt ein Liter des Kompostes etwa 0,6 Liter leichten Heizöls auf und liegt damit um den Faktor zwei bis drei besser als andere Ölbindemittel wie Zellulose, Kiefernborke und Kunststoffe.

Besonders interessant ist die Entsorgung des Kompostes nach dem Aufsaugen des Öls, die bei üblichen Ölbindemitteln große Schwierigkeiten und hohe Kosten verursacht. Beim Kompost findet nämlich durch einen biologischen Vorgang unter Sauerstoffzufuhr ein Abbau des Öls durch Mikroorganismen statt.

Zum Schluß bleibt noch der große Kostenvorteil des Kompostes zu erwähnen. Rohkompost kostet heute 20 DM pro Tonne. Die Aufbereitung in großtechnischem Maßstab würde nach den Schätzungen von Dr. Chrometzka zusätzliche Kosten in Höhe von 10 DM pro Tonne verursachen, so daß mit einem Endpreis (ohne Handel) von 30 DM pro Tonne zu rechnen ist.

In einem abschließenden Experiment demonstrierte der Wissenschaftler die hohen Saugfähigkeiten des aufbereiteten Kompostes.

Es bleibt zu hoffen, daß sich angesichts der bewiesenen Überlegenheit dieses neuartigen Ölbindemittels hinsichtlich der Umweltentlastung, der Wirtschaftlichkeit und der Saugfähigkeiten ein Unternehmen finden wird, das die Aufbereitung des Rohkompostes in industriellem Maßstab übernimmt. F. G.

Reserveschaltventil macht das Tauchen noch sicherer

Mit einem neuen Reserveschaltventil haben sich die Fachleute eines einschlägigen Herstellers eine neue Spezialität einfallen lassen, die das Tauchen noch sicherer macht. Das Teil paßt in alle Flaschenventile R 5/8" (entsprechend DIN



477). Auch bei dem einem Zwei-Flaschen-Tauchgerät wirkt das Reserveschaltventil auf beide Flaschen gleichmäßig (echte Reserve von 20 % des Gesamtluftvorrats).

Der Taucher kann mit Hilfe der Neuentwicklung ohne viel Aufwand aus einem Ein-Flaschen-Tauchgerät ein Zwei-Flaschen-Tauchgerät machen oder umgekehrt. Jederzeit – ob über oder unter Wasser – ist der Reserveluftvorrat mittels Druckmesser überprüfbar. Der Restdruck wird automatisch zurückgehalten. Er kann sofort, aber erst dann genutzt werden, wenn das Tauchgerät bis auf den Restdruck entleert und die Reserveschaltung gezogen ist. Eine Fehlschaltung ist ausgeschlossen.

Die Flaschen lassen sich bei jeder Stellung der Reserveschaltung füllen. Bei Erreichen des Reservedrucks während des Füllvorgangs springt die Schaltung automatisch auf Bereitschaft zurück. Die Zugstange für die Reserveschaltung liegt geschützt zwischen der Flasche und der Tragschale und ist bequem erreichbar.

Einheitliches Notruf Telefonsystem

Die Schaffung eines einheitlichen Notruf Telefons entlang den Bundes- und Landesstraßen kommt in Gang: Einen ersten Auftrag zur Lieferung von technischen Einrichtungen für das neue System hat ein bekanntes Berliner Unternehmen jetzt von der Deutschen Bundespost erhalten. Die Firma hatte diese Einrichtungen zuvor auch entwickelt. Jede sogenannte Teilnehmerschaltung schließt eine der künftigen Notruf Telefonsäulen an das öffentliche Telefonnetz an und wird in der zugehörigen Ortsvermittlungsstelle installiert. Wenn ein Hilfesuchender den Notrufhebel betätigt, wählt ein elektronischer Rufnummerngeber selbsttätig und ohne Geldeinwurf eine Telefonverbindung zur zuständigen Notruf-Abfragestelle von Polizei oder Feuerwehr.

Das Notruf Telefonsystem ergänzt das bereits eingeführte „Notrufsystem 73“ der Bundespost. Zum einheitlichen Notruf 110 in allen Fernsprech-Ortsnetzen und dem Einbau münzfreier Notrufmelder in Telefonzellen kommt nun auch das einheitliche Straßen-Notruftelefon.

Einer bundesweiten Einführung dieses Systems stehen nun keine technischen Hindernisse mehr im Wege. Das hierfür vorgesehene Straßennetz außerhalb geschlossener Ortschaften hat eine Gesamtlänge von etwa 135000 Kilometern. Alle zwei bis drei Kilometer soll künftig ein Notruftelefon stehen.

Neue Bücher

Die Wasserversorgung und ihre Beziehungen zum Feuerlöschwesen

Herausgegeben vom Schweizerischen Feuerwehrverband, 88 Seiten

Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, Postfach 240 125, 5300 Bonn 2

Dieses Buch richtet sich in leichtverständlicher Form an alle mit der Wasserversorgung befaßten Stellen der Feuerwehr und der Gemeindeverwaltungen. Auch für die auf diesem Gebiet tätigen Ingenieurbüros und Fachschulen, für die Wasserwerke und die Katastrophenschutzorganisationen stellt die Fachschrift einen nützlichen Leitfaden dar. Die Reihe der behandelten Themen reicht von der Erläuterung des „Stoffes“ Wasser über die Wasserversorgungsplanung, die Gewinnung, Aufbereitung, Hebung, Speicherung und Verteilung des Wassers bis zu den verschiedenen Arten der Wasserversorgung. Des Weiteren werden der Gewässerschutz, Planunterlagen, Wartung und Unterhalt von Wasserversorgungsanlagen, Maßeinheiten, Abkürzungen und Signaturen erläutert. Ein Tabellenteil und Literaturhinweise schließen sich an.

Mit der Fachschrift ist die Absicht der Verfasser, kein Lehrbuch zu schaffen, sondern dem interessierten Leser einen leichtverständlichen Leitfaden zu vermitteln, verwirklicht worden.

Feuerwehrgeschichte

Brandschutz und Löschgerätetechnik von der Antike bis zur Gegenwart

Von Wolfgang Hornung, 116 Seiten
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Das Buch – 1965 erstmals veröffentlicht und nun zum zweiten Male erweitert – bringt in Form einer Zeittafel wichtige Daten, Fakten und Entwicklungsschritte aus dem Gebiet des Feuerwehrwesens. Es gibt damit eine umfangreiche Darstellung der Kultur- und Technikgeschichte der Feuerwehr und ihrer Geräte. Beginnend mit der Antike wird die Geschichte der Feuerwehr in acht Kapiteln behan-

delt, wobei die Zeit ab 1900 bis zur Gegenwart größeren Raum einnimmt. In fünf Anhängen finden sich historische und aktuelle Daten der deutschen Feuerwehrgeschichte. So werden einige der ersten Freiwilligen Feuerwehren ebenso aufgeführt wie die ältesten Berufsfeuerwehren, die bisherigen Feuerwehrtage, einige der ältesten Feuerordnungen sowie Feuerwehrmuseen und Brandschutzstellungen. Ein abschließendes Stichwortverzeichnis ermöglicht das schnelle Auffinden bestimmter Daten.

Das Buch zeigt dem an der Feuerwehr Interessierten die Zusammenhänge der technischen Entwicklung auf und macht die lange Entwicklungsgeschichte der modernen Feuerwehr transparenter.

Chemie-ABC für Feuerwehr- und Sicherheitsfachkräfte

Von Hermann Dembeck, 340 Seiten
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Die Chemie mit ihrer großen Vielfalt an Stoffen bestimmt immer mehr das Gefahrenbild auf Straßen und in Betrieben. Deshalb müssen die Grundregeln für den sicheren Umgang mit Chemikalien allen Feuerwehr- und Sicherheitsfachkräften bekannt sein. Das Buch hat die Aufgabe, Grundlagenwissen und Detailinformationen stichwortartig zu vermitteln und zu vertiefen. Hierbei wird versucht, chemische Grundzusammenhänge verständlich darzustellen. Mit über 2000 Stichworten soll auch demjenigen, der als Nichtfachmann in der Praxis oder während der Ausbildung in der Chemie und ihren Produkten in Berührung kommt, ein Verständnis gängiger Fachbegriffe, Abkürzungen und Schlagworte vermittelt werden.

Da keine Detailkenntnisse vorausgesetzt werden und der Autor bewußt auf die Fachsprache des Chemikers verzichtet hat, stellt das Buch für jeden interessierten Leser eine wertvolle Informationshilfe dar.

Brandgefährdung von Wohngebieten durch Flächenbrände

Band 11 der Reihe „Zivilschutz-Forschung“

Von O. Carlowitz, T. Krone,
R. Jeschar

Herausgegeben vom Bundesamt für Zivilschutz

Die vorliegende Schrift befaßt sich mit dem Themenkomplex „Brandgefährdung durch Flächenbrände“, und zwar mit Blickrichtung auf bebaute Gebiete und

im speziellen auf Wohngebiete. Zu diesem Themenkreis gibt es ein umfassendes Schrifttum, das aufgrund seiner Vielzahl fast unüberschaubar ist. Die Verfasser haben sich die Aufgabe gestellt, den Problembereich klarer zu umreißen und eine Begriffsprägung für die verschiedenen Erscheinungsformen von Flächenbränden vorzunehmen.

Der Teil I des Heftes steht unter dem Titel „Modellvorstellungen über Entstehung- und Ablauf verschiedener Erscheinungsformen von Flächenbränden in Wohngebieten“ und ist für denjenigen Leser gedacht, der sich über die Grundphänomene und ihr Zusammenwirken bei Flächenbränden informieren will. Für die Leser, die tiefer in die Details eindringen möchten, ist im Teil II eine „Dokumentation über das Schrifttum zum Thema Brandgefährdung von Wohngebieten durch Flächenbrände“ angefügt. Dieser Teil enthält eine kommentierte Auswertung der Literaturzitate zu diesem Thema, wodurch umfangreiche und zeitraubende Schrifttumsrecherchen entfallen können.

Feuerwehrgeräte – Sicherheit durch Wartung

Von Kurt Klösters
Aus der Reihe „Die Roten Hefte“,
Heft Nr. 11 a, 1. Auflage

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart –
Berlin – Köln – Mainz

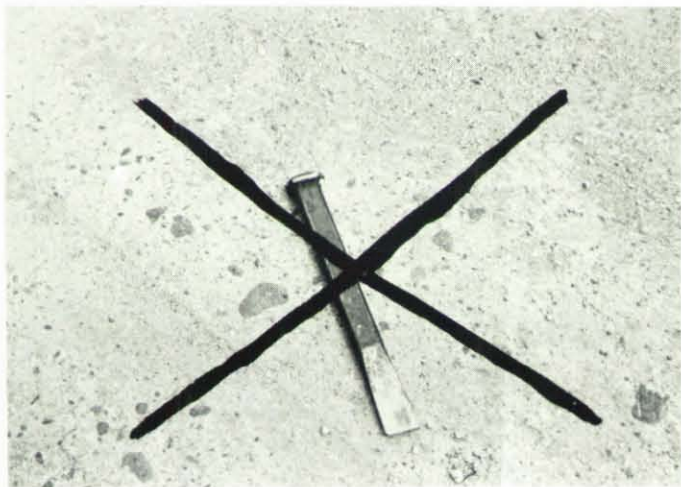
Als neuestes Heft der bekannten Schriftenreihe „Die Roten Hefte – Lehrschriften für den Feuerwehrmann“ stellt sich der Titel „Feuerwehrgeräte – Sicherheit durch Wartung“ dar. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Vielfalt und der Umfang der Ausrüstung der Feuerwehren durch die zunehmende Technisierung auch stetig zunehmen, kommt dem Heft besondere Bedeutung zu. Ein Blick auf den Beladeplan eines modernen Löschfahrzeuges oder Rüstwagens zeigt deutlich, welche Vielzahl von Geräten heute bei der Feuerwehr zum Einsatz kommt.

Diese Geräte müssen nicht nur der ständigen und uneingeschränkten Einsatzbereitschaft wegen sorgfältig und fachgerecht gewartet werden, sondern auch die Werterhaltung der Geräte spielt dabei eine entscheidende Rolle.

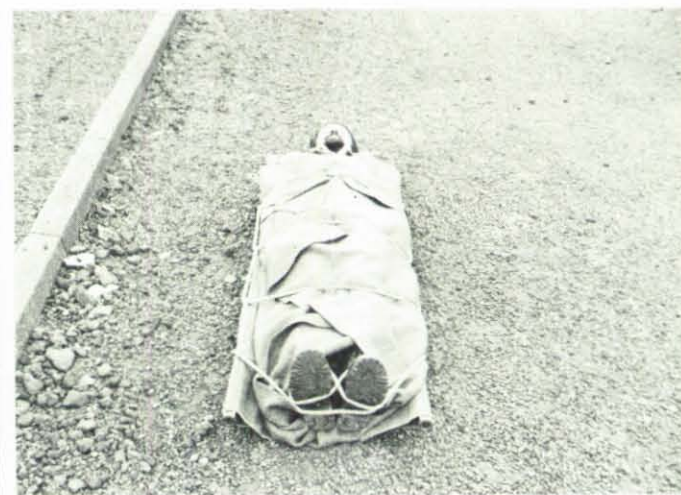
Bedingt durch seine Thematik wendet sich das vorliegende Heft insbesondere an den Gerätewart der Feuerwehr. Es kann jedoch über die umfassende Information des Gerätewartes hinaus ein Nachschlagewerk für alle an der Gerätekunde Interessierten darstellen und auch für die allgemeine technische Ausbildung von Nutzen sein.

Das Minimagazin

Hinweis: Die jeweiligen Ziffern in Klammern beziehen sich auf die BVS-Dienstvorschrift III und zeigen die Fundstelle auf.



Sicherheitshinweis Nr. 19: Die Köpfe von Schlagwerkzeugen sind an den Rändern abzurichten oder passend abzuschleifen, sobald sie eine Gratbildung oder Risse aufweisen. (BVS-DV III Nr. 4.4.2.1).

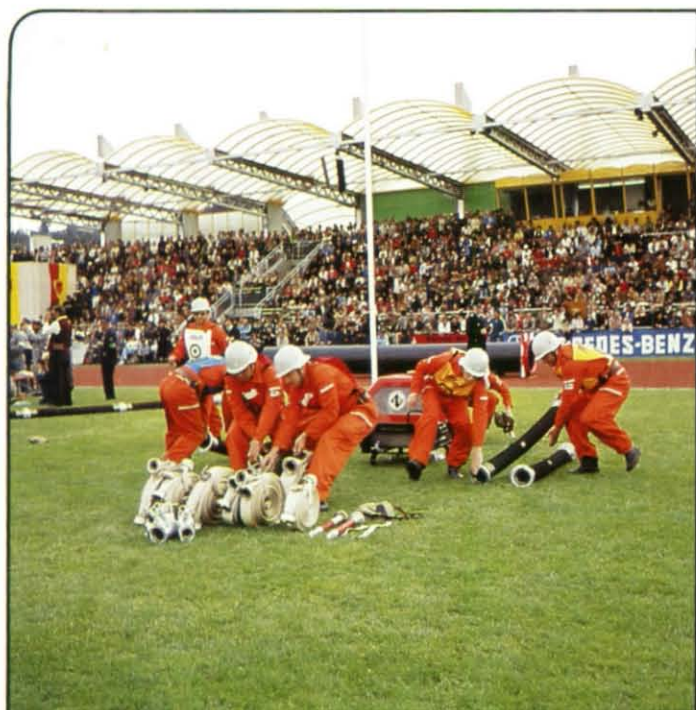


Sicherheitshinweis Nr. 20: Personen, die aus Höhen oder über schwer begehbare Trümmerstrecken transportiert werden sollen, sind auf der Trage oder im Bergetuch fest einzubinden. Die Arme sind mit einzubinden. (BVS-DV III Nr. 4.4.6.3).



Sicherheitshinweis Nr. 21: Die Trage ist mit dem Fuß zu öffnen, um die Hände nicht zu klemmen.

Weltweite Impulse aus Böblingen



Eine Woche lang stand die baden-württembergische Stadt Böblingen ganz im Zeichen der Feuerwehr. 1300 Feuerwehrleute aus allen Teilen Europas hatten sich zu den Internationalen Feuerwehrowettkämpfen vom 19. bis 26. Juli 1981 zusammengefunden. Neben Gruppen der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren nahmen auch Mannschaften der Jugendfeuerwehr und Frauengruppen am sportlichen Wettkampf um Gold-, Silber- und Bronzemedailles teil.

Parallel zu den Wettkämpfen fand am 23. und 24. Juli das Internationale Brandschutzsymposium des CTIF statt. Das Symposium, eine der bedeutendsten Fachtagungen der Brandschutzfachleute der Welt, war der Rahmen für Referate und Diskussionen von rund 350 Experten aus über 30 Staaten.

In einem Festakt am 25. Juli übergab der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger, nach einer fast 30jährigen Dienstzeit sein Amt an seinen Nachfolger Hinrich Struve (Schleswig-Holstein). In der gleichen Veranstaltung wurde der Präsident des CTIF, Josef Hlaubek (Wien), verabschiedet und der neue Präsident Robert Dollinger (Straßburg) in sein Amt eingeführt.